18. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 57. Sitzung
- Endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss
Berlin, den 2. Juli 2015, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

Zeugenvernehmung *Seite*

- Ministerialdirektor Günther Heiß, BK (Beweisbeschluss Z-19) 4

- Ronald Pofalla, Bundesminister a. D. (Beweisbeschluss Z-9) 111

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	**Stellvertretende Mitglieder**
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Lischka, Burkhard Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Allers, Fried-Heye Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian Daniel Lochner, Martin Puglisi, Livia Wodrich, Anja
SPD	Ahlefeldt, Johannes Etzkorn, Irene Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Leuxner, Alexander Schlucke, Lisa
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Keller, Dr. Iris Pohl, Jörn

Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Heinemann, Martin Kämmerer, Marie Pabst, Daniel Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Darge, Dr. Tobias Gierth, Sonja Hauer, Florian Jacobi, Stephan Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Kirchner, Dr. Heino Milke, Dr. Tile
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Linden, Stephan
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Theis, Björn Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Teilnehmer Bundesrat

LV Bayern	Luderschmid, Florian
LV Hessen	Steinbach, Arvid
LV Nordrhein-Westfalen	Rohlfing, Heinrich

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.43 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 57. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Pressevertreter darf ich auch am heutigen Tage ganz herzlich begrüßen. Ich hoffe, es ist ausreichend Platz auf der Tribüne vorhanden. So ein großer Andrang war uns gar nicht gemeldet worden; aber ich habe den Eindruck - ich sehe noch ein, zwei freie Plätze, zumindest von hier unten -, dass jeder einen Platz bekommt. Ansonsten geben Sie uns auf bekannte Weise ein Signal; dann versuchen wir, diese Dinge zu lösen. Seien Sie auf jeden Fall alle noch einmal ganz herzlich begrüßt, und herzlichen Dank für die intensive Berichterstattung von der Arbeit dieses Ausschusses.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen; diejenigen, die regelmäßig bei uns sind, kennen sie schon.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- Ministerialdirektor Günter Heiß (Beweisbeschluss Z-19)
- Ronald Pofalla, Bundesminister a. D. (Beweisbeschluss Z-9)

Die Beweisbeschlüsse Z-19 und Z-9 stammen vom 08.05.2014. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen Günter Heiß und Ronald Pofalla.

Zunächst werden wir die Zeugen hintereinander öffentlich vernehmen. Im Anschluss findet dann die nichtöffentliche Vernehmung statt.

Vernehmung des Zeugen Günter Heiß

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn Günter Heiß. Ich freue mich, dass Sie da sind.

Ich darf feststellen, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Heiß, Sie haben die Ladung am 9. Juni erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke. - Ich stelle fest, dass Sie nicht von einem Zeugenbeistand begleitet sind.

Herr Heiß, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei

Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also in nichtöffentlicher oder eingestufter Sitzung diese Fragen dann an Sie stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ohne durch Nachfragen und Fragen unterbrochen zu werden zum gesamten Untersuchungsgegenstand Ihre Ansicht der Dinge vorzutragen. Danach würde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht dann nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Günther Heiß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. Bitte machen Sie dazu das Mikrofon an für unseren Stenografischen Dienst.

Zeuge Günther Heiß: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Günter Heiß, von Beruf Beamter im Rang eines Ministerialdirektors im Bundeskanzleramt. Ich bin 1952 geboren. Als ladungsfähige Anschrift gilt: [redacted]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes - ich hatte es gerade erwähnt - Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern.

Zeuge Günter Heiß: Ich wünsche das nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann möchte ich mit einigen Fragen an Sie beginnen, nämlich zur Person. Sie haben gesagt, Sie sind 1952 geboren. Sie haben danach studiert, wenn ich es richtig weiß, sind Jurist, haben Jura studiert, auch Musik.

Zeuge Günter Heiß: Davor.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sind dann aber nicht Klavierlehrer geworden, sondern Verwaltungsrichter. Richtig?

Zeuge Günter Heiß: Ich bin Klavierlehrer geworden und habe während der Zeit ein Jurastudium absolviert und bin anschließend Verwaltungsrichter geworden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie ist es dann weitergegangen vom Klavierlehrer und Verwaltungsrichter zum Nachrichtendienstspezialisten?

Zeuge Günter Heiß: Ich bin nach vier Jahren Verwaltungsgericht Hannover in das niedersächsische Innenministerium gewechselt, habe dort über verschiedene Stationen immer engeren Kontakt mit der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr erlangt und zum Schluss auch Aufsicht über das

Nur zur dienstlichen Verwendung

niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz geführt und war dann die letzten drei Jahre sein Präsident.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also von 2007 bis 2009.

Zeuge Günter Heiß: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann sind Sie, wenn ich es richtig weiß, zum 1. Januar 2010 ins Kanzleramt gewechselt.

Zeuge Günter Heiß: Zum 14.12.2009.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke, dass Sie das korrigieren. - Mit welcher Funktion zum 14.12.2009?

Zeuge Günter Heiß: Abteilungsleiter 6.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also direkt AL 6?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Als AL 6, wie beschreiben Sie da Ihre Aufgaben?

Zeuge Günter Heiß: Die Abteilung 6 hat als Hauptaufgabe die Fach- und Dienstaufsicht über den BND und daneben die Koordination der Nachrichtendienste des Bundes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann das die Abteilung 6 in der Struktur, in der sie sich befindet?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum? Gibt es da eine extra Unterabteilung oder Gruppe oder Referat „Kontrolle der Geheimdienste“? Das habe ich dem Organigramm nicht entnehmen können.

Zeuge Günter Heiß: Es gibt verschiedene Referate. Damals, als ich 2009 anfing, gab es zwei Referatsgruppen: 61 und 62. Die eine Referatsgruppe hat sich im Wesentlichen mit organisatorischen und budgetären Themen befasst, und die andere Referatsgruppe, die 62, überwiegend mit inhaltlichen Ausrichtungen, operativen Aufsichten usw., sodass es hier eine umfassende Zuständigkeit für die Fach- und Dienstaufsicht gegeben hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will jetzt nicht zu tief in diese Fragestellung hineingehen, aber es interessiert mich einfach. Wenn ich mir die Abteilung 6, wie gesagt, hier im Organigramm noch mal angucke - Sie wissen es aus Ihrer Erfahrung wahrscheinlich besser -, dann haben wir 601 - Personal; Organisation; Datenschutz; Recht der Nachrichtendienste; G10-Angelegenheiten, also sehr viel; da könnte ich mir das vorstellen - oder 602 - Parlamentarische Kontrollgremien; Koordinierung; Haushalt; auch sehr viel. Dann kommen die Fachreferate 603, 604, wo es um die einzelnen Themenbereiche geht: Proliferation; Cybersicherheit etc. - Dann waren es ja wohl wahrscheinlich im Kern 601, 602, die die Kontrollfunktion des Kanzleramts ausgeübt haben. Sehe ich das richtig?

Zeuge Günter Heiß: 601 und 602 üben die Kontrollfunktion über - ich will es mal nennen - den strukturellen Bereich aus - Haushalt, Personal, Finanzen, Organisation -, während 603, 604 und 605 mehr den inhaltlichen Bereich treffen; sie spiegeln jeweils die einzelnen Phänomenbereiche oder Beobachtungsbereiche und Aufgaben des BND wider, wie zum Beispiel Proliferation, Terrorismus, allgemeine Lagedarstellung, aber auch organisierte Kriminalität und viele andere Bereiche. Das machen, wie gesagt, diese Referate 603 bis 605. Insofern gibt es eigentlich, was Fach- und Dienstaufsicht angeht, keine Differenzierung zwischen 601, 602 und den übrigen Referaten, es sei denn, man differenziert jetzt nach mehr strukturellen und mehr inhaltlichen Aufsichten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also man kann sagen, es gibt nicht das Referat „Kontrolle“, sondern es gibt die Referate, die einerseits das Auftragsprofil bestimmen - denn das Kanzleramt bestimmt das Auftragsprofil für den Bundesnachrichtendienst; das macht ja intensiv auch die Abteilung 6, glaube ich, mit; eine andere Abteilung sehe ich dafür nicht -, aber genauso sind sie auch

Nur zur dienstlichen Verwendung

gleichzeitig die Kontrolle und nehmen die Kontrollfunktion wahr. Speziell wenn es zum Beispiel bei 604 um Terrorismus geht, dann sind die Mitarbeiter des Referats 604 einmal diejenigen, die operativ an der Auftragsausgestaltung mitarbeiten, also quasi, sage ich jetzt mal, organisationsstrukturell Auftragsgeber sind, die gleichzeitig aber auch Kontrolleur sind im Sinne des Controllings, aber auch im Sinne der Dienstaufsicht. Richtig?

Zeuge Günter Heiß: Sie haben recht - mit einer Ergänzung, die ich machen möchte: 605, dort ressortiert die Geschäftsstelle für das Auftragsprofil. 605 sorgt dafür, dass das Auftragsprofil kurzfristig ergänzt wird unter Einbeziehung der anderen Ressorts. Im Übrigen wird das Auftragsprofil beschlossen in einer interressortiellen Sitzung, wo die jeweiligen Ministerien, die am Auftragsprofil interessiert sind, zusammengezogen sind, ihre Wünsche und ihre Bedarfe anmelden. Das wird dann gemeinsam festgelegt. Insofern entscheiden nicht 605 oder das Kanzleramt inhaltlich über das Auftragsprofil, sondern das tut die gesamte Bundesregierung unter Berücksichtigung der jeweiligen Ressorts, die Bedarfsträger sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer fasst die Bedarfsanmeldungen der Ressorts zusammen? Wer schreibt's?

Zeuge Günter Heiß: Das ist die Geschäftsstelle. Das würde 605 machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 605, okay. - Aber 605 macht dann nicht im Kern die Kontrolle, oder hatte ich das jetzt falsch verstanden?

Zeuge Günter Heiß: Nein, die obliegt sämtlichen Referaten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber sagen wir mal: intensiv 603, 604, wo es um die einzelnen Bereiche geht; rechtlich 601; 605 weniger.

Zeuge Günter Heiß: 605 hat noch ein zweites Standbein, und das ist die Darstellung der Lage. Das heißt: sammelt sämtliche Berichte, steuert sämtliche Berichte und muss in der Lage sein, auch ganz kurzfristig aus den Berichten eine Lagedarstellung zu exzerpieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn jetzt das Auftragsprofil an den BND übermittelt ist, wie sieht dann rein praktisch, dass ich es mir vorstellen kann, diese Kontrolle aus? Fährt der Mitarbeiter von 604 im Bereich Terrorismus nach Pullach und lässt sich zeigen: Was habt ihr in den letzten drei Monaten gemacht? Wie viel Zielerreichung hattet ihr? Wie sieht es in den einzelnen Erfassungsgebieten aus? - Also gibt es da Stichpunktbesuche, oder wie macht man diese Dienstaufsicht, Fachaufsicht? Die interessiert mich jetzt, nicht das Controlling im Sinne von wirtschaftlichem Prozessablauf, sondern Dienstaufsicht.

Zeuge Günter Heiß: Diese Möglichkeit, die Sie gerade ansprechen, gibt es, die wird auch genutzt. Aber vielleicht, Herr Vorsitzender, darf ich mit Ihrer Erlaubnis da etwas weiter ausholen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gerne.

Zeuge Günter Heiß: Fach- und Dienstaufsicht ist theoretisch und rein formal gesehen in der Lage, alles zu kontrollieren oder alles zu steuern. Das ist natürlich in Praxis nicht der Fall; denn zum einen würde das unnötige Doppelarbeit bedeuten, und zum anderen ist auch unser Verwaltungsbild in einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat nicht das einer totalen Kontrolle und einer totalen Steuerung. Funktionale Einheiten wie Verwaltungen, Behörden haben selbstverständlich einen inhaltlichen Entscheidungsspielraum und einen Verantwortungsspielraum, den sie selbst ausnützen müssen.

Dieser Verantwortungsspielraum wird unterstützend begleitet von der Fach- und Dienstaufsicht mit verschiedenen Instrumenten. Die grundsätzlichen Instrumente sind natürlich die Budgetierung, die Struktur, die Genehmigungsvorbehalte beim höheren Personal und grundsätzliche Angelegenheiten der Ausrichtung. Dazu gehört auch das APB. Dann gibt es natürlich informelle Instrumente, von denen Sie eben schon den Kontrollbesuch genannt haben, aber es gibt auch regelmäßige Jours Fixes in den jeweiligen Referaten

zu den jeweilig anstehenden Themen, es gibt Berichtspflichten, aus denen wir sehen, welchen Anlass der weitern Aufsicht es vielleicht geben könnte, besondere Vorkommnisse müssen gemeldet werden und, und, und - gewissermaßen die ganze Palette der Möglichkeiten, die häufig anlassbezogen, aber auf der anderen Seite auch routinemäßig bestimmte Dinge immer wieder hinterfragt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie würden Sie die Verteilung bezeichnen zwischen Auftragsdefinition und Dienst- und Fachaufsicht? Also sprich - wie kann ich mir das vorstellen? -: Wie viele Berichte haben Sie im Monat im Sinne der Dienst- und Fachaufsicht auf Ihrem Schreibtisch gehabt?

Zeuge Günter Heiß: Die Berichte im Sinne der Dienst- und Fachaufsicht, die uns dezidiert berichten, dass irgendetwas Besonderes passiert?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nicht besondere Vorkommnisse, sondern ganz allgemein, wo Sie sagen - -

Zeuge Günter Heiß: Allgemeine Berichte gehen natürlich alle an uns, die gehen aber auch an viele andere Bedarfsträger. Das sind halt die jeweiligen Berichte über die beobachteten Bereiche, sei es Afghanistan, sei es China, sei es Nordafrika. Da haben wir jede Woche Tausende von Blättern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also Lagemeldungen, würde man sagen.

Zeuge Günter Heiß: Lagemeldungen unterschiedlichsten Formates oder auch größer angelegte Analysen, da haben wir pro Woche Tausende von Blättern, ich würde mal sagen, im Schnitt eine dreistellige Zahl von Berichten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ergibt sich dann aus dem Auftrag?

Zeuge Günter Heiß: Das ergibt sich aus dem Auftrag. Wenn jetzt also plötzlich ein Bericht kommt über irgendeine Organisation, die uns bisher noch nicht aufgefallen ist, in einem Land, was nicht im Auftragsprofil drin ist, dann würden wir erst mal fragen, wieso das jetzt außen- oder sicherheitspolitisch relevant ist. Wenn der BND da eine plausible Begründung liefern könnte, würden wir dann versuchen, in der nächsten kurzfristigen Auftragssteuerung das mit ins Boot zu nehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sagten „kurzfristige Auftragssteuerung“. Wie flexibel ist man da? Also, ist das so ein ständiges Hin und Her: Auftragsdefinition im gesamtgroben Auftrag, dann die ständige Feinsteuerung? Ist man da eng in der Kommunikation BND-Abteilung 6?

Zeuge Günter Heiß: Ich fange mal auf der einfachsten Ebene an. Rein informell, wenn irgendwo in XY etwas ganz Entscheidendes passiert, dann wird sich der BND - wahrscheinlich aus eigenem Antrieb, weil er weiß, das ist jetzt außen- und sicherheitspolitisch wichtig - darum kümmern. Wenn so etwas sich verstetigt, überlegen wir, ob wir das in die kurzfristige Auftragssteuerung mit reinnehmen, damit es sozusagen auf Halde gelegt ist für die nächste grundsätzliche Änderung des APB.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das passiert ja alles auf den Referatsebenen; es geht ja nicht alles über Ihren Schreibtisch. Also, sagen wir mal, das sind Meldungen, die über die Referate gehen, die dann wahrscheinlich hochaggregiert werden zu Ihnen, dass Sie Kenntnis haben. Mit wem kommunizieren denn die Referate Ihrer Abteilung? Kommunizieren die nur mit der Hausleitung BND, oder kommunizieren die direkt mit den Spiegelreferaten, so wie ich mir das vorstellen könnte, zum Beispiel der Bereich Proliferation mit dem Bereich Proliferation beim BND? Oder geht das alles immer Hühnerleiter hoch, Hühnerleiter runter?

Zeuge Günter Heiß: Solche Kommunikation gibt es im Einzelfall. Wir legen allerdings großen Wert darauf, dass die Kommunikation unserer Referate jeweils mit dem Leitungsstab des BND erfolgt. Der Leitungsstab spiegelt auch die einzelnen Abteilungen des BND und ist insofern ein guter Verteiler und auch ein gutes Controlling, ob im BND das, was wir wollen, auch umgesetzt wird und

auch unten ankommt, sodass der Rückschluss im BND, hoch zum Präsidenten/Leitungsstab, auch immer gewährleistet ist. Wir legen, wie gesagt, großen Wert darauf, dass das, was wir wollen und einfordern oder diskutieren wollen, immer über den Leitungsstab geht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also das ist Ihr Kommunikationsweg: -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - über den Leitungsstab, dass Sie wissen, die Amtsleitung des BND ist informiert. Umgekehrt wird es wahrscheinlich BND-intern genauso laufen: -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - über den Leitungsstab, damit man sich auch hausintern absichert: Das ist von unserer Führung dann dementsprechend auch zumindest zur Kenntnis genommen.

Zeuge Günter Heiß: Also, wir handhaben das flexibel. Es kann auch mal sein, dass Kleinigkeiten durch Zuruf oder auch direkt aus den Fachreferaten des BND kommen; aber in der Regel geht es über den Leitungsstab, insbesondere wenn es politische oder parlamentarische Hintergründe hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich einfach mal interessehalber: Läuft das in Papier, zeichnen Sie noch in Papier mit? Oder ist das „low notes“, dass man da nur noch sagt: „Ich habe es gekriegt“?

Zeuge Günter Heiß: Da das meiste Verschlusssachen sind, geht es über Kryptofax oder über bestimmte Dropboxen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also Dropbox wäre dann nur noch elektronisch. Sie drucken es dann nicht mehr aus im Zweifel - -

Zeuge Günter Heiß: Doch, doch. Gerade Verschlusssachen müssen ja ausgedruckt werden, als Verschlusssachen gekennzeichnet und registriert werden. Da gibt es bestimmte Regularien, die wir auch elektronisch nicht umgehen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber ich glaube, intern mit der Dropbox-Systematik kann ich auch Verschlusssachen handeln. Aber ich freue mich, dass Sie es ausdrucken, weil wir an der einen oder anderen Stelle immer ganz froh sind, wenn wir dementsprechende Dokumente dann haben. Und wenn eben dieses Meldewesen doch so intensiv läuft, dann kann man das ja auch nachvollziehen.

Das waren die normalen Meldungen, sage ich mal, Auftragserfüllung etc. Wenn es jetzt zu besonderen Vorkommnissen beispielsweise kommt, läuft das dann genauso: BND-Abteilung über Leitungsstab an - - Ja, an wen eigentlich? Geht das dann ans Referat und - - Referat an Sie hoch? Oder geht das dann direkt an Sie als AL 6 vom Leitungsstab?

Zeuge Günter Heiß: Das Adressieren ist unterschiedlich: Manchmal schreibt man mich direkt an, manchmal geht es an den Referatsleiter. Aber das ist unmaßgeblich; wenn es wichtig ist, kriege ich es in jedem Fall zu sehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Besonderes Vorkommnis, wäre wichtig. - Oder - -

Zeuge Günter Heiß: Nicht jedes besondere Vorkommnis ist so wichtig, dass es sofort in die Leitung oder in die Abteilungsleitung hinein muss. Es muss entschieden werden, ob es im PKGr anzusprechen ist. Es gibt besondere Vorkommnisse, die sind von höchster Rasanz; denken Sie mal an einen Agentenfall zum Beispiel im BND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann ja passieren.

Zeuge Günter Heiß: Ja. - Und es gibt besondere Vorkommnisse, die werden halt gemeldet, weil sie möglicherweise zu einer gewissen medialen Öffentlichkeit führen könnten, die aber in sich gesehen, ich sage mal, das normale menschliche Fehl beinhalten und weiter nichts.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie so eine Art zentrale Dienstvorschrift, was ein besonderes Vorkommnis ist? Wie wird das festgemacht?

Zeuge Günter Heiß: Im BND gibt es so eine Vorschrift.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei der Bundeswehr gibt es das auch. Da kann man nach der ZDv schauen: Was ist ein besonderes Vorkommnis? - Das heißt nicht, dass das abschließend ist, ab dann ist zumindest regelmäßig klar, was ein BV ist. Im BND gibt es das auch.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das mal mit Ihnen erarbeitet worden?

Zeuge Günter Heiß: Wir kennen das, und das ist mit uns abgestimmt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie wissen auch: Was kommt dann im Zweifel? - Nicht, dass die das für sich definieren, sondern - -

Zeuge Günter Heiß: Nein, nein. Wir können das auch überprüfen anhand der Definition, die wir kennen. Ich kann sie Ihnen nur jetzt nicht aus dem Kopf hersagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Will ich auch gar nicht. Aber haben Sie mal so ein paar Beispiele, dass ich es mir grob vorstellen kann? Also klar, was presse- und medienrelevant ist, was ins PKGr muss, wahrscheinlich intern, wenn irgendwas schiefläuft von großer Brisanz - - Oder wie - - Nur mal, damit ich es auf der Pappe habe.

Zeuge Günter Heiß: Es gibt natürlich in einer Behörde mit über 6 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer irgendwelche Vorkommnisse, die auch strafrechtlich relevant sind. Ich erinnere mich - wenn Sie gerade ein Beispiel haben wollen - an eines, mein erstes besonderes Vorkommnis, das auch im PKGr erzählt worden ist; so etwas vergisst man nicht. Da hat irgendeiner, der vielleicht nicht so ganz bei sich war, in München auf dem Friedhof Holzkreuze angezündet und hat dabei seine Freude gehabt. Das hat die Polizei entdeckt. Das wurde im PKGr berichtet. - Das kann ich hier sagen, weil es sicherlich keine Verschlusssache ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. - Und, ich sage mal, individuelle Verfehlungen - -

Zeuge Günter Heiß: Damit will ich sagen: Das sind individuelle Verfehlungen, die aufgrund dessen, dass es sich um einen BND-Mitarbeiter handelt, natürlich schnell mediengeneigter sind, als wenn es jetzt der Mitarbeiter einer Versorgungsbehörde wäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sie hatten gerade angesprochen: Wenn es zum Beispiel intern jemanden gibt, der Sachen an Dritte rausgibt - ich will jetzt nicht auf konkrete Fälle abstellen; aber Sie wissen auch, in der Presse ist von dem Fall Markus R. berichtet worden -: So etwas wäre sicherlich absolut ein besonderes Vorkommnis.

Zeuge Günter Heiß: Ganz sicher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das würde dann auch wahrscheinlich direkt an den AL 6 gehen.

Zeuge Günter Heiß: Vermutlich würde ich dann direkt angeschrieben oder mein Vorgesetzter, Herr Staatssekretär Fritsche. Es gibt aber sicherlich in solchen Dingen immer schon eine Vorabinformation. Insbesondere wenn es sich um den konkreten Fall hier handelt, sind ja auch noch andere Strafverfolgungsbehörden mit eingebunden, sodass man auch aus anderen Ministerien vielleicht etwas hört.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Das bezieht sich auf das, was Sie als Abteilung 6 gegenüber dem BND an Aufgaben und Kontrollfunktionen haben. Sind Sie - - oder: Versteht sich der AL6, sagen wir mal, auch als die Koordinationsstelle international?

Zeuge Günter Heiß: Sie wissen, dass es eine strukturelle und personelle Änderung gegeben

Nur zur dienstlichen Verwendung

hat mit Beginn der Legislaturperiode. Meine Aufgabe war bis zum Ende der letzten Legislaturperiode tatsächlich auch die internationale Koordinierung von AND-Kontakten - AND: ausländische Nachrichtendienste - mit dem Kanzleramt. Dies ist weitgehend von Staatssekretär Fritsche übernommen worden. Die Koordination zwischen den Nachrichtendiensten des Bundes ist überhaupt Gesamtaufgabe der Abteilung und liegt bei mir, aber auch, in besonderen Fällen, bei Staatssekretär Fritsche. Es ist eine, wie Sie wissen, relativ kleine Abteilung, sodass die Transparenz und die Arbeitsteilung dort sehr einfach gehandhabt werden kann. Es gibt da keine festen Regeln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und für die internationale Kontrolle bis zum Ende der letzten Legislaturperiode, wer waren da bei den Five-Eyes-Staaten Ihre Ansprechpartner?

Zeuge Günter Heiß: Nun, das waren im Wesentlichen die Chefs der Dienste in den USA und der DNI im Weißen Haus. So viel Kontakt hatte ich mit den übrigen nicht. Ich habe einmal das GCHQ besucht, die französischen Inlands- und Auslandsdienste - waren die Chefs meine Ansprechpartner -, aber das war auch, sagen wir mal, ein Kennenlernbesuch, und die waren dann - wenn ich mich richtig erinnere; aber ich weiß nicht mehr genau - auch mal in Berlin. Im Übrigen: Kanada und Neuseeland, da gab es so gut wie keine Kontakte, jedenfalls nicht auf meiner Ebene.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das heißt also, Sie hatten die Kontakte hauptsächlich dann direkt, wenn es USA betrifft, in Washington oder bei den Briten in London. Mit den lokalen Residents, also den Chiefs of Station, da war der Kontakt nicht da?

Zeuge Günter Heiß: Nein, der hat solche Kontakte dann nur begleitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur was?

Zeuge Günter Heiß: Nur begleitet solche Kontakte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt „nur begleitet“?

Zeuge Günter Heiß: Sie meinen jetzt unseren Residenten in Washington oder in London?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Den Residenten aus Washington hier in Berlin, also zum Beispiel den Chief of Station an der Amerikanischen Botschaft.

Zeuge Günter Heiß: Ach so, jetzt habe ich Sie verstanden. - Ja, da gab es auch Kontakte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also die waren schon auch mit dabei. Also nicht nur in Washington, dass Sie direkt mit den Washington-Leuten telefoniert haben oder gesprochen haben oder sich kurzgeschlossen haben, sondern hier gab es auch in den Botschaften Ansprechpartner für Sie -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - für die Fragen zum Nachrichtendienst?

Zeuge Günter Heiß: So ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War die effektiv? Also bringt die etwas, diese Zusammenarbeit, ist das fachlich weiterbringend, oder ist das eher diplomatisch nett, dass man sich da auch noch kurzschließt? Oder bringt einen das nachrichtendienstlich weiter?

Zeuge Günter Heiß: Also fachlich eher in den selteneren Fällen, weil ich auch sehr darum bemüht bin, keine eigenen fachlichen Arbeiten zu machen; das ist nicht meine Aufgabe, das können auch diejenigen, die das ausschließlich machen, sehr viel besser. Es hat natürlich auch etwas zu tun mit Partnerschaftspflege, mit Kontakten, mit, so wie Sie es genannt haben, diplomatischen Vorgängen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat auch der Bundesnachrichtendienst zum Beispiel über den Leitungsstab direkten Kontakt zu den Botschaften

und den Nachrichtendienstbeauftragten da, zum Beispiel - - US-Botschaft Chief of Station?

Zeuge Günter Heiß: Soweit ich weiß ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo ist der Kontakt intensiver: durch die Abteilung 6 oder durch den BND? Wer arbeitet mehr mit den - -

Zeuge Günter Heiß: Da ich die Kontakte des BND nicht abschätzen kann, kann ich nur vermuten, dass sie beim BND intensiver sind, weil natürlich der direkte Austausch auf den Arbeitsebenen wichtiger ist als jetzt nur der Austausch mit der Aufsichtsebene.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt kommen Sie aus dem Bereich Verfassungsschutz. Beim Verfassungsschutz ist ja grundsätzlich auch die Spionageabwehr angesiedelt. Richtig?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das haben Sie damals auch immer als Kernaufgabe beim Landesverfassungsschutz so gesehen. Richtig?

Zeuge Günter Heiß: Der Landesverfassungsschutz hat sicherlich viele Aufgaben und sehr unterschiedlicher Art. Als Kernaufgabe würde ich die Spionageabwehr im Landesverfassungsschutz so nicht verorten, weil es viel zu wenig, sagen wir mal, konkrete Anlässe von Spionageabwehrfällen gibt. Der Landesverfassungsschutz hat überwiegend Phänomenbeobachtung: Extremismus rechts/links, Ausländer und Islamismus/Terrorismus. Es gibt selbstverständlich enge Kontakte zum BfV im Hinblick auf Spionageabwehr, es gibt sicherlich auch immer mal wieder den einen oder anderen Fall; aber dass ich es jetzt als Kernaufgabe eines Landesverfassungsamtes ansehen wollte oder als Hauptaufgabe, das würde ich nicht tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wenn Sie im Bereich des BND oder des Bundeskanzleramts die Information bekommen würden, dass Dokumente, Nachrichten raushuschen, dann wäre Ihnen das ein aus Ihrer früheren Tätigkeit nicht ganz unbekannter Sachverhalt und Sie wären sensibel?

Zeuge Günter Heiß: Ich wäre in jedem Fall sensibel. Ob ich jetzt sagen kann, dass es mir aus früherer Tätigkeit bekannt geworden ist, dass Informationen rausgehuscht sind, wie Sie es ausdrücken - - kann ich jetzt nicht bestätigen. Soweit ich weiß, ist das in den drei Jahren, in denen ich in Niedersachsen Präsident war, nicht passiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Da habe ich mich auch unglücklich ausgedrückt. Ich dachte nur, dass Sie aus dieser Tätigkeit, die ja speziell für Spionageabwehr dann auch zuständig ist auf Landesebene, die Sensibilität mitbringen, in Ihrer neuen Funktion, wo ja Spionageabwehr nicht die Kernaufgabe ist - eher Annexkompetenz - - dann für die im Rahmen der eigenen Tätigkeit doch vielleicht eine höhere Sensibilität mitbringen als jemand, der aus einem ganz anderen Bereich kommt.

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen denn in der neuen Funktion so etwas begegnet?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe sehr häufig beobachtet, dass Verschlusssachen in der Öffentlichkeit, sprich: in den Medien, aufgetaucht sind. Und ich musste daraus schließen, dass sie irgendwo geleakt worden sind. Das ist mir bis zum heutigen Tag, glaube ich, öfter begegnet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Macht man da etwas gegen? Gibt es da irgendwie Vorkehrungen?

Zeuge Günter Heiß: Dafür gibt es - - Vorkehrungen sind zum Beispiel - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie brauchen das nicht im Detail auszuführen. Wir wollen jetzt hier nicht dazu beitragen, dass die Dinge nicht mehr funktionieren - dass Sie mich nicht falsch verstehen.

Zeuge Günter Heiß: Nein, nein. - Wir sind höchst bemüht, die Verschlusssachenanordnung bis ins

Nur zur dienstlichen Verwendung

letzte Detail zu beobachten [sic!]. Allerdings ist die Beobachtung [sic!] der Verschlusssachenanordnung in unseren Bereichen nicht ausreichend, irgendwelche Leaks zu verhindern. Wenn jemand Leaks heutzutage produzieren möchte, ist er sicherlich auf die eine oder andere Weise dazu in der Lage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann ist er wahrscheinlich für die Aufgabe, die ihm übertragen worden ist, der Falsche an dem Platz.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe jetzt nicht damit gemeint, dass diese Leaks in unserem Bereich sind; aber ausschließen kann ich das genauso wenig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe es auch erst mal nur grundsätzlich gemeint. - Ist denn dann in Ihrer Funktion als AL 6 konkret an Sie herangetragen worden, dass jemand Dokumente weitergibt, Informationen weitergibt, dass es ein Leck gibt im BND oder im Bundeskanzleramt?

Zeuge Günter Heiß: Sie sprechen da einen bestimmten Vorfall an, und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es zwei gibt, auch zwei. Sie können frei vortragen.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe zum Beispiel zur Kenntnis genommen, dass wir einen Fall im BND gehabt haben, der über Jahre hin Dokumente an einen ausländischen Nachrichtendienst weitergegeben hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das der eben angesprochene Fall Markus R.?

Zeuge Günter Heiß: So ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ist das der einzige Fall, der Ihnen zur Kenntnis gelangt ist in Ihrer Zeit als AL 6?

Zeuge Günter Heiß: In dieser Konkretheit: ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und im - -

Zeuge Günter Heiß: Also beim BND mag es noch andere gegeben haben - das will ich jetzt nicht beschwören -, da gab es immer mal Verdächtigungen, dass irgendwo etwas rausläuft, dass es bestimmte Leaks gibt. Aber so, sagen wir mal, beweisfest wie in diesem Fall ist es in der Zeit, in der ich verantwortlich bin, der einzige Fall, glaube ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich kann sagen, dass das bei uns im Untersuchungsausschuss nicht der Fall ist; aber den Blick machen wir ja auch erst mal jetzt in Richtung BND und Bundeskanzleramt. - Jetzt gucken wir nur konkret auf das Bundeskanzleramt. Ist Ihnen aus der Zeit ein Fall bekannt, wo an Sie herangetragen worden ist, dass Dokumente geleakt werden und möglicherweise ein konkreter Name ins Spiel kam? Jetzt sind wir wahrscheinlich bei dem Fall, den Sie gerade auch schon ansprechen wollten, und ich meine - -

Zeuge Günter Heiß: Also, mir ist kein Fall bekannt, in dem an mich herangetragen worden ist, dass Dokumente geleakt worden sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also der Presseberichterstattung, insbesondere der Presseberichterstattung *Bild am Sonntag* vom 26. April 2015 - Überschrift „BND-Skandal - Kanzleramt war schon 2008 informiert“ -, war zu entnehmen, dass der damalige CIA-Resident in der US-Botschaft und damit Chief of Station, Michael H. Bekedam, einen Gruppenleiter der Abteilung 6 als mutmaßlichen Maulwurf benannt haben soll. Dieselbe Zeitung nannte dann eine Woche später auch den Namen des mutmaßlichen Maulwurfs. Der hat dann auch später einen anderen Aufgabenbereich bekommen. Ich sage nicht, dass das in einem Zusammenhang kausal damit zusammenhängt; das kann ich nicht sagen. Jetzt stellt sich mir die Frage: Ist Ihnen darüber etwas bekannt geworden in Ihrer Zeit, offiziell also?

Zeuge Günter Heiß: Herr Vorsitzender, Sie haben mich eben gefragt, ob mir bekannt geworden ist, dass Dokumente geleakt worden sind. Das habe ich verneint. Ich habe selbstverständlich diesen Presseartikel auch gelesen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der ist auch nicht geleakt worden, der war frei zugänglich.

Zeuge Günter Heiß: Der war frei zugänglich. - Bloß, da steht nichts von geleakten Dokumenten drin, sondern, ich glaube, nur von eingestuften Informationen, wenn ich mich dunkel erinnere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das würden Sie jetzt nicht als so dramatisch einstufen?

Zeuge Günter Heiß: Das will ich damit nicht sagen. Aber ich wollte einfach nur präzise antworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das finde ich löblich. - Und unter dieser Präzisität, da sagen Sie, den Fall kennen Sie unabhängig von der Presse, den kennen Sie aus Ihrer eigenen Erfahrung aus der Zeit, in der er gespielt hat?

Zeuge Günter Heiß: Das ist ein Fall, von dem ich glaube, dass ich in öffentlicher Sitzung dazu nichts sagen kann, wenn er denn überhaupt untersuchungsgegenständlich ist - woran ich meine Zweifel habe. Aber das wird man dann möglicherweise in nichtöffentlicher Sitzung noch feststellen können, warum er das nicht ist. Das würde ich Ihnen dann gern erklären.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist auch der Grund, warum ich meine Fragen etwas unpräzise gestellt habe. Ich könnte Ihnen ja sonst wunderbar aus Protokollen vorlesen, was aber in öffentlicher Sitzung nicht geht. Ich schließe aber mal aus Ihrer Antwort - vorausgesetzt, dieser Sachverhalt ist Untersuchungsgegenstand, wovon ich ausgehe -, dass Sie einen Sachverhalt kennen, über den Sie in eingestufter Sitzung berichten können.

Zeuge Günter Heiß: Ich kenne die Presseveröffentlichung, und -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die brauchen wir nicht in eingestufter Sitzung.

Zeuge Günter Heiß: - ich würde Ihnen gerne in eingestufter Sitzung erklären, warum ich glaube, dass die der Presseveröffentlichung zugrunde liegenden Umstände nicht untersuchungsgegenständlich sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das können Sie auch hier machen; dann könnten wir es direkt klären. Wir haben nämlich voraussichtlich sehr einheitlich die Meinung, dass es Untersuchungsgegenstand ist, und ich vermute mal, die Bundesregierung auch. - Die nickt nämlich gerade, nicht die gänzliche Bundesregierung,

(RD Philipp Wolff (BK):
Nein, nein! Das war - -)

aber zumindest der Vertreter der Bundesregierung oder ein Vertreter der Bundesregierung.

(RD Philipp Wolff (BK):
Das bestreite ich!)

- Okay, zumindest nicht Bestreiten durch Nichtwissen. - Also, von daher glaube ich schon, dass die Frage, ob Kenntnis im Bundeskanzleramts bestand, dass vonseiten eines Staates der Five-Eyes-Staaten Mitglieder des Kanzleramtes oder Mitarbeiter des Kanzleramtes oder Journalisten abgehört werden und diese Erkenntnis dem Bundeskanzleramt mitgeteilt worden ist, Untersuchungsgegenstand ist. Sonst müsste ich mich schwer täuschen in dieser Veranstaltung. Also, von daher können wir gerne darüber reden, auch öffentlich, weil das ja eine Frage ist, die zu klären ist. Mich würde aber alleine interessieren, bevor wir in einen akademischen Diskurs einsteigen, ob wir denn ansonsten noch in eingestufter Sitzung in der Richtung etwas erfragen können von Ihnen und auch Antworten erhalten dann in eingestufter Sitzung. Das würde meinen Fragebedarf hier beschränken.

Zeuge Günter Heiß: Soweit es mir zulässig ist, werde ich selbstverständlich antworten. Es muss einmal von meiner Aussagegenehmigung umfasst sein, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Habe ich mir eben angeguckt, die ist ja sehr weitreichend.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: - und es muss zum anderen auch zur Dispositionsbefugnis der Bundesregierung stehen, die Inhalte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann frage ich zu diesem Teil abschließend: Wie oft haben Sie sich denn insgesamt in Ihrer Zeit als AL 6 mit Herrn Bekedam getroffen?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe ihn öfter gesehen. Ich kann keine konkrete Zahl sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also so oft, dass Sie keine konkrete Zahl sagen können?

Zeuge Günter Heiß: Daraus würde ich nicht schließen, dass es sehr oft war, aber öfter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Einmal wöchentlich?

Zeuge Günter Heiß: Nein, so oft nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Einmal monatlich?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich schwer abschätzen. Wenn ich es jetzt gewissermaßen ohne sachliche Grundlage schätzen sollte, würde ich vielleicht sagen, alle zwei, drei Monate.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Traf man sich dann im Kanzleramt oder in der amerikanischen Botschaft? Oder war man Kaffeetrinken, oder ist man spazieren gegangen?

Zeuge Günter Heiß: Alle diese Möglichkeiten gab es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat man ausgenutzt?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut.

Zeuge Günter Heiß: Aber das Spazierengehen war eigentlich weniger üblich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Das wären sicherlich Fragen, die kann man dann in eingestufter Sitzung klären. - Ich möchte einen kleinen Bereich - das ist kein kleiner Bereich, das ist ein großer Bereich; aber ich habe nur wenige Fragen dazu - noch klären. Wir erleben ja aus der aktuellen Berichterstattung, dass doch relativ viel an eingestuften Dokumenten inzwischen im Internet steht. Mich verwundert das.

Zeuge Günter Heiß: Ich teile Ihre Verwunderung, falls das eine Frage war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, und ich freue mich über die Einstimmigkeit. Das wird sicherlich auch unserem Partner, dem anscheinend eine große Zahl von eingestuften Informationen abhandenkommt, beschäftigen - um es mal so auszudrücken. Ich könnte mir vorstellen, dass so eine Zeit auch nach den Snowden-Veröffentlichungen gewesen ist, wo man auf der Seite, wo die Informationen rausgedrungen sind, doch etwas schockiert war. Ich halte die Informationen, die jetzt im Internet stehen, übrigens für weitaus dramatischer aus Sicht - möglicherweise - dieses Partners, dem diese Informationen abhandenkommen. - Wie war das denn damals in der Zeit um 2013, als wir alle in der Presse lesen konnten, man verhandelt über ein No-Spy-Abkommen, das ist in greifbarer Nähe? Waren Sie da beteiligt an den Verhandlungen?

Zeuge Günter Heiß: An den unmittelbaren Verhandlungen über ein MoA oder MoU war ich nicht beteiligt. Ich war aber, sagen wir mal, aufsichtlich begleitend und auch in der Vorbereitung beteiligt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gab es jetzt drei verschiedene Abkommen, oder wie verstehe ich das? Ich bin da nicht so drin, No Spy, MoA, MoU.

Zeuge Günter Heiß: Also, MoA oder MoU ist ja nur die äußere Form. No Spy ist ein, sagen wir mal, weitverbreiteter Arbeitstitel, der sich damals ein wenig eingebürgert hatte, aber untechnisch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie hat der sich so eingebürgert?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Es gibt unterschiedliche Kollegen, die mir glaubhaft erklären, dass dieser Ausdruck gefallen ist seitens der US-Kollegen bei einem Besuch Anfang August, den wir mit einer großen Delegation in Washington gemacht haben. Ich kann mich aber konkret nicht daran erinnern, wer diesen Ausdruck verwandt hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer ihn Ihnen gesagt hat, wissen Sie das noch?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Günter Heiß: Es war einfach - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Muss wahrscheinlich ein Deutscher gewesen sein, weil wenn es ein Amerikaner war - - Ich frage mich die ganze Zeit schon: Wie übersetzt man denn No-Spy-Abkommen ins Amerikanische? - No Spy: klar.

Zeuge Günter Heiß: Das heißt: nicht spionieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, manchmal drücke ich mich vielleicht wirklich unglücklich aus. Aber Abkommen: Agreement? Understanding? - Also No Spy Agreement? No Spy- -

Zeuge Günter Heiß: Ich habe jetzt Ihre Frage nicht verstanden, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na ja, No-Spy-Abkommen ist eine Mischung aus Englisch und Deutsch.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube nicht, dass der Amerikaner kommt und sagt: Do you think about a No-Spy-Abkommen? Is that a possible solution for our problems?

(Heiterkeit)

Also, wie wäre denn dann die amerikanische Seite auf die deutsche Seite zugekommen? Hätte die dann, wenn sie den Begriff No-Spy-Abkommen ins Spiel gebracht hat, gesagt: „We think about a No Spy Agreement“? - Ist Agreement dann das, was die Amerikaner gesagt haben?

Zeuge Günter Heiß: Herr Vorsitzender, ich muss mich leider wiederholen. Mir haben einige Kollegen glaubhaft versichert, dass der Ausdruck „No Spy“ seitens der US-Kollegen gefallen ist und offensichtlich gefallen ist im Rahmen des genannten Besuches in Washington. Ich selbst kann mich nicht erinnern, wer das benutzt hat. Das war nachher in aller Munde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also Sie haben aber MoA und MoU dazu gesagt?

Zeuge Günter Heiß: Das ist die äußere Form - MoU -, die äußere Form einer nichtvölkerrechtlichen Verständigung über bestimmte Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An welchen Treffen waren Sie da beteiligt?

Zeuge Günter Heiß: Ich war Anfang August mit einer größeren Delegation, zu denen die zwei Präsidenten, also Herr Schindler und Herr Maaßen, dann Herr Fritsche als Staatssekretär des BMI und ich - - in Washington bei den Diensten. Da waren, wenn ich mich richtig erinnere, auf jeden Fall DNI Clapper und Direktor Alexander. Dann war ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Fiel da der Begriff „No Spy“?

Zeuge Günter Heiß: So haben mir das Kollegen gesagt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie waren doch dabei.

Zeuge Günter Heiß: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie waren doch dabei, habe ich gerade gehört.

Zeuge Günter Heiß: Ich kann mich daran nicht erinnern.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie waren dabei und erinnern sich nicht. Und die anderen, die dabei waren, sagen: Das war so.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann gehen wir mal einen Monat zurück oder anderthalb: Am 6./7. Juni fand in Berlin - wahrscheinlich wollten Sie das gerade erwähnen - ein Treffen zwischen BND-Präsident Schindler und seinem Abteilungsleiter Pauland und NSA-Direktor Alexander statt. Da waren Delegationen dabei, und in der deutschen Delegation waren Sie auch dabei.

Zeuge Günter Heiß: Wann?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 6./7. Juni 2013, wenn ich das richtig sehe. - Nein?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein?

Zeuge Günter Heiß: Kann ich mich jedenfalls jetzt so nicht erinnern. Das soll eine Delegation in Washington gewesen sein?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, in Berlin.

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie sich da nicht dran erinnern, das kann ja gut sein - -

Zeuge Günter Heiß: Also vielleicht war das ein Besuch irgendeines NSA-Vertreters, hier vielleicht des Direktors, der stattgefunden hat im BND und anschließend oder vorher stattgefunden hat im Kanzleramt. Aber gemeinsam - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, ich sage ja, das war der Besuch des NSA-Direktors Alexander, wo dann auch vonseiten der Deutschen mehrere Teilnehmer dabei waren, BND mit 13 Personen, aber auch vonseiten des Kanzleramts zum Beispiel Herr Fritsche dabei war und Sie dabei waren.

Zeuge Günter Heiß: Herr Fritsche war damals nicht im Kanzleramt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, aber er war Staatssekretär.

Zeuge Günter Heiß: Ja, das mögen vielleicht Treffen gewesen sein, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Maaßen war auch dabei, war auch nicht im Kanzleramt.

Zeuge Günter Heiß: - die hintereinander stattgefunden haben. Aber gemeinsame Treffen mit dem BMI und Direktor NSA ist eigentlich nicht üblich. Also ich kann mich an ein solches Treffen nicht erinnere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn Sie sich an das Treffen nicht erinnern können, dann können Sie sich wahrscheinlich auch nicht daran erinnern, ob da der Begriff No Spy gefallen ist, weil darum geht es mir eigentlich im Kern jetzt.

Zeuge Günter Heiß: Anfang Juni ist über ein wie auch immer geartetes Abkommen überhaupt noch nicht diskutiert worden mit den Amerikanern; denn Anfang Juni, ich glaube am 6. Juni, war überhaupt erst der erste Aufschlag der Snowden-Veröffentlichungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wann dann zum ersten Mal?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, im Anschluss an den Besuch, den ich mit Staatssekretär Fritsche dem Präsidenten in Washington gemacht habe. Ich glaube, im Anschluss daran wurde dieser Ausdruck No Spy verwandt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen da bekannt irgendein Schriftverkehr per E-Mail, per Papier, wo es um dieses No-Spy-Abkommen, dieses Agreement gegangen ist? Ist das über Ihren Tisch gegangen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Ich habe bei der Vorbereitung auf diese Sitzung einen intensiven E-Mail-Verkehr zwischen der Abteilung 2 und dem Weißen Haus zur Kenntnis genommen, der sich dann fortgesetzt hat in Verhandlungen um ein strategisch-politisches Abkommen, was sozusagen den Rahmen für ein Memorandum of Understanding zwischen den Diensten hat bilden sollen. Also, ich habe in der Tat diesen Mailverkehr, auf den Sie, glaube ich, anspielen - - der ging überwiegend nicht über meinen Schreibtisch, sondern der war zwischen Abteilung 2 und dem Weißen Haus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann verstehe ich es also richtig: Es gab einmal die nachrichtendienstliche Ebene, -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - die miteinander redete, und dann gab es auch die politische Ebene, die miteinander redete, was dann im Kanzleramt nicht die Abteilung 6 war, sondern die Abteilung 2.

Zeuge Günter Heiß: So ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es da einen Zeitpunkt, oder hat das gewechselt, irgendwie erst Abteilung 6, wo man auf nachrichtendienstlicher Ebene miteinander redete, und dann ging das plötzlich in Abteilung 2 über, oder war das von Anfang an Abteilung 2?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich nicht genau sagen, aber nach ziemlich kurzer Zeit - so habe ich es jedenfalls hier bei der Vorbereitung gesehen - gab es auch ziemlich intensiven Mailverkehr zwischen Abteilung 2 und dem Weißen Haus. Das haben wir nachher zusammengeführt, sodass - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was ist „nachher“ zeitlich ungefähr?

Zeuge Günter Heiß: Das wollte ich gerade sagen. - Der Abteilungsleiter 2 und ich sind Ende Oktober 13 dann gemeinsam ins Weiße Haus gefahren und haben unsere jeweiligen Anliegen eher mehr im Hinblick auf ein strategisch-politisches Rahmen-Agreement oder Erklärung - was immer das werden sollte, war damals nicht klar - und ich mehr im Hinblick auf ein Agreement auf der Ebene der Dienste - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sagten: Was immer das werden soll, war noch nicht klar. - Da ist ein gewisser Aufwand betrieben worden, wenn ich das richtig nachvollziehe. Was waren denn die Ziele, auf deutscher Seite beispielsweise?

Zeuge Günter Heiß: Die Ziele waren, die Zusammenarbeit so stark zu festigen und auf vertrauensvolle Beine wieder zu stellen, dass wir das Motto der Kanzlerin: „Auf deutschem Boden wird sich an deutsches Recht gehalten“ auch als Zusage von den USA erhalten sollten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Konnten Sie das nachvollziehen? Was hatten die Amerikaner für ein Interesse daran? Weil die schienen ja, wenn wir den aktuellen Veröffentlichungen Glauben schenken dürfen, anders gelagerte Interessen zu haben.

Zeuge Günter Heiß: Nun, ich glaube, dass sich politische Interessen auch wandeln oder bzw. von Einflussgrößen eingerahmt werden, die nicht immer von vornherein so kalkulierbar sind. Als ich am - - Als ich mit der großen Delegation Ende - - Anfang August in Washington war, gab es ausgesprochen positive Signale im Hinblick auf die Erfüllung unserer Ziele und unserer Wünsche. Ich glaube, dass unter Einflussnahme auch des Weißen Hauses und weiterer Diskussionen die Amerikaner diese Angebote, die sie uns damals gemacht haben, letztlich dann nicht aufrechterhalten haben. Aber das geht in Einzelheiten, die ich eigentlich nur in nichtöffentlicher Sitzung erklären kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Letzte Frage meinerseits zu dem Punkt: Sie sagten: was die Amerikaner von politischer Seite da nicht so aufrechterhalten wollten. - Können Sie dieses Gefühl - - Wann hatten Sie das denn, um mal den Monat oder das Datum - - War das schon ein paar Tage nach Ihrer Reise Anfang August?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Nein. Ganz im Gegenteil: Nach der Reise Anfang August gab es die Weisung an den BND, jetzt unmittelbar mit NSA in Verhandlungen zu treten, und dort gab es dann auch regen Austausch von Entwürfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie da Entwürfe rübergeschickt oder die Amerikaner uns geschickt?

Zeuge Günter Heiß: So ist das üblich.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ach!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach! Da gab es Entwürfe. Das ist interessant.

Zeuge Günter Heiß: Die unterliegen dem Konsultationsverfahren, wie Sie wissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, schauen wir mal. - Aber gut. Okay. Ich wäre mit meinen Fragen an der Stelle so weit erst mal durch.

Die Fraktionen haben jetzt die Gelegenheit, ihre Fragen zu stellen. Es geht - ich hatte das ja gesagt - reihum, Fraktion nach Fraktion. Die Fraktionen haben unterschiedliche Zeitbudgets für ihre Fragen: die CDU/CSU 27 Minuten, die SPD hat 17 Minuten, die Fraktion Die Linke 8 Minuten, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat auch 8 Minuten. Es beginnt in der ersten Fragerunde die Fraktion Die Linke. Ich denke, Frau Kollegin Renner wird mit den Fragen beginnen.

Ich sage vorab: Wenn Sie irgendwie noch ein Getränk brauchen, eine Pause brauchen, dann sagen Sie das bitte. Sonst machen wir gnadenlos weiter. Also geben Sie mir ein Signal, wenn Sie eine kurze Pause oder sonst irgendwas bräuchten.

Zeuge Günter Heiß: Vielen Dank. Ich bin gut versorgt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Heiß, natürlich hatten wir uns eine ganze Menge von Fragen für heute überlegt. Aber angesichts der aktuellen Veröffentlichung bei *Tagesschau* und *Süddeutsche* finde ich es angemessen - da es ja auch unser Untersuchungsgegenstand ist -, wenn wir mit diesem Komplex beginnen, weil wenigstens die Auffassung meiner Seite ist, dass es sich hier um Belege handelt für eine von uns schon länger verfolgte These: dass es politische und Wirtschaftsspionage seitens der NSA in Deutschland und gegebenenfalls mit Unterstützung des BND gegeben hat.

Deswegen ganz konkret: Seit wann sind Ihnen Anhaltspunkte oder aber auch Erkenntnisse zugegangen, dass es seitens der NSA entweder eigenständig oder in Kooperation mit dem Bundesnachrichtendienst zur Spionagetätigkeit kommt, die nicht im Aufgabenprofil der NSA liegen, also insbesondere im Bereich der Wirtschaftsspionage - Sie nennen es gegebenenfalls auch „Industriespionage“ - oder aber im Bereich der politischen Spionage lagen? Seit wann? Seit gestern? Seit 2013? Seit - - Wann ist für Sie der Zeitpunkt?

Zeuge Günter Heiß: Also, im vergangenen Jahr gab es einen sehr konkreten Anhaltspunkt: als sich nämlich herausstellte, dass ein Mitarbeiter des BND für einen ausländischen Nachrichtendienst - und das war offensichtlich ein US-Nachrichtendienst - Dokumente weitergegeben hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Über den Fall haben wir ja vorhin schon gesprochen.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich rede jetzt darüber, was die *Süddeutsche* heute veröffentlicht: dass es US-Selektoren gab, die auf verschiedene deutsche Regierungsbehörden gezielt waren, insbesondere aus dem Bereich des Finanz-, Wirtschafts- und Landwirtschaftsministeriums. Sind Ihnen vor gestern 19 Uhr Anhaltspunkte oder Erkenntnisse zugegangen, dass die NSA zum Beispiel auch die deutsche Regierung ausspioniert?

Zeuge Günter Heiß: Sie wissen: Es hat eine Veröffentlichung gegeben, aus der man schließen kann, dass möglicherweise das Handy der Kanz-

lerin abgehört worden ist; das war in den Medien. Den Hintergrund dieses Dokuments, worauf sich da bezogen wird, kann ich nicht erhellen. Die Authentizität des Dokumentes ist nie letztendlich geklärt worden, sodass ich am 17.10.2013 - da habe ich das Dokument nämlich zum ersten Mal gesehen - in der Tat vielleicht von der Möglichkeit erfahren habe, dass es so etwas gegeben haben kann oder so etwas gibt. Ich kann aber nicht sagen, dass es ein konkreter Hinweis war. Insofern fällt das schon mal aus, weil ich die Authentizität dieses Hintergrundes und dieses Papiers nicht beurteilen kann. Das konnten auch die übrigen Sicherheitsbehörden nicht. Sie haben allerdings festgestellt, dass es eine gewisse Plausibilität gibt, dass man so eine Karteikarte so anlegen könnte. Man weiß aber nicht, ob sie so angelegt worden ist.

Zweifel wiederum ergeben sich an diesem Fall daran, dass wir später erfahren haben - auch aus den Medien -, dass diese sogenannte Karteikarte oder dieser Eintrag des NSA selbst von dem jeweiligen Redakteur, der das veröffentlicht hat, abgeschrieben worden ist und so verfasst worden ist, sodass wir noch nicht mal davon ausgehen können, ob das Original auch so aussieht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind alle Ihre Hinweise und Kenntnisse, die Sie, seitdem Sie - -

Zeuge Günter Heiß: Sie haben dann noch nach Wirtschaftsspionage gefragt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Da muss ich vorher sagen, dass „Wirtschaftsspionage“ in unserer Diktion bedeutet, dass ein anderer Nachrichtendienst oder eine andere staatliche Institution geistiges Eigentum aus der Wirtschaft abzieht zugunsten der eigenen Wirtschaft. Das heißt also: immer dieses „pro domo“, für eigene Betriebe. Dafür kennen wir keine Anhaltspunkte. Wir wissen natürlich wie alle, dass die USA wie alle anderen Staaten und wie wir natürlich auch gewisse Beobachtungen im wirtschaftlichen Bereich zur Aufklärung zum Beispiel von Proliferation tätigen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das Bundeswirtschaftsministerium!)

Martina Renner (DIE LINKE): Das haben wir die letzten Wochen auch immer gehört, diese, ich sage mal, Definitionswindungen, -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - die man dann einschlägt, um aus der Fragestellung rauszukommen.

Wir reden hier nicht über Proliferation. Ich habe Ihnen eben vorgehalten, dass wir heute - oder seit gestern - wissen, dass zum Beispiel das Landwirtschaftsministerium abgehört wurde. Wenn Sie jetzt sagen: „Da werden jetzt nebenbei noch irgendwie illegal Panzer verschoben sonst wohin“ - meinethalben. Aber wir reden ja hier mittlerweile über Vorgänge, wo offenbar ist irgendwie, dass es sich um tatsächlich illegale und strafrechtlich relevante Tätigkeit eines befreundeten Geheimdienstes auf deutschem Boden handelt. Und da möchte ich tatsächlich wissen, ob neben Markus R. und dieser Frage zum Kanzlerinhandy in irgendeiner Form in Ihrer Funktion als Aufsichtsbehörde gegenüber dem BND diese Frage einmal erörtert wurde, dass es Anhaltspunkte gibt, dass der gute Partner irgendetwas anderes treibt, eine Hidden Agenda hat und Ähnliches mehr, wo man als Bundesnachrichtendienst zum Beispiel darauf aufmerksam geworden ist und gegenüber dem Bundeskanzleramt in seiner Berichtspflicht darauf hinweist.

Zeuge Günter Heiß: Ja, in der Tat haben wir auch mit dem Bundesnachrichtendienst darüber gesprochen, ob es nach unserer Definition Wirtschaftsspionage gibt. So etwas ist sozusagen - - wäre auch sofort berichtspflichtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig.

Zeuge Günter Heiß: Auch der Bundesnachrichtendienst hat keine konkreten Hinweise darauf, dass es Wirtschaftsspionage gegeben hat oder gibt. Es gab in der Tat immer mal wieder Einzelfälle. Ich erinnere mich zum Beispiel an einen

Vorgang aus den 90er-Jahren, wo, glaube ich, mal ein Ministeriumsangehöriger versucht worden ist ausgefragt zu werden von einem US-Nachrichtendienst; das ist aufgefallen. Das hätte zum Beispiel einen wirtschaftlichen Hintergrund haben können. Ich will das nur der Vollständigkeit halber sagen, nur damit mir nachher nicht vorgehalten wird, das wusste ich, und ich habe es nur nicht gesagt. Hinweise, konkrete Hinweise auf Wirtschaftsspionage, wie ich sie vorhin definiert habe, hat uns der BND nicht erbracht, und wir kennen sie auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann will ich noch mal nachfragen: In Ihrer Definition heißt es, wenn ich jetzt mal einen konkreten Fall konstruiere: Nur wenn die NSA Airbus ausspioniert und nachher die Daten Boeing gibt, damit die sich einen Wettbewerbsvorteil geben, ist es in Ihrer Sicht Wirtschaftsspionage.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Dass die NSA zum Beispiel Airbus ausspioniert, ist vollkommen okay.

Zeuge Günter Heiß: Das habe ich nicht gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Das ist sicherlich auch nicht vollkommen okay. Das würde möglicherweise gegen den partnerschaftlichen Geist verstoßen oder die transatlantische Freundschaft nicht unbedingt unterstreichen. Aber ich habe nur damit betonen wollen, dass wir nicht - - keine Anhaltspunkte für Wirtschaftsspionage haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn man diese Definition ernst nimmt, und es zum Beispiel Anhaltspunkte gibt für die Ausspionierung von EADS und Eurocopter, wie wahrscheinlich halten Sie es denn, dass man dann zum Beispiel als deutsche Behörde erfährt, dass die NSA die Daten auch an Boeing weitergibt?

Zeuge Günter Heiß: Wir halten das nicht für sehr wahrscheinlich, -

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig.

Zeuge Günter Heiß: - weil die Amerikaner uns immer wieder versichern, dass es bei ihnen auch ein riesiges kartellrechtliches Problem gibt, wenn man einer Firma irgendetwas gibt und die andere Firma, zum Beispiel der Konkurrent dieser einen Firma, nichts bekommt. Und das würde - das amerikanische System funktioniert so ähnlich übrigens wie unseres - sofort ans Tageslicht kommen und in den Medien stehen. Ganz anders läuft das in Regimen, wo man die Medien tatsächlich kontrolliert. Also, ich würde sagen, eine tatsächliche Wirtschaftsspionage aus den Bereichen China oder Russland würde ich schon aus dem Grund nicht ausschließen, und da gibt es auch schon eher Hinweise.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ja so das Prinzip „Treu und Glauben“. Also, wenn die Amerikaner versichern, sie geben es nicht weiter, und das möglicherweise auch schriftlich niederlegen, dann findet das nicht statt, obwohl es Anhaltspunkte gegeben hat, zum Beispiel dass konkret Unternehmensnamen sich in den Selektoren befinden. Wäre es da nicht Aufgabe auch der Kontrollbehörde, wenn es Hinweise gibt, dass auch in Zusammenhang mit dem Bundesnachrichtendienst solche Spionageziele in Deutschland angesteuert werden, dann Konsequenzen zu ziehen und nicht auf Treu und Glauben der US-amerikanischen Seite zu vertrauen in der Situation? Wenn die sagen: „Nein, wir machen das natürlich nicht im Sinne von Wirtschaftsspionage, sondern legen das nur in unser Karteikästchen“, ist die Sache dann gegessen? Also, was ist die Konsequenz, wenn man erfährt im Bundeskanzleramt, diese und jene Firmen - ob jetzt deutsche oder europäische Firmen mit deutscher Beteiligung oder große europäische Konzerne - sind im Fokus der NSA und der Bundesnachrichtendienst leistet dort möglicherweise Beihilfe? Was wäre die Konsequenz im Bundeskanzleramt?

Zeuge Günter Heiß: Die Konsequenz wäre mit Sicherheit, wenn solche Berichte vorliegen würden, dass wir dem nachgingen. Wenn Sie sich auf bestimmte Inhalte beziehen, die mir in der Vorlage für Besuchsmappen - - bei der Vorlage für

Besuchsmappen zugeführt worden sind, geht das leider nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir müssten an der Stelle wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Schade.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wir kommen sicherlich gleich noch mal dazu und gehen jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Heiß, ich würde mich jetzt mal gerne, ich sage mal, zumindest an die wenigen Strohhalme klammern, die wir wahrscheinlich gemeinsam teilen, und das ist die Tatsache, dass ja offensichtlich das Kanzlerinnenhandy abgehört worden ist; das war im Oktober 2013. Dieser Vorfall - den bewerten Sie genauso.

Zeuge Günter Heiß: Da muss ich differenzieren. Es gibt Indizien, Hinweise. Ob das offensichtlich so ist, da habe ich meine Zweifel. Diese Karteikarte könnte eine Karteikarte zum Beispiel auf Vorrat sein. Ob diese Nummern tatsächlich gesteuert waren, war damals nicht erkennbar, ist heute noch nicht erkennbar. Es kann sein, dass das in der Vergangenheit stattgefunden hat. Die USA haben lediglich gesagt: Es findet jetzt nicht statt, und es findet nicht in Zukunft statt. - Für die Vergangenheit haben sie keine Aussage getroffen.

Christian Flisek (SPD): Wenn man Exegese diplomatischer Sprache betreibt, dann war das zumindest eine inzidente Bestätigung, dass es in der Vergangenheit wohl stattgefunden hat. So liest das, glaube ich, ein Großteil der deutschen Öffentlichkeit und auch der Ausschussmitglieder.

Zeuge Günter Heiß: Das kann man so verstehen. Gleichwohl kann es auch sein, dass sie über die Vergangenheit nichts sagen wollen, weil - -

Christian Flisek (SPD): Aus guten Gründen.

Zeuge Günter Heiß: Aus guten Gründen. - Wenn ich die Gründe erläutern darf? Es gibt nämlich auch die Möglichkeit, dass man zufällig irgendwelche Politikergespräche auffängt. Ich sage mal, wenn die Bundeskanzlerin mit einem im Zielobjekt der NSA stehenden Politiker - Putin oder wer auch immer; ich unterstelle das mal; ich weiß es nicht - telefoniert, dann kann man natürlich auch auf diese Weise einen Beifang erhalten, und dann ist es die Kanzlerin. Und so - - Dann ist so eine Aussage, für die Vergangenheit getätigt, natürlich schon falsch. Und insofern ist man da immer wahnsinnig vorsichtig. Insofern möchte ich nur sagen: Auch diese Interpretation ist möglich, sodass es für meine Überzeugung nicht gleich offensichtlich ist, sondern ich dabei bleibe, dass es gewisse Indizien gibt.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Jetzt gehe ich mal davon aus, dass das Bundeskanzleramt mit dem Chef BK und der Bundeskanzlerin an der Spitze ja die Aufgabe hat, Schaden von unserem Land abzuwenden - von seinen Bürgern, von seinen Unternehmen, auch von seinen Verwaltungs- und Regierungsstellen. Und wenn man dann diese ganzen Interpretationsmöglichkeiten, die Sie ja gerade geschildert haben, anlegt und man sich sozusagen darauf verständigt hat, dass Schaden abgewendet werden muss, dann wird man wahrscheinlich ganz gut beraten sein, wenn man mal in einem Worst-Case-Szenario denkt und sich mal zugrunde legt: Wir müssen davon ausgehen - wir wissen es vielleicht nicht hundertprozentig; wir wissen auch nicht den Zeitraum; aber wir müssen wohl davon ausgehen -, dass deutsche Regierungsstellen bis hin zur Spitze systematisch von den Amerikanern ausgeforscht werden. Also, wenn ich Verantwortung tragen würde, würde ich diesen Ansatz wählen, mal als ein Betrachtungsszenario, und würde dann mir die Frage stellen: Was müssen wir tun? Und jetzt stelle ich Ihnen mal die Frage ausgehend von Oktober 2013: Was haben Sie denn getan?

Zeuge Günter Heiß: Ich gebe Ihnen recht. Meine Hinweise - ich wollte so konkret und präzise wie möglich antworten - gingen dahin - - weil Sie gesagt haben, wir seien einer Meinung, dass es offensichtlich ist, dass die Kanzlerin abgehört

Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde. Das wollte ich aus meiner Sicht relativieren.

Christian Flisek (SPD): Ist angekommen.

Zeuge Günter Heiß: Selbstverständlich ist es so, dass man gerade im Sicherheitsbereich immer wieder von Worst-Case-Szenarien ausgehen muss, um einen möglichst hohen Grad an Sicherheit zu erlangen. Die daran anschließende Frage kann ich nur nicht beantworten, weil ich schlichtweg dafür nicht zuständig bin. Die Sicherheit der Regierungskommunikation liegt im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, BSI, und sie liegt im Übrigen, was die Spionageabwehr angeht, also die weitere Prävention und auch die Verfolgung, beim BfV und in den Strafverfolgungsbehörden.

Die Sicherheit der Kanzlerinnenkommunikation und die Sicherheit der Kommunikation im Bundeskanzleramt - entschuldigen Sie, wenn ich Sie mit Zuständigkeiten langweilen muss - liegt in der Abteilung 1. Also, die Abteilung 6 und ich als ihr Abteilungsleiter sind nicht zuständig für die Sicherheit der Kommunikation der Kanzlerin.

Christian Flisek (SPD): Aha. - Das zieht sich auch wie so ein roter Faden durch unsere Vernehmungen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist nie jemand zuständig!)

Ich möchte mit Ihnen in der Tat jetzt gar nicht so über die Zuständigkeiten reden, sondern Sie sind ja hier Zeuge, und da rede ich mit Ihnen nicht über Zuständigkeiten formaler Art, sondern über Ihre Wahrnehmungen: alles, was Sie in Gesprächen, Koordinierungsrunden - Sie sind für die Koordination der Geheimdienste zuständig - erfahren, gehört haben, gelesen haben. Das ist Ihre Aufgabe als Zeuge, nicht, ein Referat über Zuständigkeiten zu halten. Und Sie werden sicherlich auch Wahrnehmungen jenseits Ihrer Zuständigkeiten machen. Das können Sie mir nicht erzählen, dass Sie nur Wahrnehmungen machen innerhalb Ihrer Zuständigkeiten. Deswegen würde ich Sie noch mal bitten, mir zu sagen: Was haben Sie wahrgenommen ausgehend von Oktober 2013? Was sind Maßnahmen, die getroffen worden sind, um, wie ich finde, diesen sehr ernsten Vorfall einem Katalog von Maßnahmen, einem Konzept zuzuführen, wie man sich hier besser schützen möchte in Zukunft?

Zeuge Günter Heiß: Ja. - Also, ich will den roten Faden aber trotzdem fortsetzen. Im Hinblick darauf, dass ich für diese Dinge nicht zuständig bin, habe ich natürlich selbst keine, sagen wir mal, authentische Aussage darüber zu treffen. Wenn Sie hören möchten, was ich darüber gehört habe oder schon mal in Gesprächen mitbekommen habe, kann ich Ihnen gerne sagen, dass ich weiß, dass das BfV in Zusammenarbeit mit anderen Behörden - - die mit einem Hubschrauber die Dächer abgeflogen sind, -

Christian Flisek (SPD): Na geht doch.

Zeuge Günter Heiß: - um zu schauen, ob da vielleicht irgendwelche Antennen drauf sind - - dass das BfV sich überlegt hat, wie die Spionageabwehr neu aufgestellt werden muss; das ist der sogenannte 360-Grad-Blick, über den Herr Präsident Maaßen auch, glaube ich, schon in der Öffentlichkeit sehr vielfältig Stellung genommen hat. Das sind Dinge, an die ich mich durchaus erinnere, in Gesprächen im Bereich der Koordination oder überhaupt in Gesprächen im Bereich meiner Tätigkeit.

Christian Flisek (SPD): Sie hatten vorhin - Kollegin Renner hatte das ja angesprochen -, ich sage mal, so einen Begriff der Wirtschaftsspionage oder eine Definition dieses Begriffes gebracht, als es darum - - Da haben Sie, glaube ich, gesagt: wenn es um das Abschöpfen geistigen Eigentums geht. - Wir haben dann ja, glaube ich, noch darüber diskutiert in dem Gespräch mit Frau Renner, dass es eigentlich um die Erlangung von Wettbewerbsvorteilen geht.

Ich sage mal: In Gesprächen, die wir mit amerikanischen Kollegen und Kolleginnen führen, wird uns versichert, dass die amerikanischen Geheimdienste alles tun, was sozusagen im Interesse der

Nur zur dienstlichen Verwendung

Amerikaner ist - ja? -, und dass es da grundsätzlich jetzt auch keine Grenzen gibt.

Und ich sage mal jetzt: Jenseits der Proliferation, wenn man jetzt mal unterstellt, dass das, was wir jetzt aktuell in den WikiLeaks-Dokumenten vorfinden - - Da wird ein Gespräch der Kanzlerin abgehorcht zur Griechenlandkrise, zu Fragen, die, ich sage mal, auf den Finanzmärkten für die Frage: „Wie geht es mit Zinsen weiter? Wie entwickeln sich Kurse?“ von höchster Brisanz sind. Wenn ich mal unterstelle, dass der ganze Wall-Street-Komplex in den USA ein großer Teil der amerikanischen Wirtschaft ist, wenn es darum geht, dass Halbsätze mittlerweile, die von Regierungschefs in solchen Situationen geäußert werden, dafür sorgen können, dass Börsenkurse nach oben und nach unten gehen, würden Sie an so einem engen Begriff der Wirtschaftsspionage, wie Sie ihn gerade geschildert haben, dann noch festhalten wollen?

Zeuge Günter Heiß: Das ist der Begriff, von dem der BND und von dem wir ausgehen, und das ist der Begriff, der sozusagen unser Arbeitsbegriff ist von Wirtschaftsspionage. Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, der Arbeitsbegriff ist das.

Zeuge Günter Heiß: Ja, gut, ich glaube, es gibt - -

Christian Flisek (SPD): Führt denn der Arbeits- - Führt denn ein solcher Arbeitsbegriff dann dazu, dass man diese anderen Dinge dann ausblendet?

Zeuge Günter Heiß: Ausblenden tun wir im Prinzip gar nichts. Nur: Sie haben mich gefragt, ob wir Hinweise darauf haben, ob es Wirtschaftsspionage gegeben hat. Und im Hinblick darauf, was unser Begriff von Wirtschaftsspionage ist, konnte ich nur sagen, dass es diese konkreten Hinweise nicht gegeben hat.

Christian Flisek (SPD): Dann frage ich noch mal, präzisiere: Gibt es sozusagen unter dem Verständnis, das ich jetzt an den Tag lege, dass es beispielsweise auch aus meiner Sicht Wirtschaftsspionage sein kann in einem weiteren Sinne, jenseits Ihres Arbeitsbegriffes, wenn Gespräche von Finanzministern, Bundesministern, der Bundeskanzlerin beispielsweise zur Griechenlandkrise abgehört werden, Hinweise darauf, dass so etwas stattfindet?

Zeuge Günter Heiß: Das würde ich unter den allgemeinen Begriff der politischen Spionage fassen.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeuge Günter Heiß: Außer den von mir nicht zu beurteilenden oder noch nicht näher zur Kenntnis genommenen WikiLeaks-Geschichten von gestern, zu denen ich jetzt hier nichts sagen kann, gab es immer wieder irgendwelche Hinweise auf mögliche politische Spionage - auch in WikiLeaks-Veröffentlichungen -, deren Authentizität wir nie wirklich belegen konnten.

Christian Flisek (SPD): Dann frage ich Sie noch mal, Herr Heiß, wenn Sie über Hinweise reden, die es gab: Gibt es außerhalb von WikiLeaks-Veröffentlichungen Hinweise, die Sie haben? Oder sagen Sie hier: „Die einzigen Hinweise, die die Bundesregierung in diesem Fall hat, sind ebenfalls nur Veröffentlichungen von WikiLeaks“?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, Sie spielen wieder auf gewisse Besuchsvorbereitungsmappen an, die Ihnen auch als Akten vorliegen, genauso wie Ihre Kollegin Frau Renner. Konkrete Aussagen dazu kann ich nur nichtöffentlich machen.

Christian Flisek (SPD): Sie sollen ja jetzt keine konkreten Aussagen machen. Sie sollen ja jetzt erst mal grundsätzlich sagen, ob es abstrakt solche Hinweise gibt oder nicht, und das können Sie sehr wohl in öffentlicher Sitzung machen. Da brauchen Sie noch gar nicht so konkret zu werden, Herr Heiß.

Zeuge Günter Heiß: Ich bin nicht sicher, ob Sie jetzt sozusagen genau diese Hinweise, auf die ich gerade - -

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie, ich stelle ganz offene Fragen. Sie müssen das gar nicht so vor dem Hintergrund von irgendwelchen Akten

Nur zur dienstlichen Verwendung

beantworten, die wir haben, oder vielleicht Akten, die wir noch nicht haben und die wir vielleicht auch gar nie bekommen werden. Also, das ist gar nicht das Thema; sondern ich stelle eine offene Frage, die ganz einfach ist: Haben Sie - Sie haben gerade den Begriff der politischen Spionage eingeführt - in Ihrer Zeit, wo Sie, Abteilungsleiter 6, Verantwortung tragen, Hinweise für Spionage, politische Spionagetätigkeit von Five-Eyes-Staaten außerhalb von WikiLeaks-Dokumenten?

Zeuge Günter Heiß: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern.

Christian Flisek (SPD): Daran können Sie sich nicht erinnern. - Ich würde mal das Thema, was uns ja auch seit Wochen beschäftigt, ansprechen wollen: das Thema der Selektorenlisten. Als Sie - ich vermute, im März 2015 dieses Jahres - davon gehört haben - ist das richtig? -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): -, was haben Sie sich dabei gedacht? Oder was haben Sie sich in dieser Situation gedacht, als Sie gehört haben, da gibt es in Unterabteilungen des BND solche Listen, die jetzt aufgrund eines Beweisbeschlusses dieses Untersuchungsausschusses auf die Tische des Kanzleramtes kommen, dort vermutlich eher einschlagen wie eine Bombe? Was haben Sie sich in dieser Situation als derjenige Abteilungsleiter gedacht, der für die Aufsicht des BND zuständig ist? Wie haben Sie diese Situation bewertet?

Zeuge Günter Heiß: Nun, zunächst habe ich mir dabei gedacht, dass das dem Untersuchungsausschuss ausgesprochenen Auftrieb geben wird, dass wir diese Listen wahrscheinlich hier als ein sehr zentrales Thema haben werden, und ich glaube, da war meine Prognose nicht ganz falsch.

Christian Flisek (SPD): Richtig.

Zeuge Günter Heiß: Dann habe ich mir überlegt - Selektoren kannte ich nicht; ich wusste allerdings, wie Suchbegriffe behandelt werden; das war häufig Thema in der G-10-Kommission oder auch im PKGr mit den unterschiedlichen Filterungsstufen, die ich hier nicht öffentlich weiter ausführen darf -, habe mir gedacht, dass möglicherweise in diesen Filterungsstufen, die ja alle automatisch gehen, sagen wir mal, gewisse Dinge nicht berücksichtigt worden sind, die man aufgrund der Vereinbarung, die wir mit den Amerikanern haben, hätte ausfiltern müssen. Das ging mir durch den Kopf. Das hat ja letztlich dann auch zu der in der Regierungspressekonferenz deutlich gemachten - -

Christian Flisek (SPD): Ja, das waren sehr scharfe Worte, ungewöhnlich scharfe Worte, deutliche Worte - sagen wir mal so -, die das Kanzleramt in seiner kurzen Stellungnahme zu diesem Vorfall ja gefunden hat.

Ich stelle mir nur immer eine Frage: Wenn es um die Frage von solchen Kooperationsprojekten geht, dann finden sich in den Akten, in den Dokumenten, - ich sage mal, jetzt abstrakt beschrieben - immer sehr ausführliche Vorteil- und Risikoabwägungen. Da werden sehr deutliche Risiken benannt. Und dann trifft man klare Vereinbarungen mit Anhängen. Da ist dann geregelt, auf was alles zu achten ist. Und dann ist man eigentlich ja doch für das politische Risiko eines solchen Themas sensibilisiert, auch in der Aufsicht, in der Leitung, und trifft nach meinem Dafürhalten - so bewerte ich das aktuell - keinerlei Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass auch nur kleinste Fehler bei diesen Projekten tatsächlich sofort gemeldet werden.

Wir haben es auch hier nicht mit einem Einzelversagen einer Person zu tun, sondern wir haben hier fast schon so was wie ein kollusives Zusammenwirken mehrerer Personen. Wissen Sie, da werde ich richtig stutzig, weil ich mir die Frage stelle: Wo - - Also, wir können verorten, wo in der Unterabteilung der Fehler gemacht wurde. Aber wie kann es sein, dass man sozusagen diese Sensibilisierung für die Risiken solcher Projekte hat - politische Risiken -, die in der Lage sind, auch der Legitimationsgrundlage für die Arbeit von Nachrichtendiensten, die wir für wichtig halten, den Boden zu entziehen, und dann werden keinerlei Anstalten getroffen offensichtlich, die

sicherstellen, dass man hier Meldungen, Fehlermeldungen bekommt? Das passt irgendwie nicht zusammen. Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, dass wir durchaus eine sehr sachbezogene Risikoabwägung getroffen haben bereits durch Abschluss dieses MoA 2002, auf das ich leider nicht näher eingehen kann in der öffentlichen Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Darf ich kurz da einhaken - dass Sie das gleich ausführen? Wir haben in den Zeugeneinvernahmen mitbekommen, dass fast keiner der Mitarbeiter, die operativ zuständig waren, auch nur den Inhalt dieser Dokumente gekannt hat - nicht nur in der Form, dass sie nicht die Dokumente im Original - - sondern sie wussten gar nicht, was da drinsteht.

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich nicht kommentieren, weil ich nicht weiß, was die jeweiligen operativ tätigen Mitarbeiter des BND wissen oder was sie nicht wissen. Mir war seit 13, als die Snowden-Diskussion losging, dieses MoA bekannt, weil es da ja eine zentrale Rolle gespielt hat. Mir war auch bekannt, dass es ausgesprochen differenzierte Sicherheitsvorkehrungen gibt, um G-10-relevante Daten auszufiltern. Mir war in der Tat nicht bekannt - und ich hatte auch keinen Anlass, zu glauben, dass so etwas vorfällt -, mir war nicht bekannt, dass man weniger geachtet hat auf europäische Firmen oder deutsche Interessen im Hinblick auf möglicherweise europäische Regierungen. Das war mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alle weiteren Fragen müssten wir in der nächsten Fragerunde klären und kommen jetzt zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Heiß! Was ist eigentlich Sinn und Zweck dieser Definition „Wirtschaftsspionage“? Also warum ist das überhaupt relevant, dass man das definiert? Was gilt es denn zu vermeiden?

Zeuge Günter Heiß: Wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, dann gilt es zu differenzieren zwischen der rechtlich und nachrichtendienstlich legitimierten Ausspähung im Hinblick auf zum Beispiel Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln und eben der nicht legitimierten Ausspähung durch Diebstahl geistigen Eigentums zum Wettbewerbsvorteil eigener Firmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Zeuge Günter Heiß: Diese Differenzierung beinhaltet diese Definition „Wirtschaftsspionage“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Aber zwischen diesen zwei Extremen, die Sie benannt haben, liegen ja nun große Graubereiche. Und ich würde ja denken, „Wirtschaftsspionage“, diese Definition, macht man eben, um einen bestimmten Schaden zu vermeiden, den man nicht will, einen Schaden zulasten Deutschlands oder Europas. Und jetzt ist ja die Frage: Kann neben dieser Definition auch anderweitig Schaden entstehen, wenn zum Beispiel nicht Blaupausen weitergegeben werden, sondern bestimmte wirtschaftliche Strategien deutlich werden? Oder ich will es vielleicht noch einfacher machen: Würden Sie im Umkehrschluss sagen, wenn Wirtschaftsspionage der einzig belastbare und interessante Punkt für Sie ist, dass das Abhören der Telefone von Merkel, Schäuble und Gabriel legitime Spionage ist in Ihrem Sinne? Oder ich sage nicht „legitim“, damit Sie sich - - aber nicht rechtswidrig.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe die Wirtschaftsspionage eben deswegen definiert, weil ich nicht rechtswidrige Spionage im Hinblick auf Verbreitung von Massenvernichtungswaffen differenzieren wollte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe das nicht differenziert im Hinblick auf das individuelle G-10-relevante Abhören von deutschen Staatsbürgern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen habe ich Ihnen die Frage jetzt

noch mal anders gestellt, weil ich die Nebelkerze wohl erkannt habe, Herr Heiß.

Zeuge Günter Heiß: Und damit habe ich sie beantwortet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen die Frage: Ist der BND im Hinblick auf auch Nichtwirtschaftsspionage nicht doch auch irgendwie in der Verantwortung im Hinblick auf die Steuerung von Selektoren? Also: Spielt es eine Rolle aus Sicht des BND, für den Sie die Verantwortung tragen, dass Merkel, Schäuble und Gabriel abgehört werden?

Zeuge Günter Heiß: Spionageabwehr im Inland ist Aufgabe des BfV.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß ich. - Spielt es für den BND eine Rolle?

Zeuge Günter Heiß: Insofern spielt es für den BND keine Rolle im Sinne von Prävention. Also, der BND ist nicht dazu aufgestellt, dies zu verhindern oder aufzuklären, sondern der BND ist dazu da, alle Informationen, die von außen- und sicherheitspolitischer Wichtigkeit für die Bundesregierung - - zu heben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann haben Sie denn davon gehört, dass es da zu Übergriffigkeiten gekommen ist in den Kooperationen, die der BND in den letzten, ich sage mal, zwölf Jahren gemacht hat? Haben Sie mal die Stichworte „EADS“, „Eurocopter“, „französische Behörden“ gehört?

Zeuge Günter Heiß: Diese Bezeichnungen ergeben sich aus einer Verschlusssache, über die ich nur spreche in nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie gerne machen. Über die Verschlusssache will ich gar nichts hören. - Wann haben Sie als Zeuge von diesen Dingen gehört?

Zeuge Günter Heiß: Ich kann mich nicht daran erinnern, wann ich, als mir diese Verschlusssachen vorgelegt worden sind, damals das zum ersten Mal zur Kenntnis genommen habe oder überhaupt zur Kenntnis genommen habe. Das weiß ich nicht mehr. Das ist Jahre her. Ich habe es selbstverständlich jetzt erneut zur Kenntnis genommen bei der Vorbereitung und im Übrigen auch durch die Medien, Veröffentlichungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unabhängig vom genauen Zeitpunkt, den Sie nicht erinnern: Können Sie Ihre Reaktion auf diese Kenntnisnahme erinnern? Also: Hat die Information bei Ihnen, dass es zu solchen Übergriffigkeiten geführt hat, dazu geführt, zu sagen: „Ach, wenn solche Zufallsfunde entstehen, vielleicht sind ja da noch mehr. Da müssen wir mal nachgucken“?

Zeuge Günter Heiß: Noch mal: Das würde ich Ihnen gerne alles im Einzelnen erläutern in nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. - Herr Heiß, Sie missverstehen da was. Das geht um sozusagen geheime Unterlagen; das will ich gar nicht wissen. Ich möchte von Ihnen als Zeugen wissen, der Sie die Rechts- und Fachaufsicht über den BND haben, ob, als Ihnen das zur Kenntnis kam - und es ist Ihnen eben vor Edward Snowden offensichtlich zur Kenntnis gekommen -, dass die USA übergriffig sind in dieser Kooperation, die der BND hat, das irgendwas bei Ihnen veranlasst hat? Das ist keine geheime Information, sondern eine Zeugenschilderung, Ihre Erkenntnis über diesen Vorgang.

Also: Haben Sie damals reagiert als zuständiger Beamter und haben gesagt: „Mensch du, Selektoren - - Suchbegriffe“ - - Das ist ja letztlich dasselbe, nur ein anderer Begriff, also das, was wir jetzt unter Selektoren - - Da war Ihr Begriff der „Suchbegriff“, aber es geht ja um dasselbe, zum Glück. Dass Sie gesagt haben: Ah, diese Suchbegriffe. Hm. Das scheint ja ein Problem zu sein. Wie viel steuern wir denn davon? Ach Gott, so viele? Da gucken wir mal systematisch durch. - Ist Ihnen oder irgendjemandem in Ihrem Haus der Gedanke gekommen, das mal zu machen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Ich sage es noch mal: Daran kann ich mich nicht erinnern. Das ist Jahre her. Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das denn? Ungefähr.

Zeuge Günter Heiß: Das - - Vor fünf Jahren vielleicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also gleich 2010.

Zeuge Günter Heiß: So etwa, ja. Das ist jedenfalls meine Erinnerung, und das ist das, was ich aufgefrischt habe in der Vorbereitung zu dieser Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen dieses Problem vielleicht geschildert worden, als Sie Ihre Position eingenommen haben?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also bei der Übergabe der Geschäfte war die Übergriffigkeit der Amerikaner kein Thema?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, dass nach Hören und Sagen - so verstehe ich das - der Begriff „No-Spy-Abkommen“ von der US-Seite kommt. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Günter Heiß: Ja, ich habe, wenn ich mich richtig erinnere, gesagt, dass einige Kollegen mir gegenüber gesagt haben, das habe die US-Seite als Ausdruck ins Spiel gebracht. Ich selbst kann mich daran nicht erinnern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat Ihnen denn das erzählt?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das der Kollege Fritsche?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht mehr. Man sitzt hinterher - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich versuche, es aufzufrischen, Herr Heiß.

Zeuge Günter Heiß: Und ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Kollege Schindler vielleicht?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe mir da selbst schon den Kopf drüber zerbrochen bei der Vorbereitung dieser Sitzung; das können Sie mir glauben. Und wenn ich es wüsste, würde ich es Ihnen sagen. Aber man sitzt hinterher zusammen, man spricht über irgendetwas, so ein Begriff kommt auf. Ich kann nicht mehr sagen, wer das gesagt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass die US-Seite gesagt hat: „Liebe Freunde vom BND, alles können wir machen, nur kein No-Spy-Abkommen“ und Ihre Kollegen jetzt behaupten: „Den Begriff ‚No-Spy-Abkommen‘, den haben die Amerikaner ins Spiel gebracht“?

Zeuge Günter Heiß: Das ist eine Spekulation, die ich so nicht bestätigen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber auch eben nicht verneinen.

Zeuge Günter Heiß: Man kann nie etwas ausschließen, was man nicht mathematisch beweisen kann.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist immer richtig. Aber Sie sind ja als Zeuge hier, und es war Ihnen ja trotzdem wichtig, den Punkt zu machen, dass nach Ihrer Erkenntnis, auch wenn es nur ein sehr, sehr vages Hören und Sagen ist, der Begriff von der US-Seite gekommen ist.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich halte Ihnen mal eine E-Mail vor.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist nicht die eine eingestufte von - - Das ist nicht die, die schon in der Zeitung stand, die eingestuft ist, oder?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, die ist „Nur für den Dienstgebrauch“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich wollte nur - - Ich weiß ja nicht, was kommt. Aber weil ja auch manche eingestuft sind, nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, richtig; genau. Das würde ich aber so kaltblütig gar nicht durchziehen.

(Heiterkeit)

Das ist MAT A BND-1-11h.pdf, Blatt 191, und das hat dann die Seitenzahl 177. Die E-Mail ist vom 06.02.2014 von T1YA an TAZ-REFL, BND:

> Hallo Herr W… im Rahmen des heutigen Wochengesprächs mit SUSLAG kamen einige Punkte auf, die aus meiner Sicht weiteren Handlungsbedarf nach sich ziehen:
>
> Dann sagt er so ein bisschen was - das lese ich vielleicht doch vor -:
>
> USATF hat über GBRTF ein bilaterales DEU/USA Einzelgespräch am Rande des SSEUR Treffens in London angefragt. Aus Sicht von Frau …

- gebläut -

> könnten dabei folgende Themen angesprochen werden:

- Doppelpunkt, erster Kugelpunkt: -

> Wie geht es mit dem bilateralen (nur bei uns „No Spy“ genannten) Abkommen weiter?

„Nur bei uns“ - das schreibt der BND. Also könnte es sein, Herr Heiß, dass die Amerikaner antizipierend, was für abwegige Gedanken beim BND sozusagen in Wahlkampfzeiten bewegt werden könnten, gesagt haben: „Wir können alles miteinander besprechen und so, aber ein No-Spy-Abkommen wird es nicht geben“ und dass jetzt der BND behauptet, das Wort „No-Spy-Abkommen" haben aber die Amerikaner ins Spiel gebracht?

Zeuge Günter Heiß: Ich beziehe mich auf meine Erinnerungen dieses Besuchs. Im Zusammenhang mit diesem Besuch ist dieses aufgekommen, und mir wurde von Kollegen auf Nachfragen bestätigt, dass die Amerikaner dieses Wort benutzt haben. Diese Mail, die Sie mir gerade vorgelesen haben, kann ich nicht kommentieren. Ich kenne sie nicht, und ich weiß auch nicht, auf welchem Hintergrund sie verfasst worden ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Auf jeden Fall - -

Zeuge Günter Heiß: Ich weiß aber, dass es ein Arbeitstitel war, der kein offizieller Titel war. Und wenn ich mich richtig erinnere, haben die Amerikaner auch diesen Arbeitstitel nachher überhaupt nicht mehr benutzt, sondern wollten eigentlich - - Aber das war im Zuge des Gesamtbezuges.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Wollten eigentlich“? Sagen Sie das zu Ende; das ist interessant. Wollten eigentlich?

Zeuge Günter Heiß: Bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten eben den Satz angefangen: Die haben das nicht mehr so genannt, aber sie wollten eigentlich - -

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht mehr, wie ich den Satz fortsetzen wollte. Ich wollte sagen, die Amerikaner haben dann im Zuge ihres Rückzugs von diesen Verhandlungen, die sie uns ja einmal angeboten haben, auch dieses Wort nicht mehr benutzt. In diesen Zusammenhang würde ich möglicherweise diese Mail von - - die da in TA gelaufen ist, stellen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir müssten jetzt wechseln, und es stellt jetzt die Fragen die CDU/CSU-Fraktion. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. Vielen Dank. - Ich bleibe direkt bei diesem Thema. Sie hatten vorhin berichtet, dass die Verhandlungen, die Gespräche sehr positiv, sehr fruchtbar zunächst verlaufen sind. Können Sie sagen, zu welchem Zeitpunkt es dann diesen Umbruch, von dem wir jetzt auch schon öfter gehört hatten, gegeben hat?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich nicht konkret sagen. Spürbar war es allerdings bei dem gemeinsamen Besuch des AL2 und mir im Weißen Haus Ende Oktober 13. Da war Susan Rice etwas deutlich verhalten; das möchte ich so weit sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wie ist es dann ab dem Zeitpunkt weitergegangen? Können Sie das noch mal ein bisschen schildern?

Zeuge Günter Heiß: Es gab weiterhin Verhandlungen zwischen den Diensten und auch Verhandlungen über eine Rahmenvereinbarung.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie vorhin gesagt, es gäbe da Entwürfe, die sich im Konsultationsverfahren befinden, wenn ich das richtig verstanden habe. Wird das im Moment aufgrund unserer Beweisbeschlüsse konsultiert? Um welche Unterlagen handelt es sich da genau? Sie hatten vorhin auf Frage des Vorsitzenden erwähnt, da gäbe es im Moment Entwürfe zu diesen - - die aus diesen Verhandlungen entstanden sind. Können Sie da was Konkreteres sagen und dazu, wie im Konsultationsverfahren im Moment - - wie da der Stand ist? Gibt es da schon Signale?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich mit dem Konsultationsverfahren nicht unmittelbar befasst bin. Das macht im Wesentlichen die Projektarbeitsgruppe „Untersuchungsausschuss“.

RD Philipp Wolff (BK): Also, ich kann dazu was sagen. Auch in den Ordnern sind die entsprechenden Entwürfe ausgewiesen; wenn man sich das anschaut, stehen die in den Inhaltsverzeichnissen entsprechend gekennzeichnet drin. Insofern ist das dem Ausschuss auch bekannt, dass es da Entwürfe gibt. Die befinden sich tatsächlich im Konsultationsverfahren, schon seit einiger Zeit. Antworten zu den konkreten Dokumenten haben wir noch nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt sagen ja hinterher viele, dass jeder Kenner hätte wissen können, dass es nie ein No-Spy-Abkommen geben wird. Sie haben allerdings zum Beispiel in Ihrem Vermerk vom 7. August 2013 - das ist MAT A BK-1/7b, Blatt 97 folgende - klar die Chance gesehen, über weitgehende Zusicherungen eine ausdrückliche Vereinbarung zu erzielen, und dazu haben Sie und andere ja auch bis weit ins Jahr 2014 hinein immer wieder Gespräche geführt und verhandelt; das hatten Sie ja gesagt. Fanden Sie es denn richtig, so viel Kraft auf diese Chance zu setzen, wo es jetzt ja auch so viele kritische Stimmen gibt, die es schon immer gewusst haben? Weil Sie hatten das, so wie ich den Vermerk auch verstehe, ja sehr positiv gesehen.

Zeuge Günter Heiß: Wenn Sie mir die Bemerkung erlauben: Wenn man vom Rathaus kommt, ist man immer klüger. Damals haben wir diese Chance sehr real gesehen und mussten sie natürlich auch ergreifen; denn wenn einem eine Chance geboten wird, welche - - Was wäre das für ein verantwortliches Handeln für die Sicherheit und die Spionageabwehr in Deutschland, wenn wir solch eine Chance nicht versuchen bis zum Äußersten zu nutzen?

Nina Warken (CDU/CSU): Ich würde gern jetzt auch noch mal zum Thema der Selektoren kommen. Nach Ergebnis unserer Beweisaufnahme hat ja der BND wohl Ende 2005 festgestellt, dass die NSA problematische Selektoren in die Erfassungssysteme in Bad Aibling einstellen wollte oder eingestellt hat, zu Zielen, deren Aufklärung mutmaßlich gegen deutsche Interessen gerichtet ist. Die Information hat ja dann der BND jahrelang für sich behalten. Das Kanzleramt scheint wohl erst im Jahr 2010 davon erfahren zu haben.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Es gab am 27. April dieses Jahres einen Bericht des Magazins *Frontal21*. Darin hieß es - ich zitiere -:

> Der Koordinator für die Geheimdienste im Kanzleramt, ... Heiß, erhielt im Juni 2010 vom BND eine Orientierungsmappe für eine Besprechung mit NSA-Chef Keith Alexander am 25. Juni 2010. Dort heißt es: Die „NSA hat jedoch in 2005 Erfassungskriterien zu den Firmen EADS, Eurocopter und verschiedenen französischen Behörden in JSA … eingestellt. BND hat dies entdeckt und im Anschluss unterbunden."

Für mich klingt das nach „Gefahr erkannt, Gefahr gebannt". Wie haben Sie denn den Hinweis des BND damals aufgefasst, als Sie diesen Vermerk gelesen haben?

Zeuge Günter Heiß: Frau Abgeordnete, ich habe die Frage in anderer Form bereits vorgelegt bekommen, und da habe ich auch gesagt, wenn ich mich richtig erinnere: Ich kann mich nicht mehr erinnern, wie ich damals darauf reagiert habe, genauso wenig, wie ich noch weiß, ob ich das damals gelesen habe. Mir sind diese Umstände, die Sie gerade zitieren - so habe ich bei der Vorbereitung gemerkt -, ja nicht nur einmal damals in Vorbereitungsmappen, sondern auch mehrfach vorgelegt worden. Ich kann mich heute nicht mehr entsinnen, wie ich auf diesen Hinweis reagiert habe.

Wenn ich jetzt aber Ihnen deutlich machen sollte, wie ich wahrscheinlich reagiert haben könnte, dann müsste ich detailliert einsteigen in den Wortlaut dieser Vorbereitungsmappen, und das sind alles Verschlusssachen. Aber erklären könnte ich das.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann würde ich da später auch darauf zurückkommen.

Zeuge Günter Heiß: Gern.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie aber bei dieser Gelegenheit dann zum ersten Mal von diesen problematischen Funden gehört, im Rahmen dieser Vorbereitungsmappen zu diesem Besuch? Können Sie sich da noch erinnern?

Zeuge Günter Heiß: Also, ich habe sonst davon nichts gehört und muss noch mal betonen: Ich kann mich jetzt auch nicht daran erinnern, dass ich damals davon gehört habe. Aber außerhalb dieser Vorbereitungsmappen kann ich mich auch nicht erinnern, jeweils davon gehört zu haben. Das ist aber jetzt wichtig, mal zu differenzieren, weil ich - - im Grunde diese Textstellen mir erst wieder zu Bewusstsein gekommen sind, als die Vorbereitung hier auf den Untersuchungsausschuss anstand.

Nina Warken (CDU/CSU): In dem Pressebericht, den ich zitiert hatte, wird ja von Erfassungskriterien zu EADS usw. berichtet; von Selektoren steht da noch nichts drin. Seit wann kennen Sie denn den Begriff „Selektor"?

Zeuge Günter Heiß: Seit März. Wir haben eigentlich immer den Begriff „Suchbegriff" benutzt.

Nina Warken (CDU/CSU): Es ist ja schon erstaunlich, dass der BND nach dem, was wir bislang gehört haben, das Wissen um diese problematischen Funde ja jahrelang für sich behalten hat. Herr Uhrlau meinte zwar, er hätte das vielleicht in Gesprächen, die er regelmäßig mit Herrn Fritsche geführt hat, erwähnt. Herr Fritsche konnte sich daran nicht erinnern, hat gemeint, bei so einem Vorgang hätte er sich sicherlich einen schriftlichen Bericht vorlegen lassen. So ein schriftlicher Bericht findet sich nicht in den Akten, und erst 2010 finden sich eben Hinweise darauf, auf diese problematischen Funde. Können Sie sich erklären, warum denn dann ausgerechnet 2010 diese, sage ich mal, alte Geschichte aus dem Jahr 2005 vom BND wieder aus dem Hut gezaubert worden ist in den Vermerken?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich mir nicht erklären. Gewundert habe ich mich allerdings auch darüber.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Wussten Sie dann im Jahr 2010, dass es vorher dazu keine Informationen gab durch den BND? Also dass man vor 2010 darüber gar nichts wusste, war Ihnen das in dem Moment dann auch klar?

Zeuge Günter Heiß: Ich kann mich an die Informationen in der Vorbereitungsmappe auf den Besuch - - An diese Informationen kann ich mich ja heute so aktiv nicht erinnern. Deswegen kann ich Ihnen auch nicht sagen, ob ich vorher schon mal etwas davon wusste. Ich weiß nur, dass ich mich insgesamt an einen solchen Vorgang, selbst wenn es mir schon mal gesagt worden ist, heute nicht mehr nach fünf Jahren erinnere.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es denn im Jahr 2010 besondere Vorkommnisse, sodass beim BND dann wieder die Erinnerung vielleicht geweckt wurde auf den fünf Jahre alten Vorgang?

Zeuge Günter Heiß: Nicht, dass ich wüsste. - Vielleicht darf ich noch einen Satz dazu sagen. Eine Besuchsvorbereitungsmappe hat lange nicht den Informationsstellenwert wie ein Bericht, über dem drübersteht „Besonderes Vorkommnis“. Ausrufungszeichen. Achtung, wir haben was gefunden! - Eine Berufsvor- - Eine Besuchsvorbereitungsmappe ist eine Information, die der jeweilige Abteilungsleiter oder wer auch immer anfordert, um einen Gesprächshintergrund zu haben mit einem Gast. Also, der BND kann nicht davon ausgehen, dass er mir offiziell eine Information gibt, wenn er in einer Berufsvorbereitungsmappe [sic!] in einem Nebensatz so etwas erwähnt. Das, glaube ich, ist noch mal wichtig hier zu betonen: Das ist ein Unterschied, ob ich einen offiziellen Bericht kriege oder ob ich in einer Berufs- - in einer Besuchsvorbereitungsmappe so was en passant lesen kann.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, ja, umso mehr fragt man sich dann, warum das dann noch mal erwähnt wurde. Vielleicht, um das Bild abzurunden? Also, Sie haben sich da - - haben da keine Erinnerung dran, -

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - oder es gäbe jetzt auch nichts, wo Sie sagen: „Das kann aus dem oder dem Grund gewesen sein; da gab es einen besonderen Vorfall, -

Zeuge Günter Heiß: Nein, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - und deswegen hat man das vielleicht noch mal mit erwähnt“?

Zeuge Günter Heiß: Nein. Ich kann nur spekulieren, und das führt zu nichts.

Nina Warken (CDU/CSU): In dem Bericht des Magazins *Frontal21*, den ich ja schon erwähnt hatte, heißt es weiter - ich zitiere -:

> Den Plan, eine künftige gemeinsame Abhörstation außerhalb Deutschlands aufzubauen, sah der BND kritisch: „Dass die NSA weiterhin gemäß US-Interessen deutsche Ziele aufklärt, kann allerdings auch dadurch nicht verhindert werden.“

Die Passage klingt jetzt nicht mehr so eindeutig beruhigend wie die Bemerkung, der BND habe die problematischen Funde dann im Anschluss unterbunden. Wie haben Sie - - oder: Wie würden Sie diese Formulierungen verstehen?

(Zuruf von RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge Günter Heiß: Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob diese Formulierung in dieser Vorbereitungsmappe war oder ob das - - Es gibt ja zwei, ja?

Nina Warken (CDU/CSU): Ich darf Ihnen aus der Mappe ja leider hier auch nichts zitieren.

Zeuge Günter Heiß: Eben.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie haben keine Erinnerung auch - -

Zeuge Günter Heiß: Nein. Ich habe keine Erinnerung daran, dass ich das damals gelesen habe - - genauso wenig wie die anderen Dinge, die wir gerade angesprochen haben.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Und die Skepsis, die der BND da geäußert hat, also dass NSA weiterhin da Ziele gegen deutsche Interessen aufklärt, gab es da eine weitere Begründung, wurde das irgendwie untermauert durch den BND?

Zeuge Günter Heiß: Also, nach meiner Erinnerung - aber die rührt aus der Vorbereitung hier auf diese Sitzung - steht das in dieser Vorbereitungsmappe so nicht drin.

(Zuruf von RD Philipp Wolff (BK))

- Sie zitieren ja jetzt eben aus *Frontal21*.

Nina Warken (CDU/CSU): Als Sie dann Kenntnis davon erlangt haben, haben Sie dann wiederum Bericht erstattet an den Chef des Bundeskanzleramtes?

Zeuge Günter Heiß: Da ich mich nicht erinnern kann, dass ich damals, 2010 - ich glaube, den Vorfall sprechen Sie an -, Kenntnis erlangt habe, kann ich mich natürlich auch nicht erinnern, ob ich darüber dem Chef BK Bescheid gesagt habe. Aber so viel weiß ich ziemlich sicher, dass ich mit Chef BK über diese Problematik nicht gesprochen habe.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie ist es denn dann weitergegangen, als man 2010 über diese Vorgänge erfahren hat, bzw. können Sie sagen, ob ab diesem Zeitpunkt es da konkretere Vorgaben für das Handeln des BND innerhalb der Kooperation mit der NSA gegeben hat? Musste engmaschiger berichtet werden? Wurde das Kanzleramt über die laufende Operation - - Kooperation in Bad Aibling auf dem Laufenden gehalten?

Zeuge Günter Heiß: Ich wiederhole: Ich kann mich an die Vorbereitungsmappe, wo das drinsteht, und auch an andere Stellen nicht erinnern. Wenn - -

Nina Warken (CDU/CSU): Kann ich vielleicht so fragen: Gab es ab 2010 andere Vorgaben an den BND seitens - - vom Kanzleramt ausgehend, dass man sich hat engmaschiger berichten lassen? Haben Sie vielleicht da - - Oder zu einem anderen Zeitpunkt?

Zeuge Günter Heiß: Nicht, dass ich wüsste; unabhängig davon, ob das eine Konsequenz aus dieser Vorbereitungsmappe war: nicht, dass ich wüsste.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann gebe ich mal an den Kollegen ab. - Vielen Dank.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, Herr Zeuge, vielleicht gleich daran noch mal anknüpfend, ob ich Sie da jetzt richtig verstanden habe. Ihnen war im Jahre 2010 und 2011 nicht bekannt, dass die NSA diese Suchbegriffe - wir nennen es jetzt „Selektoren“ - in ein Erfassungssystem des BND nach Bad Aibling einsteuert? Das wussten Sie im Bundeskanzleramt nicht?

Zeuge Günter Heiß: Ich kann mich nicht erinnern, ob ich diese Vorbereitungsmappen zur Kenntnis genommen habe.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Es geht nicht um die Vorbereitungsmappen; es geht einfach um die Kenntnis, ob das 2010 und 11 bekannt war, diese Kooperation NSA/BND, die in Bad Aibling da stattgefunden hat, mit Blick auf das Einsteuern dieser Suchbegriffe.

Zeuge Günter Heiß: Also, ich kannte die Kooperation. Ich wusste nicht, dass solche Suchbegriffe, die möglicherweise gegen das MoA von 2002 verstoßen, gesteuert werden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und die technischen Abläufe und die Anzahl dieser Suchbegriffe waren Ihnen auch bekannt?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich nur beantworten, wenn ich weiß, was Sie konkret meinen, mit welcher Anzahl und welche technischen Abläufe.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Na ja, die technischen Abläufe sind ja einmal die Filterungssachen, und die Anzahl ist natürlich die Anzahl,

die jetzt letztlich da ist. Es wird ja von verschiedenen Listen, von verschiedenen Größen gesprochen. War Ihnen das zum damaligen Zeitpunkt, -

Zeuge Günter Heiß: ... (akustisch unverständlich)

Tankred Schipanski (CDU/CSU): - 2010, schon bewusst, um welche hohe Anzahl es sich da gehandelt hat?

Zeuge Günter Heiß: Nein, ich kann mich nicht erinnern, jemals eine Anzahl zur Kenntnis genommen zu haben, es sei denn, erst ab März dieses Jahres. Ich glaube, es ist im PKGr darüber berichtet worden; aber ich weiß nicht, ob eine Anzahl da eine Rolle gespielt hat. Worüber immer wieder berichtet wurde und ich auch informiert war, das waren diese G-10-relevanten Filtersysteme.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und genau nachgeprüft, anhand welcher Kriterien der BND jetzt diese US-Selektoren oder Suchbegriffe prüft, das ist Ihnen auch nicht zur Kenntnis gelangt im Jahre 2010, 2011?

Zeuge Günter Heiß: An die konkreten Umstände 2010, 2011 kann ich mich nicht erinnern.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nein. - Gut, dann wollen wir doch zu einem Zeitpunkt kommen, wo Sie sich hoffentlich erinnern können. Wir wollen ein bisschen in die Fach- und Rechtsaufsicht einsteigen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie von der Authentizität der Dokumente auch gesprochen haben, die wir in der Berichterstattung immer wieder erleben und dass man das auch ein ganzes Stück hinterfragen wird. Das wird nicht von jedem Mitglied in diesem Ausschuss so getan. Von daher ist es umso schöner, dass Sie das noch mal heute, denke ich, gut dargestellt haben.

Ich möchte mich auf eine Presseerklärung der Bundesregierung vom 23. April 2015 beziehen, wo es heißt:

> Im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht hat das Bundeskanzleramt technische und organisatorische Defizite beim BND identifiziert. Das Bundeskanzleramt hat unverzüglich Weisung erteilt, diese zu beheben.

Jetzt leiten Sie seit fünf Jahren diese zuständige Fachabteilung. Empfinden Sie das - - oder haben Sie das damals als ein Stück Kritik an Ihrer Arbeit oder an der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihrer Abteilung empfunden?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzten Frage sein, von der Zeit her.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe das als sachgerechte Handhabung dieser Umstände empfunden; denn wie ja auch hier schon, soviel ich weiß, ausführlich erörtert worden ist, sind die Rahmenbedingungen des MoA, nämlich deutsche Interessen und europäische Firmen oder europäische Interessen, nicht hinreichend im Fokus a) einer Filterung und einer Überprüfung gewesen. Das war uns so nicht klar, und als uns das klar wurde, haben wir, sagen wir mal, die dahinterstehenden organisatorischen Defizite beim Namen genannt und mit verschiedenen Maßnahmen sie abgestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - An der Stelle müsste die Union gleich weiterfragen. Wir kommen nämlich jetzt erst zur zweiten Fragerunde. Da beginnt wieder die Fraktion Die Linke, und Frau Kollegin Renner fängt an.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Heiß, ich bleibe noch mal bei dem Thema „Kenntnisnahme zu wirtschaftlicher und politischer Spionage“. Sie hatten ausgeführt, an drei Punkten hatten Sie Hinweise: einmal zur Frage Kanzlerinhandys unter der Einschränkung, dass möglicherweise die Dokumente nicht glaubhaft sind, dann Markus R. und diese Reisevorbereitung - ist das richtig so wiedergegeben? -, -

Zeuge Günter Heiß: Bitte?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): - die Sie vielleicht gar nicht gelesen haben. Also, die drei Punkte hatten Sie vorhin eingeräumt.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe nicht von Wirtschaftsspionage, sondern -

Martina Renner (DIE LINKE): Politischer.

Zeuge Günter Heiß: - politischer Spionage - - Das ist eine Frage der Definition, ob das - - Das kann ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das interessiert mich gerade nicht, die Definition.

Zeuge Günter Heiß: Sie haben mich gefragt, was ich eingeräumt habe, und das will ich konkretisieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Mir geht es jetzt darum, dass ich Ihnen gerne zwei Unterlagen als stille Vorlage zukommen lassen würde. Das ist zum einen die Vorlage MAT A BK-1/3c, Tagebuchnummer 15/14, und hier die Seite 703. Da schreibt der ständige Vertreter AL 6 über Sie an den Chef BK vom 26. Juli 2013.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Da geht es um diese Fragen, ob denn alles korrekt läuft in der Kooperation - ich fasse das jetzt mal so zusammen, ohne den Inhalt der Akte wiederzugeben -, und da würde ich Sie gerne zu fragen: Oben, „über Herrn Abteilungsleiter 6“, ist das Ihre Paraphe?

Zeuge Günter Heiß: Neben „Abteilungsleiter 6“ -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - ist meine Paraphe.

Martina Renner (DIE LINKE): Das haben Sie also zur Kenntnis genommen,

(Christian Flisek (SPD): Offensichtlich!)

vom 26. Juli 2013?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, Sie haben es gelesen?

Zeuge Günter Heiß: Das würde ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Was heißt bei Ihnen „Kenntnisnahme“?

Zeuge Günter Heiß: Das würde ich voraussetzen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Dann ist da ein handschriftlicher Zusatz unter I. angefertigt. Ist das Ihre Schrift?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wessen Schrift ist das?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich Ihnen so nicht sagen. Da habe ich nur Vermutungen. Aber da es sich um ein vertrauliches Dokument handelt, werde ich dazu in öffentlicher Sitzung nichts sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Wenn Sie jetzt den - - kurz sich vielleicht an das Schreiben erinnern oder den Text durchlesen, würden Sie dann weiterhin sagen, dass es keine anderen Stellen in Ihrer Diensttätigkeit gegeben hat, bei denen Sie Kenntnis zur Problematik - ich nenne das jetzt mal „hidden agenda“: da läuft etwas anderes bei den Kooperationsprojekten als vorgegeben, da wird gegen deutsche und europäische Interessen verstoßen möglicherweise - - Bleiben Sie dabei, dass es sonst keine Hinweise gab?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich lasse Sie mal in Ruhe lesen und halte mal die Zeit an. Nehmen Sie sich ruhig Zeit, in Ruhe zu lesen.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ich gebe zu, das ist hier alles sehr allgemein gefasst, aber verweist ja auf Problematiken.

Zeuge Günter Heiß: Ja, ich habe sogar schon erkannt, worauf Sie hinauswollen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sehr schön!

(Der Zeuge liest weiter in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Ich kann ja jetzt sowieso nach dem Inhalt nicht fragen.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber es berührt - - Die Frage ist: Berührt dieses Dokument den Komplex möglicherweise - -

Zeuge Günter Heiß: Also, es berührt in der Tat die Frage Wirtschaftsspionage und die Abgrenzung dazu - auch die Abgrenzung der Wirtschaftsspionage zur allgemeinen politischen Spionage ist hier wieder angesprochen - und - -

Martina Renner (DIE LINKE): - - problematisiert das in verschiedene Richtungen.

Zeuge Günter Heiß: In der Tat, und daraus ergibt sich für mich nicht die Notwendigkeit, meine Aussage zu revidieren: Wir haben keine Anhaltspunkte für Wirtschaftsspionage, das heißt also für den Diebstahl geistigen Eigentums -

Martina Renner (DIE LINKE): In Ihrer Definition.

Zeuge Günter Heiß: - zugunsten eigener Wettbewerbsvorteile.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Aber dann passt jetzt wunderbar die zweite Vorlage dazu. Das ist dann MAT A BK-2/8i - - vermute ich, ist das. Das ist die Tagebuchnummer 122/15. Hier sind wir auf Seite 151 folgende, und nachdem ich ja jetzt weiß, wie Ihre Paraphe aussieht, kann ich mir die Frage ersparen, ob es Ihre Paraphe ist. - Ich hoffe, diese Vorlage kann auch vorgelegt werden durch das Sekretariat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gucke jetzt erst mal - -

Martina Renner (DIE LINKE): Liegt schon?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die müsste eigentlich dabei sein. Ich weiß nur nicht, ob Sie es gefunden haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Günter Heiß: Also, ich habe es hier, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und da findet sich oben - - Wenn ich das jetzt vergleiche mit der letzten, müsste das in der Mitte über dem Stempel Ihre Paraphe sein. Ist das richtig?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ein Schreiben - das darf ich sagen sicherlich - vom BfV, nachrichtlich an Bundeskanzleramt, und zwar vom - -

Zeuge Günter Heiß: Entschuldigung, vom Bundesnachrichtendienst an den Verfassungsschutz.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, Entschuldigung, genau, so rum, vom Bundesnachrichtendienst an den Verfassungsschutz, über das - - nachrichtlich an das Kanzleramt und - - Ich war gerade beim Datum, deswegen war ich - - 18. November 2011.

Zeuge Günter Heiß: Das ist richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und da geht es jetzt nicht mehr so ganz allgemein und mit Interpretationsspielraum um Wirtschaftsspionage, sondern es geht um konkrete, und das Wort „Spionage“ fällt auch im Betreff.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Und da ist Ihre Paraphe drauf.

Zeuge Günter Heiß: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig. Haben Sie dieses Schreiben damals zur Kenntnis genommen?

Zeuge Günter Heiß: Wenn meine Paraphe drauf ist, gehe ich davon aus.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Und das heißt, es lagen Erkenntnisse vor zu - - Wie würden Sie das jetzt nennen? Spionage?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe das Schreiben bisher nicht gelesen; das müsste ich jetzt erst tun.

Martina Renner (DIE LINKE): Gerne.

Zeuge Günter Heiß: Danke.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Ich habe das Schreiben gelesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, da geht es ja um - - Würden Sie jetzt sagen: „Das ist auch keine Spionage“?

Zeuge Günter Heiß: Ich wiederhole, wir haben - - Auch dieses Schreiben ist nicht dazu angelegt, meine Aussage, dass wir keine Hinweise dazu haben, dass die US-Dienste Wirtschaftsspionage im Sinne meiner vorgefassten Definition tätigen - - Auch dieses Schreiben revidiert meine Aussage nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt - ich will das einfach noch mal zusammenbinden mit Ihren Aussagen vorher -, wenn Sie eine andere Definition von Wirtschaftsspionage hätten, die jetzt sagen würde: „das Ausspähen von Informationen von Wirtschaftsunternehmen durch einen ausländischen Nachrichtendienst im staatlichen Auftrag ohne Weiterleitung an Konkurrenzunternehmen in dem Heimatland dieses Nachrichtendienstes“, würde es dann das treffen?

Zeuge Günter Heiß: Also, Sie haben eben eine etwas spezielle Definition von politischer Spionage benutzt. Ob das - - Kann ich nicht beurteilen, ob das hier politische Spionage ist. Es ergibt sich nur für mich hier kein Hinweis daraus, dass es um die in meiner Definition gefasste Wirtschaftsspionage geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das denn überall - im Bundeskanzleramt und beim Bundesnachrichtendienst, beim BfV oder ich weiß nicht -, bei allen Stellen, überall dieselbe Definition von Wirtschaftsspionage oder Ihre ganz eigene?

Zeuge Günter Heiß: Nein, das ist nicht meine ganz eigene, sondern das ist schon ein Konsens, auf den wir uns geeinigt haben, und wenn dieser Konsens noch nicht überall angekommen ist, arbeiten wir daran.

Martina Renner (DIE LINKE): Es mutet so an, darf ich sagen, dass dieser Konsens dahin gehend gefunden ist, um ausländischen Nachrichtendiensten möglichst großen Spielraum zu geben, also ungefähr so ähnlich wie die Reaktion heute der Bundesregierung auf die Veröffentlichungen gestern. Also, da gibt es so eine gewisse Parallelität, ja? Also, da finden Aktivitäten zum Nachteil Deutschlands, deutscher Unternehmen, deutscher Bürger, deutscher Institutionen statt, und dann macht man einen Definitionsrahmen auf, wo man sagt: Das ist der Hintergrund, warum ich mich darüber nicht aufregen muss.

Es mutet so an, dass man die Definition von Wirtschaftsspionage genau so setzt, damit man anderen ANDs nicht auf die Füße tritt, weil man das dann - also, konkrete Vorgänge; das ist ein ganz konkreter Vorgang, der letzte Vorhalt, ja - eben nicht sanktionieren muss. Das hat man dann definitorisch rausdekliniert. Morgen werden wir wahrscheinlich auch sagen: Das Abhören des Finanzministers ist auch keine politische Spionage,

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist auf jeden Fall keine Wirtschaftsspionage!)

Nur zur dienstlichen Verwendung

sondern findet im Rahmen von Diplomatie via SIGINT statt oder so. - Weiß ich nicht, was morgen die Definition ist.

(Christian Flisek (SPD): Das ist einfach nur Beifang gewesen!)

- Beifang? - Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wäre die Zeit um.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich finde diese Definition - - Ich frage jetzt die Frage: Ist diese Definition von Wirtschaftsspionage so gesetzt, um Geheimdiensten möglichst große Spielräume zu unterbreiten?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir müssten jetzt zur nächsten Fraktion kommen, und die nächsten Fragen - -

Zeuge Günter Heiß: Herr Vorsitzender, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oh, Entschuldigung, ich wollte Sie nicht - -

Zeuge Günter Heiß: - ich wollte fragen, ob ich diese Akten hierbehalten darf.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Günter Heiß: Nicht, dass - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die werden Ihnen automatisch wieder weggenommen.

Zeuge Günter Heiß: Wunderbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine Sorge!

Zeuge Günter Heiß: Nicht, dass ich unzulässigerweise plötzlich da reingucke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, da hätten wir drauf geachtet; das hätten wir aber auch nie vermutet.

Wir kommen jetzt zu den Fragen der nächsten Fraktion, der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, Herr Zeuge, wir machen da weiter, wo wir aufgehört haben, nicht bei Definitionen, sondern bei der Dienst- und Fachaufsicht. Ich hatte Ihnen diese Pressemitteilung vorgelesen; da hatten Sie gerade - oder ein Zitat daraus gebracht - gesagt, Sie haben da organisatorische Änderungen, auch technische Änderungen auf den Weg gebracht.

(Zuruf der Abg. Martina Renner (DIE LINKE))

Könnten Sie die kurz beschreiben?

(Zuruf: Das ist zweite Runde!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte? - Zweite Fragerunde. In der zweiten Fragerunde beginnt die Fraktion Die Linke, dann CDU/CSU, dann Bündnis 90/Die Grünen, dann SPD.

Kollege Schipanski.

(Der Zeuge dreht sich zu RD Philipp Wolff (BK) um)

Zeuge Günter Heiß: Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter. Ich drehe mich gerade um. Das sind natürlich laufende Vorgänge der Aufsicht, die immer noch andauern, und da frage ich mich, ob das nach dem Recht über Untersuchungsausschüsse zulässig ist, dass ich hierzu etwas sage. Das ist ... (akustisch unverständlich)

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wir sollen ja anschließend Empfehlungen machen. Wenn wir dann Empfehlungen machen, was Sie jetzt schon umsetzen, das ist natürlich dann - -

Zeuge Günter Heiß: Das fällt sozusagen unter das Stichwort „mitregieren“. Deswegen schaue ich mich mal eben um. - Also, normalerweise geben wir keine Auskunft über laufende Aufsichtsverfahren. Ich kann so viel sagen: Wir haben also ganz umfangreiche Erlasse damals gefertigt, um also bestimmte Selektoren zu bestimmten Zeit-

Nur zur dienstlichen Verwendung

punkten einzufrieren, damit wir eine Dokumentation darüber haben, was ist, und nicht, dass irgendetwas gelöscht wird, dass wir bestimmte Dinge gewissermaßen so verkapseln, dass wir jederzeit darüber auskunftsfähig sind.

Es hat dann Anweisungen darüber gegeben, dass Dinge, die vorher nicht getan worden sind - darüber haben wir gesprochen -, jetzt ab sofort durchzuführen sind. Und, wie gesagt, im Einzelnen, glaube ich, kann ich das hier nicht alles erläutern, und ich muss auch zugestehen, dass mir diese Dinge, die ja weitgehend sehr, sehr technisch mit bestimmten Filtern und Softwares und Vorgängen befasst sind - - ich die auch so hier nicht hinreichend präzise erklären kann.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Günter Heiß: Aber aus meiner Sicht ist alles getan worden, um diesen Vorgang so weit wie möglich erstens aufzuklären und diese Dinge so weit wie möglich jetzt für die Zukunft zu vermeiden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Da müssen wir dann am Ende auch des Untersuchungsausschusses klären, ob das weitgehend genug ist oder nicht. Von daher werden wir sicherlich darauf auch noch mal zu sprechen kommen. - Aber ich entnehme Ihrer Antwort, dass Sie die Informationswege ein ganzes Stück reformiert haben und natürlich auch technisch ein ganzes Stück hinterher sind, dass das Bundeskanzleramt jetzt auch ein ganzes Stück näher beim BND im Rahmen seiner Dienst- und Fachaufsicht ist. Wieso hat man denn das nicht bereits im Sommer 2013 ein Stückchen veranlasst oder da, wenn Sie jetzt von Defiziten sprechen, entsprechend Abhilfe geschaffen? Denn da sind ja schon erste Informationen ein ganzes Stück in der Öffentlichkeit dazu gewesen.

Zeuge Günter Heiß: Also, wir haben uns selbstverständlich zu jeder Information, die in der Öffentlichkeit war, vom BND konkret berichten lassen: Was steckt dahinter? Was weiß der BND davon? Das ging los bei der Frage: Was ist Prism? Das ging weiter über XKeyscore und diese ganzen Geschichten, selbstverständlich in jeder Einzelheit. Wir hatten damals nicht die Hinweise vom BND, dass Suchbegriffe in Bad Aibling gesteuert werden, die gegen das MoA verstoßen. Diese Hinweise hatten wir so konkret nicht; sonst hätten wir selbstverständlich auch danach gefragt.

Es hat sicherlich damals eine ausgesprochen weiträumige Überprüfung dieser ganzen Bereiche stattgefunden. Aber ich muss zugeben: Eines der auch organisatorischen Defizite ist dasjenige gewesen, dass 2013, obwohl gewisse Dinge damals detektiert worden sind, das alles auf Unterabteilungsleiterebene - so habe ich das jedenfalls zur Kenntnis nehmen müssen im Wege der Aufsicht -, in der Abteilung TA hängen geblieben ist.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Das heißt, Sie im Kanzleramt haben aber schon faktisch seit 2013 - - Oder, wenn ich jetzt mal schaue, Oktober 2014 wurde berichtet in der Zeitung dann über die Operation „Eikonal“. Da haben Sie schon Richtung BND nach unten gewirkt, nachgefragt, nachgehakt? Weil uns der BND hier oder die Zeugen des BND nicht den Eindruck vermittelt haben, als ob, ja, die Snowden-Veröffentlichungen da zu einem anderen Gang des Verfahrens geführt hätten. Im Kanzleramt schon?

Zeuge Günter Heiß: Das wundert mich; denn wir haben auch damals den BND Tag und Nacht - ich übertreibe, überspitze jetzt mal ein wenig - bombardiert mit Anfragen, Formulierungsvorschlägen, Berichtsbitten, jeweils - - je nachdem, was gerade in den Medien wieder kolportiert worden ist. Das ging ja im Prinzip - - Jedes *Spiegel*-Vorab am Wochenende hat dazu geführt, dass wir uns gemeinsam hingesetzt haben, die Fragen formuliert haben, die wir jetzt an den BND zu stellen haben, und auch jeweils immer wieder Antworten dafür erfolgt sind. Auch für die Information des PKGr, die ja damals in vielfältigen Sondersitzungen gelaufen ist, haben wir natürlich den BND immer wieder um Stellungnahmen und um Sprechpapiere gebeten.

Also, dass der BND damals nicht in die Aufklärung eingebunden war und wenn hier das vielleicht Zeugen vermittelt haben, dass keine andere

Nur zur dienstlichen Verwendung

Gangart dort vorhanden gewesen ist, dann wundert mich das schon; denn es war, glaube ich, eine ausgesprochen aufgeregte, hektische und sehr, sehr arbeitsame Zeit, gerade nach den Snowden-Veröffentlichungen, bis weit in den Herbst hinein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Dann vielen Dank für Ihre Klarstellung. - Mit Blick auf Vorbereitung PKGr und Ähnliches und Ihre aktuellen Prüfungen hätte ich noch eine Frage in diesem Komplex. Zu den nachträglich veranlassten Prüfungen in Ihrem Hause gehört ja auch, ob Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Fragen korrigiert werden mussten. Hat diese Prüfung bereits etwas erbracht, und welche Ergebnisse haben Sie unter Umständen schon?

Zeuge Günter Heiß: Da muss - - Das will ich wie folgt sagen: Wir haben immer wieder besten Wissens und Gewissens gesagt, dass es keine Hinweise darauf gibt, dass andere Regierungen ausgespäht werden durch die Amerikaner. Ich kann mich jetzt an die genaue Formulierung der Fragen und der Antworten nicht so präzise erinnern, aber ich sage mal ganz allgemein: Es wurde immer wieder gefragt in parlamentarischen Anfragen, ob wir Hinweise haben, dass - - im Zusammenhang mit der Bundeskanzlerin, dass auch andere Regierungen, Regierungsstellen usw. ausgespäht waren; im Zusammenhang mit Veröffentlichungen über die Ausspähung, angebliche Ausspähung von Botschaften usw. wurden wir das immer wieder gefragt.

Damals haben wir besten Wissens und Gewissens gesagt, dass wir diese Hinweise nicht haben, keine Erkenntnisse haben. Insofern haben wir dann das alles noch mal überprüft, nachdem die Selektoren gefunden worden sind und sich innerhalb der Selektoren ergeben hat, dass möglicherweise Dinge gesteuert worden sind, die, wenn wir sie damals gewusst hätten - - hätten sagen müssen: Ja, wir haben schon mal einen Hinweis gehabt.

Ob diese Dinge wirklich gesteuert worden sind, wissen wir nicht. Aber sie waren in der Ablehnungsliste, sodass sie entweder mal gesteuert waren und dann rausgenommen wurden, weil sie entdeckt wurden, oder sie sind erst gar nicht gesteuert worden, aber es hätte zumindest auf den Versuch, so etwas zu steuern durch die Amerikaner in ihren Selektoren, hingewiesen, und das hätten wir damals präziser beantworten müssen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, das Ergebnis ist, dass - - Korrigiert man das jetzt, oder korrigiert man das nicht, sondern man stellt fest: „Es hätte präziser beantwortet werden müssen“? Das ist das Ergebnis?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben ja alle späteren Anfragen in der notwendigen Präzision - wie damals übrigens auch, nur, wir hätten es wissen können und haben es nicht gewusst - beantwortet.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay, okay. - Ich darf vielleicht noch mal überleiten zur ein bisschen konkreteren Frage „Rechts- und Fachaufsicht“. Wir hatten den Herrn Müller hier, jetzt Vizepräsident BND, vorher in der Abteilung 6 mit der Fachaufsicht betraut, natürlich auch Herrn Fritsche, die uns erklärt haben, sie haben dann regelmäßige Gesprächstermine eingeführt, sie haben Jours fixes eingeführt, wo also immer Richtung Kanzleramt, Richtung BND - - wo man sich getroffen hat. Wie kann man sich - - Sie machen das jetzt aktuell. Wie kann man sich konkret diese Abläufe vorstellen? Geschieht das in Form eines Berichtswesens, dass Sie anfragen, der BND antwortet? Weil Sie ja gerade auch noch mal auf diese Unterscheidung „offizieller Bericht“ und „diese Besuchsvorbereitungsmappe“ hingewiesen haben. Vielleicht können Sie das einfach noch mal ein bisschen detaillierter erklären, wie diese Fachaufsicht funktioniert.

Zeuge Günter Heiß: Also, ich will zunächst mit den anlassbezogenen Dingen anfangen. Da gibt es eine Bedarfsanfrage aus irgendeinem Ministerium, erstens, da gibt es zweitens irgendeine Medienmeldung, da gibt es drittens irgendeinen Bericht eines AND oder was auch immer, was uns dazu veranlasst, noch mal nachzufragen: Was wisst ihr darüber? Gibt es da etwas, was wir wissen müssen? Gibt es da irgendeine gewisse nachrichtendienstliche oder politische Relevanz? - Das sind sozusagen die anlassbezogenen Dinge.

Auch hier kann man natürlich Besprechungen machen. Aber in der Regel machen wir so etwas durch eine schnelle schriftliche Einsteuerung und meistens durch eine relativ zügige schriftliche Beantwortung.

Dann gibt es natürlich eine Routine, die regelmäßige Jours fixes beinhaltet, oder unregelmäßige Besprechungen, die andererseits auch Besuche beinhaltet. Man lässt sich etwas vorführen, man lässt sich Technik zeigen, man lässt sich Dinge erklären. Die sind häufig nicht anlassbezogen, werden aber immer mit einer Agenda oder einem Programm belegt, was wie auch immer dem jeweiligen Aufsichtsinteresse entspricht.

Also, ich mache mal ein Beispiel: Man möchte gewisse technische Einrichtungen des BND besuchen. Dann sagt man: Ich habe die und die Fragen, ich werde dann und dann kommen, und ich bitte um einen Vortrag, und ich bitte darum, mir auch das mal anhand der Hardware zu erläutern. - Das wäre zum Beispiel so ein Kontrollbesuch.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Günter Heiß: Also, das ist wirklich die ganze Vielfalt -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, ja. Nein, nein, das ist - -

Zeuge Günter Heiß: - der informellen - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber es ist ja mal wichtig für uns, zu erfahren: Haben Sie standardisierte Verfahren? Also, ich habe das jetzt mit diesen schriftlichen ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Günter Heiß: Es ist zum Teil standardisiert, weil es ja auch zum Beispiel Berichtspflichten und Genehmigungsvorbehalte gibt. Also, bestimmte Maßnahmen müssen genehmigt werden; das ist zum Beispiel auch eine Frage der Fach- und Dienstaufsicht. Oder zum Beispiel der breite Bereich des G 10 ist natürlich auch Fach- und Dienstaufsicht, wo wir die G-10-Anträge des BND sehr sorgfältig prüfen, bevor sie vom BMI angeordnet werden. Und das ganz Wesentliche sind natürlich die besonderen Vorkommnisse. Aber die hatten wir ja schon erörtert.

Einen weiteren Punkt möchte ich hinzufügen. Wir haben eine große, große Anzahl parlamentarischer Anfragen. Auch die dienen dazu, dass wir natürlich an bestimmten Stellen - Parlamentarier fragen ja nicht umsonst, haben immer irgendwie ein bestimmtes Frageziel auch - aufmerksam gemacht werden - dafür sind wir natürlich dankbar - auf Probleme, die wir dann auch hinterfragen, zu denen wir Antworten bekommen und auch vielleicht Anlass haben, da noch mal weiter nachzubohren.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Wie kann man das - - Oder in der Hinsicht darf ich noch mal nachfragen: Wie detailliert werden Sie denn dann als Fachaufsicht von eventuellen Operationen auch unterrichtet? Also, steigen Sie da auch in die operativen Geschehnisse ein Stückchen ein? Wird mit Ihnen erläutert: „Da gibt es vielleicht Probleme mit den Rechtsgrundlagen, da gibt es Probleme mit Haushaltsmitteln, da gibt es Probleme mit der Technik“? Wird das an die Fachaufsicht herangetragen, so was?

Zeuge Günter Heiß: Das ist möglich und denkbar. Normale Operationen kriegen wir in der Regel nicht zur Kenntnis. Bei Operationen, wie Sie es gerade beschreiben, die vielleicht in besonderer Weise finanziell relevant sind, oder Operationen, bei denen man sich über die Rechtsgrundlage nicht ganz sicher ist, ist der BND gut beraten, das vorzulegen. Ob er das flächendeckend macht, kann ich natürlich hier nicht bestätigen, sondern ich sehe nur, dass es geschieht, und ich glaube auch, dass er sich da ausgesprochen rechtskonform und aufsichtsfreundlich verhält.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, der BND kommt nicht mit jeder Sache zu Ihnen, -

Zeuge Günter Heiß: So ist es.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Tankred Schipanski (CDU/CSU): - aber jetzt, wenn es um Kooperation mit anderen Nachrichtendiensten geht, das ist selbstverständlich, dass das dann auch bis zur Fachaufsicht gelangt?

Zeuge Günter Heiß: Also, wenn es zum Beispiel rechtliche Fragen oder Unsicherheiten gibt. So habe ich nach meiner Erinnerung schon öfter Berichte gesehen, wo dann das problematisiert wird und gewissermaßen auch der Rückhalt der Aufsicht gesucht wird.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und abschließend würde mich noch interessieren: Können denn Mitarbeiter des BND proaktiv außerhalb des klassischen Dienstweges sich an die Abteilung 6, faktisch an die Fachaufsicht, wenden?

Zeuge Günter Heiß: Also, es gibt dafür keine formalen Voraussetzungen. Das ist sicherlich möglich. Jeder greift zum Hörer, wenn er jemanden kennt und mit dem mal eben irgendwas bereden will. Wenn es sich um einen wirklichen Bericht handelt oder wenn es sich um einen Vorgang handelt, dann möchten wir das in der Regel schriftlich über den Leitungsstab haben. Das geht selbstverständlich auch mal vorab über Telefon, damit wir sozusagen uns darauf vorbereiten können, was uns da zu erwarten hat. Aber grundsätzlich möchten wir wesentliche Dinge schriftlich über Leitungsstab haben.

Ich will nur damit zum Ausdruck bringen: Mal der Zuruf: „Hoi, da ist was Schlimmes passiert“, zwischen Tür und Angel, das geht nicht. Das würde bei uns jetzt sozusagen nicht auf fruchtbaren Boden fallen in dem Sinne: Das haben wir offiziell zur Kenntnis genommen. - Dann würde ich sofort zum Hörer greifen und sagen: Bitte schön, jetzt mal Butter bei die Fische! Und einen anständigen Bericht! - Mal so ein Zuruf, das reicht nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das betrifft auch, wenn jetzt ein Unterabteilungsleiter aus dem BND einfach in der Abteilung 6 irgendwas meldet, irgendwas sagt. Das ist ein Punkt, aber da erwartet man immer, dass das noch mal schriftlich, klassisch dann über Abteilungsleiter, Präsidenten -

Zeuge Günter Heiß: Ja - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): - hoch zu Ihnen kommt?

Zeuge Günter Heiß: Ob Präsident ist, das weiß ich nicht. Das ist eine Frage der internen Regelungen des BND.

Das liegt natürlich an der Erheblichkeit. Wenn er nur sagt: „Also, wir machen da noch mal eine Mittelanmeldung“ oder so, dann ist das okay; dann kommt irgendwann die Mittelanmeldung, und wir haben uns dann nicht weiter darüber zu verhalten. Wenn es da aber heißt: „Dieser oder jener - - da gibt es einen Mitarbeiter, der ist in ausgesprochen strafrechtlich relevanter Weise aufgefallen“, dann würde ich das nicht auf sich beruhen lassen und sagen: Bitte sofort einen Bericht! Wir müssen uns auf mediale Reaktionen einstellen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Jetzt haben Sie von regelmäßigen Kontrollbesuchen Ihrer Mitarbeiter berichtet, bei Außenstellen des BND, beim BND selber, technische Kompetenzen und Ähnliches. Wie viele Mitarbeiter sind denn in der Abteilung 6 letztlich mit der Dienst- und Fachaufsicht betraut, und gab es da eine zahlenmäßige Veränderung in den letzten Jahren?

Zeuge Günter Heiß: Ja. Ich muss aber Circazahlen nehmen, weil das schwankt ständig. Wir haben immer mal wieder - - Für besondere Aufgaben lassen wir uns jemanden abordnen vom BND, der uns dann hilft und der nach ein paar Monaten wieder zum BND zurückgeht.

Im Schnitt waren es während der vorigen Legislaturperiode so 35, 36 Leute nach meiner Erinnerung. Inzwischen, in der neuen Legislaturperiode - auch mit dem neuen Strukturenzuschnitt, mit dem Staatssekretär -, werden es deutlich mehr, weil der Staatssekretär ein eigenes Büro haben wird und wir auch im Rahmen der Snowden-Affäre, der Arbeit für den Untersuchungsausschuss, der ungeheuren Belastung durch parlamentarische und mediale Anfragen so viel Arbeit haben, dass wir sehen, dass wir deutlich mehr Leute brauchen. Inzwischen gibt es eine gewisse

Nur zur dienstlichen Verwendung

Verstärkung. Ich will mal sagen, in der Abteilung sind wir aufgewachsen auf etwa über 40, und das Büro des Staatssekretärs ist noch nicht ganz vollständig. Aber das werden mindestens auch sechs Leute werden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Halten Sie das für angemessen oder ausreichend?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben das in der Planung für angemessen und ausreichend gehalten. Wir werden aber die Entwicklungen, wie sie sich jetzt ergeben, sehr genau beobachten, um gegebenenfalls dann wieder deutlich zu machen, dass diese Personalausstattung vielleicht noch nicht ausreicht. Aber das wird die Zukunft zeigen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Herr Sensburg?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich habe keine weiteren Fragen im Moment, sodass ich Herrn Ströbele die Gelegenheit gebe, seine Fragen zu stellen. Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke sehr. - Herr Heiß, zunächst eine Frage noch mal zum Kanzlerhandy. Sie haben gesagt, Sie hatten da Zweifel, ob das authentisch ist; das wurde dann nachher noch mal verstärkt. Wir haben ja nun in der Öffentlichkeit - auch aus der Öffentlichkeit - mitbekommen, dass die Kanzlerin, um das mal milde auszudrücken, relativ ungehalten war und dann gleich mit Obama telefoniert hat. Haben Sie die Kanzlerin mal gefragt, was der möglicherweise mitverantwortliche Obama ihr eigentlich zu diesem Vorwurf oder zu dem Vorhalt gesagt hat, dass ihr Handy abgehört wird von dem US-Nachrichtendienst? Hat er gesagt: „Das war ein Fehler“, oder hat er gesagt - - Hat er sonst in irgendeiner Weise direkt oder indirekt zu erkennen gegeben, dass das stimmt?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe vorhin auf eine andere Frage zum Ausdruck gebracht, dass es nicht in der Zuständigkeit der Abteilung 6 und auch nicht in meiner Zuständigkeit als deren Abteilungsleiter liegt, die Sicherheit der Kommunikation im Kanzleramt oder der Kanzlerin selbst sicherzustellen. Insofern habe ich mit der Kanzlerin darüber nicht gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, ob irgendjemand die Kanzlerin gefragt hat, vielleicht die, die für die Sicherheit der - - im Kanzleramt und gerade der Kommunikation der Kanzlerin verantwortlich sind, oder jemand vom Generalbundesanwalt? Hat jemand diese naheliegende Frage mal gestellt an die Kanzlerin?

Zeuge Günter Heiß: Kann ich die Frage noch mal hören?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Frage, was die Reaktion des Präsidenten Obama in dem Telefonat oder sonst wie gewesen ist auf den Vorwurf, die NSA, also der US-Geheimdienst, habe das Handy der Kanzlerin abgehört.

Zeuge Günter Heiß: Ob diese Frage jemand an die Kanzlerin gestellt hat, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, wissen Sie nicht.

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Ahnung. - Nun wissen wir ja seit gestern ein bisschen mehr über mögliches Abhören der Kanzlerin, möglicherweise auch wieder Handy. Haben Sie denn die Zeit von gestern Abend bis heute Morgen, bis Sie hier sich bereitgehalten haben für die Befragung, mal genutzt, bei der Kanzlerin nachzufragen, ob sie den Inhalt - - Diesmal sind wir ja einen Schritt weiter. Wir haben ja nicht nur eine Karteikarte, sondern wir haben ein konkretes Gespräch mit dem konkreten Inhalt, unter anderem dass sie ratlos war in der Griechenlandfrage und überlegt, ob man mit einem Schuldenschnitt weiterkommt und Ähnliches, also ein nicht unwichtiges Gespräch. Da liegt es doch nahe, die Kanzlerin zu fragen: Haben Sie - im Oktober 2011 soll das ja gewesen sein, am 11. - ein solches Gespräch geführt?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Ich habe mit der Kanzlerin darüber nicht gesprochen. Ich habe überhaupt nicht mit der Kanzlerin seit gestern Abend oder heute Morgen gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Werden Sie das tun?

Zeuge Günter Heiß: Wenn die Kanzlerin den Bedarf hat, mit mir zu sprechen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein!

Zeuge Günter Heiß: - wird sie das artikulieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie, Sie! - Herr Heiß, das treibt jetzt die halbe oder einen Teil der Republik um, die Medien beschäftigen sich damit, wir beschäftigen uns damit, im Kanzleramt soll heute dazu eine Besprechung stattgefunden haben; ich weiß nicht, ob Sie dazu eingeladen waren, vielleicht, weil Sie unabkömmlich sind - -

Zeuge Günter Heiß: Ich hatte hier Besseres zu tun.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das ist doch eine wichtige Frage, oder nicht?

Zeuge Günter Heiß: Ich denke, dass die richtigen und wichtigen Leute die wichtigen Fragen an die Kanzlerin stellen werden, wenn sie denn gestellt werden müssen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, ja. Vielleicht können Sie die Anregung mal mitnehmen.

Zeuge Günter Heiß: Danke.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt komme ich zu der zweiten Frage, die ich eigentlich habe. Hatten Sie im Jahr 2011 einen konkreten Verdacht, das heißt irgendeinen Anlass, konkreten Verdacht, dass Ihr Mitarbeiter, der Herr Vorbeck, Informationen an Journalisten weitergibt? Ich frage jetzt gar nicht nach irgendwelchen Spaziergängen oder sonst was. Hatten Sie einen solchen Verdacht damals?

Zeuge Günter Heiß: Daraufhin habe ich vorhin schon gesagt, dass ich dazu, wenn überhaupt, in nichtöffentlicher Sitzung Stellung nehmen würde und dass ich Zweifel habe, ob das überhaupt untersuchungsgegenständlich ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber warum? Sie haben Zweifel, Untersuchungsausschuss - - Aber warum wollen Sie das hier nicht erklären?

Zeuge Günter Heiß: Das werde ich deutlich machen in nichtöffentlicher Sitzung.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber diese ganz abstrakte Frage - -

Zeuge Günter Heiß: Wenn Sie das nicht wünschen, kann ich das auch sein lassen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind keine ANDs, also keine ausländischen Nachrichtendienste, erst mal dran gefragt, sondern es geht nur darum, ob Sie den Verdacht haben.

Ich kann es Ihnen auch konkreter sagen, Herr Heiß: Bestand damals der Verdacht, dem Sie auch nachgegangen sind, dass Herr Vorbeck Informationen an den *Spiegel* und dort an einen bestimmten Journalisten gegeben hat? - Können Sie die Frage beantworten?

Zeuge Günter Heiß: Ich kann mich nur wiederholen, Herr Ströbele.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie dazu nichts wissen oder nichts sagen wollen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege Ströbele, Sie hätten die Chance, die Meinung von Herrn Wolff zu hören, ohne dass es auf Ihr Zeitkontingent angerechnet wird, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - denn Herr Wolff hat sich gemeldet.

RD Philipp Wolff (BK): Also, bevor wir hier in eine Diskussion mit dem Zeugen eintreten, zur öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzung: Schon die Tatsache, dass, wie Sie selber sagen, Herr Ströbele, es sich erkennbar um eine Personalsache handelt, rechtfertigt und zwingt uns dazu, die Sache ausschließlich in nichtöffentlicher Sitzung, wenn überhaupt, zu behandeln.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr Wolff, wir sind - - Das wird sich immer auch um eine Personalsache handeln. Wenn der Verdacht besteht, dass im Kanzleramt jemand ist, der an wen auch immer Informationen, die er nicht weitergeben soll, weitergegeben hat, und hier steckt ja dahinter, dass das auch in unseren Auftrag reingehört - - Das will ich jetzt gar nicht hier in diesem Zusammenhang erörtern, sondern mir kommt es hier darauf an: Bestand ein solcher Verdacht, dem dann Herr Heiß oder wer auch immer oder die zuständige Abteilung nachgegangen ist?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bevor wir in die Frage wieder in der Sache einsteigen, würde ich hier - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Person ist ja nun hier - - Die haben wir ja selber hier als Zeugen auch dazu gehört - da war das plötzlich Thema -, und so steht es ja auch in der Zeitung, in der *Bild*-Zeitung sogar, also weit verbreitet.

RD Philipp Wolff (BK): Die *Bild*-Zeitung achtet auch in hohem Maße die Personenrechte von Betroffenen.

(Martina Renner (DIE LINKE): Das war jetzt lustig!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, Sie können doch sagen, ob der Verdacht bestand.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde gern noch mal von der Bundesregierung genau wissen, auf welche Nummer von § 14 PUAG sich hier die Bundesregierung stützt, warum dieser Sachverhalt nicht dementsprechend im Ausschuss in öffentlicher Sitzung geäußert werden kann.

RD Philipp Wolff (BK): Es wurde jetzt - - Ganz kurz: Es stehen erkennbar - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich kann hier nur § 14 Absatz 1 Nummer 1 ... (akustisch unverständlich)

RD Philipp Wolff (BK): Das ist aber nur das eine. Es stehen erkennbar die Grundrechte von betroffenen Personen im Raum, die eine Behandlung in ausschließlich nichtöffentlicher Sitzung, wenn überhaupt, rechtfertigen, und es stellt sich die Frage der Untersuchungsgegenständlichkeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das bitte noch mal genau zitieren.

RD Philipp Wolff (BK): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das sehe ich jetzt im § 14 nicht. Grundrechte sind immer irgendwo betroffen; deswegen muss man sie abwägen. Es geht eigentlich eher um den Kernbereich Gesundheitszustand von Personen, psychische Verfassung etc. Darum geht es ja hier nicht.

RD Philipp Wolff (BK): Das sehe ich nicht so. Der § 14 Absatz 1 Nummer 1, da geht es wahrlich nicht nur um die psychische Verfassung von Personen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das ist so. Nur, dass es eine Person betrifft, ist jetzt noch nicht das Problem.

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können wir über gar nichts reden!)

Also, wir haben - - Wir können noch mal die Kommentierung zur Verfügung stellen hier.

RD Philipp Wolff (BK): Wir können die gerne durchgehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, gerne.

RD Philipp Wolff (BK): Ich halte die Betroffenheit - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff, wir reden ständig - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir hätten auch zwei Kommentare zur Auswahl, je nachdem, wer welchen hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff, wir reden hier ständig über Herrn Markus R. Das ist auch eine Person, wenn ich das richtig sehe, auch eine, die im öffentlichen Dienst noch ist, -

Zeuge Günter Heiß: Anonym.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sogar beim Bundesnachrichtendienst. Die wird auch in dieser Befragung - - In jeder dritten Befragung spielt die eine Rolle. Da haben Sie überhaupt keine Probleme.

RD Philipp Wolff (BK): Ist Ihnen die Person Markus R. persönlich bekannt?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Persönlich?

RD Philipp Wolff (BK): Ist sie identifiziert für Sie?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Identifikation habe ich ja nicht vorgenommen, -

RD Philipp Wolff (BK): Sie reden hier über eine andere Person, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern ... (akustisch unverständlich)

RD Philipp Wolff (BK): - die hier im Ausschuss - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können es ja abkürzen und sagen: Herr V.,

(Lachen der Abg. Martina Renner (DIE LINKE))

Hans Josef V. Bestand der Verdacht, dass der Mitarbeiter - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Frage ist doch - - Kollege Ströbele, ich gönne Ihnen gerne endlos Zeit. Aber das führt uns ja jetzt in der Sachentscheidung nicht weiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Ströbele, auf geht's. Zwei Minuten haben Sie noch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Herr Vorsitzender, wenn ein Zeuge ohne ausreichenden Grund die Beantwortung einer Frage, die er ganz eindeutig beantworten kann - - Weil, ich frage ja nur: Hat er da eine Erkenntnis zu? Er kann ja sagen Ja, Nein oder was auch immer. Aber wenn er gar nichts sagt, dann müssen wir von den Möglichkeiten Gebrauch machen, einen Zeugen zu seiner Verpflichtung zu ermahnen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Ströbele, das versuche ich die ganze Zeit; -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dann möglicherweise auch -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - aber ich bekomme nicht das Wort, -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ... (akustisch unverständlich)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - weil Sie so kontinuierlich reden. Ich versuche, Ihnen die ganze Zeit beizustehen; aber es gelingt mir gar nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil Sie nicht aufhören mit Ihrer Fragestellung. Aber ich lasse Ihnen auch noch gerne die Redezeit. Ich wollte gerade meine Meinung äußern gegenüber der Bundesregierung, dass ich auch - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. - Ja, dann tun Sie das.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Dass ich aufgrund auch verschiedener Kommentare, die wir jetzt zu Rate gezogen haben, nicht erkennen kann, warum diese Fragestellung unter § 14 Absatz 1 Nummer 1 fällt, weil auch nach dem Kommentar, der Ihnen anscheinend vorliegt, es doch hier die Sozialsphäre der betroffenen Person doch in einem besonders engen Bereich betreffen muss und den Kernbereich privater Lebensgestaltung, was hier augenscheinlich nicht der Fall ist.

RD Philipp Wolff (BK): Es geht um eine Verdachtslage, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich sehe auch - -

RD Philipp Wolff (BK): - die möglicherweise sogar strafrechtlich relevant sein könnte. Wenn das nicht den Kernbereich privater Lebensgestaltung betrifft, dann müsste ich mich doch sehr wundern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, also, da haben wir ja ganz viele Sachverhalte, die hier im Raum stehen, die alle strafrechtlich relevant sind, weil Spionage strafbar ist. Von daher könnten wir dann hier jetzt gar nichts mehr machen.

RD Philipp Wolff (BK): Die sind aber nicht personenbezogen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch! - Martina Renner (DIE LINKE): Doch!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, von daher - - Also, ich glaube, dass wir bei dem Punkt - ich weiß nicht, ob hier ein strafrechtlich relevantes Verhalten einer Person vorliegt - - die Fragestellung, ob hier ein Verdacht im Raume steht, nicht von § 14 Absatz 1 Nummer 1 gedeckt ist.

RD Philipp Wolff (BK): Ich glaube, dass das schon davon umfasst ist, und ich sehe kategorisch - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, haben wir einen Dissens. Entscheiden tut es aber der Ausschuss.

RD Philipp Wolff (BK): Ich weise auch - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe probiert, einen Konsens herzustellen. Dann bleiben wir dabei, dass es der Ausschuss entscheidet. Ich glaube, dass wir hier nach § 14 Absatz 1 Nummer 1 nicht einen Bereich haben, der vom Ausschluss der Öffentlichkeit betroffen ist. Von daher wäre das ein Bereich nach meiner Meinung - ich glaube, das wird sogar die überwiegende Mehrheit des Ausschusses so sehen - - dass wir hier, was die Frage betrifft - je nachdem, wie der weitere Verlauf der Frage ist -, dementsprechend noch kein Zeugnisverweigerungsrecht haben.

Herr Kollege Ströbele kann die Frage noch mal stellen - Sie haben noch eine Minute dreizehn -, und dann gucken wir, wie die Frage denn lautet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Heiß, ich frage Sie: Hatten Sie einen konkreten Verdacht im Jahr 2011, dass Ihr Mitarbeiter Hans Josef V. Informationen, die er nicht weitergeben darf, an Journalisten gegeben hat, insbesondere an den *Spiegel*?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Darf ich noch erfahren, Herr Vorsitzender, was jetzt die Ansicht des Ausschusses ist? Bisher hatten Sie nur gesagt, dass Sie meinen, es sei meine zeugenschaftliche Pflicht, auf diese Frage in öffentlicher Sitzung zu antworten.

(Martina Renner (DIE LINKE): Nein!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das gilt auch für die Meinung des Ausschusses in Gänze.

(Martina Renner (DIE LINKE): Richtig!)

Zeuge Günter Heiß: Da keiner der Ausschussmitglieder widerspricht, gehe ich jetzt davon aus.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Davon können Sie ausgehen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So ist das.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können auch Abstimmung beantragen wie auf einem Grünen-Parteitag! Dann stimmen wir es noch mal ab! - Vereinzelt Heiterkeit)

- Nein, wie auf Grünen-Parteitagen machen wir das hier auch nicht.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Allein der Gedanke ist schon abschreckend für mich. Nichts gegen - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann lade ich den Vorsitzenden mal ein! - Lachen des Vorsitzenden)

Zeuge Günter Heiß: Ich hoffe nicht, dass der Ausschuss über Rechtsfragen abstimmt, weil die sich ja aus dem Gesetz ergeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen stimmen wir auch nicht ab.

Zeuge Günter Heiß: Darf ich kurz eine Beratung haben?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Natürlich.

Zeuge Günter Heiß: Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir können kurz unterbrechen. - Dann unterbrechen wir die Sitzung um fünf Minuten.

(Unterbrechung von 14.12 bis 14.15 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir wieder?

Zeuge Günter Heiß: Ja, gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wusste nicht - - Ich wollte Ihnen nicht die Zeit verkürzen.

Zeuge Günter Heiß: Nein, ich sitze ja schon die ganze Zeit hier.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe mich darüber belehren lassen, dass eine solche Aussage von meiner Aussagegenehmigung nicht gedeckt ist, -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Günter Heiß: - weil es sich hier um eine konkrete Person handelt, die möglicherweise einer Straftat geziehen wird und möglicherweise auch dadurch eine schwere Rufschädigung erleidet. Deswegen glaube ich,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie können es doch ausräumen!)

Nur zur dienstlichen Verwendung

dass ich nur genehmigt - - eine Aussagegenehmigung habe, dies in nichtöffentlicher Sitzung vorzubringen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann uns die Bundesregierung oder können Sie sagen, welche Nummer der Aussagegenehmigung das ist? Ich habe die mir nämlich auch vor der Sitzung extra angeschaut.

RD Philipp Wolff (BK): Kann ich Ihnen gerne sagen. Das ist die Nummer 4.

(Zuruf von der SPD: Können Sie die mal vorlesen?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, und die Abwägung, die Sie dann vorgenommen haben, haben Sie wie folgt - - wie ausgeübt?

RD Philipp Wolff (BK): Die habe ich in dem Maße ausgeübt, dass ich davon ausgehe, dass das Informationsrecht des Parlaments zu dem Aspekt durchaus auch in nichtöffentlicher Sitzung befriedigt werden kann, zumal wir in nichtöffentlicher Sitzung auch Angaben zur Frage machen müssen, ob entsprechende Informationen geheimhaltungsbedürftig sind und inwiefern sie überhaupt dem Untersuchungsgegenstand unterfallen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich trage die Nummer 4 mal vor, weil nicht alle Ausschussmitglieder die Aussagegenehmigung dabei haben:

> Von der Aussagegenehmigung ausgenommen sind Angaben, welche die Persönlichkeitsrechte Dritter verletzen. Greifen Angaben in Persönlichkeitsrechte und damit Grundrechte Dritter ein, sind sie nur zulässig, wenn in einer Abwägung nach den konkreten Umständen das Informationsinteresse des Parlamentes die betreffenden Grundrechte überwiegt.

Da wir über diesen Sachverhalt schon mit mehreren Zeugen gesprochen haben, würde mich sehr wundern,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja!)

wenn diese Frage, die konkrete Frage - nicht weiterreichende Fragen -, hier hinter dem Informationsinteresse des Deutschen Bundestages zurückstehen würde.

RD Philipp Wolff (BK): Mir ist nicht erinnerlich, dass wir darüber in öffentlicher Sitzung gesprochen haben.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich!)

Insbesondere zu konkreten Sachverhalten ist mir sehr wohl erinnerlich,

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorbeck selbst!)

dass wir darüber - - Der Herr Vorbeck hat zu einer Verdachtslage überhaupt keine Anhaltspunkte, und er hat auch da keine Angaben gemacht.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber zu seiner Versetzung und dass er von der Verdachtslage nichts wusste! Also, da haben wir das schon vorgehalten!)

- Das ist aber doch kein Eingriff in die Grundrechte -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also jetzt nicht, dass wir in ein allgemeines Palaver - -

RD Philipp Wolff (BK): - des Herrn Vorbeck.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich mich recht erinnere - wir können aber das gerne auch in relativ kurzer Zeit noch mal hervorrufen -, hat der Zeuge, um den es gerade geht, in öffentlicher Sitzung gesagt, dass ihm zu diesem

Vorhalt bis zum heutigen Tage keine Details bekannt sind. Das ist in öffentlicher Sitzung gewesen.

Zeuge Günter Heiß: Herr Vorbeck?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe den Namen nicht erwähnt, aber - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich sehe da keine Grundrechtsrelevanz.

Zeuge Günter Heiß: Nein.

RD Philipp Wolff (BK): Ich sehe allerdings eine erhebliche Grundrechtsrelevanz, wenn man Ausführungen zu einer etwaigen Verdachtslage, nach der gefragt wird ... (akustisch unverständlich) macht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darum geht es ja nur in der Frage. Ich kann es ja nur auf die konkrete Frage - - Wenn die Frage in die Tiefe geht, würde ich auch sagen: Wir haben hier möglicherweise aufgrund von § 14 Absatz 1 Nummer 1 in öffentlicher Sitzung eine Einschränkung. Aber bezogen auf die konkrete Frage, die Kollege Ströbele gestellt hat, kann ich weder aufgrund der Aussagegenehmigung noch aufgrund von § 14 Absatz 1 Nummer 1 hier erkennen, dass wir das nicht in öffentlicher Sitzung behandeln können.

RD Philipp Wolff (BK): Ich kann das erkennen. Ich habe es auch begründet und würde den Zeugen darauf hinweisen, dass er das nicht in öffentlicher Sitzung behandeln kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist in dem Fall, was die Aussagegenehmigung betrifft, Ihre Entscheidung. Bezüglich des § 14 Absatz 1 Nummer 1 ist es die Entscheidung des Bundestages. Wenn Sie darauf beharren, dann ist das so. Dann muss das im Zweifel juristisch geklärt werden. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will noch mal einen Gesichtspunkt erläutern. Es gibt zwei Sachen. Also, diese Kaskadenargumentation der Bundesregierung, erst zu sagen: „Es fällt nicht unter unseren Untersuchungsgegenstand“, und wenn das der Ausschuss anders entscheidet, sich dann die nächste Nummer auszudenken, warum man hier nicht aussagen muss, das wirft doch irgendwie viele Fragen auf.

Und ich sage mal, es gibt zwei Dinge eben nicht. Es gibt keine Verschlusssache, weil ein Vorgang der Bundesregierung unangenehm ist - ja? Das gibt es nicht. Der Zeuge hat zu diesen Sachen auszusagen, er hat dazu wahrheitsgemäß auszusagen, und nur, weil es ein schlechtes Licht auf die Bundesregierung wirft oder vielleicht sogar auf die Abteilung 6 im Bundeskanzleramt - - Das ist kein Aussageverweigerungsgrund, auch nicht in der Öffentlichkeit - das widerspricht dem Öffentlichkeitsgrundsatz dieses Gremiums -, und deswegen kann man sich nur sehr wundern sozusagen, wie beliebig hier die Karten gezogen werden, um nicht aussagen zu müssen.

Der Betroffene, um den es hier geht, der hat ein großes Interesse an der Aufklärung der Dinge, die hier im Raum stehen, und hat das auch deutlich erkennen lassen, und die Frage ist - - Also, ich frage jetzt noch mal nach: Geht es hier nur um strafrechtliche Dinge, die ihn betreffen, oder geht es auch um andere strafrechtliche Dinge, die hier im Raum stehen? Ich meine, dann reden wir über andere Sachen. Es könnte ja - - In der ganzen Frage könnte es andere Beteiligte geben, die sich vielleicht strafrechtlich relevant verhalten haben. Aber dann müssten Sie so argumentieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich würde mal folgenden Vorschlag machen, damit die Sitzung auch weitergeht.

Wir haben sicherlich noch weitere Fragen an den Zeugen, und wir können diese Frage auch mit möglichen rechtlichen Konsequenzen - - Ich sehe mich nämlich da geneigt, auch den Ermittlungsrichter anzurufen, um das klären zu lassen, diese rechtliche Frage, heute noch, als Eilantrag. Wir können das dann gegebenenfalls in einer Beratungssitzung klären lassen, weil ich möchte jetzt nicht, dass wir das endlos diskutieren in dieser Runde, weil ich hier eine ganz klare rechtliche Einordnung erkennen kann, und dann würden

Nur zur dienstlichen Verwendung

wir das heute im Zweifel noch machen. Dafür ist der Minderheitenantrag ausreichend.

Also, von daher sollten wir vielleicht im Nachgang jetzt, nachdem die Befragung weitergeht, vielleicht noch mal in uns gehen, ob wir die eine gestellte Frage vom Kollegen Ströbele nicht beantworten können. Sonst müssen wir eine rechtliche Klärung machen. Ich würde anregen, jetzt mit der Befragung aber weiterzumachen, weil das eigentlich Gegenstand einer Beratungssitzung ist und nicht Gegenstand der Zeugenbefragung. - Herr Ströbele, Sie hätten noch ein paar Sekunden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, das können wir so machen. Da müsste der Zeuge natürlich noch mal wiederkommen, also, wenn wir - - oder nachher -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen wollte ich mit der Befragung weitermachen und nicht mit einem Diskurs.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - so lange hierbleiben usw. Also, dann können wir das gerne machen. - Meine nächste Frage dazu wäre natürlich dann, was Sie daraufhin veranlasst haben. Aber da kommen wir jetzt erst mal gar nicht zu, weil Sie die Frage nicht beantworten.

Dann habe ich noch eine ganz andere Frage, nämlich - - Die betrifft das, was wir hier vorhin schon angesprochen haben: Ihren Besuch in Washington am 5. August, bei dem Sie unter anderem auf Herrn Clapper getroffen sind und Herrn Alexander. Und können Sie sich da erinnern, dass von Herrn Alexander erklärt worden ist - so steht das in der *Süddeutschen Zeitung*, Bericht über diesen Besuch -, Deutschland sei kein Zielland der NSA?

Zeuge Günter Heiß: Ob es konkret diese Aussage war, kann ich mich nicht daran erinnern. Woran ich mich erinnern kann, ist, dass die US-Seite uns dargelegt hat, unter welchen Umständen - - Also, sie hat uns dargelegt, es gebe keine massenhafte Überwachung und unter welchen Umständen sie weltweit eine Überwachung vornehme. Das waren fünf Umstände, nämlich Terrorismus, Proliferation, organisierte Kriminalität, Cyber und Force Protection.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wirtschaftskriminalität!)

Das haben sie deutlich gemacht.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Im Landwirtschaftsministerium!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dieser Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* - so wird das hier gesagt - beruft sich auf einen Vermerk über dieses Gespräch, der bei Ihnen, also im Kanzleramt, vorliegen soll und auch in unseren Akten sich befinden soll.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wird das so zum Ausdruck gebracht. Also, Deutschland ist kein Zielland. Das frage ich Sie natürlich auch angesichts der heutigen neuesten Abhörgeschichte.

Zeuge Günter Heiß: Sie haben mich gefragt, ob ich mich erinnere, dass er das gesagt hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, in dem Sinne. Ob das jetzt - -

Zeuge Günter Heiß: Darauf habe ich geantwortet. Ich meine, es ist tatsächlich in den Akten, also in irgendeinem Vermerk, so festgehalten. Aber dass er das so gesagt hat, daran erinnere ich mich nicht so konkret, sondern woran ich mich konkret erinnere, habe ich Ihnen gerade gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Ich weiß nicht, wer fragt. - Herr Kollege Flisek.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Heiß, ist Ihnen die Weltraumtheorie ein Begriff?

Zeuge Günter Heiß: Ja, ich habe davon gehört.

Christian Flisek (SPD): Und - - Nur damit wir über dieselbe Definition reden. Das ist ein Arbeitsbegriff auch unseres Ausschusses. Also, wir verstehen darunter die Rechtsauffassung, die im BND vertreten wird und offensichtlich auch im Kanzleramt vertreten wird, dass beim Abfangen von Satellitenkommunikation aus dem Ausland quasi diese Daten aus dem Weltraum herabfallen, mit der Konsequenz, dass das sozusagen extraterritorial geschieht, was das deutsche Recht betrifft, und damit wesentliche Gesetze, die in Deutschland gelten, nicht Anwendung finden. Teilen Sie diese Interpretation? Dass wir - - wenn wir das erst mal klären.

Zeuge Günter Heiß: Wir haben eine Regelung im BND-Gesetz, dass das BND-Gesetz in bestimmten Paragrafen Anwendung findet auf Informationen, die im Inland erhoben werden. Wenn sie im Inland erhoben werden, dann ist ihre Erhebung, Nutzung und Verarbeitung - - unterliegt dann diesen Paragrafen.

Dann gab es unterschiedliche Rechtsauffassungen, ob ein Abgriff an Satelliten, die irgendwo, wie ich, wie wir jetzt mal einfach so nennen, im Weltraum, im Orbit stehen, als im Inland erhoben gelten oder nicht. Wir haben nach sehr sorgfältiger Prüfung - - und auch unter Prüfung der gegenteiligen Ansicht sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass diese Daten - also, wir sprechen konkret von Bad Aibling und den Satelliten, die dort angesteuert werden - nicht im Inland erhoben werden.

Christian Flisek (SPD): Das ist natürlich auf massive Bedenken nicht irgendwo gestoßen, sondern auch bei Ihnen, im Kanzleramt, wurden massive Bedenken vorgetragen gegen diese Rechtsinterpretation. Es gibt massive Bedenken der Datenschutzbeauftragten des Bundesnachrichtendienstes, und offensichtlich waren Sie sich und Herr Schindler darin einig, dass man diese massiven Bedenken vom Tisch wischt.

Zeuge Günter Heiß: Ich will jetzt nicht übertreiben, aber es gibt ja diese Ansage: drei Juristen, vier Meinungen. So ist es sicherlich nicht. Aber es gibt immer unterschiedliche - -

Christian Flisek (SPD): Es gibt auch die Ansage: Der Ober sticht den Unter.

Zeuge Günter Heiß: Es gibt sicherlich unterschiedliche Meinungen immer wieder. Das kennzeichnet zum Beispiel unser dreistufiges Gerichtssystem, wo eine Instanz eine Entscheidung trifft, eine höhere Instanz eine andere Meinung hat, und zum Rechtsfrieden beitragend und zur Rechtsfortbildung dann die höchste Bundesinstanz, also ein Bundesobergericht oder Oberstgericht, dann eine endgültige Entscheidung trifft. Vergleichbar ist das mit unterschiedlichen Rechtsauffassungen auch in einer Behördenhierarchie. Solche Rechtsauffassungen kommen immer wieder vor und prägen, sagen wir mal, auch die fruchtbare und engagierte Diskussion in der Verwaltung. Aber irgendwann und irgendwo muss dann auch entschieden werden. Diese Entscheidung habe ich unter Abwägung aller Umstände getroffen und habe dem BND in diesem Fall recht gegeben. Das Fachreferat selbst - das haben Sie richtig gesagt - war anderer Meinung.

Christian Flisek (SPD): Na ja, das zieht sich ja auch wie ein roter Faden dann durch mehrere Baustellen. Das ist ja jetzt kein Einzelfall. Wir haben ja nicht nur die Weltraumtheorie; wir haben die Theorie des virtuellen Auslandes, wenn es darum geht, dass Transit- oder Routineverkehre in Deutschland, an deutschen Stellen abgegriffen werden. Da sagt man ja auch: Na ja, das ist virtuelles Ausland.

Wir haben eine ähnliche Diskussion bei der Frage: Was sind eigentlich Metadaten? Sind Metadaten personenbezogene Daten mit der Konsequenz - - Sind Datenschutzgesetze anwendbar oder nicht? Und da ist überall die ganz große Einigkeit: Nein, Metadaten sind nicht personenbezogene Daten, virtuelles Ausland, auch wenn in Frankfurt auf ein Kabel zugegriffen wird. Und die Konsequenz ist ja, dass man hier die geltende Rechtslage immer wieder so interpretiert, um den Handlungsspielraum des BND möglichst - - ja, so

auszuweiten, dass er eben hier keinen eigentlich gesetzlichen Beschränkungen unterworfen ist.

Das hat ja System. Das ist ja nicht nur einfach jetzt so, wie Sie das gerade dargestellt haben, eine Fachdiskussion, wo man dann mit guten Gründen das eine oder das andere vertreten kann, und da muss man nach Abwägung irgendwelche Entscheidungen treffen. Nein, das hat System. - Das ist meine politische Bewertung, -

Zeuge Günter Heiß: Ja, die ich so nicht teile.

Christian Flisek (SPD): - und ich halte das als Parlamentarier für - - mittlerweile für eine - - für ein Interpretationssystem, das die Grenzen unseres Rechtssystems - - - Ja, also, man kommt an die Grenzen, sicherlich. Man kann darüber streiten, ob sie nicht vielleicht schon mal überschritten worden sind. Aber man strapaziert das geltende Recht.

Wissen Sie, wenn ich mit Leuten rede, die schütteln nur mit dem Kopf, wie man auf die Idee kommen kann, dass ein Abgriff, ein Kabelabgriff in Frankfurt virtuelles Ausland sein kann, wie Daten, die man in Bad Aibling in Oberbayern - ich komme aus Oberbayern, nicht weit von Bad Aibling - verarbeitet - - wie man sagen kann, die fallen da vom Himmel runter, und deswegen ist das im Weltraum, und deswegen gelte dann deutsches Recht nicht. Die werden ja nicht im Weltraum verarbeitet; die werden in Bad Aibling verarbeitet und in Pullach.

Zeuge Günter Heiß: Hm.

Christian Flisek (SPD): So.

Zeuge Günter Heiß: Darf ich noch mal darauf hinweisen? Soweit es nicht im Geltungsbereich des BND-Gesetzes erhoben wird, gilt auch das BND-Gesetz nicht für die Verarbeitung. Das war der juristische Ansatz, und insofern gilt dann halt - - gelten die Regeln nicht für die Verarbeitung. Sie werden selbstverständlich in Bad Aibling verarbeitet.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber es gelten in der Konsequenz ja auch die gesamten deutschen allgemeinen Datenschutzgesetze nicht. Also, der Ansatz, den Sie da fahren, der hat ja weitreichende Konsequenzen, weitreichendste Konsequenzen für die Frage, wie es um den Schutz dieser Daten bestellt ist. Einerseits schießen Sie mangels Personenbezug Metadaten bereits aus dem Anwendungsbereich der Datenschutzgesetze raus - das ist sozusagen der personale Anwendungsbereich -, und räumlich sagen Sie: Dann sind wir einmal im virtuellen Ausland und einmal im Weltall. - Aber die Daten landen alle beim BND, in Deutschland.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Der ist deutschem Recht und Gesetz unterworfen, weil er eine Behörde ist.

Zeuge Günter Heiß: Und das Recht und Gesetz sagt: Im Ausland erhobene Daten werden - ich zitiere noch mal aus dem Gedächtnis - - nicht nach folgenden Paragrafen erhoben, genutzt und verarbeitet. Das sind die drei; so steht es im BND-Gesetz.

Man kann sich selbstverständlich darüber streiten, ob es unterschiedliche Auslegungen hier gibt, und Sie sagen, das hat System. Darauf will ich gerne eingehen. Wenn es unterschiedliche Auslegungen gibt, dann ist die Auslegung, die zum Beispiel für die größere Sicherheit unserer Soldaten in Afghanistan und unserer Auslandsvertretungen und unserer Entwicklungshelfer besser ist, natürlich für jemanden, der für die Sicherheit und für den BND verantwortlich ist, die naheliegendere Auslegung. Ich würde mich nie in irgendwelche seminaristische Diskussionen über Auslegungsstreitigkeiten verwickeln, sondern wenn eine - - Wenn eine Auslegung vertretbar ist - und die ist vertretbar; wir haben sie lange geprüft -, wenn eine Auslegung vertretbar ist, wähle ich eine Auslegung, die dem Sicherheitskonzept für unsere Soldaten, für unsere Bürger mehr dient als eine Auslegung, die möglicherweise auch juristisch richtig ist, aber nicht zu diesem Ziel führt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Sie werden mir die Bemerkung erlauben, dass ich natürlich Verständnis habe, dass sich Herr Schindler über diese Auslegung freut als Chef des Nachrichtendienstes, weil es seine Handlungsspielräume erweitert. Ich sage aber auch sehr deutlich, dass ich von der Aufsichtsbehörde, der Rechtsaufsichtsbehörde da eher ein kritischeres Vorgehen erwarte, und das ist offensichtlich nicht an den Tag gelegt worden.

Ich meine, wir haben Vorschriften, die stammen aus Zeiten, die allesamt die Möglichkeiten einer digitalen Überwachung eigentlich nicht wirklich berücksichtigt haben bisher. Ich formuliere es mal so: Sie stammen aus analogen Zeiten zum großen Teil, bis auf wenige Ausnahmen. So. Und jetzt stellen wir uns natürlich, weil wir hier der Gesetzgeber sind, die Frage: Besteht hier Handlungsbedarf? Und wenn ich Ihre, was Sie als vertretbare Auslegung darstellen - - Wenn ich diese Rechtsauffassungen addiert mir zugrunde lege, dann, sage ich Ihnen, haben wir erheblichen gesetzgeberischen Nachbesserungsbedarf an diesen Stellen, weil mein Standpunkt ist: Wenn etwas in Deutschland erhoben, erfasst, verarbeitet wird, dann ist es nicht vertretbar, so zu tun, als sei das irgendwo ein virtuelles Ausland. Und wenn etwas in Bad Aibling runterkommt und dort erfasst, weitergeleitet, ausgewertet wird, dann ist das nicht im Weltall, sondern in Oberbayern.

Und ich gehe jetzt einfach mal davon aus, aufgrund Ihrer Stellungnahme, auch nach unseren Debatten, auch unter anderem nach dem sehr beeindruckenden Auftritt dreier Staatsrechtler hier im Ausschuss gleich zu Beginn unserer Tätigkeit - einer davon war der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes - halten Sie an dieser Auffassung fest. Drei Richter von drei verschiedenen - - von allen Parteien hier im Ausschuss benannt, waren sich aber komplett einig, dass das eigentlich nicht vertretbar ist, was Sie da gerade als vertretbar schildern.

Zeuge Günter Heiß: Nun, wir haben - -

Christian Flisek (SPD): Ich finde das mutig. Ich finde vor allen Dingen auch die Anlage Ihres - - dass Sie sagen, wenn ich irgendwas tun kann, was sozusagen die Sicherheit erweitert, dann schmeiße ich alle anderen Bedenken über Bord.

Zeuge Günter Heiß: Das - -

Christian Flisek (SPD): Das finde ich auch couragiert.

Zeuge Günter Heiß: Das muss ich von mir weisen. Ich habe nicht gesagt, dass ich alle anderen Bedenken über Bord geschmissen habe, sondern wir haben - -

(Zuruf des Abg. Dr. André Hahn (DIE LINKE))

Nicht ich alleine, sondern in sehr sorgfältiger Abwägung zwischen den Rechtsmeinungen und den Vor- und Nachteilen der jeweiligen Rechtsmeinungen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass wir der von Ihnen jetzt nicht geteilten Rechtsmeinung den Vorzug geben.

Die Darstellung der drei Professoren ist konterkariert worden von der Darstellung anderer Professoren,

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

sodass es nicht so ist, dass es eine einhellige wissenschaftliche Meinung dazu gibt. Das Bundesverfassungsgericht selbst hat sich dazu in dem 100. Band ausgeschwiegen, und die Frage der G-10-Geltung im Ausland ist wiederum eine etwas andere Baustelle und eine andere Rechtskonstruktion als nur die Frage: Wo sind die Daten erhoben worden, und welche BND-Gesetz-Paragrafen sind darauf anzuwenden? Also, da -

Christian Flisek (SPD): Da haben Sie vollkommen recht, Herr Heiß.

Zeuge Günter Heiß: - würde ich noch mal differenzieren.

Christian Flisek (SPD): Da haben Sie vollkommen recht, und dann können wir an der Stelle nämlich auch noch gleich weitermachen. Wenn

Nur zur dienstlichen Verwendung

es um die Frage geht, dass der BND Daten von Ausländern überwacht, auswertet, sehen Sie die geltenden Rechtsgrundlagen dafür als ausreichend an?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Sehen Sie keinerlei gesetzgeberischen Handlungsbedarf?

Zeuge Günter Heiß: Sie wissen, dass die Bundesregierung im Hinblick auf die öffentliche Diskussion, die Sie ja auch gerade gekennzeichnet haben, die insbesondere durch die Vorträge der Wissenschaftler hier im Ausschuss angestoßen worden ist, prüft und überlegt, ob es hier einen Klarstellungsbedarf gibt - - die genau diese Zweifel, die Sie gerade konkretisieren, ausräumt.

Christian Flisek (SPD): Na ja, das werden wir sehen, ob mit einem reinen Klarstellungsbedarf die Zweifel ausgeräumt werden.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie wollen das legitimieren!)

Die Frage ist: Wer kontrolliert eigentlich diesen Tätigkeitsbereich, also die Überwachung von Ausländern? Das ist ja eine wesentliche Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wer kontrolliert das?

Zeuge Günter Heiß: Die Fach- und Dienstaufsicht des Bundeskanzleramtes kontrolliert alle Tätigkeiten des BND.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und gibt es eine parlamentarische Kontrolle?

Zeuge Günter Heiß: Dem PKGr wird über alle Fragen, die es aufwirft und die aktuell sind, Rechenschaft gelegt, und auch über die sogenannte Routineüberwachung, die Sie gerade ansprechen, ist mehrfach im PKGr gesprochen worden, genauso in der G-10-Kommission.

Christian Flisek (SPD): Na, ich höre aus dem PKGr aber auch, dass man das da auch sehr differenziert sieht. Und wir haben ja eine andere, ich sage mal, Überwachungsinstitution, das ist die G-10-Kommission, die zwar jetzt nicht parlamentarisch ist; aber die waren ja alles andere als amused, als sie das gehört haben, dass sie mit G-10-Anordnungen offensichtlich diese Routineverkehre bearbeiten müssen, weil es keine gesetzlichen Grundlagen gibt.

Zeuge Günter Heiß: Ich weiß nicht, ob ich aus auch vertraulichen G-10-Sitzungen hier, Herr Wolff, berichten darf.

Christian Flisek (SPD): Nein, müssen wir nicht. Das steht alles doch in der Zeitung, und die haben sich doch geäußert.

Zeuge Günter Heiß: Ja, was in der Zeitung steht, ist ja gleichwohl nicht - - liegt - - ist ja gleichwohl nicht etwa geheim zu halten, auch wenn es in der Zeitung steht, und ich muss mich leider an solche Regeln halten. Die G-10-Sitzungen sind auch vertraulich.

Christian Flisek (SPD): Herr Heiß, der ehemalige Vorsitzende der G-10-Kommission, Herr de With, hat hier in öffentlicher Sitzung als Zeuge ausgesagt, dass mit dieser Konstruktion, die hier gewählt wird oder wurde, man an die Grenzen des Rechtsstaates geht und dass mit jedem Tag, wo man hier zuwartet, mit diesem unerträglichen Rechtszustand die Rechtswidrigkeit und damit die Verfassungswidrigkeit immer eindeutiger wird. Das hat er hier in öffentlicher Sitzung gesagt.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und er fühlte sich getäuscht! Auch das hat er gesagt!)

- Na ja, gut, das haben wir ausgeräumt.

Zeuge Günter Heiß: Ich kann Ihnen so viel sagen, dass die G-10-Kommission jeweils aufgrund der Anträge der Nachrichtendienste, insbesondere

Nur zur dienstlichen Verwendung

des BND, nach § 5 oder 8 strategische Fernmeldeüberwachung genehmigt hat, auf der Rechtsgrundlage des G-10-Gesetzes, dass parallel dazu Routineüberwachung vorgenommen wurde, dass gegenüber der G-10-Kommission für die Zukunft zugesagt worden ist, dass, wenn es eine Verbindung zwischen G-10-Überwachung und Routineüberwachung gibt, dies im Antrag dargelegt werden wird, sodass die Irritationen, die Sie gerade angesprochen haben, jedenfalls seit einiger Zeit ausgeräumt sind.

Christian Flisek (SPD): Ja, was aber auch heißt, dass man es die ganze Zeit eben nicht gemacht hat, was nichts anderes bedeutet, als dass ein ganz wesentlicher Teil der BND-Tätigkeit in einem rechtsfreien Raum stattgefunden hat und in einem kontrollfreien Bereich stattgefunden hat.

Zeuge Günter Heiß: Sollte das eine Frage sein, müsste ich da widersprechen; denn die Routineüberwachung unterliegt nicht der Kontrolle der G-10-Kommission.

Christian Flisek (SPD): Ja, genau das ist das Problem.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wem dann?)

Genau das ist das Problem. Aber es wird eine Routineüberwachung mit den Anordnungen der G-10-Kommission durchgeführt, und ich - -

Verstehen Sie, was ich damit sagen will, ist: Ich meine, Sie sind da an einer entscheidenden Funktion im Kanzleramt. Was wir hören, ist, dass man vorhat, da lediglich kosmetische Änderungen vorzunehmen, Klarstellungen. Und ich glaube, wir sind hier an einem Problem, das geeignet ist, diesen - - Ich finde, das ist ein wichtiger Bereich der Tätigkeit unserer Geheimdienste, ja, nicht zuletzt, weil auch die Mitarbeiter, die damit arbeiten, ein hohes Interesse haben müssen, dass sie das auf wirklich klaren, bestimmten Rechtsgrundlagen tun, ja. Da müsste es ein großes Interesse geben, das Ganze aus diesem Graubereich herauszuholen, und ich erkenne auch aufgrund Ihrer Einlassung das heute nicht.

Zeuge Günter Heiß: Ich kann mich gerne wiederholen. Die Bundesregierung prüft in der Tat, und das mit allem Ernst und hohem Interesse, ob es hier notwendig ist, eine gesetzgeberische Klarstellung zu initiieren. Der legislatorischen Diskussion kann ich selbstverständlich nicht vorgreifen.

Christian Flisek (SPD): Und die Auffassung, dass Metadaten grundsätzlich keine personenbeziehbaren - - oder keinen Personenbezug haben, an dieser Auffassung würden Sie auch angesichts verschiedener Äußerungen von NSA-Direktoren - - Ich wiederhole mich da jetzt nicht; das ist allgemein bekannt, was die mit Metadaten machen können alles. Da würden Sie sagen, Metadaten nach wie vor kein Personenbezug?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, da gibt es eine rechtliche Definition, die ich jetzt nur aus dem Gedächtnis heraus wiederholen kann: Metadaten haben dann Personenbezug, wenn das Metadatum mit vertretbarem Aufwand einer Person zugeordnet werden kann. - Das ist unsere rechtliche Lage; nach der richten wir uns selbstverständlich.

Christian Flisek (SPD): Ja, nur in Zeiten von Superservern und entsprechenden Algorithmen wird - - Das, was Sie den vertretbaren Aufwand nennen, das wird immer vertretbarer.

Zeuge Günter Heiß: Ich kann nur von der Situation -

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, klar.

Zeuge Günter Heiß: - de lege lata ausgehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wir müssten wechseln, von der Zeit her.

Christian Flisek (SPD): Ja, okay, gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fragerunde, zur dritten Fragerunde, und es beginnt Frau Kollegin Renner für die Fraktion Die Linke.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Heiß, ich würde Sie gerne fragen: Kennen Sie Herrn Landefeld?

Zeuge Günter Heiß: Also, ich habe den Namen schon mal gehört, ja, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - in der Tat.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie schon mal Gespräche mit Herrn Landefeld?

Zeuge Günter Heiß: Wenn das der ist, von dem ich glaube, den Sie meinen, dann hat er mich im Sommer 13 irgendwann mal angerufen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Was war denn der Anlass für den Anruf im Sommer 13, also, Herr Landefeld, verantwortlich auch mit für den DE-CIX-Knoten.

Zeuge Günter Heiß: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Über diesen Herrn Landefeld reden wir gerade.

Zeuge Günter Heiß: Dann meinen wir den gleichen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, und wir sind im Sommer 2013, und Herr Landefeld ruft Sie an. Warum?

Zeuge Günter Heiß: Er sagte, wenn ich mich richtig erinnere - ich mache das jetzt mal fast wörtlich -: Da draußen steht eine Heerschar von Journalisten. Ich gehe jetzt raus und sage denen alles, was wir hier im G-10-Bereich machen. Das muss ich machen, ich stehe unter Druck.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann haben Sie gesagt?

Zeuge Günter Heiß: Dann habe ich gesagt, ich würde ihm davon abraten, weil er geheimverpflichtet ist und das unter Umständen auch strafrechtlich relevant sein kann, wenn er solche Dinge in der Öffentlichkeit sagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Er hat Sie angerufen? Oder haben Sie sich persönlich gesehen?

Zeuge Günter Heiß: Nein, er hat mich angerufen. Ich habe den nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Er hat sie angerufen?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe den meines Wissens nie persönlich gesehen, also, jedenfalls nicht, dass ich wüsste.

Martina Renner (DIE LINKE): Er hat gesagt: „Draußen steht eine Heerschar von Journalisten“, oder hat er gesagt: „Ich habe einen Fragebogen der Bundesnetzagentur zu beantworten“?

Zeuge Günter Heiß: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern. Ich kann mich an Journalisten erinnern und an den Ausdruck: „Ich stehe ganz schön unter Druck“, oder so, sinngemäß natürlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Landefeld war ja schon Zeuge in unserem Untersuchungsausschuss, und er hat ausgesagt, dass er einen Fragebogen der Bundesnetzagentur erhalten hatte, wie viele andere Provider auch, und dass er in dieser Sache mit Ihnen telefoniert habe.

Zeuge Günter Heiß: Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich meine, da irrt sich Herr Landefeld. Aber ich habe - - Ich kann nur sagen, dass er mich angerufen hat im Hinblick auf Journalisten, denen er unmittelbar danach etwas sagen wollte, wovon ich ihm abgeraten habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich versuche jetzt mal, noch mal zu klären, ob vielleicht die Erinnerung kommt, wenn ich Ihnen noch Details aus diesem Telefonat nenne, die Herr Landefeld uns genannt hat. Er war sich allerdings auch unsicher - das kann ich jetzt auch einschränken -, ob Sie oder Herr Fritsche der Gesprächspartner auf der anderen Seite der Leitung waren. Man habe ihm gesagt, dass er bestimmte Fragen nicht beantworten soll in diesem Fragenkatalog der Bundesnetzagentur.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Ich habe meines Wissens nie über einen Fragenkatalog der Bundesnetzagentur mit Herrn Landefeld gesprochen, sondern nur über das Thema, was ich gerade sagte. Herr Fritsche war damals nicht im Kanzleramt, sondern im BMI.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wissen wir. Deswegen haben wir ja auch vermutet, dass er sich vielleicht geirrt hat und mit Ihnen telefoniert habe.

Zeuge Günter Heiß: Das mag sein; aber ich weiß, dass Herr Landefeld in selbiger Funktion mal bei Herrn Fritsche früher war, als Fritsche mein Vorgänger in der Abteilung 6 war, und möglicherweise geht es auch mit der Erinnerung da durcheinander. Aber ich versuche nur, Möglichkeiten zu finden, woran Herr Landefeld sich vielleicht irrigerweise erinnert.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann reden wir über die Problematik, die Sie erinnern. Die ist für uns auch von großem Interesse, weil Herr Landefeld - Sie wissen, mittlerweile ist auch Anzeige erstattet worden - durchaus auch hier als Zeuge problematisiert hat, dass möglicherwiese die G-10-Anordnungen, die gegenüber seinem Unternehmen ausgestellt wurden, ähnlich rechtsbeugend waren wie diese, die gegenüber der Telekom in Anschlag gebracht wurden, um im Rahmen des Projektes „Eikonal“ an die paket- und leitungsvermittelte Kommunikation zu kommen. Das - wissen wir ja mittlerweile - war eine G-10-Legende, um an die Routineverkehre zu kommen für die NSA, die die NSA, wenn sie an die Telekom herangetreten wäre, niemals bekommen hätte, und der BND war quasi der Türöffner für die NSA für diesen Verkehr. Und nachdem erst ein privatrechtlicher, sehr fragwürdiger Vertrag abgeschlossen wurde, hat man zu einem bestimmten Zeitpunkt X dann eben auch G-10-Anordnungen, ich würde sagen: missbraucht - und so sieht es ja auch die G-10-Kommission -, um an diese Routineverkehre zu kommen. Herr Landefeld sagt, Ähnliches befürchtet er mit Blick auf die Verkehre, die bei seinem Unternehmen abgegriffen werden. Er hat dazu auch noch Anhaltspunkte, nämlich dass zu der großen Überraschung des DE-CIX Management auch deutsche Carrierer und Provider betroffen waren, und zwar hat er dann auch Namen genannt der jeweiligen und dass es sich bei einigen Fällen definitiv um reine Inlandsleitungen gehandelt habe. Kann es sein, dass sein Anruf bei Ihnen genau dieser Vermutung geholten hat oder seine vielleicht auch zugespitzte Äußerung „Ich gehe jetzt raus und sage alles“, weil er diesen Verdacht hatte, dass er auch Ziel eines Abgriffs geworden ist ohne ausreichende rechtliche Grundlage? War das Teil dieses Telefonats?

Zeuge Günter Heiß: Ich erinnere mich lediglich daran, dass er von einem Druck gesprochen hat, unter dem er stehe, weil Journalisten - in Anführungsstrichen - „vor der Tür stünden“. Denen wollte er nunmehr „alles“ - in Anführungsstrichen - sagen. Was er mit „alles“ meinte, weiß ich nicht. Ich bin davon ausgegangen, dass er etwas sagen wollte, was G-10-Relevanz hat, und deswegen habe ich ihn auf die möglichen Folgen hingewiesen und ihm davon abgeraten .Das ist die einzige Erinnerung, die ich an dieses Telefongespräch habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber worin dieser Druck besteht - - Also, nur weil Journalisten vor der Tür stehen, hat man ja noch keinen Druck.

Zeuge Günter Heiß: Ich nehme an, das hing zusammen mit den Snowden-Veröffentlichungen und den Vorwürfen, Amerikaner würden an irgendwelchen Knotenpunkten was abziehen. Aber das ist jetzt nur meine Spekulation. Aber der Zusammenhang liegt ja nah.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie denn mal nach diesem Telefonat geprüft, ob der Bundesnachrichtendienst für die NSA an den DE-CIX-Knoten geht?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre doch naheliegend gewesen nach diesem Anruf, oder?

Zeuge Günter Heiß: Das hat alles keine Erwähnung gefunden in dem Telefonat.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben doch eben selbst den Zusammenhang mit den Snowden-Dokumenten gezogen, dass das möglicherweise der Hintergrund war, warum Herr Landefeld angerufen hat und alles sagen will.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da hätte man ja sagen können, wenn das in dem Kontext ist - es geht ja also um US-amerikanische Überwachung; kurz, „full stop“ -: Ich bin hier die Aufsichtsbehörde. Was läuft denn am DE-CIX-Knoten?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe ja vorhin schon ausgeführt, dass wir sämtliche Snowden-Veröffentlichungen vom BND haben überprüfen lassen und uns zu jedem Detail dieser Snowden-Veröffentlichungen haben berichten lassen, was der BND darüber weiß und was er darüber möglicherweise auch spekuliert; aber all das hat der BND uns pflichtgemäß berichtet.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was wurde bei diesen Unterrichtungen gesagt? Gibt es eine Weiterleitung von Daten, die am DE-CIX-Knoten vom Bundesnachrichtendienst erhoben werden, an die NSA?

Zeuge Günter Heiß: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja oder nein? Ich meine, das ist der größte Internetknoten. Ich meine, das wird schon Thema gewesen sein. Wir reden hier jetzt nicht über einen kommunalen, kleinen Provider.

Zeuge Günter Heiß: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Wirklich nicht?

Zeuge Günter Heiß: Wirklich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind andere Namen genannt worden? Also, ist man konkret Verdachtsmomente zu einzelnen Telekommunikationsunternehmen durchgegangen? „Wird die Telekom abgehört?“ usw. Ist das besprochen worden?

Zeuge Günter Heiß: Also, wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, geht sie darauf hinaus, ob wir Verdachtsmomente haben, ob die NSA insgeheim an irgendeinem Knotenpunkt sitzt und dort etwas abzieht.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Günter Heiß: Sondern?

Martina Renner (DIE LINKE): Die Frage war: Wir hatten ja vorher das Thema „G 10“ und die Verknüpfung zu Snowden, und die Antwort lautet: Geht der BND für die NSA an Knoten ran und leitet die Daten weiter? - Ist das mal in dem Zusammenhang diskutiert worden?

Zeuge Günter Heiß: Nein, kann ich mich nicht dran erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Hätte man den BND doch fragen müssen, oder?

Zeuge Günter Heiß: Das haben wir den BND gefragt; aber ich kann mich nicht erinnern, dass er eine einschlägige Antwort gegeben hat. Wenn Sie auf „Eikonal“ ansprechen, war das 2008 zu Ende.

Martina Renner (DIE LINKE): Weiß ich.

Zeuge Günter Heiß: Das wissen Sie.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, natürlich weiß ich das.

Zeuge Günter Heiß: Also.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich rede ja jetzt über DE-CIX.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann schon hier gucken, wer in welchem Zeitraum Verantwortung hatte.

Zeuge Günter Heiß: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Ich rede über den Zeitraum, in dem Sie Verantwortung hatten, und ich frage deswegen, ob man mal den BND gefragt hat, an welche Provider er herangeht und die Daten an die NSA weiterleitet.

Zeuge Günter Heiß: Ich wiederhole mich: Wir haben sämtliche Snowden-Veröffentlichungen dem BND zur Prüfung gegeben und ihn um Bericht dazu gebeten. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass der BND uns berichtet hat, ja, er macht irgendetwas, was er abgreift, zusammen oder weiterleitend an die Amerikaner.

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nichts?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Vor dem Hintergrund, was Sie heute vielleicht auch in Vorbereitung der Vernehmung an Akten gesehen haben: Hat der BND Sie damals im Sommer 2013 richtig informiert?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre es Aufgabe der Aufsichtsbehörde, zu prüfen, ob man richtig informiert wird?

Zeuge Günter Heiß: Man muss einen Anhaltspunkt, einen Anlass haben, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, eben.

Zeuge Günter Heiß: - und wenn man nachfragt und man - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die produzieren wir seit anderthalb Jahren ununterbrochen hier, diese Anhaltspunkte, ich glaube, jede Woche einen neuen. Die heißen „Eikonal“, „Glotaic“, irgendwie ein Projekt, das wir nicht sprechen dürfen, aber in der Zeitung steht und was weiß ich. Wir produzieren hier Anhaltspunkte am laufenden Band. - Hatten Sie zwischenzeitlich mal das Gefühl, dass Sie im Sommer 2013 richtig vom BND informiert wurden?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe bisher meistens das Gefühl, richtig informiert zu sein. Manchmal stellt sich heraus, dass man hinterher noch besser informiert wird. Aber das, was Sie ansprechen: Da kann ich mich nicht erinnern, dass ich da falsch informiert worden bin.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man Sie jemals - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten Sie - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte bitte noch eine Frage stellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man Sie jemals zu konkreten Kooperationsprojekten informiert? Jemals?

Zeuge Günter Heiß: Es gab Informationen zu konkreten Kooperationsprojekten - das ist richtig -, die ich allerdings nur erwähnen kann in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wissen Sie, wenn ich Geheimdienst wäre, würde ich mir Sie als Aufsichtsbehörde wünschen. Ganz ehrlich.

(Heiterkeit)

Zeuge Günter Heiß: Das nehme ich jetzt mal als Kompliment.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Wir kommen zur nächsten Fraktion, zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben im öffentlichen Teil momentan keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielleicht anknüpfend an diesen Bereich: Sie haben

Nur zur dienstlichen Verwendung

vorhin im Hinblick auf die G 10-Kommission gesagt, im Hinblick auf das PKGr, dass die vom BND Auskunft über Vorgänge bekommen, über die sie Auskunft verlangen. Das haben Sie bestimmt bedacht so gesagt, weil da geht es ja um die Frage „Bringschuld/Holschuld“. So. Jetzt will ich gar nicht über dieses Gremium, über das kein Mensch reden darf, spekulieren, wie es da ist. Wie ist es denn im Verhältnis zwischen Ihrer Abteilung und dem BND? Hat der BND eine Bringschuld? Und wie kontrollieren Sie tatsächlich, dass Sie die relevanten Dinge erzählt bekommen?

Zeuge Günter Heiß: Herr Abgeordneter von Notz, in Ihrer Ausgangsfrage haben Sie eine Aussage, die ich gemacht habe, sehr verkürzt. Ich habe unter anderem gesagt, was das PKGr verlangt. Ich habe aber auch gesagt, dass wir selbstständig dem PKGr wichtige Dinge immer berichten und nicht nur, was ich jetzt ergänze, über die Sicherheitslage regelmäßig berichten, sondern auch andere Vorkommnisse, andere wichtige Dinge selbstständig berichten. Ähnlich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da darf ich Ihnen mal ganz kurz sagen: Ich kann Ihnen jetzt in öffentlicher Sitzung keine Vorhalte machen; aber ich kann Ihnen mal andeutungsweise sagen, wie das in der relevanten Frage vor sich gegangen ist, als es darum ging, die Routineverkehre abzugreifen. Da können wir uns nachher mal die Akten gemeinsam angucken, ob da das PKGr und die G 10-Kommission angemessen und adäquat informiert wurden über diese relevanten Vorgänge. Ich habe das bisher immer so verstanden - jetzt nicht von Ihnen, Sie sind ja heute das erste Mal da, aber von den anderen Zeugen, die bisher da waren -, dass sie halt niemand gefragt hat. Deswegen interessiert mich jetzt gar nicht im Grunde, wie das mit dem G-10-Gremium ist, sondern: Wie ist das zwischen der Abteilung 6, dem Bundeskanzleramt und dem BND selbst?

Zeuge Günter Heiß: Es gibt formale Berichtspflichten, die zum Beispiel mit Haushalt, mit Struktur oder Personalien zusammenhängen. Die lassen wir beiseite; die interessieren Sie wahrscheinlich weniger. Dann gibt es formale Berichtspflichten im Zusammenhang mit besonderen Vorkommnissen. Besondere Vorkommnisse sind grob definiert, allerdings nicht so grob definiert, als dass es nicht auch Graubereiche gibt. Die gibt es natürlich bewusst; denn wenn man es haarscharf präzisiert, dann fällt vielleicht manches, was politisch relevant ist, dann doch nicht drunter, sodass der BND da natürlich auch gewisse Einschätzungsprärogative haben muss.

Dann gibt es auf der anderen Seite die Abfragen, die wir stetig tun beim BND, veranlasst durch parlamentarische Anfragen, durch Medien oder durch andere Vorkommnisse, die uns zugetragen werden, sodass diese Hol- und Bringschuld kommunizierende Röhren und ein integriertes System sind, was jetzt nicht eindeutig als Bringsystem oder eindeutig als Holsystem angesehen werden kann, sondern es ist ein Mischmasch aus beidem.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Gibt es Operationen, über die die Abteilung 6 explizit nicht informiert werden will?

Zeuge Günter Heiß: Wir wollen über alles, was wichtig ist, informiert werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt Ihnen der Begriff der Abschirmung etwas?

Zeuge Günter Heiß: Rein sprachlich, semantisch kann ich mir unter Abschirmung was vorstellen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie schon mal gehört, dass im BND Operationen abgeschirmt werden?

Zeuge Günter Heiß: Wenn das jetzt eine nachrichtendienstliche Methode ist, dann kann ich nur sagen, dass so eine Abschirmung stattfindet gegenüber anderen Bereichen des BND, damit besonders sensible Vorgänge nur in dem Bereich bleiben, wo sie notwendigerweise sein müssen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, eine Abschirmung findet, wenn ich

es mal plump sagen soll, zu den Seiten, aber nicht nach oben statt.

Zeuge Günter Heiß: So würde ich die Abschirmung nachrichtendienstlich definieren, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es dafür eine Verwaltungsvorschrift, wie das zu laufen hat?

Zeuge Günter Heiß: Nicht, dass ich wüsste. Aber ich kenne jetzt nicht - sagen wir mal - das Methodenhandbuch und die Ausbildung von Anbahnungs- und Verbindungsführern. Möglicherweise gibt es da Regeln. Das weiß ich aber nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie gehört, dass es so was wie Abschirmungsverfügungen gibt?

Zeuge Günter Heiß: Nein. Den Ausdruck kenne ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was bedeutet das denn konkret, wenn eine Operation abgeschirmt wird? Was passiert dann innerhalb der Behörde?

Zeuge Günter Heiß: Dass besonderer Wert darauf gelegt wird - so stelle ich es mir vor, ohne nachrichtendienstlicher Methodiker zu sein -, dass die Bereiche, die nicht unmittelbar zwangsläufig mit dieser Operation zu tun haben, davon nichts erfahren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass auch die Abteilung 6 oder zumindest der Chef BK von bestimmten abgeschirmten Operationen nichts erfährt oder erfahren soll?

Zeuge Günter Heiß: Das ist keine Entscheidung des BND. Wenn es wichtige, insbesondere politisch wichtige Dinge sind, dann muss so etwas gemeldet werden, und wir entscheiden dann, ob das hinreichend gewichtig ist, ob das in die politische Leitung hineingegeben werden muss.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber kann es sein, dass es Operationen gibt, die so brisant oder so gewichtig sind, dass man sie der politischen Ebene lieber nicht erzählt?

Zeuge Günter Heiß: Davon habe ich keine Kenntnis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass eine der wichtigsten SIGINT-Kooperationen, die es gegeben hat vor Ihrer Zeit, beendet, eingestellt wird auf Abteilungsleiterebene, ohne dass die Abteilung 6 oder der Chef BK von der Einstellung dieser Operation unterrichtet wird?

Zeuge Günter Heiß: Das will ich nicht ausschließen; aber diese Handhabung würde ich heute - sagen wir mal -, zumindest wenn wir schon einmal vorher informiert worden sind und anschließend die Sache eingestellt wird, als zweifelhaft ansehen. Ich würde gerne auch dann die Einstellung der Operation, also sozusagen die gesamte Begleitung, mitmachen, wenn ich das schon aufsichtlich auf dem Tisch habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie meinen damit, für die Vergangenheit würden Sie nicht ausschließen, dass es so war.

Zeuge Günter Heiß: Ich kann es nicht ausschließen, weil ich nicht weiß, wie das damals gelaufen ist - ich weiß, welche Operationen Sie meinen - und welche Mitteilungen jeweils dann im Hinblick auf das Beenden der Operation ans Kanzleramt gegangen sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine die Operation „Eikonal“.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe davon gehört.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das glaube ich. Das wäre sonst auch sehr bedenklich. - Und die war wie sehr viele Operationen, mit denen wir es zu tun haben, abgeschirmt. Und ich frage mich im Hinblick darauf, ob das Meldewesen und die Dienst- und die Fach- und Rechtsaufsicht der Abteilung 6 funktionieren, wie es sein kann, dass die Einstellung

einer solchen Operation dem Bundeskanzleramt nicht gemeldet wird.

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir sagen, dass sich bei diesen Meldeverpflichtungen etwas geändert hat in den letzten Jahren? Also, können Sie sicherstellen, Herr Heiß, dass das heute in Ihrer Verantwortung nicht mehr passiert? Wird der Chef BK über solche Vorgänge auf jeden Fall informiert?

Zeuge Günter Heiß: Also, die Information der politischen Leitung ist ja eine Einzelfallentscheidung, über die ich hier grosso modo keine Aussage treffen kann. Es gibt viele Operationen. Manche Operationen sind sehr wichtig, und die werden dem Kanzleramt zur Kenntnis gegeben Ich lege jedenfalls Wert darauf, dass wir die Gesamtoperation durch gewisse Wiedervorlagen begleiten.

Wie das früher der Fall war, kann ich nicht sagen. Ich kann auch nicht sagen, weil ich das nicht erinnerlich habe, ob die Operation, auf die Sie abstellen, dem Kanzleramt, als sie eingestellt wurde, zur Kenntnis gegeben wurde. Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben diesbezüglich relativ klare Aussagen. Aber die Frage ist eben, ob die stimmen können. - Hatten Sie schon mal direkt Kontakt mit den BND-Mitarbeitern D. B., R. U., W. O. und Dr. M. T.?

Zeuge Günter Heiß: Das sind Akronyme. Da kann ich Ihnen nicht so schnell folgen. - Vermutlich habe ich das.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in diese Bleiwüsten schicken Sie uns durch die Art und Weise, wie dieses Haus organisiert ist und wie die Abgeordneten Akten lesen müssen. - Also, Herr D. B., wissen Sie, wer das ist?

Zeuge Günter Heiß: Ich vermute, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit dem einen guten Draht?

Zeuge Günter Heiß: Also, ich kenne ihn.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Telefonieren Sie auch direkt?

Zeuge Günter Heiß: Nein. Wenn ich telefoniere, dann mit Präsidenten, Vizepräsidenten oder dem Leiter des Leitungsstabes.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, zu einzelnen Beamten und auch Unterabteilungsleitern gibt es keinen direkten Draht an den Hierarchien vorbei?

Zeuge Günter Heiß: Nein, das vermeide ich sehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist Ihnen von dieser ominösen Löschaktion, die es da gegeben hat im August 2013 auf Unterabteilungsleiterebene, irgendwas zu Ohren gekommen? Und wenn ja, wann?

Zeuge Günter Heiß: Also, mir ist von einer Löschaktion nichts zu Ohren gekommen, jedenfalls nicht 13. Und wenn Sie das meinen, was ich vermute, was Sie meinen, dann war das keine Löschaktion, sondern dann war das die Aufforderung, die gewissen Suchbegriffe rauszunehmen oder zu sperren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und daraufhin ist nichts erfolgt, oder?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht. Das war ja 2013, was wir nicht zur Kenntnis genommen haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja gut, aber wenn Sie gar nicht wissen, ob gelöscht wurde, müssen Sie ja hoch besorgt sein. Dann könnte es ja sein, dass diese ganzen Begriffe heute noch laufen.

Zeuge Günter Heiß: Nein. Wir haben uns erklären lassen, was mit Löschen gemeint war, und das soll damals geheißen haben: Bitte rausnehmen! Nicht mehr steuern!

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, von der Löschaktion haben Sie doch was gehört?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht bin ich wirklich für die Sommerpause reif, und ich verstehe jetzt nicht, um was Sie einen Bogen machen. Worum machen Sie einen Bogen?

Zeuge Günter Heiß: Ich mache überhaupt keinen Bogen; aber ich versuche, das Wort in meinem Munde wieder geradezurücken.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Sie stören sich an der Begrifflichkeit der Löschaktion.

Zeuge Günter Heiß: Nein. Was ich davon gewusst habe: 13, als diese ominöse Aktion, auf die Sie anspielen, durch Unterabteilungsleiter D. B. usw. stattgefunden habe, haben wir davon nichts gewusst. Das ist aber, glaube ich, auch dem gesamten Ausschuss klar, dass hier eine Meldung nicht stattgefunden hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist dem Ausschuss überhaupt nicht klar. Ich bin hoch besorgt, Herr Heiß, dass ein Unterabteilungsleiter auf Ideen der Kontrolle kommt, auf die Sie in der Abteilung 6 nicht kommen. Das stimmt mich hochgradig besorgt, und deswegen gebe ich Ihnen die Möglichkeit, uns zu erklären, dass es vielleicht Ihr genialer Einfall war oder noch jemand ganz anderes, der vielleicht gesagt hat: So ein Mist! Hier scheinen ja Daten abzugehen ohne Ende. Wir haben ein Problem mit Selektoren. Tut was! - Also, Sie vertreten hier auch die Auffassung - wie andere -, dass Sie erst im März 2015 - -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis dahin ist Ihnen der Begriff „Selektor“ auch nie begegnet?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Waren Sie anwesend bei einem Treffen im Bundeskanzleramt, bei dem die BND-Beamtin K. L. - ich sage mal - vorgeladen wurde? Muss so im November 2014 gewesen sein. Das Stichwort ist „Schwachstellengutachten“. Waren Sie da anwesend?

Zeuge Günter Heiß: Ja. Das war keine Vorladung, sondern das war eine der vielen gemeinsamen Besprechungen mit dem BND, wo nicht nur die genannte Beamtin, sondern so viele Personen waren, dass ich sie jetzt gar nicht aus dem Gedächtnis aufzählen kann, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja klar, nur Frau K. L. - -

Zeuge Günter Heiß: - und da ist das Schwachstellengutachten -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihung.

Zeuge Günter Heiß: - von Frau K. L. erläutert worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und, spielen da Suchbegriffe eine Rolle?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe das Schwachstellengutachten nur kursorisch gelesen. Ich nehme an, dass Suchbegriffe eine Rolle spielen; aber genau weiß ich das nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was waren denn die Schwachstellen in dem Gutachten?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich aus der Erinnerung nur sehr undeutlich sagen. Ich glaube, die Schwachstellen waren vermutete oder unterstellte Schwachstellen von K. L.; denn es war ja ein begleitendes Gutachten und hat sich noch nicht auf ein fertiges Produkt bezogen. Ich glaube, Frau K. L. - aber das muss ich jetzt aus dem Gedächtnis versuchen zu rekonstruieren - hat gesagt, -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In Details können wir sowieso, glaube ich, nicht in der öffentlichen Sitzung gehen, weil der Schwachstellenbericht eingestuft ist.

Zeuge Günter Heiß: - dass man nicht immer sicher sein kann, ob die G-10-Filterung klappt. Irgendwie das ist so bei mir in der Erinnerung geblieben. Das war allerdings, wie ich mir habe berichten lassen, auch ein stetiger Verbesserungsprozess der G-10-Filterung. Bei jeder neuen Erkenntnis wurden die Filter erneuert usw.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man hat die Operation dann sehr schnell eingestellt. Insofern: So viel Zeit zur Verbesserung war nicht. - Kannte das Bundeskanzleramt -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten dann jetzt wechseln.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ja, gleich - die - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, sehr gleich.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kannten das Bundeskanzleramt und die Abteilung 6 das Schwachstellengutachten vor diesem Termin bzw. vor - - Ich glaube, das Schwachstellengutachten ist ja ins Bundeskanzleramt gekommen im Zusammenhang mit unserem Untersuchungsausschuss. Also, war Ihnen bekannt, dass es ein solches Gutachten mit solchen Problemen gab?

Zeuge Günter Heiß: Also, mir ist es im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss bekannt geworden. Ich gehe davon aus, dass es allen anderen Kollegen im Kanzleramt nicht anders geht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, der BND hatte das nicht weitergeleitet ans Bundeskanzleramt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Zeuge Günter Heiß: An mich ist es nicht weitergeleitet worden, und ich gehe davon aus, dass es auch nicht an die Abteilung weitergeleitet worden ist, weil wir das dann wahrscheinlich zur Kenntnis gehabt hätten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt muss ich das Mikro mal ausstellen nach 15 Minuten statt 8 Minuten und komme zur Fraktion der SPD. Ich weiß jetzt nicht, wer - -

(Christian Flisek (SPD): Ich!)

- Ich würde Sie nie übergehen, Herr Kollege.

Christian Flisek (SPD): Herr Heiß, wir haben noch ein paar Fragen zum Themenkomplex „No-Spy-Abkommen“. Können Sie noch mal Ihre Rolle bei diesen Verhandlungen beschreiben?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe diese Verhandlungen, die auf Diensteebene gelaufen sind, überwiegend unterstützend begleitet. Wir haben Entwürfe mit geprüft, sie bewertet, und ich darf sagen, wir haben sozusagen die Initialsituation geschaffen, die erst zu diesen Verhandlungen geführt hat, nämlich mit dem Besuch - ich glaube, es war der 5. August 2013 - in Washington.

Christian Flisek (SPD): Sie sprechen da von dieser Initialsituation. Das war die Reise nach Washington.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Da waren Sie, der BND-Präsident - -

Zeuge Günter Heiß: Ja, der BfV-Präsident, Herr Fritsche. Das sind die Personen, an die ich mich sicher erinnere.

Christian Flisek (SPD): Und können Sie mir aus Ihrer Erinnerung jetzt noch mal schildern, wie

Nur zur dienstlichen Verwendung

diese Initialsituation stattgefunden hat, was sich da ereignet hat? Was war der Anlass der Reise?

Zeuge Günter Heiß: Der Anlass der Reise waren die Snowden-Dokumente, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - und der Anlass der Reise war auch, einen Weg zu finden, wie wir die enge partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der NSA auf eine neue vertrauensvolle Basis stellen können. Denn einerseits war uns schon klar, dass wir im Sinne der Sicherheit - auch gerade Force Protection in Afghanistan - auf diese Zusammenarbeit, auf die Bad Aibling besonders ausgelegt war, angewiesen sind. Auf der anderen Seite war uns natürlich auch klar, dass wir so weit wie möglich die insinuierten Übergriffe der NSA, wie sie in den Snowden-Dokumenten zutage getreten sind, für die Zukunft verhindern sollten und zumindest neues Vertrauen schaffen sollten, dass so etwas für die Zukunft nicht stattfindet. Das waren sozusagen die ideellen Rahmenbedingungen dieser Reise.

Christian Flisek (SPD): Wer hat denn diese Rahmenbedingungen gesetzt? Von wem gab es da Vorgaben?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, das war allgemeiner Konsens. Die wurden nicht sozusagen aktiv gesetzt von irgendjemanden, die uns die dann auf den Schreibtisch gelegt haben und gesagt haben: „Jetzt richtet euch mal danach“, sondern das war gewissermaßen Konsens.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut, Konsens. Aber ich meine, von irgendjemandem muss ja die Initiative ausgegangen sein zu dieser Reise.

Zeuge Günter Heiß: Gut. So eine Reise - -

Christian Flisek (SPD): Hat der Chef BK gesagt: „So, -

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich konkret nicht mehr, aber - -

Christian Flisek (SPD): - wir haben Wahlkampf in Deutschland. Fahrt jetzt mal zu den Amerikanern hin und schaut“?

Zeuge Günter Heiß: Also, ob es konkret eine Weisung, wie Sie gerade fragen, gegeben hat, weiß ich nicht, glaube ich auch nicht. Aber wir haben selbstverständlich alle diese Verfahren, alle diese Schritte mit Chef BK eng abgestimmt.

Christian Flisek (SPD): Eng abgestimmt.

Zeuge Günter Heiß: Ja, und es gab ja noch eine - -

Christian Flisek (SPD): Ist das üblich, wenn - - Ich meine, jetzt fahren da zwei Geheimdienstchefs aus Deutschland, Sie, Herr Fritsche, dorthin. Ich meine, von irgendjemandem muss doch da die Initiative ausgegangen sein. Es ist dann sicherlich Konsens gewesen, dass man dahin fährt.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber von wem ging denn die Initiative aus? Wer hat gesagt: „Wir machen jetzt da eine Reise hin.“?

Zeuge Günter Heiß: Weiß ich nicht mehr. Keine Ahnung.

Christian Flisek (SPD): Aber war es eine Einladung der Amerikaner? Nein.

Zeuge Günter Heiß: Nein, wir treten an die Amerikaner heran und sagen: Wir wollen gerne mit euch reden. Wir kommen dann und dann.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeuge Günter Heiß: Das ist schon klar. Es gab ja noch eine Vorgruppe gewissermaßen auf etwas rangtieferer Ebene, an der ich nicht beteiligt war, und wir waren sozusagen die zweite Reihe, die anschließend kam.

Christian Flisek (SPD): Und mit welcher Erwartung ist man dann dahin gefahren?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Nun, wir sind mit der Erwartung dahin gefahren, möglichst viel Aufklärung über die Dinge zu bekommen, die den Snowden-Dokumenten zugrunde liegen. Wir hatten konkrete Fragen.

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie da schon eine komplette Auswertung der bis dahin veröffentlichten Dokumente gemacht?

Zeuge Günter Heiß: Also, wir haben selbstverständlich die Dokumente auf dem Schirm gehabt, haben sie ausgewertet und haben daraus konkrete Fragen gestellt.

Christian Flisek (SPD): Und was waren das so für Fragen?

Zeuge Günter Heiß: Na ja: Was ist Prism? Was ist Boundless Informant?

Christian Flisek (SPD): Das hat man alles nicht gewusst? Das war komplett Neuland?

Zeuge Günter Heiß: Das hat man nicht gewusst, nein. Das hat uns - - Diese Ausdrücke, diese Begriffe und auch die dahinter stehende Technik zum Teil sind uns erst durch Snowdens Leaks bekannt geworden, und entsprechende Fragen haben wir dann gegenüber den Amerikanern formuliert.

Christian Flisek (SPD): Und wie war da die Stimmung so bei dem Treffen?

Zeuge Günter Heiß: Neutral-professionell.

Christian Flisek (SPD): Neutral-professionell. - Ja, und wie kam es dann jetzt - Sie haben gesagt, das war sozusagen die Initialsituation - plötzlich zum Thema „No Spy“? Sie sind ja damit nicht hingefahren, habe ich Sie jetzt so verstanden. Das war ja nicht sozusagen - -

Zeuge Günter Heiß: Sie haben völlig recht. Da muss ich mal einen kleinen Moment einhaken, weil das, glaube ich, alles Gegenstand nichtöffentlicher Vermerke oder Protokolle ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das kommt drauf an, was Sie sagen wollen.

Zeuge Günter Heiß: Also, ich versuche es mal allgemein zu machen, um nicht wieder in eine Diskussion einzusteigen: Die US-Seite hat uns angeboten, ein bereits bestehendes Abkommen auf ganz Deutschland zu erweitern, und in diesem bestehenden Abkommen waren weitgehende Zusagen, sich an deutsches Recht zu halten, vorhanden, enthalten. Projiziert man das gewissermaßen auf ganz Deutschland, so hätten wir das Ziel damit erreicht, die Forderung der Kanzlerin - auf deutschem Boden wird sich an deutsches Recht gehalten - vereinbart zu haben.

Christian Flisek (SPD): Jetzt sagen Sie: die US-Seite. Wer hat Ihnen das angeboten?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, das waren beide. Alexander und Clapper haben in diese Richtung argumentiert.

Christian Flisek (SPD):Und bei der Gelegenheit ist der Begriff „No Spy“ gefallen?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht mehr genau.

Christian Flisek (SPD): Das wissen Sie nicht mehr?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Christian Flisek (SPD): Aber irgendwo muss das dann ja zum ersten Mal erwähnt worden sein.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber da können Sie sich nicht mehr dran erinnern?

Zeuge Günter Heiß: Nein. - Ich darf vielleicht anfügen: Das würde ich vielleicht, wenn wir damals diesem Begriff so eine erhebliche Wichtigkeit beigemessen hätten, wie es jetzt der Fall ist.

Christian Flisek (SPD): Na ja, ich frage deswegen bei diesem Thema - oder das machen auch die Kollegen so nach -, weil dieser Begriff „No Spy“

halt - ich sage mal; man kann sich jetzt darüber streiten, ob das gutes oder schlechtes Englisch ist - - Aber dahinter verbirgt sich ja eine ungeheure Erwartungshaltung. Das ist ein Abkommen - ich sage mal -, wo man sich verpflichtet, sich wechselseitig nicht mehr auszuspionieren. Herr Schindler hat hier im Ausschuss gesagt: So was gibt es auf der ganzen Welt nicht.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe ja auch nicht gesagt, dass dieser Arbeitsbegriff konkret den Inhalt eines möglicherweise zu formulierenden Agreements schon beschrieb, sondern es war ein Schlagwort.

Christian Flisek (SPD): Ja, in der Tat.

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube nicht, dass irgendjemand tatsächlich angenommen hat, dass es das überhaupt nicht mehr gibt, sondern dass zumindest auf deutschem Boden - und es hieß ja gerade, man wollte das eine Agreement so erweitern, dass es auf dem ganzen deutschen Boden gilt, nicht nur an einer Stelle - - Das hätte eben weitgehend die Forderung der Kanzlerin, auf deutschem Boden habe deutsches Recht Beachtung zu finden auch durch andere ausländische Nachrichtendienste, beinhaltet.

Christian Flisek (SPD): Ich finde die Forderung der Kanzlerin absolut erstrebenswert. Also, Ausspähen unter Freunden, dass das nicht geht, und dass man sagt: „Auf deutschem Boden gehört es sich, dass deutsches Recht eingehalten wird“, das sind alles vernünftige Ziele grundsätzlich.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Nur, mein Eindruck ist, dass das weit, weit, weit, weit, weit von der Spionagerealität entfernt ist, -

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube - -

Christian Flisek (SPD): - im Übrigen auch von der deutschen. Wir haben Zeugen aus dem BND hier gehabt, die haben gesagt, alle Daten von Ausländern sind zum Abschuss freigegeben. Das fängt beim Österreicher an und endet beim Pakistani. Ohne Differenzierung.

Zeuge Günter Heiß: Nicht undifferenziert. Soweit es in das Aufgabenprofil der Bundesregierung passt, kann ich das bestätigen. Das heißt also, wir würden auch einen Proliferateur oder Terroristen, der in Österreich wohnt, als lohnendes Ausspähungsziel ansehen.

Christian Flisek (SPD): Gut. Es ist beschränkt - das gebe ich zu - durch das Aufgabenprofil, das wir alle nicht kennen. Aber der Rechtsrahmen wäre so; man könnte das. Das sah auch Herr Schindler noch mal, wollte er ausdrücklich betonen.

Jetzt noch mal zurück zu dem Thema. Es gibt so eine Art No-Spy-Abkommen in dieser Form. Sie haben jetzt gesagt: Das ist ein Schlagwort. Ich sehe das auch so, dass es ein Schlagwort war, aber eines mit einer ungeheuren Wirkung in Zeiten des Wahlkampfes. Das darf man ja auch nicht vergessen. Er hat gesagt: So was gibt es auf der ganzen Welt nicht. - Ist Ihnen bekannt, ob irgendwo in diesem Five-Eyes-Verbund beispielsweise die Amerikaner mit den Briten so was machen?

Zeuge Günter Heiß: Also, mir sind die Regelungen der Five Eyes nicht bekannt. Ich kann nur davon ausgehen, dass sie ausgesprochen eng zusammenarbeiten. Ich glaube, Five Eyes ist so eine Art Datenverbund eher; aber mir sind die konkreten Regelungen der Zusammenarbeit in den Five Eyes nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Und wie schätzen Sie - ich meine, Sie sind ein Kenner der Materie - die amerikanischen Partnerdienste ein? Lassen die sich auf ein Abkommen ein? Sie haben ja gesagt, ein Abkommen sollte ausgeweitet werden. Hat man da vielleicht nicht mehr über die Ausweitung von Kooperationen geredet als über die Tatsache, dass man sich hier irgendwo über Schutzstandards unterhält? Weil „No Spy“ suggeriert, man würde sich über Schutzstandards unterhalten. Das ist sozusagen das, was hinter diesem Etikett sich aus meiner Interpretation, und zwar nicht als jemand, der sich jetzt seit über anderthalb Jahren mit der Materie beschäftigt - - wie ich das interpretiere. Sondern ich würde jetzt mal sagen: Wenn Bürger gefragt werden, sind das eher

Nur zur dienstlichen Verwendung

so Schutzstandards. Und Sie haben gesagt, das ist vielleicht mehr eine Ausweitung der Kooperation gewesen, die da zugrunde lag.

Zeuge Günter Heiß: Es war nicht die Ausweitung der Kooperation, sondern es war in der Tat die Ausweitung eines bestimmten Schutzstandards auf ganz Deutschland.

Ich kann Ihnen gerne zugestehen, dass uns dieses Angebot auch überrascht hat, insbesondere weil uns überrascht hat, dass der Vorbehalt, das nur bei gemeinsamen Aktivitäten zu beachten, nicht gemacht wurde. Aber wenn wir so ein Angebot bekommen mit dem Ziel, in Verhandlungen über so ein Angebot einzusteigen, ist es sicherlich nachvollziehbar, dass wir in solche Verhandlungen einsteigen, was auch immer dann rauskommt. Aber dieses Angebot hätte man selbstverständlich nicht ausschlagen können mit der Begründung: Na ja, das macht man ja auf der ganzen Welt nicht. Also lassen wir das auch mal. - Das ist keine vernünftige ND-Politik.

Christian Flisek (SPD): Nein, da stimme ich zu.

Zeuge Günter Heiß: Wenn wir ein Angebot kriegen, verhandeln wir darüber, und wenn es nicht rauskommt - -

Christian Flisek (SPD): Das wäre grob fahrlässig, wenn man so ein Angebot bekommt. Nur, wir prüfen ja gerade hier, ob tatsächlich so ein Angebot vorlag, und zwar in der Form, wie es dann hier nach Deutschland hineinkommuniziert wurde, oder ob da sozusagen der Rückflug nicht so langweilig war, dass man im Sinne von - ich überspitze jetzt ein bisschen - aus einem kleinen Wurm am Haken einen riesen Hecht gemacht hat bei der Landung und froh war, dass man das in Zeiten des Wahlkampfs präsentieren konnte. Weil wir müssen ja zur Kenntnis nehmen: Aus diesen Verhandlungen ist ja offensichtlich nichts geworden. - Wir lesen auch gerade in den Zeitungen: Die Franzosen haben wohl 2010 Ähnliches versucht und sind damit gescheitert. Und man hat offensichtlich ja auch mal den amerikanischen Präsidenten gebeten, zumindest mal das Wort „No Spy“ in den Mund zu nehmen bei einer Pressekonferenz. Den Teufel hat er getan.

Und dann gibt es diese E-Mails, die veröffentlicht worden sind in den Zeitungen - die werden Sie ja auch gelesen haben, vermutlich nicht nur aus den Zeitungen, sondern vorher -, und da steht eigentlich relativ klipp und klar drin, dass es in dieser Form eigentlich nie ein Thema war. Und wir stellen uns hier im Ausschuss die Frage - - Ja, Herr Schindler sagte, glaube ich, er war - - Wie hat er es formuliert? Er ist auf dieses Thema völlig abgefahren, glaube ich, hat er gesagt. Manchmal formuliert er recht eigenwillig; aber er ist auf dieses Angebot, ein No-Spy-Abkommen abzuschließen, völlig abgefahren.

Zeuge Günter Heiß: Ich würde es so interpretieren: Er hat das Angebot, darüber zu verhandeln, mit Begeisterung aufgenommen.

(Heiterkeit)

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist sachlicher formuliert.

Zeuge Günter Heiß: Ja, und ich konnte diese Begeisterung damals teilen, wobei mir schon klar war, dass „No Spy“ als Schlagwort sicherlich über die Möglichkeiten dessen, was wir machen werden, ein bisschen hinausgeht; aber „No Spy“ war einfach ein Schlagwort, was man nicht wieder aus der Welt kriegte und was natürlich überall rumvagabundierte. Das war - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unter anderem bei Herrn Pofalla! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dem Bundespressesprecher!)

Christian Flisek (SPD): Na ja, den hören wir ja heute noch.

Jetzt haben Sie gesagt: ein bisschen über das hinausgeht, was eigentlich dieser Begriff suggeriert. Da kommen wir, glaube ich - - Also, zunächst nähert man sich mal dem an, wie ich das auch interpretiere.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn Sie sagen: „Ausweitung des Schutzstandards, wie es in einer Vereinbarung schon angelegt war“, dann aber doch nicht einfach, ohne dass dahinter eine Ausweitung der Kooperation war - oder? Das war doch verbunden mit der Tatsache, dass man gesagt hat: Diesen Schutzstandard werden wir nur dann ausweiten - wohin auch immer -, wenn entsprechend die Kooperation auch ausgeweitet wird.

Zeuge Günter Heiß: Ich müsste jetzt in Details konsultationspflichtiger Entwürfe gehen. Aber vielleicht so viel: Natürlich haben die Amerikaner, wie sie das eigentlich immer machen in solchen Diskussionen, dies verbunden mit der Ansage „Wir müssen unsere Zusammenarbeit weiter vertiefen“ - und dieses ist ein Instrument der Vertiefung der Zusammenarbeit -, sodass daraus letztlich folgte, dass wir nach einiger Zeit der Verhandlung uns mit den Amerikanern - ich kann das jetzt nicht genau belegen; es wurde mir auch nur mündlich überbracht - geeinigt haben sozusagen: Dies heißt jetzt Kooperationsabkommen, und lasst doch bloß mal dieses missverständliche Schlagwort „No Spy“ raus. Wir nennen das „Kooperationsabkommen“.

Christian Flisek (SPD): Warum hat man das denn dann - - Dann frage ich jetzt mal weiter: Als Sie dann wiederkamen, haben Sie sich danach mit dem Chef BK getroffen und sich über die Reise unterhalten?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Da waren Sie auch dabei bei der Besprechung?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und was hat den Chef BK da besonders interessiert?

Zeuge Günter Heiß: Der gesamte Ablauf des Gesprächs mit den Amerikanern, was sich - -

Christian Flisek (SPD): Und da war wahrscheinlich die Nachricht „Die Amis sind bereit“ - Entschuldigung -, „die Amerikaner sind bereit, jetzt ein No-Spy-Abkommen mit Deutschland abzuschließen“ der Knaller - oder?

Zeuge Günter Heiß: Das war eine wichtige Nachricht.

Christian Flisek (SPD): Ja. Und wie hat der Herr Pofalla darauf reagiert? Hat man das, ich sage mal, eher professionell-distanziert vorgetragen, so wie Sie gesagt haben? Es ging darum: Da ein Abkommen - - Oder kam dann sozusagen das Schlagwort: „Wir werden ein No-Spy-Abkommen abschließen“, und er hat das dann aufgegriffen und am nächsten Tag über den Regierungssprecher kommunizieren lassen?

Zeuge Günter Heiß: Es ist völlig üblich, im Kanzleramt relativ emotional beherrscht und professionell vorzugehen.

Christian Flisek (SPD): Das glaube ich.

Zeuge Günter Heiß: Also ich kann mich nicht erinnern, dass Herr Pofalla da einen Freudentanz aufgeführt hat;

(Heiterkeit)

aber er zeigte sich auch nicht enttäuscht.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie ihn denn irgendwie beraten, wie, ich sage jetzt mal, nach außen mit diesem Angebot umzugehen ist?

Zeuge Günter Heiß: Ja, zunächst hat - -

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie, was mich auch wundert bei dem Ganzen: Ich meine, es ist alles so super geheim immer. Und dann ist man in einer Vertragsanbahnungsphase zu einem Abkommen, welcher Art auch immer, und dann geht man in einer Vertragsanbahnungsphase über einen Kooperationsvertrag mit einem anderen Dienst, was alles hier total eingestuft ist, raus und sagt: Wir verhandeln gerade mit den Amerikaner ein No-Spy-Abkommen. - Ich finde das total irre, wirklich irre - ja? - Wir kämpfen hier um jede Information, um jede kleinste Information über jedes einzelne Kooperationsprojekt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Uns wird verboten, Namen zu nennen über Kooperationsprojekte, die längst in der Öffentlichkeit stehen; wir halten uns auch dran.

Dann geht man sozusagen in der Phase, wo es nur ein Angebot gibt - - Direkt von der Reise kommt man wieder und sagt: Liebe deutsche Öffentlichkeit, wir, die Bundesregierung, verhandeln mit den Amerikanern ein nachrichtendienstliches Kooperationsprojekt. Wir nennen es aber nicht so, wir nennen es „No Spy“.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das passt nicht irgendwie!)

- Passte irgendwie nicht. In die gesamte bisherige Kommunikationsphilosophie passte es irgendwie gar nicht hinein. Oder sehen Sie das anders?

Zeuge Günter Heiß: Gut, dass Sie die Frage stellen. Gehe ich gerne darauf ein. - Ich habe über das Kooperationsabkommen, glaube ich, hier wesentlich vertiefter und detaillierter in nichtöffentlicher Sitzung berichtet, als das Herr Pofalla damals vor der Presse gemacht hatte. Wenn ich mich richtig erinnere, hat er nur diese Schlagwort gebracht und hat gesagt: Da haben wir gewisse Zusagen von den Amerikanern, und das werden wir jetzt machen. - Ich berichte Ihnen jetzt öffentlich deutlich mehr Hintergründe dazu. Insofern, würde ich sagen, ist die Kommunikationsstrategie, zumindest in etwa, auf einer Linie, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank.

Zeuge Günter Heiß: - bei mir etwas offener.

Christian Flisek (SPD): Herr Pofalla hat nur an der Stelle den Satz gesagt: Die Affäre ist beendet.

Zeuge Günter Heiß: Auch da - -

Christian Flisek (SPD): Aber meine Befragung ist jetzt auch beendet.

Zeuge Günter Heiß: Okay, bevor ich was dagegen sage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne noch mal zu den Selektoren kommen. Da wir sie nicht sehen können, müssen wir eben viel fragen.

Zeuge Günter Heiß: Sie können mich nicht sehen?

Martina Renner (DIE LINKE): Was?

Zeuge Günter Heiß: Sie können mich nicht sehen?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, die Selektoren. Sie kann ich gut sehen.

Zeuge Günter Heiß: Ach so. Danke. Sonst würde ich aufstehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten ja, der Begriff sei Ihnen auch das erste Mal im März 2015 zur Kenntnis gelangt. Ist das richtig?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wir hatten ja eben schon die Debatte - Herr von Notz hat Sie angesprochen -, dass es eine Besprechung gab zum sogenannten Schwachstellenbericht, an der Sie auch teilgenommen haben -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - im November. Können Sie das Datum erinnern?

Zeuge Günter Heiß: Kann ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber im November.

Zeuge Günter Heiß: Ja, ich gehe davon aus, wenn Sie mir November vorhalten, dass es im November war und nicht im Dezember. Nachher sagen Sie - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein paar Wochen vor unserer Vernehmung!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ein paar Wochen - - Also, wir wissen es auch nicht genau, aber wir gehen im Moment von November aus. - Waren dort auch die BND-Mitarbeiter R. U. und W. K. anwesend? Ich weiß jetzt nicht, unter welchen Namen Sie sie kennen. Mir wurden sie so vorgestellt.

Zeuge Günter Heiß: Also W. K. - ja, ich meine.

Martina Renner (DIE LINKE): R. U. auch?

Zeuge Günter Heiß: U.? Weiß ich nicht. Ich weiß gar nicht, wer jetzt U. unbedingt ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Wolff kann kurz sagen: War R. U. dabei? Dienststellenleiter Bad Aibling war dabei?

Zeuge Günter Heiß: Ja, der war dabei.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Wolff war auch dabei. Der muss sich auch erinnern.

(Heiterkeit)

War dabei?

Zeuge Günter Heiß: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge Günter Heiß: Es waren, ich glaube, so gefühlt 20 Leute da, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ui!

Zeuge Günter Heiß: - und da habe ich jetzt nicht den Überblick. Wenn ich -

Martina Renner (DIE LINKE): Riesensitzung.

Zeuge Günter Heiß: - gewusst hätte, dass Sie das fragen, hätte ich das selbstverständlich registriert.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein? - Ist aber wichtig. Sie werden jetzt gleich sehen, warum.

Zeuge Günter Heiß: Gut.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil wir haben Herrn R. U. und Herrn W. K. auch gehört - Herrn R. U. am 25.09. und Herrn W. K. am 13.11. -, und beide haben uns an mehreren Stellen in ihrer Vernehmung ausführlich zum Einsatz von Selektoren berichtet, -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - was das ist, wie die auf G 10 und deutsche Interessen geprüft werden, wer das tut und Ähnliches mehr. Die haben also nicht von Kommunikationsmerkmalen, Suchkriterien oder Ähnlichem gesprochen, sondern beide ganz selbstverständlich - lässt sich in den Stenografischen Protokollen nachlesen, sind ja mittlerweile auch öffentlich zugänglich, kann man es auch nachvollziehen - - Herr R. U. und Herr W. K. im September und November 2013 reden die ganze Zeit von Selektoren.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das führt dann dazu, dass ich in dem Pressestatement am 13.11. draußen auch von Selektoren rede - kann man auch nachlesen - und sage: Ist eigentlich ein Skandal! Da werden Hunderttausende Selektoren durch die NSA übergeben, und anscheinend ist vollkommen unklar, wer diese prüft, was die da machen beim BND.

Und dann gibt es die Erzählung, diesen Begriff kennt man erst seit März 2015. Und das passt nicht zusammen, dass zum einen diese Mitarbeiter, die mit Ihnen auch sitzen im November, diesen Begriff „Selektoren“ die ganze Zeit verwenden und dass auch andere Zeugen - nicht nur Sie; man hat sich anscheinend verabredet - hier wirklich mit voller Verve sagen: Das Wort kenne ich erst seit März 2015. - Sie sind ja nicht der Erste; die letzten Zeugen haben das auch so behauptet.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie kann das denn sein, dass die zuständigen BND-Mitarbeiter diesen Begriff ganz selbstverständlich verwenden? Mit denen wird auch geredet in großer Runde; da wird man auch von Selektoren gesprochen haben. Und gleichzeitig will man sagen: „Erst auf den Beweisbeschluss des Untersuchungsausschusses haben wir das gefunden, und jetzt wissen wir auch, was Selektoren sind“, und: „Ja, da müssen wir wirklich mal prüfen, also jetzt lassen wir da ein SPD-Mitglied prüfen, damit Herr Flisek auch zufrieden ist“? - Ich meine, das passt nicht zusammen.

Ich nehme ja auch an, dass Sie die Protokolle - - Also selbst wenn man sagt: Das ist in dieser Runde im November nicht so gesagt worden von W. K. und R. U. - -Aber ich meine, diese Vernehmungen hier werden ja in gewisser Art und Weise verfolgt. Wie kann man denn behaupten, man kennt diesen Begriff erst seit März 2015 im Bundeskanzleramt?

Zeuge Günter Heiß: Ja, indem man das sagt, was die Wahrheit ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Wir haben uns - und das muss ich natürlich zurückweisen - keineswegs abgesprochen, sondern Selektoren - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das können wir uns nie vorstellen.

Zeuge Günter Heiß: Nein, ob Sie sich das vorstellen können, das will ich dahinstehen lassen. Ich glaube, Sie können sich das vorstellen, aber ich sage es hier noch mal: Wir haben uns nicht abgesprochen. Nach meiner Erinnerung sind es immer Suchbegriffe gewesen, von denen gesprochen wurde, oder Telekommunikationsmerkmale, nicht Selektoren - was aber im Übrigen in der Sache ziemlich gleichgültig ist, weil es das Gleiche meint.

Ich darf mal interpretatorisch tätig werden, was die Zeugenaussagen, die Sie gerade in Bezug genommen haben, angeht. Ich meine, dass die Zeugen hier deswegen von Selektoren gesprochen haben, weil jetzt alle von Selektoren sprechen und keine Begriffsverwirrung, sozusagen als Dienstleitung für den Ausschuss - - auch von Selektoren gesprochen haben. Aber sie hätten genauso von Suchbegriffen sprechen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Stimmt, hätten sie, haben sie auch manchmal; -

Zeuge Günter Heiß: Dann sind wir uns einig.

Martina Renner (DIE LINKE): - aber sie haben auch an vielen Stellen von Selektoren gesprochen. Also so neu war der - -

Zeuge Günter Heiß: Warum sollen sie hier nicht von Selektoren sprechen? Der Begriff ist ja inzwischen eingeführt worden. Wir kennen ihn auch. Aber ich kann nur sagen, dass ich vorher von Selektoren nichts wusste, sondern einfach andere Begriffe dafür hatte.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber der Punkt, worauf ich hinauswill, -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - dass wir im September und im November hier sitzen und BND-Zeugen uns an vielen Stellen erklären, was Selektoren sind, -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - und zwar so eindringlich offenbar, dass wir es sogar für Statements verwenden, es dazu Protokolle gibt und vieles mehr, und mit diesen Leuten, die hier von Selektoren sprechen, mit dem Bundeskanzleramt dann auch zusammensitzt und die Problematiken diskutiert rund um alles Mögliches, dass man dann aber an anderer Stelle wirklich mit vollster Überzeugungskraft hier immer wieder vorbringt - und wie gesagt, Sie nicht alleine -, dass das Wort „Selektor“ erst im März 2015 überhaupt bekannt wird. Das sagt ja auch vom BND-Präsident aufwärts, Bundeskanzleramt - - hat da niemand was vorher von gewusst. Und das kann eben nicht sein, weil dann hätte man ja hier nicht im September und im November 2014 schon die ganze Zeit über Selektoren gesprochen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Also nach meiner Erinnerung ist im November 2014 von Suchbegriffen gesprochen worden, nicht von Selektoren; aber das ist meine Erinnerung. Wir sind immer von Suchbegriffen ausgegangen. Die Problematik, die damit zusammenhängt, ist ja unabhängig vom Begriff, wenn ich das mal so sagen darf.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Was ist Ihnen denn zur Problematik gesagt worden mit den Suchbegriffen? Was war denn da drunter, was so problematisch war?

Zeuge Günter Heiß: Sie meinen jetzt im März 2015?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, im November 2014.

Zeuge Günter Heiß: Das war der Schwachstellenbericht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Da hatte ich vorhin darüber berichtet - -

Martina Renner (DIE LINKE): Mir geht es nicht um die G-10-Sanitarisierung. Ist Ihnen etwas zu - -

Zeuge Günter Heiß: An mehr kann ich mich nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber dass es Probleme mit den deutschen Interessen bei den Selektoren gibt, sagen die Zeugen hier im Ausschuss, so R. U.:

> Bevor die Amerikaner Selektoren bei uns einstellen dürfen, werden diese G-10-geprüft bei uns in der Zentrale. Und die werden … auch auf weitere politische Interessen geprüft und … dann eingestellt.

September 2014.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann Ihnen jetzt noch Tausend andere Stellen vorlesen.

Zeuge Günter Heiß: Nein, ich kenne die dreistufige Prüfung der Suchbegriffe.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber er spricht von Selektoren.

Zeuge Günter Heiß: Ja, das ist dasselbe.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Und diese Problematik, dass da Verletzungen auch von deutschen Interessen vorlagen in der Vergangenheit, ist vor März 2015 nicht thematisiert worden?

Zeuge Günter Heiß: Nicht thematisiert worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht thematisiert worden.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das Bundeskanzleramt sitzt auch hier!)

Und auch Herr Wolff hat, nachdem Herr R. U. und Herr W. K. uns hier diese Sachen erzählt haben, das nicht mal zurückgemeldet im September und November, dass sie über Selektoren gesprochen haben?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, Herr Wolff sitzt jetzt nicht als Zeuge hier.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber bald, würde ich sagen.

(Heiterkeit)

Es ging auch übrigens - sehr interessant, falls man das - - weil wir vergessen auch manchmal, was wir hier tun. Herr W. K. hat in der Vernehmung im November dann auch gesagt - - Er hat konkret auch den Begriff genannt, dass die Selektoren geprüft werden und „dass auch immer wieder in dem Prüfergebnis welche abgelehnt

Nur zur dienstlichen Verwendung

werden, bevor wir die Selektoren, die Suchbegriffe benutzt haben.“* usw. Also dieses Wort „Selektoren ablehnen“ ist auch von den Zeugen hier genannt worden, weil das ist ja der zweite große Mythos, dass diese Ablehnungsdatei in irgendeiner abgeschotteten Aktion zustande gekommen ist, wo niemand … (akustisch unverständlich). Die haben da recht offen hier geredet: Selektoren werden geprüft nach G 10 und deutschen Interessen, und dann werden sie abgelehnt oder freigeschaltet. - Das war September/November 2013.

Und bleiben Sie dabei, was hier im Untersuchungsausschuss gesprochen wird und Ähnliches: Das erfährt man im Bundeskanzleramt nicht? Da ist man im März 2015 vollkommen von den Socken irgendwie, als diese 40 000er-Liste irgendwie gefunden wird? - Ich verstehe es nicht.

Zeuge Günter Heiß: Es gab, was den Inhalt der 40 000er-Liste angeht, gewisse Überraschungen. Ja, das stimmt.

Martina Renner (DIE LINKE): War man überrascht?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann ich nicht verstehen.

Zeuge Günter Heiß: Ich würde Ihnen gerne helfen, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das tun Sie aber gerade nicht.

Zeuge Günter Heiß: Schade.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber wie gesagt, die anderen Mitarbeiter aus Ihrer Abteilung konnten uns ja genauso wenig helfen wie Sie. Also das deckt sich ja.

Ich würde gerne noch mal auf den von Ihnen schon zitierten Besuch in den USA zurückkommen am 5. August 2013, und Sie haben ja schon selbst gesagt, dazu haben Sie einen Vermerk geschrieben, den wir auch haben.

Zeuge Günter Heiß: Ich?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Herr Heiß, Abteilungsleiter 6, schreibt am 7. August 2013 über Chef Bundeskanzleramt an Frau Bundeskanzlerin. Ist offen, ist NfD, kann ich drüber reden. Ist MAT A BK-1-7b_7, Seite 92 ff.: Votum, Sachverhalt, Bewertung, Günter Heiß, Unterschrift.

Zeuge Günter Heiß: Das bin ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie nicht?

Zeuge Günter Heiß: Ja, die Kanzlerfrage, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne vorlesen. Ich kann es Ihnen auch geben. Da geht es eben auch um dieses Abkommen. Und da heißt es dann auf Seite 2:

> Die Gesprächspartner kamen überein, dass in einem solchen Abkommen außerdem die bereits erfolgten Zusicherungen

- also bezieht man sich auf das Gespräch mit Herrn Clapper und Herrn Alexander -

> der US-Seite Eingang finden könnten. Dabei handelt es sich um die Zusicherung,

- jetzt für mich in Klammern: die erfolgten Zusicherungen, also nicht die, die noch verabredet werden müssen -

> dass nichts gegen deutsche Interesse unternommen werde (d. h.: keine Botschafts- oder Regierungsausspähung) und keine Wirtschaftsspionage erfolge.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Vorläufiges Stenografisches Protokoll 18/22, Seite 36 von 93.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war die Zusicherung der US-amerikanischen Seite in diesem Gespräch.

Zeuge Günter Heiß: Das war in dem Gespräch thematisiert worden, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Günter Heiß: Sie haben recht, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und jetzt möchte ich gerne wissen, ob Ihre doch sehr eigensinnige Interpretation des Worts „Wirtschaftsspionage“ - dass die NSA zum Beispiel Siemens ausspionieren darf und Wirtschaftsspionage dann ist, wenn die NSA das an General Electric weitergibt, die Daten, die sie abfischt - dann auch Grundlage dessen ist: Wenn Sie zum Beispiel auf der einen Seite mit den US-Amerikanern reden - also, kennen die diese Einschränkung, die Sie vornehmen? - und auf der Seite, wenn Sie an Frau Bundeskanzlerin schreiben: Kennt sie diese Einschränkung auch, also dass man Siemens ausspionieren kann und dass das kein Problem ist und dass Wirtschaftsspionage nur dann problematisch ist, wenn man zum Beispiel dem größten Konkurrenten in den USA - das wäre zum Beispiel General Electric - die Daten gibt? Oder würde man nicht vielleicht eine etwas landläufigere Vorstellung von Wirtschaftsspionage zugrunde legen, wenn man solche Vermerke anfertigt?

Zeuge Günter Heiß: Ich muss zunächst die in der Frage enthaltene Unterstellung zurückweisen. Ich habe das nie gesagt und werde das auch nicht sagen, dass ich das Ausspähen einer deutschen Firma durch einen ausländischen Nachrichtendienst als legal oder nicht gegen unsere Interessen verstoßend empfinde. Ich würde nur sagen: Wenn das nicht zugunsten der eigenen Wirtschaft erfolgt, ist es aus unserer Definition keine Wirtschaftsspionage.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, das habe ich ja - -

Zeuge Günter Heiß: Gut. Das muss ich noch einmal feststellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also Siemens ausspähen ist noch nicht das Problem, die Daten weitergeben - -

Zeuge Günter Heiß: Ich habe nicht gesagt, dass das nicht das Problem ist, sondern ich habe damit gesagt, das wäre dann keine Wirtschaftsspionage, das wäre eine allgemeinpolitische Spionage, die sicherlich ein genauso großes Problem sein kann, aber unter einen anderen Fall fällt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wenn Sie hier in einem Schreiben an die -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Frau Renner, Sie stellen jetzt noch eine, und dann ist gut.

Martina Renner (DIE LINKE): - Bundeskanzlerin schreiben und da steht nur einfach schmucklos „keine Wirtschaftsspionage“, was glauben Sie, was sich Frau Merkel unter Wirtschaftsspionage vorstellt: Ihre windige Definition, oder würde Sie etwas anderes sich darunter vorstellen?

Zeuge Günter Heiß: Ich gehe davon aus, dass Frau Merkel in diesen Definitionen schon zu Hause ist, dass sie sie erfahren hat. Ich weiß nicht, ob sie nachgefragt hat oder welche Gespräche in dem Zusammenhang noch stattgefunden haben; aber ich glaube, dass sie Wirtschaftsspionage genauso versteht wie wir. Aber da muss ich Sie um Verständnis bitten. Ich kann nicht den Glauben oder das Wissen der Kanzlerin ausforschen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, sie kommt ja auch noch als Zeugin, dann können wir sie ja fragen.

Zeuge Günter Heiß: Das wäre gut.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann wäre die Runde rum. Dann geht es weiter bei der CDU/CSU.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Ganz kleinen Moment. Wenn ich einem Bedürfnis nachgehen dürfte?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann werden wir gerne die Sitzung unterbrechen. Zehn Minuten?

Zeuge Günter Heiß: Wie auch immer.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Zehn Minuten. Ein bisschen Luftholen sollte auch dabei sein.

Zeuge Günter Heiß: Vielen Dank.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann unterbrechen wir jetzt die Sitzung für zehn Minuten.

(Unterbrechung von 15.41 bis 15.54 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses fort, und es kommen jetzt die Fragen der Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski, wenn ich das richtig sehe, beginnt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Genau. - Herr Zeuge, dann wir würden weitermachen. Herr Zeuge, ich unterstelle Ihnen keine windigen Definitionen oder systematisches Lügen oder Verschwörungstheorien - es ist ja für manchen Zeugen hier auch nicht einfach, solche Begrifflichkeiten immer zu hören -, aber ich möchte noch einmal anknüpfen an die Problematik No-Spy-Abkommen. Der Herr Flisek hatte da jetzt ganz spannende Wendungen noch mal gefragt, und die *SZ* hatte das ja damals sehr verkürzt dargestellt. Vielleicht können wir das noch mal gemeinsam ein Stückchen zusammenfassen.

Sie haben gesagt gehabt, am 05.08. waren Sie ja zu der Reise in der USA gewesen und da wurde zugesichert - - Wenn ich das zusammenfassen darf aus einem Vermerk des Bundesinnenministeriums - also durchaus offene Akten, ist in MAT A BMI-1/2e, Blatt 71 ff*., wo es grob zusammengefasst ist -:

> Keine Verletzung der jeweiligen nationalen Interessen ...
>
> Keine gegenseitige Spionage ...
>
> Keine wirtschaftsbezogene Ausspähung ...
>
> Keine Verletzung des jeweiligen nationalen Rechts ...

Waren das die Hauptpunkte, die Sie mitgenommen haben von dieser Reise?

Zeuge Günter Heiß: Das war verkürzt die Essenz, die sinngemäß in dem, was die US-Seite uns angeboten hat, enthalten war.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Das war also am 05.08. - Dann hatten Sie faktisch gemeinsam dann mit Herrn Schindler und anderen den Bundeskanzleramtschef auch über diese Dinge so informiert und so beraten, dass das der Sachstand ist mit den Amerikanern.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt, die Aussagen vom Herrn Pofalla auch in dem Parlamentarischen Kontrollgremium, was ja am 12. August tagte, beruhte dann auf diesen Informationen, die Sie ihm da gegeben hatten.

Zeuge Günter Heiß: Ich vermute, Sie meinen das Pressestatement, was Herr Pofalla nach dem PKGr - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Danach gegeben hat.

Zeuge Günter Heiß: Das beruhte auf diesen Informationen.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-1/2e, Blatt 91.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Hatten Sie in irgendeiner Art und Weise Zweifel, dass die amerikanischen Geheimdienstvertreter dies ernst meinten oder nicht ernst meinten?

Zeuge Günter Heiß: Ich war überrascht auf der einen Seite. Ich kenne die Amerikaner aber gut genug, dass sie nichts unüberlegt mal eben dahersagen. Deswegen war ich skeptisch, aber ich hatte keine Zweifel. Ich war deswegen skeptisch - das will ich durchaus auch eingestehen -, weil das ein weitgehendes Angebot ist und weil wir natürlich auch wissen, dass die Dienste, sagen wir mal, auch einer gewissen Aufsicht und der Koordination durch das Weiße Haus unterstehen. Und dass die Verhandlungen nicht einfach werden, das habe ich mir schon vorgestellt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nun hatten Sie von dieser Skepsis, wie Sie das gerade beschrieben haben, den Bundeskanzleramtschef unterrichtet?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben ihn umfangreich über den Inhalt der Besprechung und auch über unsere Einschätzung unterrichtet.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Günter Heiß: Aber - wenn ich das noch hinzufügen darf - wir waren gemeinsam der Meinung mit dem Chef des Bundeskanzleramtes: Wenn sich so eine Gelegenheit ergibt, müssen wir sie beim Schopfe packen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Deckt sich auch ein Stückchen. Herr Fritsche sagte ja hier in öffentlicher Sitzung auch aus, dass er mit einem optimistischen Gefühl da rausgegangen ist. Dass es durchaus Optimismus gab, das können Sie teilen?

Zeuge Günter Heiß: Es gab Optimismus, und es gab eben, wie gesagt, auch die Frage: Na, das werden schwierige Verhandlungen, aber wir gehen sie selbstverständlich an.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Dann darf ich vielleicht auch noch mal auf den Vermerk zu sprechen kommen, den die Kollegin Renner gerade schon mal zitiert hatte, ein Vermerk von Ihnen vom 7. August 2013. Das ist der Vermerk, der der Bundeskanzlerin vorlag, MAT A BK-1/7b_7, Blatt 97 ff. Da formulieren Sie ja sehr klar, es gab von amerikanischer Seite Zusicherungen, dass auf deutschem Boden jederzeit deutsches Recht respektiert werde und keine gegenseitige Spionage stattfinde und dass nichts gegen deutsche Interessen unternommen werde und keine Wirtschaftsspionage erfolgte.

Auf dieser Basis haben Sie ja und auch viele andere eigentlich bis weit in das Jahr 2014 hinein verhandelt. Fanden Sie es richtig, so viel Kraft und Engagement in diese Punkte zu investieren, in diese Verhandlungen hineinzuinvestieren?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, das waren wir der gesamten Situation geschuldet. So etwas müssen wir mit allem Engagement machen; denn so ein Angebot dilatorisch zu behandeln, wäre sträflich: erst mal im Hinblick auf den Datenschutz hier im Lande, aber auch im Hinblick auf die ausstehenden weitergehenden Kooperationen, die man ja möglicherwiese auch im Zuge eines solchen Kooperationsabkommens noch getroffen - - hätte machen müssen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank. Da haben Sie auch noch mal den Mehrwert dieses Abkommens, denke ich, sehr gut skizziert. Und daran wird ja auch deutlich, dass also eine ganz klare Absicht sowohl von amerikanischer als auch deutscher Seite an diesem No-Spy-Abkommen bestand und da, wie gesagt, weit bis in das Jahr 2014 verhandelt wurde. Insofern, Herr Vorsitzender, haben wir keine weiteren Fragen mehr.

(Lachen bei Abgeordneten der Linken und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da kann ich gleich weitermachen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Auch mich interessiert die Geschichte dieser Gespräche, Verhandlungen, was auch immer.

Zunächst die Vorfrage - Sie haben da zwar schon vorhin schon was zu gesagt; aber vielleicht können Sie es noch mal klarstellen -: Waren Sie denn über diese Korrespondenz, die das Kanzleramt, in dem Sie ja Ihren Dienstsitz haben, mit der US-Administration, also insbesondere mit dem Weißen Haus und dort der Frau Donfried, geführt hat, informiert, dass so was läuft? Und inwieweit waren Sie über die einzelnen Fragen und Antworten da informiert?

Zeuge Günter Heiß: Also, ich war informiert. - Ich muss mal versuchen, das zeitlich festzumachen. Im Vorlauf auf meine Reise mit Kollegen Heusgen Ende Oktober habe ich die Korrespondenz, die diese Reise betraf, also zum Beispiel die Punkte, die besprochen werden sollten, wie die Reise ablaufen sollte usw., zur Kenntnis genommen, und ich wusste auch, dass im Anschluss daran es Korrespondenz gab über die Frage, wie ein Rahmen- oder Mantelabkommen hätte aussehen können, also dieser politische Oberbau hätte aussehen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oktober 2013?

Zeuge Günter Heiß: 13, ja. - Diese Korrespondenz habe ich auch zum Teil mitgemacht. Wir haben auch diese Entwürfe dafür zum Teil mitgeplottet, die da entstanden sind. Ich kann nicht sagen - das habe ich gemerkt bei der Vorbereitung auf die Befragung -, dass ich über sämtliche Korrespondenz, insbesondere die Abteilung 2 und Angehörige des Weißes Hauses, informiert worden bin. Das war zum Teil nicht der Fall. Also ich habe manche Mailwechsel erst jetzt zur Kenntnis genommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe: Bei manchen dieser Schreiben haben Sie auch bei der Formulierung oder bei der Herstellung eines Konzepts mitgeholfen oder waren Sie beteiligt?

Zeuge Günter Heiß: Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich meine, Abteilung 6 war nicht beteiligt an der Formulierung dieser damals in Aussicht genommenen Rahmenabsprache.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, ich meine jetzt die Korrespondenz - was in Aussicht genommen wurde, da kommen wir gleich noch mal drauf -, sondern diese Korrespondenz - das ist ja auch veröffentlicht worden - zwischen Herrn Heusgen und dem Michael Flügger aus dem Kanzleramt. Der war da, glaube ich, zweimal mit befasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich traue mich mal eben. Ich muss Sie mal - - Meiner Kenntnis nach ist die nicht veröffentlicht worden, sondern ist eingestuft. Oder sehe ich das falsch?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist hier die *Süddeutsche Zeitung* vom - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die *Süddeutsche Zeitung* ist veröffentlicht worden; das ist mir auch bewusst.

(Heiterkeit)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich halte ja nur daraus vor. Ich lasse das ja schon lange mit den Akten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so.

(Heiterkeit)

Das ist meistens aktueller, meinen Sie? - Okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist meistens aktueller und vollständiger, ja.

Also, wir reden jetzt über diese Korrespondenz, die die beiden Herren vom Kanzleramt - Sie sagen, das war die andere Abteilung - mit den USA gehabt haben. Aber das Thema war ja das gleiche, was parallel dazu lief: Gespräche zwischen BND–Leuten und auch Abteilung-6-Leuten, also Ihnen

Nur zur dienstlichen Verwendung

zum Beispiel, mit den Diensten und - Sie haben ja auch selber gesagt - zum Teil auch mit der Administration in den USA. Also das lief ja parallel, muss man sehen.

Mir kommt es jetzt auf die Einzelheiten gar nicht an, sondern wenn ich das jetzt mal anfange, dann war das erste Schreiben, wo das losging, was hier drin ist, am 18. Juli. Und in all diesen Schreiben, die da formuliert werden, geht es immer nur um die eine zentrale Frage - und das hat der Kollege zunächst auch vorgehalten -, nämlich um die Frage, ob deutsches Recht auf deutschem Boden respektiert wird. Dazu wollte man von den USA eine Antwort haben.

Es sind dann mehrere Briefe da hin und her, und dann wollten die Amerikaner Experten einsetzen, um sich erst mal überhaupt über deutsches Recht zu informieren -

(Heiterkeit)

- ja, das steht hier so -, und dann haben sie es gemacht usw. Und dann sind wir am 31. Juli, nähern uns also jetzt -

Zeuge Günter Heiß: Dem August.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - den Ereignissen im August, 12. August.

31. Juli. Da steht das auch noch mal ganz klar formuliert:

> Liebe Karen, entschuldige bitte die späte Antwort. Für uns ist absolut entscheidend

- also da steht nichts von „No Spy“ -,

> dem Parlamentarischen Kontrollgremium erklären zu können,

- „der Parlamentarischen Kontrollkommission“ steht hier, das habe ich leider aus Versehen umformuliert, wie es eigentlich richtiger wäre -

> dass die US-Geheimdienste unter keinen Umständen deutsches Recht auf deutschem Boden infrage gestellt haben. … Da wäre es gut

- so endet das Ganze dann -,

> wenn die US-Seite erklären könnte, dass - falls unilaterale US-Abkommen stattgefunden haben - sich diese klar innerhalb des deutschen Gesetzesrahmen bewegen würden.

So, da kommen Sie wieder. Dann kommt darauf - das ist jetzt das Schreiben an Frau Donfried - - und dann ist hier eine Antwort notiert - bisschen kurz nur, das Zitat, aber sehr prägnant -: „Amis mauern weiter“. - Das, was Erklärung zur Beachtung deutschen Rechts anbelangt. So. Alles sieht nicht gut aus.

Dann kommt die Reise. Also, das war am 1. August. Dann kommt die Reise, an der die - die ist ja auch schon erwähnt worden - - am 5. August, und da gibt es dann diesen Vorschlag, wo auch nicht von No-Spy-Abkommen die Rede ist; das hatten Sie auch gesagt, Sie selber erinnern sich da nicht dran. Da steht dann eben nur, dass der Herr Clapper sich die Bildung einer Arbeitsgruppe vorstellen kann, die nach dem Vorbild der Vereinbarung über die Abhöranlage in Bad Aibling im Jahr 2002 auf eine Regelung für ganz Deutschland ausgedehnt werden soll. So.

Erinnern Sie sich daran, dass bis dahin von „No Spy“ überhaupt keine Rede war?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe mehrfach darlegt, wann und in welchem Zusammenhang dieses Schlagwort „No Spy“ aufgekommen ist. Vermutlich zitieren Sie aus Veröffentlichungen, die eigentlich eingestuft sind. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass da „No Spy“ nicht genannt worden ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Warum sollte es auch? Wie gesagt, das war ein Schlagwort, was normalerweise - sagen wir mal - das neutral-professionelle Behördendeutsch nicht erreicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und gab es nun diese Arbeitsgruppe? Ich meine, Sie hätten schon gesagt, die gab es dann zwischen den Diensten.

Zeuge Günter Heiß: Es gab Verhandlungen anschließend, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - und man hat sich, glaube ich, auch gesehen dabei. Insofern war das vielleicht untechnisch auch eine Arbeitsgruppe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Das mag man werten, wie man will.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da ging es ja um konkrete Verhandlungen.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurden - auch da, meine ich, hätten Sie schon Andeutungen gemacht - konkrete Protokolle darüber, wo man den jeweiligen Verhandlungsstand festgehalten hat - -

Zeuge Günter Heiß: Die befinden sich in der Konsultation. Die jeweiligen Gegenüberstellungen und Entwürfe befinden sich in der Konsultation; hat, glaube ich, Herr Wolff vorhin ausgeführt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, befinden sich in der - - Also, es gibt Protokolle über das, was da besprochen worden ist, aber die - so muss man das ja übersetzen - liegen dem Ausschuss bisher nicht vor oder - Sie können mich korrigieren - - Aber darüber wird jetzt konsultiert?

Zeuge Günter Heiß: Ich will Sie nicht korrigieren. Herr Abgeordneter, ich würde Sie nie korrigieren wollen. Ich habe nur gesagt, ich weiß von Entwürfen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entwürfen - ja, okay -, Entwürfen von dem, was da verhandelt worden ist. Oder ist das falsch?

Zeuge Günter Heiß: Entwürfen von Kooperationsabkommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Schon Entwürfen, nicht? - Prima.

Zeuge Günter Heiß: Entwürfe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben wir aber noch nicht.

Zeuge Günter Heiß: Wie bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hat der Ausschuss aber noch nicht, weil sie noch in der Konsultation sind.

Zeuge Günter Heiß: So ist das.

(RD Philipp Wolff (BK) meldet sich zu Wort)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Das habe ich vorhin schon gesagt: Die befinden sich in den entsprechenden Inhaltsverzeichnissen, sind auch als solche gekennzeichnet und in der Konsultation.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. - Können Sie sich erinnern, ob diese Unterlagen schon in anderer Weise oder in anderen Bereichen dem Parlament zur Verfügung gestellt worden sind?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Nach meiner Erinnerung nicht. Das hätte seinen Grund darin, dass wir auch damals hätten konsultieren müssen; denn die Konsultationspflicht hat ja nicht erst mit der Einrichtung des Untersuchungsausschusses begonnen, sondern ist eine allgemeine völkerrechtliche Pflicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt wieder wechseln und kommen zur Fraktion der SPD. Kollege Dr. Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich will noch mal an zwei Punkten ansetzen, was Sie vorhin gesagt haben. Da geht es auch um die Verhandlungen und noch mal um diesen Begriff „No Spy“, wobei es mir eigentlich nicht unbedingt jetzt um den Begriff geht. Aber Sie haben da - vielleicht habe ich das auch irgendwie falsch verstanden - vorhin auf die Frage von meinem Kollegen so sinngemäß gesagt, warum sich niemand dran erinnern kann, ob das gefallen ist: Das hätten wir getan, wenn wir dem eine hohe Bedeutung beigemessen hätten.

Auf die Fragen vom Kollegen Schipanski, dass das alles eine Riesenbedeutung hatte usw. - - Das ging ja alles zack, zack, zack. Aber als es angefangen hat, da haben Sie dem keine hohe Bedeutung beigemessen. Vielleicht habe ich Sie auch einfach total falsch verstanden.

Zeuge Günter Heiß: Ich bin davon überzeugt, dass ich mich missverständlich ausgedrückt habe.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Günter Heiß: Ich wollte damit ironischerweise andeuten: Wenn wir damals schon gewusst hätten, dass wir so oft danach gefragt werden: „Wer hat diesen Begriff zum ersten Mal benutzt?“, dann hätten wir sicherlich unsere Aufmerksamkeit dahin gehend geschärft, um das auch jetzt noch genau zu wissen; aber das war uns in der Form nicht klar. Es war ein Arbeitsschlagwort, was einfach im Raume war, was jeder benutzt hat, und irgendwann hieß es: Das ist im Grunde genommen missverständlich. Nun lasst das doch mal. - Und jeder, der dann später „No Spy“ gesagt, der hat gesagt bekommen: Nun hört endlich auf, das heißt „Kooperationskommen“. Denn „No Spy“ - haben wir jetzt auch gemerkt; ich sage mal, wir sind ja auch lernfähig - ist vielleicht ein bisschen übertrieben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. In amerikanischen Zeitungen steht auch immer nur No-Spy-Abkommen.

Zeuge Günter Heiß: Ich weiß auch, dass die Amerikaner mit dem Ausdruck auch nicht sehr zufrieden waren. Wie gesagt, ich muss noch mal betonen: Wer es nun wirklich das erste Mal im Mund gehabt hat, kann ich nicht sagen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber jetzt unabhängig von der Begrifflichkeit: Als der Vorschlag im Raum stand, ein solches Abkommen zu verhandeln - - das sofort Ihre Aufmerksamkeit gehabt.

Zeuge Günter Heiß: Das hat in der Tat sofort unsere Aufmerksamkeit gehabt, und wir haben auch nichts Eiligeres zu tun gehabt, als uns die Passagen, auf die die US-Seite Bezug genommen hat, noch mal nachzulesen zu Hause - die hatten wir ja nicht dabei -, und haben gesagt: Prima, das ist die Lösung. Wenn wir diese Zusagen, die sich bezogen auf ein Einzelabkommen, auf ganz Deutschland beziehen können, dann haben wir einen ganzen weiten Schritt im Hinblick auf das, was wir erreichen wollten, erreicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Der andere Punkt - und das ist mir tatsächlich - - Da würde mich noch mal Ihre Einschätzung - - Ich meine, das ist so ein bisschen im Bereich der Spekulation. Aber Sie waren da ja beteiligt. Sie haben dann in alle Richtungen da einen guten Überblick. Die Tatsache, dass solche Verhandlungen stattfinden, auch dass es über den Begriff auch ja ganz eindeutig war, worum es gehen soll, dass so was in die Öffentlichkeit getragen wurde vonseiten der Bundesregierung - das ist eben ja schon mal angedeutet worden -, das ist für jemanden, der hier viele Stunden verbringt, schon sehr erstaunlich, weil wir an vielen anderen Stellen ja sehen, dass wesentlich geringerwertige Informationen lange Konsultationsverfahren benötigen,

Nur zur dienstlichen Verwendung

wo andere Regierungen mit dem Abbruch aller Kooperationen drohen. Wissen Sie, ob die Amerikaner dem eigentlich zugestimmt haben, dass diese Verhandlungen öffentlich gemacht werden, dass die stattfinden?

Zeuge Günter Heiß: Das ist mir nicht bekannt, aber der Umstand, dass ich darüber ja wesentlich weitgehender informiere in öffentlicher Sitzung - - Daraus können Sie erkennen, dass diese wesentlich geringere Information damals, die Herr Pofalla nach der PKGr-Sitzung abgegeben hat, jetzt nicht so gewichtig war, dass man hätte davon sprechen müssen, dass man geheime Informationen ans Tageslicht bringt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut, wobei da würde ich schon entgegenhalten, dass man natürlich nicht - Stand heute - Informationen und Informationen, die Sie ja hier in öffentlicher Sitzung preisgeben können, in Vergleich setzen kann zu dem, was vor zwei Jahren war, weil wir - - Da ist ja in der Zwischenzeit einiges an die Öffentlichkeit gekommen, das auch nicht mehr zu leugnen ist, und dann ist es, denke ich, zumindest in einigen Fällen nur konsequent, sich da das Leben nicht selber schwer zu machen.

Okay. Das war jetzt aber auch kein klares Ja oder Nein. Also Sie können es nicht genau sagen, ob die Amerikaner ihre Zustimmung gegeben haben, dass das veröffentlicht wird?

Zeuge Günter Heiß: Ich kann nur so viel sagen, dass rein administrativ wir nicht um diese Zustimmung nachgesucht haben damals; das wäre Ihre nächste Frage wahrscheinlich gewesen. Kann ich sagen: Das haben wir nicht gemacht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, meine nächste Frage -

Zeuge Günter Heiß: Ach so. Entschuldigung. Schade.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - ist eine andere. Weil das frage ich mich natürlich schon: Also ich habe nämlich Verständnis dafür, dass man bei Verhandlungen - also ich bin ein großer Freund von Transparenz - - manchmal auch hinter verschlossenen Türen stattfinden. So Tarifverhandlungen finden ja häufig auch hinter verschlossenen Türen - - und dann gibt es irgendwann weißen Rauch. Das hat auch seinen guten Grund, weil man ja möglicherweise damit auch den Verhandlungspartner verärgern kann. Und meine Frage an Sie und Ihre Einschätzung dazu: Hätte es vielleicht dazu beigetragen, diese Verhandlungen zu einem Ergebnis zu führen, wenn man das nichtöffentlich gemacht hätte? Also möglicherweise hat ja der Verhandlungspartner sich durch - - Wenn hohe Regierungsmitglieder sich vor die Presse stellen und sagen: „Jawohl, wir verhandeln da was“ und - das ist auch gesagt worden -: „Die Affäre ist beendet“ - - Also noch viel höher aufhängen ging ja eigentlich nicht. Könnte man da nicht vielleicht zu der Einschätzung kommen, dass das den Verhandlungen sogar geschadet hat?

Zeuge Günter Heiß: Also, dafür habe ich nicht den geringsten Hinweis.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Christian Flisek (SPD): Ich würde dann weitermachen. - Sie hatten, Herr Heiß, von Entwürfen gesprochen, die es gegeben habe bei diesen Verhandlungen, schriftliche Dokumente. Gab es mehrere Entwürfe?

Zeuge Günter Heiß: Ja, das sagt der Plural schon. Also, es gab mehrere Entwürfe.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich will nur sicherstellen, dass das so ist. - Von wem kamen denn diese Entwürfe?

Zeuge Günter Heiß: Einerseits von der NSA, andererseits vom BND. Das waren nämlich - -

Christian Flisek (SPD): Das heißt, die Verhandlungen fanden allein eben auf Nachrichtendienstebene statt.

Zeuge Günter Heiß: Auf der Nachrichtendienstebene statt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Und wer hat da den Aufschlag gemacht? Hat man sozusagen einen Entwurf jeweils ausgetauscht, oder haben beide Seiten jeweils einen eigenen Entwurf erstellt?

Zeuge Günter Heiß: Ich weiß nicht. Also nach meiner Erinnerung hat der BND einen ersten rübergeschickt, und dann ging das Pingpong-mäßig hin und her.

Christian Flisek (SPD): Und da gab es dann auch Veränderungen substanzieller Art?

Zeuge Günter Heiß: Ja, sonst - -

Christian Flisek (SPD): Ja, weiß ich ja nicht. Ich meine, kann ja auch unkommentiert zurückkommen. Dann kann man das ja auch entsprechend interpretieren.

Zeuge Günter Heiß: Ja, also es kam nicht einfach durchgestrichen zurück, sondern es kam verändert zurück.

Christian Flisek (SPD): Und diesen Ursprungsentwurf - jetzt würde ich mal in Richtung Herrn Wolff gucken - kennen wir natürlich nicht.

RD Philipp Wolff (BK): Soweit mir erinnerlich, ist der in den Akten. Müssten wir nachschauen, kann ich überprüfen. Aber ich gehe davon aus, dass der in den Akten ist.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, glaube ich auch!)

Christian Flisek (SPD): Also, ich habe den noch nicht gesehen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch! - Der Zeuge berät sich mit RD Philipp Wolff (BK))

RD Philipp Wolff (BK): Ich prüfe das noch mal. Ich bin mir relativ sicher.

Christian Flisek (SPD): Ja, können wir noch mal schauen.

RD Philipp Wolff (BK): Ich habe es jetzt schon lange nicht mehr angeschaut, den Aktenbestand, aber - -

Christian Flisek (SPD): Das wäre vielleicht ganz sinnvoll, wenn wir das dann noch mal klären können.

Es hieß ja lange Zeit, diese Verhandlungen laufen noch.

Zeuge Günter Heiß: Bitte?

Christian Flisek (SPD): Es hieß ja lange Zeit, die Verhandlungen laufen noch.

Zeuge Günter Heiß: Ja, irgendwann sind sie - darf ich mich so ausdrücken? - versandet.

Christian Flisek (SPD): Verlandet?

Zeuge Günter Heiß: Versandet.

Christian Flisek (SPD): Versandet. - Wann war denn dieser Zeitpunkt, wo man festgestellt hat, das wird nichts?

Zeuge Günter Heiß: Das ist ja, sagen wir mal, eine Erkenntnis, die sich gewissermaßen schleichend einstellt. Da konnte man nicht sagen: An dem Tag um null Uhr hatten wir die Erkenntnis, dass … - Wir haben dann schon gemerkt aufgrund des Hin- und Herschreibens und der immer wiederkehrenden Differenzen innerhalb der Entwürfe, dass es nichts wird. Also, ich schätze jetzt mal so aus der Erinnerung vielleicht Februar/März 14, so in dem Dreh, aber das ist jetzt, wie gesagt, Pi mal Daumen, eine Annahme.

Christian Flisek (SPD): Lag das denn - -

Zeuge Günter Heiß: Es gibt jetzt nicht irgendeinen Punkt, wo wir sagen können: An diesem Tag haben wir festgestellt, dass …

Christian Flisek (SPD): Herr Heiß, lag das denn vielleicht auch daran, dass eben ja hier die Nachrichtendienste miteinander verhandelt haben und dass - egal, ich sage mal, wie vielleicht kooperativ die Angebote und weitreichend auch die

Nur zur dienstlichen Verwendung

Angebote von Ihren Partnerdiensten oder von unseren Partnerdiensten dort waren - alles immer unter dem Vorbehalt stand, dass eben die politische Administration - im Zweifel das Weiße Haus selbst - dem zustimmen muss?

Zeuge Günter Heiß: Da müsste ich mich in Spekulationen begeben. Das will ich mal ein Stück weit tun. Ich will nicht ausschließen, dass das Weiße Haus letztlich darauf hingewirkt hat, dass bestimmte Dinge, die wir in den Entwürfen gefordert haben und die auch in unseren Entwürfen standen, letztlich nicht goutiert wurden. Aber das ist wirklich eine Spekulation. Ich habe dafür jetzt keine konkreten Hinweise. Ich denke aber, es ist nicht - -

Christian Flisek (SPD): Also, in der Medienberichterstattung heißt es, dass angeblich sogar die Dienste selber schon von Anfang an darauf hingewiesen hätten, womöglich schon bei dieser Initialsituation, so wie Sie es genannt haben.

Zeuge Günter Heiß: Dass jede Verhandlung irgendwo immer unter einem obersten politischen Vorbehalt steht, das ist klar. Das ist natürlich auch bei uns der Fall. Wir verhandeln, BND verhandelt, wir gucken uns das an, und irgendwann geht das in die politische Leitung, und erst dann, wenn diese politische Leitung dann sagt: „Okay, das können wir so machen“, dann würde das laufen. Ich sage mal, das ist - -

Christian Flisek (SPD): Hat man den dann - - Also wenn man so euphorisch war über dieses Angebot, das da im Raume stand, hat man das denn dann auf Ebene des Kanzleramtes politisch beispielsweise in Gesprächen mit dem Weißen Haus intensiv begleitet? Denn das schönste Verhandlungsergebnis macht ja dann keinen Sinn, wenn das Weiße Haus sein Veto einlegt.

Zeuge Günter Heiß: Sie können den Akten entnehmen: Ende Oktober war ich mit Heusgen im Weißen Haus. Wir hatten kurz darauf noch eine Videoschaltkonferenz, und ich meine, es gibt auch eine hoffentlich nicht eingestufte Vorlage, in der es darum ging, dass die Kanzlerin auch Obama darauf ansprechen sollte, in einer Pressekonferenz zu diesem Vorhaben Stellung zu nehmen.

Christian Flisek (SPD): Und was können Sie mir dazu sagen? Ich sage jetzt mal, unabhängig - -

Zeuge Günter Heiß: Ich kann nur dazu sagen, dass Obama dazu nichts gesagt hat.

Christian Flisek (SPD): Und wie wurde das dann bei Ihnen im Hause interpretiert?

Zeuge Günter Heiß: Jedenfalls nicht so, dass wir glaubten, dass die Verhandlungen damit abzubrechen sind. Wir haben weiterverhandelt.

Christian Flisek (SPD): Und dass diese Verhandlungen mit Frankreich bereits offensichtlich gescheitert waren 2010, davon hatten Sie keinerlei Kenntnisse?

Zeuge Günter Heiß: Nein, ich jedenfalls nicht. Mag sein, dass, sagen wir mal, Aktenrückhalte bei uns es darüber gibt; das weiß ich aber nicht. Ich hatte davon keine Kenntnis.

Christian Flisek (SPD): Also, das heißt im Endeffekt: Obwohl man vielleicht sogar von höchster Stelle, obwohl vielleicht sogar die Kanzlerin selber in einem Gespräch mit Obama den US-Präsidenten gebeten hat - -

Zeuge Günter Heiß: Entschuldigung, da haben Sie mich missverstanden.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Ich hatte eine Vorlage gemacht, der Kanzlerin vorgeschlagen - -

Christian Flisek (SPD): Ja, ich habe ja auch gesagt: Vielleicht hat sie es gesagt. - Das wissen wir ja beide nicht, scheinbar, oder?

Zeuge Günter Heiß: Wir wissen es beide nicht. Insofern weiß ich nicht, ob -

Christian Flisek (SPD): Müssen wir die Kanzlerin fragen dann.

Zeuge Günter Heiß: - es an Obama gelegen hat oder nicht.

(Zuruf: Oder Obama direkt fragen!)

Christian Flisek (SPD): - Ja, das könnten wir auch machen; aber der wird wahrscheinlich nicht kommen.

Aber noch mal jetzt, weil ich gesagt habe „vielleicht“: Also, obwohl vielleicht die Kanzlerin aufgrund eines Vorschlages, den Sie unterbreitet haben, den US-Präsidenten gebeten hat, hierzu Stellung zu nehmen in einer Pressekonferenz - so haben Sie es ja gesagt -, hat er es dann nicht gemacht, obwohl er ja offensichtlich gewusst hat, wie intensiv auch die Debatte in Deutschland ist. Das wird ja bei unseren Partnern dort aufmerksam verfolgt, und er hat es nicht gemacht.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wie interpretieren Sie das? Sagen Sie, das passiert immer wieder, das so Themen nicht angesprochen werden, oder kann man das nicht doch - ich würde es jetzt mal so interpretieren - als eine klare Absage interpretieren?

Zeuge Günter Heiß: Also, es gibt sicherlich verschiedene Möglichkeiten, das zu interpretieren. Eine haben Sie schon gebracht. Das andere ist, dass man von außen die Entscheidungsprozesse eines Politikers selten nachvollziehen kann oder vorhersagen kann, was dort alles reinspielt, warum er was sagt und warum er was nicht sagt - es sei denn, man hat ihn selbst dazu beraten oder Vorlagen gemacht.

Die dritte Möglichkeit, die Nichterwähnung dieser Verhandlung oder dieser ganzen Umstände als Absage zu beurteilen, halte ich für am wenigsten wahrscheinlich; denn die Möglichkeiten, warum er das nicht gesagt hat, sind so vielfältig, dass er einfach schlichtweg abwarten will - was kommt denn da raus? und dann gucke ich mir das in Ruhe an, und dann kann ich immer noch sagen, ob ich das gut finde oder nicht -, oder ob er es schlichtweg nicht für so wichtig empfunden hat.

Noch mal: Die Interpretation politischer Handlungen ist ausgesprochen schwierig und selbst Kennern nicht zugänglich, sodass ich mir nur zutraue, zu sagen, ich würde nicht davon ausgehen, dass eine Nichterwähnung dazu führt, dass wir die Verhandlungen abbrechen müssten.

Christian Flisek (SPD): Gab es denn irgendwelche Reaktionen zum Beispiel europäischer Partnerländer auf die große Ankündigung, man würde mit den Amerikanern jetzt hier ein No-Spy-Abkommen verhandeln?

Ich kann mir vorstellen, dass das ja natürlich hochinteressant jetzt nicht nur für Deutschland war, sondern vielleicht andere Länder, insbesondere Frankreich, nachdem sie es 2010 erfolglos versucht haben - es gibt ja sehr intensive deutsch-französische Konsultationen permanent - - dass die Franzosen mal gesagt haben: -

Zeuge Günter Heiß: Also, ich kann mich erinnern - -

Christian Flisek (SPD): - Das, was ihr da probiert, das haben wir 2010 auch versucht.

Zeuge Günter Heiß: Nein, das ist nicht der Fall gewesen. Ich kann mich erinnern an einen Gedankenaustausch, der in dieser Form nicht, glaube ich, Eingang in die Akten gefunden hat. Ich glaube, ich habe mal mit dem Chef des italienischen Auslandsnachrichtendienstes gesprochen, und er hat erwähnt, wie toll, interessant er das findet, und da habe ich gesagt: Na ja, da müssen wir im Gespräch drüber bleiben. - Aber das ist die einzige Erinnerung, die ich habe, dass mal ein ausländischer Nachrichtendienst mich gefragt hat, was denn da passiert.

Christian Flisek (SPD): Gab es jemals ein Angebot, dass Deutschland ein sechstes Auge werden soll?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Deutschland hat sich nie darum bemüht, ein sechstes Auge werden zu wollen, und es gab auch kein entsprechendes Angebot.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Wir haben dann in öffentlicher Sitzung an Sie keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir haben im Moment auch keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir zur Fraktion der Union.

Nina Warken (CDU/CSU): Auch keine.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Ströbele hat sich gerade vorbereitet und hat noch Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, da Sie mich vorhin unterbrochen haben - - Wäre vielleicht das nach zwei Minuten zu Ende gewesen, aber jetzt muss ich das ja wieder aufnehmen, den Faden.

Herr Zeuge Heiß, wir waren angelangt bei den Entwürfen, zeitlich, diese Entwürfe, die da gemacht worden sind. Dann kam die Delegation zurück, und dann kam die Pressekonferenz mit der vorgeschalteten Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums von Herrn Pofalla, zeitlich. So. Und in dieser Pressekonferenz am 12. August hat Herr Pofalla diesen denkwürdigen historischen Satz gesagt, dass ein No-Spy-Abkommen angeboten worden ist. So. Bis dahin findet sich nirgendwo - ich könnte Ihnen die ganzen einzelnen Briefe vorlesen; das darf ich ja alles nicht, weil dann meine Zeit wieder um ist - zu keinem Zeitpunkt „No Spy“, sondern es ging immer um die gleiche Frage: Kann die US-Seite versichern, dass das deutsche Recht eingehalten wird? So. Nur darum ging es, nicht um „No Spy“.

12. August war die Rede von Herrn Pofalla. 14. August, also zwei Tage später, findet sich eine erneute Mail, und zwar wieder von Christoph an Frau Donfried, und da wird wieder Bezug genommen auf - -

> Nach seinem zweiten Treffen mit dem zuständigen Parlamentarischen Kontrollgremium

- wird Bezug genommen offenbar auf die Unterrichtung von zwei Tage vorher -

> konnte Minister Pofalla - glauben wir - die verschiedenen Stürme beruhigen. Die Medien und die Opposition haben nachgelassen, aber man weiß nie, was als nächstes kommt.

Das ist ja eine berechtigte Überlegung. Und jetzt kommt nach zwei weiteren Sätzen der entscheidende Satz. Da nimmt er jetzt dann Bezug in diesem Schreiben wieder an Frau Donfried. Und dann kommt jetzt zum ersten Mal „No Spy“, zwei Tage nach dieser Pressekonferenz. Da steht dann:

> Die Vereinbarung wird ein wenig vereinfachend „no spy“ genannt, sie wäre aber in der Substanz weit ausgeklügelter.

Kann es so sein, dass dieser Begriff „No Spy“, mit dem Herr Pofalla gearbeitet hat, erst zwei Tage später überhaupt in die Diskussion gebracht worden ist, nachdem Herr Pofalla das verkündet hat, erst im Parlamentarischen Kontrollgremium und dann in der Pressekonferenz? So liest sich das hier. Da wird ja eine Wortwahl vorgeschlagen, die es bisher nicht gab.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe mehrfach hier deutlich gemacht, Herr Abgeordneter, dass sich im Rahmen der Besprechungen über den Besuch Anfang August in Washington dieser Begriff als Schlagwort - nicht als Fachbegriff, sondern als Schlagwort - für ein Abkommen - in Anführungsstrichen - „breitgemacht hat“, gewissermaßen in aller Munde war. Ich habe auch deutlich gemacht, dass ich nicht sagen kann, wer diesen Begriff zum ersten Mal gewählt hat. Was ich Ihnen

Nur zur dienstlichen Verwendung

sagen kann: dass ich den Begriff bereits vor dem Pressestatement, auf das Sie gerade Bezug genommen haben, von Herrn Pofalla gehört habe und wir vorher auch in kleiner Runde - welcher Runde auch immer - diesen Begriff benutzt haben.

Wenn Herr Heusgen diesen Begriff dann übernimmt und sagt, es sei dann viel ausgeklügelter, will er nur damit deutlich machen, dass dieser Begriff ein grobes Schlagwort ist - Herr Heusgen ist immerhin gelernter Diplomat; insofern hat er da natürlich noch ein ganz anderes Gespür dafür -, dass es also ein schlagwortartiger Begriff ist, hinter dem ein wahrscheinlich wesentlich ausgeklügelteres Abkommen stehen könnte, zumindest angestrebt wird.

Aber Sie sehen an dieser ganzen Entwicklung, welche Zugwirkung so einfache Begriffe haben. Selbst ein versierter Diplomat benutzt es inzwischen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich mir schon alles gedacht, dass Sie so antworten, aber auch dieses Rätsel wird gelöst, nämlich die Frage: Wusste denn auch die andere Seite, die eigentlich ein No-Spy-Abkommen angeboten haben soll, überhaupt von einem No-Spy-Abkommen? Wussten die überhaupt jemals davon, oder wussten die von Verhandlungen zu was ganz anderem, was dann zwei Tage nach Pofalla diesen schönen Namen „No Spy“ bekommen hat?

Diese Frage wird auch aufgelöst hier in dem sehr informativen Artikel. Da kommt nämlich am 8. Januar, also sehr viel später - es sind inzwischen rein - - auch noch weitere andere Briefe - die Absage insgesamt aus Washington. Und den lese ich Ihnen jetzt noch mal vor, weil da wird ganz deutlich, dass das überhaupt nie bei den Amerikanern angekommen ist, jedenfalls nicht vor August, vorher. Da steht nämlich dann von Karen, also Karen Donfried, wiederum an „lieber Christoph“ ganz kurz und knapp:

> … dies wird kein No-Spy-Abkommen werden,

- und jetzt kommt das Entscheidende -

> und ich glaube, jeder hier

- also in Washington -

> auf unserer Seite hat das auch fortwährend die ganze Zeit über klar zum Ausdruck gebracht.

Das heißt, dieser Begriff „No-Spy-Abkommen“ - - Das mag ja stimmen, dass der in Deutschland für alles Mögliche benutzt wurde und als Hoffnungsträger und was auch immer, aber ganz offensichtlich nie von den Amerikanern oder von den US-Amerikanern und schon gar nicht als Angebot. - Das war meine Frage. Sie können sich dazu äußern, aber es beantwortet sich von selbst.

Zeuge Günter Heiß: Jetzt haben Sie mir eine Menge vorgelesen. Aber was war jetzt Ihre Frage?

(Heiterkeit)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist, ob das so gewesen ist, dass gegenüber den Amerikanern vor dem 14. August nie von No-Spy-Abkommen geredet worden ist und von der US-Seite auch nie dieser Begriff gebraucht worden ist, „No-Spy-Abkommen“.

Zeuge Günter Heiß: Ich gehe zurück. Vor ein paar Stunden habe ich bereits gesagt, dass einige Teilnehmer an der Besprechung in Washington am 5. August mir versichert haben, dass nach ihrer Erinnerung der Begriff „No Spy“ von der amerikanischen Seite benutzt worden ist. Ich habe so konkrete Erinnerungen daran - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Durch die Frau Donfried.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe so konkrete Erinnerung daran nicht; aber ich habe auch keinen Zweifel daran, dass mir meine Kollegen das zu Recht versichern.

Dass die Amerikaner unter sich und uns gegenüber diesen Ausdruck „No Spy“ nicht benutzt haben, das weiß ich nicht. Ich habe diese ganze

Nur zur dienstlichen Verwendung

Korrespondenz zwischen dem Kollegen Heusgen und Frau Donfried selbst nicht mitgestaltet. Danach hatten Sie übrigens vorhin auch gefragt. Daran waren wir nicht beteiligt. Für mich spricht aber überhaupt nichts dagegen, dass es dieses Schlagwort hier bei uns gegeben hat und dass es das auch sozusagen als kennzeichnendes Schlagwort für dieses anzustrebende Abkommen gegeben hat. Für mich spricht nichts dagegen, nur weil die Amerikaner diesen Begriff nicht rund um die Uhr benutzt haben. Ich kann mir vorstellen, dass die Amerikaner ohnehin nicht den ganzen Tag von einem Agreement mit Deutschland gesprochen haben. Die haben sehr viel andere Probleme und Vorgänge. Da ist dies natürlich ein wesentlich kleinerer und untergeordneterer Teil ihrer täglichen Aufgaben, als das es damals bei uns war. Damals war das eine zentrale, große Geschichte, weil wir die Snowden-Veröffentlichungen hatten und versuchten, über diese Snowden-Veröffentlichungen mit den Amerikanern zu einem Modus Vivendi und einem gangbaren Kooperationsabkommen zu kommen. Das war sicherlich politisch bei uns sehr viel zentraler, als es bei den Amerikanern war, wenn Sie mir diese Spekulation erlauben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Wenn derzeit keine Fragen sind,

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, doch!)

dann frage ich mal eben einmal rund, weil ich glaube, die anderen Fraktionen haben keine Fragen. Dann können wir direkt bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bleiben. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Heiß, das werde ich jetzt mal als Bemerkung los: Es ist schon auffällig, dass Sie bei ganz vielen Sachen sich nicht erinnern und sich auf Nichterinnerung berufen, Sie sich auch nicht erinnern können, wer das gesagt hat, dass die Amerikaner den Begriff „No Spy“ in den Raum geworfen haben. Aber die Nachricht senden Sie hier heute in öffentlicher Sitzung schon aus, dass Sie sozusagen vom Hören und Sagen ganz tief überzeugt sind, dass die Amerikaner diesen Begriff ins Spiel gebracht haben. Und man würde sich wirklich wünschen, dass Frau Donfried und viele andere hier kommen würden, um das mal aufzuklären, wer hier alles welche Schuld in die Schuhe geschoben bekommt, und dann weiß man noch nicht mal, wer es war. Und wenn ich Sie frage: „Können Sie sich erinnern, wer es gewesen sein könnte, der Ihnen diese Information gegeben hat?“, dann sagen Sie mir: -

Zeuge Günter Heiß: - Kommen Sie mal in mein Alter.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Touché! - Dann wenden wir uns mal anderen Themen zu. Ich bin vorhin auch unterbrochen worden bei der interessanten Fragestellung um die Frau K. L., -

Zeuge Günter Heiß: K. L.? Ach so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - diese Beamtin, die das Schwachstellengutachten geschrieben hat. Kommt das eigentlich häufig vor, dass Leute mit diesem Dienstgrad so spontan übers Wochenende ins Bundeskanzleramt bestellt werden?

Zeuge Günter Heiß: Wenn wichtigen Fragen zu klären sind, machen wir das - in Anführungsstrichen - „rund um die Uhr, 24/7“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es kommen häufig - -

Zeuge Günter Heiß: Das habe ich nicht gesagt. Wenn so wichtige Fragen zu klären sind - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau, deswegen frage ich nach, Herr Heiß. Sie haben mir diese Frage beantwortet: Wenn es die Umstände gebieten. Also deswegen: Kommt es häufiger vor, dass so ganz - -

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Es ist eher ungewöhnlich, dass jemand wie Frau K. L. ins Bundeskanzleramt nach Berlin geflogen wird, um dann in einer Präsidentenrunde unter Anwesenheit von Herrn Fritsche Rede und Antwort zu stehen?

Zeuge Günter Heiß: Es ist dann nicht ungewöhnlich, wenn es die gewichtigen Umstände erfordern, und es war auch nicht Frau K. L., die gesondert eingeflogen wurde, sondern, wie gesagt, das war Präsident, das war ein gewisser W. K., und ich glaube, U. war auch dabei. Also, es waren fast 20 Leute. Wir bedurften der Aufklärung zu sehr vielen verschiedenen Fragen, wozu dieses Schwachstellengutachten sicherlich auch gehörte, aber nicht nur.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was war denn an dem Schwachstellengutachten so bemerkenswert? Warum bedurfte es dafür dieser besonderen Sitzung? Ich meine, Sie sind alle beschäftigte Leute. Und dass man da jetzt eine einfache BND-Mitarbeiterin einlädt, dass sie ein Gutachten von vor sechs Jahre erläutern soll, das scheint ja ein ungewöhnlicher Vorgang zu sein; so haben Sie es ja auch eben beschrieben. Was war denn so ungewöhnlich?

Zeuge Günter Heiß: Also, wir haben das Schwachstellengutachten schon als solches erkannt, was es war: eine begleitende kritische Untersuchung zu möglichen Gefahren dieser Operation, nicht zu tatsächlichen - denn die war ja noch gar nicht angelaufen -, zu möglichen Gefahren. Aber wir haben es natürlich zu dem Zeitpunkt, als wir diese Nachfragen gemacht haben in dieser großen Runde im Kanzleramt, prognostizieren können, dass es die politische Öffentlichkeit und insbesondere Untersuchungsausschüsse und PKGr ausgesprochen interessieren wird, was es damit auf sich hat. Und immer wenn wir der Politik Rede und Antwort stehen müssen, machen wir natürlich besonders Dampf, um schnell eine präzise und gute Antwort vorbereiten zu können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann bitte ich Sie um genau diese, die Sie da ja so ordentlich vorbereitet haben. Was sind denn die Probleme, und was hat Ihnen denn Frau K. L. bezüglich des Schwachstellengutachtens geschildert?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich Ihnen nur noch ungenau sagen. Ich weiß, dass es Umstände waren, die dahin deuteten, dass die G-10-Filterung vielleicht nicht immer klappen könnte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Umstand war so gewichtig, und diese Erkenntnis war Ihnen so neu, dass man Frau K. L. ins Bundeskanzleramt lud?

Zeuge Günter Heiß: Das sind überhaupt keine neuen Erkenntnisse, sondern wir wollten uns das Gutachten erläutern lassen, was damit im Einzelnen gemeint war, zum Beispiel auch, indem wir daraus erkennen konnten, dass dieses Gutachten nicht auf laufende und schon bereits in praxi vorgenommene Vorgänge - -

(RD Philipp Wolff (BK) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff vom Bundeskanzleramt meldet sich. Ich kann jetzt noch nicht sagen, welchen Hintergrund das hat.

Zeuge Günter Heiß: Ja, Entschuldigung. Das ist eingestuft, nicht? Jetzt habe ich vergessen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Wenn es um konkrete Inhalte des Gutachtens geht, bitte ich, die in eingestufter Sitzung zu behandeln. Das haben wir auch in der Vergangenheit so gehandhabt bei dem Gutachten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann frage ich mal allgemein: Gibt es von dieser Sitzung mit Frau K. L. und diesen 20 Leuten denn ein Protokoll?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe in der Vorbereitung keines gesehen. Ist mir nicht bekannt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ist es üblich, über solche Sitzungen ein Protokoll anfertigen zu lassen?

(RD Philipp Wolff (BK) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Auch dazu habe ich hier schon ausgeführt. Ich glaube, das ist auch protokolliert, was ich zu der Frage „Protokoll“ gesagt habe, nämlich dass wir es geprüft hatten. Wir hatten damals auch zu den Teilnehmern und auch dem exakten Datum schon Ausführungen gemacht. Das müsste sich auch hier in den Protokollen befinden. Soweit mir erinnerlich, hatte ich damals gesagt, dass es kein Protokoll gibt und dass ich auch keines nachträglich fertigen würde. Ich glaube, das waren meine Worte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja praktisch, dass es von diesem Treffen - - Präsidenten, lauter wichtige Leute kommen zusammen, und genau von so einer Veranstaltung, wo so ganz normale Fragen geklärt werden, machen Sie kein Protokoll, Herr Wolff. Das ist so - ja?

RD Philipp Wolff (BK): Ich glaube, Herr von Notz, das waren auch damals Ihre Worte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja,

(Heiterkeit)

sehen Sie mal, in meinem Alter behandele ich eben auch die Sachen dann zweimal, und es erstaunt mich immer wieder aufs Neue. Ich sage mal: Leute, die aufklären wollen, die können ein Protokoll für so was vorweisen, Leute, die vertuschen wollen, die haben über solche Vorgänge dann eben keine Protokolle vorzuweisen.

RD Philipp Wolff (BK): Das weise ich zurück.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das denke ich mir. - Kommen wir mal zu anderen Sachen. Also, den Begriff „Selektoren“ haben Sie ja erst im März 2015 gehört, Herr Heiß.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der Begriff des Suchbegriffs oder Telekommunikationsmerkmal, das ist gängiger Sprachgebrauch gewesen?

Zeuge Günter Heiß: Ich darf vielleicht etwas präzisieren. Den Ausdruck „Selektoren“ kannte ich schon vorher,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ach! Jetzt doch?)

aber nicht für Suchbegriffe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeuge Günter Heiß: Für etwas, womit man etwas aussucht. Das ist ein Selektor.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie meinen, Sie kannten das Wort.

Zeuge Günter Heiß: Ich kannte das Wort, ja. Ich hatte mal Latein in der Schule, und dann kann man sich so was irgendwie merken.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht schlecht. Okay. - Aber Sie sprachen, wenn es um diese Suchbegriffe ging, in der Abteilung 6 immer von Suchbegriffen.

Zeuge Günter Heiß: Suchbegriffen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und uns ist ja hier berichtet worden im September 2014, dass 400 000 Suchbegriffe irgendwie eingestellt worden sein sollen, hier im Ausschuss. War seinerzeit die Anzahl der Suchbegriffe auch ein Thema bei Ihnen in der Abteilung?

Zeuge Günter Heiß: Was heißt „seinerzeit“?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben im September 2014, parallel zu dem, was hier der Ausschuss untersucht hat.

Zeuge Günter Heiß: Gut, wir haben uns natürlich berichten lassen. Aber, soviel ich weiß, anhand der Selektorenausschlussliste haben wir uns natürlich konkret über Suchbegriffe berichten lassen. Es war aber auch immer schon mal ein Bericht - ich erinnere an das PKGr -, wo es um Suchbegriffe ging, wo auch eine Anzahl von Suchbegriffen genannt wurde. Die 400 000, die Sie gerade nennen, ist aber eingestuft - nicht? -, wo die herstammen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Die sind aber uralt, nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und jetzt die Frage: Wussten Sie, dass auch amerikanische Suchbegriffe in Bad Aibling eingesteuert wurden?

Zeuge Günter Heiß: Ja. Das ist im PKGr erörtert worden, und im Hinblick darauf wurde ja auch dieses dreistufige Filtersystem erläutert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und können Sie da eine Zahl nennen, wie viel Suchbegriffe die Amerikaner eingesteuert haben und wie viel Suchbegriffe die Deutschen?

Zeuge Günter Heiß: Also, entweder ist es mir nicht erinnerlich, oder es wurde nicht gesagt. Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das nicht eine interessante Frage im Hinblick auf die Rechtskonformität dieses ganzen Verfahrens? Jeder einzelne Suchbegriff ist ja - - kann ja grundrechtsrelevant sein. Und haben Sie sich da als Rechts- und Fachaufsicht nicht für diese Suchbegriffe stärker interessiert?

Zeuge Günter Heiß: Mich hat besonders interessiert, inwieweit G-10-relevante Tk-Merkmale ausgefiltert werden, und das ist mir sowohl bei Kontrollbesuchen als auch im PKGr sehr nachvollziehbar erläutert worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also im Gegensatz zum Schwachstellengutachten würden Sie sagen, dass das System gut funktioniert hat?

Zeuge Günter Heiß: Mir ist erläutert worden, wie die Filterkaskaden funktionieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das weiß ich. Aber mir geht es darum, ob Sie überzeugt sind, dass das gut funktioniert hat.

Zeuge Günter Heiß: Ich war davon überzeugt, dass es funktioniert, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Funktioniert. - Gut funktioniert?

Zeuge Günter Heiß: „Gut“ ist eine Bewertung. Ich war davon überzeugt, dass die Filterkaskaden funktionieren, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - dass G-10-relevante Telekommunikationsmerkmale damit ausgefiltert werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie als Rechts- und Fachaufsicht nicht sagen, dass so ein Filter im Hinblick auf den Grundrechtsschutz gut funktionieren muss?

Zeuge Günter Heiß: Was funktioniert, ist immer gut.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das würde ich so nicht sagen!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eine Idee, warum die Operation „Eikonal“ beendet wurde?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Das habe ich inzwischen den Akten entnommen, ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Hat also nicht funktioniert!)

Ich weiß nicht. Das ist eingestuft, warum die beendet wurde - nicht?

RD Philipp Wolff (BK): Also, die Begründung für die Beendigung ist relativ simpel.

Zeuge Günter Heiß: Ja, die kann ich geben.

RD Philipp Wolff (BK): Die ist hier in öffentlicher Sitzung schon gefallen.

Zeuge Günter Heiß: Die Filterung im Anschluss an die Erfassung dauerte den Amerikanern schlichtweg zu lange. Das heißt, unser hohes Bestreben, einen möglichst guten, funktionierenden Grundrechtsschutz zu gewährleisten, war gewissermaßen das Hindernis, dass dieses „Eikonal“ fortgesetzt werden konnte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher kommt diese Erkenntnis, dass Sie glauben, dass „Eikonal“ aus diesem Grund eingestellt wurde? Denn es ist meiner Ansicht nach - -

Zeuge Günter Heiß: Ich war nicht dabei. Das entnehme ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Günter Heiß: Ich war nicht dabei. Das entnehme ich den Akten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In den Akten stehen viele Sachen, warum „Eikonal“ eingestellt wurde.

Zeuge Günter Heiß: Gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie noch andere Gründe außer dem, den Sie jetzt nennen?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das halte ich Ihnen nachher in nichtöffentlicher Sitzung gerne vor. - Sagt Ihnen XKeyscore etwas?

Zeuge Günter Heiß: Im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen von Snowden habe ich auch - - bin ich mit diesem Begriff konfrontiert worden, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher haben Sie ihn nie gehört?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie heißt denn das Programm, das in Bad Aibling und an anderen Erfassungsstellen und Datenverarbeitungsstellen des BND lief, das man von den Amerikanern erhalten hat und mit dem man Daten verarbeitet hat? Wie heißt das denn auf „BNDisch“?

Zeuge Günter Heiß: Keine Ahnung. Ich glaube, dass dort eine Vielzahl von Programmen läuft, und ich kann Ihnen sagen, dass ich nicht *einen* Namen dieser Programme kenne. Ich bin weder Techniker noch Softwarespezialist. XKeyscore war das erste Programm, glaube ich. Ich meine, Windows haben die bestimmt; aber XKeyscore war das erste Fachprogramm, von dem ich gehört habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was wurde Ihnen erläutert von BND-Seite nach den Snowden-Veröffentlichungen über die Verwendung von XKeyscore beim BND?

Zeuge Günter Heiß: Das ist eingestuft, oder?

(Der Zeuge wendet sich an RD Philipp Wolff (BK))

RD Philipp Wolff (BK): Soweit mir erinnerlich, wären entsprechende Vermerke tatsächlich eingestuft.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber man kann festhalten, dass Sie als Leiter der Abteilung 6 von XKeyscore so vor Snowden nie etwas gehört haben.

Zeuge Günter Heiß: Genau. Das ist nicht ungewöhnlich. Ich habe auch von anderer Software, die der BND benutzt, nichts gehört; denn der Ausdruck XKeyscore oder Prism oder -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tempora.

Zeuge Günter Heiß: - andere Dinge - Tempora, Boundless Informant oder was weiß ich - hätten mir ohnehin nichts gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wussten, dass Technik der Amerikaner eingesetzt wird.

Zeuge Günter Heiß: Ja, das lag in der Natur der Sache, weil ja die Anlagen in Bad Aibling ursprünglich amerikanisch waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, XKeyscore kam schon ursprünglich von den Amerikanern, vor 2001?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht. Das kann ich nicht sagen. Keine Ahnung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wundern sich als Rechts- und Fachaufsicht auf jeden Fall nicht darüber, dass amerikanische Technik da im Einsatz war?

Zeuge Günter Heiß: Ich hätte mich gewundert, wenn russische Technik im Einsatz gewesen wäre. Über amerikanische Technik wundere ich mich in dem Zusammenhang nicht, weil das ein gemeinsames SIGINT-Erfassungsprojekt ursprünglich war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo Sie Russland gerade ansprechen, Herr Heiß: Ist dann nicht so ein Tag wie gestern, bei dem sich rausstellt, dass Selektoren, die die USA einsetzen - ganz ähnlich wie russische Selektoren wahrscheinlich -, auch deutsche politische Ziele erfassen und beobachten in den Programmen, die Sie zusammen mit den Amerikanern einsetzen, die man gemeinsam an die Glasfaser geschoben hat? Sind das eigentlich so Erweckungsmomente für Sie, oder haben Sie damit immer schon gerechnet und das billigend in Kauf genommen? Oder ist gestern für Sie eine Welt zusammengefallen, weil ja eigentlich immer der Russe böse war und der Amerikaner gut? Beschreiben Sie mal, wie das ist, wenn Sie so was lesen in der Zeitung. Das interessiert mich.

Zeuge Günter Heiß: Also dass wir russische Selektoren benutzen, das weise ich jetzt erst mal mit Nichtwissen zurück. Das ist mir neu, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da bin ich schon mal beruhigt.

Zeuge Günter Heiß: - wenn das Ihre Frage war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Und dann war Ihre Frage, glaube ich, was ich empfunden habe, als ich gelesen habe, dass ... Da habe ich empfunden, dass es jetzt darauf ankommt, zu prüfen durch die zuständigen Behörden, ob das Authentizität hat oder ob das vielleicht Fakes sind, und dass das in Ruhe zu bewerten ist und dass die Bundesregierung dann aufgrund der Fachleute, die das zu bewerten haben, zu einem Urteil kommen wird.

Dass eine Welt für mich zusammengebrochen ist, kann ich nicht sagen. Ich darf vielleicht außerhalb der Tagesordnung sagen: Dazu gehört mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Diese Bewertung und dass man das in Ruhe prüft, das finde ich ja auch grundsätzlich richtig; aber die interessante Frage - und ich bringe sie ja nur auf, weil Sie jetzt von Russland gesprochen haben und dass man russische Technik jetzt in Bad Aibling nicht einsetzen würde, was ich grundsätzlich begrüße schon mal - ist ja, wie gutgläubig oder bösgläubig man in Kooperationen ist. Und jetzt als Chef der Abteilung 6

sagen Sie mir, dass man grundsätzlich amerikanischer Technik und den Kooperationen mit Amerika vertraut.

Zeuge Günter Heiß: Das sind Grundsätze, die eigentlich zwischen Nachrichtendiensten nie obwalten sollten und auch nicht obwalten. Dass wir vor die Selektoren Filter schalten müssen im Hinblick auf G-10-Schutz, das ist hier lang und breit erörtert worden. Das ist schon mal eine Kontrolle. Die andere Kontrolle - auch das ist lang und breit erörtert worden - war die Frage: Ist das MoA eingehalten im Hinblick auf europäische Interessen oder deutsche Firmen im Ausland?

Diese Kontrolle ist nachgeführt worden. Sie war vielleicht über Jahre zu wenig im Fokus. Das haben wir ja mit unserer Weisung und mit unserer Presseerklärung im Zusammenhang mit den Selektoren deutlich gemacht. Insofern kann ich nur sagen, an der Stelle sind wir lernfähig. Das war uns nicht klar, dass diese Seite des MoA in der Kontrolle durch den BND selbst vernachlässigt worden ist. Wir hatten keinen Anlass, diese Kontrolle infrage zu stellen. Ich kann aber nur sagen, für die Zukunft haben wir das im Auge, und das ist auch gewährleistet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr Heiß, da widerspreche ich Ihnen. Sie hatten Anlass. Seit den Snowden-Veröffentlichungen hatten Sie Anlass, und Sie haben sich ja auch auseinandergesetzt mit den Dingen. Und deswegen - - Ja, im Grunde war man spätestens nach Snowden - vielleicht nicht nach EADS und Eurocopter und 2005 - bösgläubig bezüglich dieser Kooperationen. Das haben Sie ja selbst gesagt. Sie haben sich die ganzen Dinge berichten lassen. So.

Zeuge Günter Heiß: Und daraus - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und bei Ihnen in der Abteilung, bei der Fach- und Rechtsaufsicht, ist niemand auf den Gedanken gekommen - oder es soll niemand auf den Gedanken gekommen sein -, dass die Selektoren ein Problem sind, sondern das musste der Unterabteilungsleiter alleine, dem jetzt allein die Schuld zugeschoben wird, wie dem BND überhaupt allein die Schuld an dieser ganzen Geschichte zugeschoben wird - - Dem wird das in die Schuhe geschoben.

Zeuge Günter Heiß: Ja, ich kann - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wieso hatte ein Unterabteilungsleiter sozusagen die Erkenntnis und irgendwie das Know-how, den BND so zu kontrollieren, wie Sie als Bundeskanzleramt dazu nicht in der Lage waren? Und würden Sie das als Fehler beschreiben?

Zeuge Günter Heiß: Ein Unterabteilungsleiter und seine Techniker haben selbstverständlich ein ganz anderes technisches Know-how, als das Kanzleramt es könnte. Wenn der Unterabteilungsleiter bestimmte Erkenntnisse, die möglicherweise berichtsrelevant und aufsichtsrelevant sind, nicht weiterleitet, dann sind das Tatsachen, die ich bedauern kann, die wir auch deutlich gemacht haben, dass wir sie nicht akzeptieren, die aber nun mal so geschehen sind. Ich kann an diesen Tatsachen jetzt nichts mehr ändern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es diesen Untersuchungsausschuss gäbe [sic!], Herr Heiß, dann hätten Sie bis heute keine Kenntnis von diesen Vorgängen. Finden Sie, dass da etwas systemisch irgendwie nicht funktioniert bei Ihnen?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, dass die parlamentarische Kontrolle gerade in diesem Untersuchungsausschuss ausgesprochen gut funktioniert hat; denn sonst wären wir möglicherweise an dieser Stelle noch nicht so weit. Denn noch mal: Die Erkenntnisse des Unterabteilungsleiters sind uns in der Tat erst auf diese Weise zugekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das stimmt doch - - Ich meine, Sie können jetzt nicht für die ganze Zukunft auf diesen lichtvollen Ausschuss setzen. Das ist schön, dass Sie da so positive Worte finden; aber wir werden ja zum Ende der Legislatur unsere Arbeit wahrscheinlich einstellen. Und wie soll zukünftig die Kontrolle besser funktionieren?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Deswegen, Herr Heiß, frage ich Sie noch mal: Sie sind hier als Fach- und Rechtsaufsicht für den BND. Ohne einen Unterabteilungsleiter, der vertuscht hat, und ohne diesen Untersuchungsausschuss, der eben dieses Beweismittel beantragt hat, wüssten Sie bis heute nach Ihren Ausführungen nichts von Zehntausenden von illegal gesteuerten Selektoren in Bad Aibling.

Und deswegen frage ich Sie: Wie wollen Sie in der Zukunft verhindern - durch Umorganisation, durch proaktiveres Agieren als Fachaufsicht oder wie auch immer -, dass Sie zukünftig diese Missstände selbst abstellen können?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben die entsprechenden Maßnahmen getroffen; das wissen Sie. Diese Dinge werden kontrolliert. Es werden im Augenblick ausschließlich Telekommunikationsmerkmale gesteuert und die übrigen gar nicht. Das konnten Sie auch im Übrigen den Medien entnehmen. Das sind die notwendigen Maßnahmen, die unbedingt zu treffen waren. Wir werden im Lichte des Ergebnisses dieses Untersuchungsausschusses möglicherweise noch weitere Maßnahmen treffen. Aber zunächst erst mal haben wir darauf Wert gelegt, dass diese dritte Stufe, nämlich europäische Interessen, deutsche Firmen, in einer Weise kontrolliert wird, die jetzt wesentlich effektiver sein wird, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Prüfen Sie jeden einzelnen Selektor ab jetzt?

Zeuge Günter Heiß: Ich persönlich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber prüft der BND jeden einzelnen Selektor, oder findet das wieder auf irgendeiner Unterabteilungsleiterebene statt, und wenn es da Probleme gibt, dann meldet der wieder nicht?

Zeuge Günter Heiß: Also ich denke mal, dass die Meldewege inzwischen so sensibel gestaltet sind, dass Präsident und wir sofort über irgendwelche Mängel informiert werden. Außerdem erfolgt diese Prüfung natürlich nicht, indem man jeden einzelnen Selektor in die Hand nimmt und ihn aufschraubt und guckt, was da drin ist, sondern das kann nur mit immer feiner gesteuerten Software-Programmen erfolgen, und das erfolgt.

Ich möchte noch bemerken, dass ich nicht davon ausgehe, dass das ein systemisch struktureller Fehler war, dass der Unterabteilungsleiter es nicht weitergeleitet hat. Für mich sieht es so aus, als fiele das unter die Rubrik „Es irrt der Mensch, solang er strebt“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mag sein, und wahrscheinlich stimmt das auch, also jetzt der schlaue Spruch. Aber hier waren alle Zeugen, die bisher da waren, voll des Lobes für Herrn D. B. Insbesondere der Präsident und andere haben gesagt, was für ein wertvoller Mitarbeiter er ist, und ich verstehe es auch so, dass er an allen Aufklärungsarbeiten derzeit im BND beteiligt ist. Man hat so das Gefühl, wenn man von außen draufguckt, dass ihm eigentlich niemand einen persönlichen Vorwurf macht - was schon erstaunlich ist. Und vielleicht hat er interessantes Wissen, was ihn da schützt irgendwie. Oder wie ist das eigentlich jetzt im Hinblick auf ein Disziplinarverfahren?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, es gehört zur - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liegt das beim Präsidenten oder bei Ihnen?

Zeuge Günter Heiß: Soviel ich weiß, beim Präsidenten. - Es gehört sicherlich zur dienstrechtlichen Fürsorgepflicht, dass die Vorwürfe, die einem einzelnen Beamten zu machen sind, nicht in die Öffentlichkeit getragen werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben davon gesprochen. Sie haben gesagt: Es irrt der Mensch, solang er strebt.

Zeuge Günter Heiß: Klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also. - Ich bin davon überzeugt, dass das ein durchaus tüchtiger Mitarbeiter ist -

Zeuge Günter Heiß: Ich habe auch keinen Zweifel.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ja, genau -, aber dass der halt eine Geschichte umgehangen bekommt, damit Sie hier alle sitzen können und sagen können: Wir haben damit nichts zu tun. Also ganz ehrlich, das Wort „Selektor“ habe ich erst im März 2015 gehört. - Das sagt uns die gesamte Führungsebene. Und dieser kleine Unterabteilungsleiter, der ist, wie hier schon Minister gesagt haben, wie der BND überhaupt zu hundert Prozent schuld. Das ist eben schon auch komisch, Herr Heiß, dass das so ist. - Gut. Trotzdem danke ich Ihnen herzlich für die Antworten.

Zeuge Günter Heiß: Gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir hätten noch, wenn keine weiteren Fragen mehr sind - ich sehe, das ist nicht der Fall -, eine Frage zu klären, nämlich die Frage von Herrn Ströbele. Herr Ströbele hatte gefragt - ich wiederhole die Frage noch mal -: Hatten Sie einen konkreten Verdacht gegenüber Herrn Vorbeck, dass er Geheimnisverrat begangen hat?

Die war noch offen. Da wollte noch geklärt werden, ob das beantwortet werden kann oder nicht. Herr Wolff?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war nicht meine Frage!)

- Nein, Sie sollen das ja gar nicht beantworten.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich darf doch meine Frage formulieren, wie ich will!)

- Ich hatte sie jetzt so wiedergegeben, wie ich sie aufgeschrieben hatte. War sie nicht so?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie nicht ganz mitbekommen!)

- Habe ich sie falsch wiedergegeben?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das konkreter gemacht. Ich habe gefragt, ob er einen konkreten Verdacht hatte, dass der Mitarbeiter V. - ich habe auch den Vornamen hinzugefügt; den lasse ich jetzt mal weg - an Journalisten, insbesondere vom *Spiegel* - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, das war -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich habe ich das gefragt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - nicht die Frage, sorry.

(Martina Renner (DIE LINKE): Doch! Ja, wirklich! Das stimmt!)

- Nein, von Journalisten vom *Spiegel* - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hören wir uns das Band noch mal an.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe es mir wörtlich aufgeschrieben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin zwar ein bisschen älter als Sie, aber ich habe offenbar ein besseres Gedächtnis.

(Martina Renner (DIE LINKE): Doch!)

Aber hundertprozentig. Da haben Sie dann wahrscheinlich irgendwas anderes nachgeguckt - Wichtiges natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber stellen Sie die Frage noch mal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich frage Sie noch mal, lieber Zeuge Heiß: -

Zeuge Günter Heiß: Lieber Abgeordneter!

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Hatten Sie im Jahre 2011 einen konkreten Verdacht dahin gehend, dass Ihr Mitarbeiter V. Informationen unerlaubt weitergegeben hat an Journalisten, insbesondere vom *Spiegel*?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff?

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur noch mal darauf hinweisen: Wenn eine Beantwortung der Frage möglich ist, ohne dass in das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Zeugen eingegriffen wird, sprich dass hier keine Verdachtsmomente entstehen, die sich irgendwie nachteilhaft auf ihn auswirken könnten, dann kann man die Frage meines Erachtens beantworten. Wenn anderes der Fall ist, dann bleibe ich dabei: dann nur in einer Form, die nichtöffentlich ist.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hauptsache, sie wird beantwortet!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Günter Heiß: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das muss der Zeuge jetzt beantworten, weil wir alle die Antwort nicht wissen.

Zeuge Günter Heiß: Genau. Ich versuche es. Ich möchte dazu beitragen, dass wir schiedlich-friedlich aus diesem Konflikt herauskommen, und ich möchte dazu sagen, dass kein Verdacht vorgelegen hat, der hinreichend konkret war, als dass wir daran Maßnahmen hätten anknüpfen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. Dann wäre die offene Frage auch noch beantwortet. - Wenn es nun keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, doch, doch!)

- Nein, nein, jetzt machen wir das Fass nicht noch mal auf.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, natürlich. Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe gerade eben gefragt, ob keine Fragen mehr sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das war zu einem Zeitpunkt, als ich noch davon ausgegangen bin, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dass die Frage gar nicht beantwortet wird.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass Herr Wolff bei seiner Auffassung bleibt, dass die Frage nicht beantwortet werden kann.

(Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ist er ja auch!)

Da die Frage jetzt versucht wurde - sage ich mal vorsichtig - zu beantworten, habe ich natürlich da Fragen, weil das war ja nicht eine einsame Frage, die ich mir ausgedacht habe, sondern - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann mache ich das auf jeden Fall so nicht noch mal. Aber, Herr Kollege Ströbele, fragen Sie weiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt frage ich Sie: Hatten Sie Hinweise in diese Richtung, die vielleicht für Maßnahmen nicht ausgereicht haben? Kann ja sein; das haben Sie jetzt betont. Aber hatten Sie Hinweise darauf?

Zeuge Günter Heiß: Dass wir keinen hinreichend konkreten Verdacht hatten, als dass wir daran Maßnahmen hätten anknüpfen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich ja schon gehört. Das haben Sie gerade schon gesagt. Ich frage jetzt - vielleicht nicht nur Verdacht, dass Sie Maßnahmen einleiten; da muss es ja schon ein weitgehend verifizierter Verdacht sein -, ob Sie Hinweise hatten.

Zeuge Günter Heiß: Ja, ich überlasse die Interpretation meiner Aussage Ihnen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein. Ich frage aber jetzt, -

Zeuge Günter Heiß: Ich sage nur, wir hatten keinen hinreichend konkreten Verdacht, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ob Sie Hinweise hatten.

Zeuge Günter Heiß: - als dass wir daran Maßnahmen hätten anknüpfen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Heiß, ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie in diesem Punkt - Sie sind ja sonst relativ auskunftsbereit und auskunftsfreudig manchmal sogar - diese einfache Frage nicht beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Er hat sie ja beantwortet, wie er es gerne möchte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ob er Hinweise hat, hat er nicht beantwortet. Ein Hinweis ist weniger als ein konkreter Verdacht, Herr Vorsitzender. Das muss ich Ihnen nicht erklären.

Zeuge Günter Heiß: Das ist zum Beispiel eine Frage, die man jetzt subsumtiv daraus ziehen kann, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hinweise hatten Sie.

Zeuge Günter Heiß: Aber ich habe das nicht gesagt. Nein, ich habe gesagt, wir hatten keinen hinreichend konkreten Verdacht, als dass wir Maßnahmen daran knüpfen konnten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann frage ich: Haben Sie Hinweise gehabt?

Zeuge Günter Heiß: Der Verdacht war nicht hinreichend konkret.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Günter Heiß: Ganz einfach.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also hatten Sie Hinweise, aber die waren nicht hinreichend konkret. Das ist ja eine Antwort.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, das hat der Zeuge nicht gesagt. Das haben Sie gesagt, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich?

Zeuge Günter Heiß: So ist es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch. Haben Sie das nicht?

Zeuge Günter Heiß: Nein, ich habe gesagt, wir hatten keinen hinreichend konkreten Verdacht, als Maßnahmen daran angeknüpft werden könnten.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das haben wir verstanden! Und jetzt war die Frage, ob Sie Hinweise haben!)

Zeuge Günter Heiß: Ich habe es ja auch fünfmal schon gesagt. Davon gehe ich aus.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und jetzt war die Frage, ob Sie Hinweise haben!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Kollege von Notz hat noch eine Wortmeldung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich will sagen: Auch bei Nachfragen - selbst bei einer so pointierten Zuspitzung, ob eine Frage generell beantwortet werden muss oder nicht - muss der Zeuge weiter wahrheitsgemäß antworten. Das ist nun mal so. Oder wir müssen eben die Frage tatsächlich klären lassen - das haben Sie jetzt elegant umgangen, Herr Wolff, weil so genau wollen Sie es dann doch nicht wissen -, dass hier eben ein Richter darüber

Nur zur dienstlichen Verwendung

entscheidet, ob diese Konstrukte, hinter denen sich hier versteckt wird, eben halten. Aber so geht das nicht. Wenn Nachfragen kommen, muss der Zeuge sie wahrheitsgemäß beantworten. Das ist nicht irgendwie so ein Punktesystem, wo man sagt: Jetzt waren wir schon so großzügig, dass ihr euch mit halben Wahrheiten zufrieden geben müsst. - So funktioniert das nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also ich habe eine Antwort des Zeugen gehört, und die hat er mehrmals festgestellt.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die Frage war aber, ob er Hinweise hatte! Die hat er nicht beantwortet!)

- Da hat er so nach bestem Wissen und Gewissen drauf geantwortet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kommen Sie denn zu dieser Interpretation, Herr Vorsitzender?)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr Vorsitzender - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil ich den Zeugen auch höre. Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Vorsitzender, vielleicht darf ich mal dazu eine Bemerkung machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gerne, immer. Das kann ewig dauern heute.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Also, Herr Vorsitzender, ich verstehe ja, dass Sie - vielleicht haben Sie sich auch darum bemüht in der Zwischenzeit - hier zu einem Kompromiss kommen wollten, um die Kuh vom Eis zu kriegen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich bemühe mich ständig; ständig bemühe ich mich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja alles nachvollziehbar, und das ist ja vielleicht auch Ihre Aufgabe. Aber trotzdem darf ich natürlich die Frage stellen: Haben Sie Hinweise gehabt? - Da kann der Zeuge sagen: „Ja“, „nein“ oder „Ich sage nichts“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, der Zeuge kann immer so antworten, wie er es für richtig hält, -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wahrheitsgemäß!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das darf er auch, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - genauso wie Ihnen niemand die Frage vorschreiben würde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber er kann nicht immer nur die Antwort auf eine ganz andere Frage wiederholen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat er ja nicht.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er muss wahrheitsgemäß antworten!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er muss wahrheitsgemäß die Frage beantworten. Dann kann ich - - Wenn ich ihn jetzt zum Beispiel frage: „Haben Sie die Hinweise aus der US-Botschaft gehabt?“, dann sagt er wieder: „Ich habe keinen Verdacht gehabt“ oder was. Aber die Frage stelle ich ja gar nicht, weil ich weiß, dass das problematisch ist, sondern ich will jetzt erst mal von ihm wissen, ob er Hinweise - - Ich verstehe gar nicht, dass man sich darüber hier noch streiten muss. Es haben alle zu viel Zeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also ich sehe die Frage jetzt als beantwortet an. Wenn nicht - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, ist nicht beantwortet!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In dem Fall müssen wir weitermachen. Gut.

Gibt es noch Fragen in öffentlicher Sitzung? Oder gleiche Fragen noch mal? - Wenn das nicht der Fall ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, dann beantrage ich - kann ich ja auch -, jetzt die ohnehin vorgesehene Pause zu machen und in nichtöffentlicher Sitzung zu klären, ob wir diese Frage an das zuständige Gericht zur Klärung weiterleiten. Also ich möchte mal sehen, was der - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich interpretiere das mal so, Herr Kollege Ströbele, dass Sie eine Beratungssitzung beantragen. - Okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Thema benannt, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Es wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, eine Beratungssitzung durchzuführen jetzt. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Ich sehe, das ist nicht die Mehrheit. Dann wird keine Beratungssitzung durchgeführt.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mit der Interpretation kommt er aber nie durch!)

Herr Kollege von Notz?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe noch Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, wunderbar. - Herr Kollege von Notz darf Fragen stellen, und dann gehen wir die Fragerunde einfach so weiter.

(Martina Renner (DIE LINKE): Genau!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher kamen denn Ihre Hinweise, Herr Heiß?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt verschlägt es ihm die Sprache!)

Zeuge Günter Heiß: Da muss ich auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann gab es ja doch Hinweise!)

Zeuge Günter Heiß: Weil es nichtöffentlich ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist keine Antwort. Warum ist das nichtöffentlich?

Zeuge Günter Heiß: Eingestuft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wem ist das eingestuft worden?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich alles erläutern in einer nichtöffentlichen Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es Unterlagen zu diesem Vorgang, Herr Heiß?

Zeuge Günter Heiß: Auch das ist nichtöffentlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, die Unterlagen sind nichtöffentlich, aber die Frage, ob es welche gibt oder nicht, das ist nicht Geheim. Das können Sie wohl wahrheitsgemäß beantworten. Gibt es Unterlagen zu diesem Vorgang?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Wir sichten gerade. Sie haben einen entsprechenden Beweisbeschluss gefasst, und bevor die Sichtung beendet ist, kann ich über Unterlagen nichts sagen. Und es muss auch noch, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn schon was gefunden?

Zeuge Günter Heiß: - wie immer, gesichtet werden, wenn man was findet. Ich sage nicht, dass wir was haben, sondern wenn man was findet, muss es gesichtet werden, und die Frage, ob es konsultiert werden muss, steht auch noch aus. Also ich kann über Unterlagen hier nichts sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es BND-eigene Unterlagen zu diesem Vorgang?

Zeuge Günter Heiß: Davon weiß ich nichts.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und beim Bundeskanzleramt?

Zeuge Günter Heiß: Wir sichten gerade und werden entsprechend dem Beweisbeschluss nach unserer Bewertung, wenn wir was haben, vorlegen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn schon was gefunden? Sind Sie da auf einem guten Weg?

Zeuge Günter Heiß: Ich bin nicht dabei, Akten zu suchen oder zu sichten. Das muss ich meinen Mitarbeitern überlassen. Da bitte ich um Verständnis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es bezüglich dieses Vorgangs in letzter Zeit Gespräche, Rücksprachen, Runden innerhalb des Bundeskanzleramts, die diesen Fall behandelt haben?

Zeuge Günter Heiß: Wir behandeln alle wichtigen Fälle in Runden und Gesprächen, und im Einzelnen unterliegt das der exekutiven Eigenverantwortung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist ein wichtiger Fall, entnehme ich den Umständen?

Zeuge Günter Heiß: Zumindest ist es ein Fall, wenn es denn ein Fall ist, der medial bisher Wirksamkeit entfaltet hat, und das ist immer wichtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da hat es in den letzten Wochen auch Runden zu gegeben?

Zeuge Günter Heiß: Das hatte ich beantwortet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht so, dass ich es verstanden hätte in meinem Alter. Deswegen bitte ich Sie, -

Zeuge Günter Heiß: Dann widerhole ich es gerne.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das noch mal zu beantworten.

Zeuge Günter Heiß: Dann wiederhole ich es gerne.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also dazu hat es die letzten Wochen Runden gegeben im Bundeskanzleramt?

Zeuge Günter Heiß: Über alle wichtigen Fälle haben wir Besprechungen im Kanzleramt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt mehrere Fälle, wie den Fall „Vorbeck“, oder - -

Zeuge Günter Heiß: Es gibt mehrere wichtige Fälle, die wir zu besprechen hatten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber der Fall „Vorbeck“ war Teil dieser Runden, die stattgefunden haben.

Zeuge Günter Heiß: Über die Gespräche, die wir einzeln in den Runden führen, glaube ich, muss ich hier nicht berichten, und das ist auch nicht Untersuchungsgegenstand.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, doch. Dieser Vorgang ist Untersuchungsgegenstand, und das interessiert uns, und deswegen stelle ich jetzt dazu Fragen, wenn das hier schon so kompliziert ist und man sich diesem Weg der Wahrheit annähern muss.

Waren denn diese Vorgänge um Herrn V. nach den Snowden-Veröffentlichungen Gegenstand von Beratungen oder Diskussionen?

Zeuge Günter Heiß: Ich kann keinen Zusammenhang mit Snowden-Veröffentlichungen sehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, in der Hinsicht, dass man gesagt hat: Also dass wir hier irgendwie schon doch auch Aufklärungsziele sind, wissen wir doch spätestens seit der Geschichte mit Vorbeck. - War das nach Snowden im Sommer/Herbst 2013 ein Thema?

Zeuge Günter Heiß: Das ist eine so konkrete Frage zu dem Vorgang, den ich, wenn überhaupt, nur nichtöffentlich beantworten kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum das? - Aber Sie werden das nichtöffentlich beantworten?

Zeuge Günter Heiß: Ich kann dazu nichtöffentlich gern was sagen, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Frau Kollegin Renner hatte noch Fragen, wenn ich das richtig gesehen habe. Da war eben noch eine Hand. Ich bin mir nicht sicher. Ich will keine Frage unterschlagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne jetzt noch mal bei der letzten Antwort anknüpfen und noch mal wissen wollen, warum diese Informationen nur in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln sind. Wenn das Material, das dem zugrunde liegt, erst gesichtet wird und möglicherweise der Einstufungsgrad noch gar nicht eruiert ist, kann man sich ja in der Sache jetzt nicht darauf zurückziehen, dass das auf Unterlagen fußt, die entsprechende Geheimschutzvorschriften tangieren. Wir reden auch hier nicht über einen Vorgang, der mit US-amerikanischer Seite konsultiert werden müsste. Worin liegt dann der Grund, dass wir nicht weiter hier öffentlich reden können?

Zeuge Günter Heiß: Dafür kann es regelmäßig viele Gründe geben. Einer der hier anzuziehenden Gründe ist, dass das Material möglicherweise eingestuft ist -

Martina Renner (DIE LINKE): Möglicherweise.

Zeuge Günter Heiß: - das ist noch nicht gesichtet -, zweitens, dass es sich um einen Personalvorgang handelt, wo also gewisse Rechte des Betroffenen auch zu schützen sind. Also, wie gesagt, da gibt es viele Gründe, und die können wir gern in nichtöffentlicher Sitzung erläutern.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber welcher Grund war es jetzt? Sie haben jetzt gesagt, es könnte viele Gründe geben, und Sie haben ja dann ein Potpourri an Vorschlägen gemacht. Das läuft hier aber ein bisschen anders. Also wenn wir nach den konkreten Gründen irgendwie fragen, warum eine Aussage nichtöffentlich getätigt wird, wollen wir nicht hören, welche Gründe möglich wären, sondern welche Gründe einschlägig sind.

Zeuge Günter Heiß: Gut, Entschuldigung, dass ich mich unpräzise ausgedrückt habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Diese Gründe waren kumulativ.

Martina Renner (DIE LINKE): Alles trifft zu?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, es ist eine Personalangelegenheit. Dann wird es ja auch dazu einen Personalvorgang geben, den wir dann

Nur zur dienstlichen Verwendung

ja auch sicherlich in den Akten bekommen. Die Unterlagen - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich gehe nicht davon aus, dass der Personalvorgang untersuchungsgegenständlich ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber der Zeuge hat sich gerade darauf berufen, dass - -

RD Philipp Wolff (BK): Sie haben gerade eine Aussage gemacht, dass Sie davon ausgehen, dass Sie den bekommen, und ich habe gesagt, dass ich nicht davon ausgehe, dass der Personalvorgang untersuchungsgegenständlich ist.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kommt darauf an, würde ich sagen!)

Martina Renner (DIE LINKE): Das kommt darauf an. Wenn das hier als Grundlage genommen wird für eine Aussage, -

RD Philipp Wolff (BK): Das bejahe ich. Und ich habe gesagt, ich gehe nicht davon aus.

Martina Renner (DIE LINKE): - dann müssen Sie eigentlich alle in der Sache - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also heute ist es ja wirklich etwas schwierig.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir wissen ja über die gesamte Personalie schon etwas mehr, als wir jetzt gerade ansprechen. Das ist ja auch okay. Da gibt es ja noch weitere Vorgänge drüber, über die auch sogar öffentlich schon in Zeitungen geschrieben worden ist. Also von daher müssen wir doch jetzt mal gucken, wie wir mit dem Vorgang umgehen.

Ich hatte es jetzt so vernommen, dass in eingestufter oder nichtöffentlicher Sitzung über den Rahmen etwas mehr gesagt werden kann. Sehe ich das richtig?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie hatten nicht gesagt, Sie können gar nichts sagen, sondern Sie würden uns in eingestufter Sitzung über die ganze Rahmengeschichte etwas mehr erzählen können - richtig?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Also Sie haben sich ja kumulativ jetzt darauf berufen, die Aussage hier in öffentlicher Sitzung zu verweigern. Das heißt, es ist ein AND betroffen, es ist eine Personalangelegenheit, und es handelt sich um eingestuftes Material.

Zeuge Günter Heiß: Ich gehe davon aus, dass das Ergebnis der Untersuchung und der Prüfung sein wird. Die ist noch nicht abgeschlossen. Deswegen habe ich das vorhin etwas hypothetisch gesagt. Ich glaube, ich habe den Beschluss erst heute Morgen früh gekriegt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, dann haben wir jetzt die Situation, dass wir auf Grundlage einer hypothetischen Annahme hier keine Auskunft bekommen. Das ist auch - -

(Tankred Schipanski (CDU/CSU): In öffentlicher Sitzung selbstverständlich!)

- Ja, in öffentlicher Sitzung, was die Regel ist, wenn man in das UAG guckt - ja?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Über diesen Punkt hinaus, der ja kein leichter ist, frage ich mal: Gibt es denn in öffentlicher Sitzung noch weitere Fragen? - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwei Fragen, wenn Sie sie beantworten; sonst muss ich sie variieren. Hatten Sie im Jahr 2011 oder danach Unterlagen bekommen, die einen Verdacht, wenn auch keinen hinreichenden Verdacht, begründeten bezüglich von Vorwürfen gegen Herrn V.?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Sie sprechen von Informationen über - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, Unterlagen.

Zeuge Günter Heiß: Unterlagen. - Auch das werde ich nur in nichtöffentlicher Sitzung sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Also vorher hatten Sie ja gesagt, ob Unterlagen da sind, wissen Sie nicht. Das muss erst noch geklärt werden.

Zeuge Günter Heiß: Moment, es wird gesichtet, dass - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ob Sie welche bekommen haben, müssen Sie eigentlich erinnern.

Zeuge Günter Heiß: Das wird geklärt gerade.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?

Zeuge Günter Heiß: Ob es Unterlagen gibt und welche Unterlagen da sind und ob die vorgelegt werden, wird unter Berücksichtigung des Beweisbeschlusses, den ich erst heute Morgen gesehen habe, geklärt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das habe ich ja gar nicht gefragt, sondern ob Sie Unterlagen bekommen haben.

Zeuge Günter Heiß: Aber das war meine - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ja sein, dass die gar nicht mehr da sind, -

Zeuge Günter Heiß: Aber das war meine Antwort.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in der Spree liegen oder sonst wo oder was weiß ich, was mit denen geschehen ist, Sie sie zurückgegeben haben. Kann ja alles sein. Sondern ich habe einfach nur die ganz einfache Frage gestellt, ob Sie solche Unterlagen bekommen haben 2011 oder danach.

Zeuge Günter Heiß: Das verstehe ich. Aber auch die Art der Kommunikation in diesem Fall unterliegt der - - ist eine Verschlusssache. Das werde ich nur in nichtöffentlicher Sitzung preisgeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie im Jahr 2011 Hinweise darauf, dass Kommunikation im Kanzleramt oder Kommunikation mit dem Kanzleramt oder im Kanzleramt illegal ausspioniert wird, abgehört wird?

Zeuge Günter Heiß: Man findet immer in Medien irgendwelche Dinge, wo man sich fragt: Wo könnte das abgeflossen sein?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich rede ja jetzt nicht vom Handy der Kanzlerin. Das war ja später.

Zeuge Günter Heiß: Ich rede von 2011. Man findet immer wieder in den Medien irgendwelche Meldungen, wo man sich fragt: Wo könnte das abgeflossen sein? Dass so was auch im Kanzleramt abfließen kann, ist nicht ausgeschlossen. Das habe ich nie ausgeschlossen. Und ich denke, auch 2011 habe ich irgendwelche Medienmeldungen gesehen - woran ich mich jetzt nicht konkret erinnern kann -, wo ich sagen könnte: „Hey, wo ist denn das hergekommen?“, und ich kann nie ausschließen, dass es nicht vielleicht auch aus dem Kanzleramt abgeflossen ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das passiert immer wieder wahrscheinlich, ja.

Zeuge Günter Heiß: Beklagenswerterweise.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat sich das Kanzleramt ja auch schon beklagt darüber, dass es solche Medienmeldungen gibt. Aber ich frage jetzt, ob solche Medienmeldungen auch in Zusammenhang gestellt worden sind - nicht Medienmeldungen; die waren ja sowieso in der Zeitung -, sondern ob solche Spionage oder Abschöpfen von Informationen auch Herrn V. betrafen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Medienmeldungen über Herrn V. in 2011?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht Medienmeldungen. Sondern hatten Sie Informationen oder Hinweise auf Ausspionieren der Kommunikation von Herrn V.?

Zeuge Günter Heiß: Darauf hatte ich keine Hinweise, dass Herrn V.s Kommunikation ausspioniert worden ist. Das darf ich vielleicht so weit sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das ist auch schon mal eine Antwort.

Zeuge Günter Heiß: Ich bin ja kooperativ, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Manchmal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt würde ich ganz kurz fragen, ob Frau Renner noch Fragen hat,

(Martina Renner (DIE LINKE): Ja!)

weil Herr von Notz sich gemeldet hat. Ich will nur nicht, dass einer übersehen wird. - Frau Kollegin Renner, und dann kommt der Kollege von Notz dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Heiß, ich hatte Sie jetzt so verstanden: Auch 2011 hat man sich schon Gedanken gemacht darüber, ob Informationen, die in Medien zu lesen sind, möglicherweise auch aus dem Kanzleramt stammen könnten.

Zeuge Günter Heiß: Das ist an der Tagesordnung. Wir lesen ständig etwas in den Zeitungen, und bevor wir den vielleicht ferner liegenden Verdacht äußern, es könnte auch woanders abgeflossen sein, überlegen wir natürlich auch, ob es nicht vielleicht auch aus dem Kanzleramt stammen könnte. Wir machen zum Beispiel in solchen Situationen auch es den Kollegen zur Pflicht, dienstliche Erklärungen dazu abzugeben - so was kommt immer mal wieder vor -, um sicher zu sein, dass wir also das getan haben, was wir tun können.

Wir haben auch schon mal überlegt, ob wir nicht eine Strafanzeige erstatten sollten. Das ist lange in der Prüfung, und da ist natürlich die Frage immer, auch die politische Frage: Wie effektiv ist das? Lässt sich überhaupt was nachweisen?

Ich will es mal auf den Punkt bringen: Ohne wirklich Smoking Gun ist es ausgesprochen schwierig.

Martina Renner (DIE LINKE): Also Sie sprachen jetzt von fernliegend und naheliegend. Also wir haben die letzten Monate eher erfahren, dass vom Bundeskanzleramt als naheliegend immer der Untersuchungsausschuss oder das PKGr angesehen wurde und als Letztes, fernliegend, das eigene Haus. Deswegen wundert es mich jetzt, dass Sie quasi diese Causa mehr in die Richtung wenden, zu sagen: Wenn so etwas in der Öffentlichkeit ist, dann gucken wir auch im eigenen Haus.

Aber mal dahingestellt, dass das vielleicht 2011 so gewesen ist - heute sieht es etwas anders aus -: Was macht man dann neben der Frage, ob man Strafanzeige erstattet? Gibt es so etwas wie eigene Untersuchungen?

Zeuge Günter Heiß: Es gibt die Möglichkeit, die ich gerade geschildert habe, dienstliche Erklärungen darüber anzufordern. Das wird auch getan. Man kann natürlich auch versuchen, Untersuchungen zu machen. Aber man muss natürlich in irgendeiner Form einen Hinweis, einen Anlass haben.

Also noch mal: Man muss irgendwie eine Smoking Gun haben, um dem nachzugehen. Ins Blaue hinein ist es ausgesprochen schwer, Untersuchungen zu machen, zumal Verwaltungsuntersuchungen natürlich ohne Exekutivbefugnisse auskommen. Wenn man eine Anzeige erstattet und konkrete Hinweise damit verbindet, dann könnte es natürlich im Wege eines Ermittlungsverfahrens auch zu Exekutivmaßnahmen kommen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): In dem Zusammenhang dieses Vorgangs, über den wir jetzt hier reden und der ja auch Beweisthema ist, sind denn da dienstliche Erklärungen abverlangt worden?

Zeuge Günter Heiß: Der Verdacht war nicht hinreichend konkret, als dass wir irgendwelche Maßnahmen daran hätten anknüpfen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist es vollkommen abwegig, die Vorstellung, dass man, um aus einem Verdacht einen konkreten Verdacht und dann auch einen Hinweis zu machen, vielleicht auch über den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gegen Mitarbeiter nachdenkt?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel ist im Gesetz geregelt. Er dient der nachrichtendienstlichen Informationserhebung, und was Sie ansprechen, wäre vermutlich nur im Rahmen eines Strafverfahrens möglich, und da sind die entsprechenden Regelungen §§ 100 ff. der StPO mit so hohen Schwellen versehen, dass mit Sicherheit hier derartige Exekutivmaßahmen wohl nicht hätten Platz greifen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben ja jetzt parallel diesen Vorgang gerade, MAD bespitzelt in Causa „G36“. Also, ich sage mal: Es gibt das Gesetz, und es gibt die Realität der Geheimdienste, und dazwischen ist ein Canyon.

Zeuge Günter Heiß: Wenn Sie mich das fragen sollten, kann ich darauf sagen, dass mir das nicht bekannt ist, dass der MAD so etwas getan hat, und dass mir Aussagen bekannt sind darüber aus dem PKGr, dass das nicht der Fall ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Günter Heiß: Deswegen möchte ich das hier auch - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist aber auch nicht Untersuchungsgegenstand, so interessant ich dieses Thema finde.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber - -

Zeuge Günter Heiß: Sehr verehrter Herr Vorsitzender, ich möchte das hier nicht so stehen lassen, um mir nicht nachsagen zu lassen, ich hätte das unwidersprochen hingenommen, diesen ungeheuren Verdacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich sage mal so: Das Mittel der dienstlichen Erklärung ist natürlich etwas schwach, weil da kann ja der Mitarbeiter immer schreiben: „Ich war es nicht“, und dann wird das abgeheftet. Das ist konsequenzlos.

Was gibt es denn noch? Sie haben gesagt, es gibt weitere Maßnahmen. Was muss ich mir darunter vorstellen? Wie geht man dem nach neben dienstlicher Erklärung? Oder ist das das ganze Besteck, was man dann zeigt?

Zeuge Günter Heiß: Ich hatte das bereits gesagt. Es gibt die Möglichkeit, eine Anzeige zu erstatten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Das ist nur Erfolg versprechend, wenn man irgendwelche konkreten Hinweise hat, die weiterführen könnten. Im Übrigen kann man natürlich auch Verwaltungsermittlungen anstellen. Das geht aber ohne konkreten Hinweis genauso wenig, allerdings mit dem Nachteil, dass man keine Exekutivbefugnisse hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Verwaltungsermittlungen heißt - -

Zeuge Günter Heiß: Verwaltungsermittlungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer ermittelt dann?

Zeuge Günter Heiß: Gut, da wird ein Ermittlungsführer eingesetzt, der dann das zu untersuchen hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wenn das so ein kompliziertes Verfahren ist, so etwas nachzuweisen, weil man diese hohe Hürde der Strafanzeige hat, die man wahrscheinlich nie erreicht, und dieses schwache Instrument der dienstlichen

Nur zur dienstlichen Verwendung

Erklärung, ist es dann nicht vielleicht doch möglich, dass man solche Probleme mit Versetzungen löst?

Zeuge Günter Heiß: Der Rechtsstaat ist nun mal der Rechtsstaat, und die entsprechenden Maßnahmen, die grundrechtsschützend sind und -bewahrend, sind entsprechend kompliziert. Da gebe ich Ihnen recht. Eine Versetzung hat nicht stattgefunden, und ich wüsste auch nicht, warum dies ein Instrument wäre, irgendwelche Abflüsse zu steuern.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Herr Kollege von Notz hat aber noch eine Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Aber könnte man dann, wenn das so kompliziert ist mit den rechtlichen Hürden, Herr Heiß, nicht auf die Idee kommen, vielleicht einen befreundeten Dienst zu fragen, ob die da irgendwas haben?

Zeuge Günter Heiß: Also Sie bringen mich da echt auf Ideen. Auf die Idee würde ich nie kommen, einen befreundeten Dienst gegen einen deutschen Staatsbürger einzusetzen. Das läge mir fern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das Problem ist ja ein gravierendes. Können Sie vielleicht sagen, was der auslösende Fall war, über den wir hier sprechen? Welche Geschichten, die in die Öffentlichkeit gekommen sind, waren das denn, die so interessant waren im Jahr - -

Zeuge Günter Heiß: Ich habe jetzt keinen speziellen Fall im Auge, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren das mehrere Geschichten?

Zeuge Günter Heiß: - sondern ich habe lediglich gesagt, dass es immer Zeitungsmeldungen gibt, die eigentlich nur auf Abflüsse zurückgehen können, weil es Verschlusssachen sind, und dass man sich immer überlegt: „Wo könnte das herkommen?“, und dass wir auch im eigenen Bereich das problematisieren und entsprechende Maßnahmen, so schwach sie auch sein mögen, Frau Renner, versuchen zu treffen, um dem zu steuern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich, Herr Heiß. Aber es geht ja jetzt hier um einen konkreten Fall, und deswegen frage ich Sie als Zeuge, ob Sie Fälle aus den Jahren 2010 oder 2009, 2010, 2011 erinnern, wo Ihnen dieser Verdacht konkreter als in dieser pauschalisierten Form gekommen ist.

Zeuge Günter Heiß: Durch Medienveröffentlichungen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie keine konkreten Fälle?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist das eigentlich bei Beamten in Ihrem Haus? Ist das dienstrechtlich untersagt, dass die Kontakte zu Journalisten haben?

Zeuge Günter Heiß: Ja, soviel ich weiß, gibt es da eine Hausverfügung. Es gibt eine Hausverfügung, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit wann gibt es die?

Zeuge Günter Heiß: Weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also seitdem Sie da sind, gibt es die.

Zeuge Günter Heiß: Ich gehe davon aus, dass es jetzt nicht jüngst ist. Die gibt es schon länger.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist eine interessante Frage. Es könnte ja sein, dass das -

Zeuge Günter Heiß: Nein, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - eine Verfügung, die intern die Vorbeck-Verfügung genannt wird - - Dann wäre das natürlich interessant zu wissen, dass das im Nachklapp zum Jahr 2011 - -

Zeuge Günter Heiß: Soviel ich weiß, gibt es die schon deutlich länger.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Und nach dieser Verfügung ist es Beamten des Hauses verboten, Kontakte zu Journalisten zu unterhalten?

Zeuge Günter Heiß: Ich kann Ihnen die Formulierungen nicht jetzt wörtlich sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber sinngemäß.

Zeuge Günter Heiß: Sinngemäß ist das so, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Also man will - ich frage jetzt noch mal umgekehrt - explizit nicht, dass Beamte in Verantwortung durchaus auch Pressekontakte unterhalten. Das will man nicht.

Zeuge Günter Heiß: Ich kann Ihnen das nicht wörtlich sagen. Pressekontakte könnte ja auch zum Beispiel sein, dass man zu irgendeinem Sommerfest eines Presseorgans geht. Auch das ist ein Pressekontakt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, es geht nach teleologischer Auslegung darum, dass die Pressediktion, die Mediendiktion des Kanzleramtes gewissermaßen in einer Hand ist, nämlich beim Pressesprecher bzw. in der Leitungsebene. Und das ist damit intendiert. Das ist jedenfalls meine Auslegung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie würden sagen, wenn Dinge öffentlich werden aus dem Bundeskanzleramt, aus Ihrer Abteilung 6, dann können die nur über Sie persönlich oder den Pressesprecher öffentlich werden, sonst würde ein Rechtsverstoß dienstrechtlicher Natur vorliegen.

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, dass die politische Leitungsebene auch dieser Hausverfügung nicht unterliegt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, klar. Aber ich meinte jetzt eben auf Beamtenebene.

Zeuge Günter Heiß: Beamten ist es, soviel ich weiß - also, wie gesagt, ich sage es zum dritten Mal; ich kenne es nicht auswendig -, nicht erlaubt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Gibt es weitere Fragen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Ich schlage, wie gewohnt, vom Text folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Günter Heiß am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, den bitte ich, so zu beschließen. - Herzlichen Dank. - Gegenstimmen? - Ich sehe, das ist einstimmig, wenn ich keinen übersehen habe.

Bevor wir in die nichtöffentliche Vernehmung des Zeugen Günter Heiß einsteigen, folgt zunächst die öffentliche Vernehmung des Zeugen Ronald Pofalla.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich danke Ihnen schon mal, Herr Heiß, dass Sie uns in öffentlicher Sitzung zur Verfügung gestanden haben, viele Fragen zu stellen. Im Anschluss, nach der Vernehmung des Zeugen Pofalla, schließt sich dann die nichtöffentliche Sitzung an. Bis dahin können Sie sich ein bisschen von dieser Sitzung erholen.

Zeuge Günter Heiß: Wovon?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde nun bitten, den nächsten Zeugen in den Sitzungssaal zu führen. Die Sitzung ist für - ich glaube, das geht relativ zügig - fünf Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von
17.34 bis 17.42 Uhr)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung des Untersuchungsausschusses erneut und weise darauf hin, dass Ton- und Bildaufnahmen ab jetzt sowohl im Saal hier unten, aber auch von der Galerie nicht mehr gestattet sind. Die meisten von Ihnen waren ja bisher schon in der Sitzung. Von daher kennen Sie diesen Hinweis. Ich bitte, sich auch weiterhin daran zu halten.

Vernehmung des Zeugen Ronald Pofalla

Begrüßen darf ich nun unseren Zeugen Herrn Ronald Pofalla. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Pofalla, Sie haben die Ladung am 16. Juni 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich stelle fest, dass Sie von keinem Zeugenbeistand begleitet sind.

Herr Pofalla, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder 15 des Untersuchungsausschussgesetzes treffen kann, wir also die Sitzung in nichtöffentlicher oder eingestufter Sitzung fortführen können und dann die entsprechenden Fragen stellen können. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ohne durch Nachfragen der Ausschussmitglieder unterbrochen zu werden. Danach werde ich Sie befragen. Im Anschluss erhalten die Mitglieder des Ausschusses für ihre Fragen das Wort. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich darf Sie nun bitten, zum Beginn Ihrer Ausführungen sich

Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Ronald Pofalla: Mein Name ist Ronald Pofalla, ich bin 56 Jahre alt, von Beruf Diplom-Sozialpädagoge und Rechtsanwalt, übe derzeit die Funktion des Generalbevollmächtigten der DB AG aus, und die ladungsfähige Anschrift ist [redacted]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Wünschen Sie dies?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich würde davon gerne Gebrauch machen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeuge Ronald Pofalla: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin gerne gekommen, um im Rahmen des mir Möglichen bei der Aufklärung der Vorgänge rund um die NSA und der Zusammenarbeit von BND und NSA zu helfen. Bevor ich aber auf einzelne Fragen eingehe, die mir aufgrund der öffentlichen Berichterstattung und der öffentlichen Diskussion wichtig erscheinen, möchte ich einige Vorbemerkungen machen.

Erstens. Sollte es Verfehlungen in der Zusammenarbeit von BND und NSA gegeben haben, müssen diese aufgeklärt und daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Das ist für mich keine Frage. Ich will das gleich an den Anfang meiner Ausführungen stellen. Nach diesem Grundsatz habe ich auch und insbesondere im Sommer 2013 gehandelt.

Zweitens. Trotzdem ist manches, was berichtet wird, objektiv falsch und entspricht nicht den Tatsachen. Darauf werde ich zum Teil im Folgenden eingehen. Die Berichterstattung seit den Veröffentlichungen von Edward Snowden ist geprägt von Interpretationen und Einschätzungen, die vielfach nicht der Realität entsprechen und damit falsch waren und sind. Diese falschen Interpretationen haben aber bis heute in weiten Teilen die öffentliche Debatte bestimmt. Auch darauf werde ich eingehen.

Drittens. Die Zusammenarbeit zwischen BND und der NSA war und ist - davon bin ich zumindest überzeugt - für die Sicherheit unserer beiden Länder von zentraler Bedeutung. Es sind Anschläge auf deutsche und amerikanische Soldaten in Afghanistan verhindert worden, in einem Umfang, wie ich mir das vor der Aufnahme meiner Tätigkeit als Kanzleramtsminister nicht hätte vorstellen können. Durch die Übermittlung von Auslandsdaten des BND an unsere amerikanischen Partner wurden nach Angaben der NSA pro Woche drei bis vier IED-Anschläge auf US-Soldaten in Afghanistan abgewendet. Deutschland war nach meiner Einschätzung einer der größten Zulieferer für den Schutz dort eingesetzter US-Soldaten.

Durch die eigene Analyse der bei der Auslandsaufklärung durch den BND gewonnenen Daten sind alleine zwischen Januar 2011 und August 2013 19 Anschläge gegen deutsche Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan verhindert worden. Die verhinderten Anschläge in Deutschland aufgrund der Hinweise der Amerikaner kommen noch hinzu.

Viertens. Warum erinnere ich daran? Weil ich mir Sorgen um diese - für uns mehr übrigens als für die Amerikaner - notwendige Zusammenarbeit mache, und das aus zwei Gründen: zum einen, weil die Vielzahl der öffentlich publizierten Einzelheiten in den beiden letzten Jahren - - professionelle Analytiker längst unsere Sicherheitslücken analysieren könnten bzw. können. Ich rede nicht gegen eine öffentliche Berichterstattung und öffentliche Aufdeckung; aber viele Fälle, in denen geheimhaltungsbedürftige Tatsachen dem PKGr im Sommer des Jahres 2013 mitgeteilt wurden, wurden unmittelbar oder nur wenige Tage später öffentlich gemacht und von den Medien aufgegriffen. Ich zumindest für meine Person rate allen handelnden Personen, das zu ändern. Es schadet unserer Sicherheit, der Sicherheit der Menschen in Deutschland und der

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten im Ausland.

Zum anderen mache ich mir Sorgen um die Zusammenarbeit, weil die Amerikaner an dieser Zusammenarbeit mit dem Abzug wesentlicher Teile ihrer eigenen Truppen in Afghanistan ohnehin immer weniger Interesse haben könnten und angesichts der Veröffentlichung über ihre Arbeit wohl auch immer weniger Interesse haben.

Um es noch mal klar zu sagen, damit ich da nicht falsch verstanden werde: Wenn es Rechtsverstöße der NSA gibt, dann sollten diese aufgedeckt, beanstandet und da, wo es notwendig ist, auch geahndet werden. Wenn aber über geheime Programme der Amerikaner, ihre Softwareprogramme, über ihre Technik, über ihre Analysefähigkeiten ausführlich berichtet wird, werden sie sich still zurückziehen, um ihre eigenen Sicherheitsinteressen zu schützen. Das würde die Sicherheit in und außerhalb Deutschlands nach meiner festen Überzeugung beeinträchtigen.

Ich weiß, wie schwer die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu wahren ist - und um diese Balance muss übrigens auch immer wieder neu gerungen werden -; seit etwa zwei Jahren vermisse ich aber in der öffentlichen Debatte die Diskussionsbeiträge, die auch auf unsere - wirklich auf unsere - vitalen Sicherheitsinteressen hinweisen. Die haben wir, und die hatten wir.

Fünftens. Es ist nicht selbstverständlich, dass Deutschland im Wesentlichen von Anschlägen bisher verschont worden ist. Versuche, uns zu schaden, hat es genügend gegeben. Es hat auch etwas mit der guten Arbeit unserer Dienste, ihrer guten Zusammenarbeit in Deutschland und mit ihrer internationalen Vernetzung zu tun. Dies sollte angesichts der vorherrschenden Berichterstattung ausdrücklich hervorgehoben werden. Ich jedenfalls möchte mich an dieser Stelle hier im Untersuchungsausschuss bei den deutschen Diensten, dem BKA und der Bundespolizei bedanken für die Wahrung unserer aller Sicherheit. Herzlichen Dank dafür!

Bevor ich jetzt auf einzelne Aspekte eingehe, die in diesem Untersuchungsausschuss eine Rolle spielen, möchte ich jedoch auch darauf hinweisen, dass einzelne Vorgänge Jahre zurückliegen und ich naturgemäß alles nur nach bestem Wissen und Gewissen aus der Erinnerung darlegen und Ihre Fragen beantworten kann. Alles, was ich heute berichte, steht ausdrücklich unter dem Vorbehalt der Richtigkeit meiner Erinnerung an Gespräche und Geschehnisse.

Jeder Kanzleramtsminister wird täglich mit einer Masse von Vermerken und Berichten konfrontiert. In meiner Amtszeit als Kanzleramtsminister fiel zudem eine Vielzahl von Entscheidungen, die auch für eine Bundesregierung nicht zum Tagesgeschäft gehörten, wie zum Beispiel, wie man ja in diesen Tagen übrigens wieder sieht, die europäischen Rettungspakete zur Rettung des Euros. Für diese gab und gibt es keine historischen Vorläufer. Der Klärungsbedarf innerhalb der Bundesregierung war deshalb außergewöhnlich hoch. Erinnern will ich aber auch noch an die Haushaltskonsolidierung oder die Überführung der Bundeswehr von einer Wehrpflichtigen- in eine Freiwilligenarmee oder die Energiewende, um nur drei Beispiele zu nennen. Das alles wurde vom Kanzleramt koordiniert, unter Wahrung der Zuständigkeit der Bundesministerien.

Mit der Aufsicht - und da lege ich persönlich größten Wert drauf -, nicht der Leitung des BND ist schon seit vielen Jahrzehnten eine eigene Abteilung, die Abteilung 6 des Kanzleramtes, beschäftigt, die in meiner Zeit jeweils von einem Abteilungsleiter, zunächst von Herrn Klaus-Dieter Fritsche und später von Herrn Günter Heiß, geleitet wurde. Geleitet wurde der BND in meiner Zeit zunächst von Herrn Ernst Uhrlau und dann von Herrn Gerhard Schindler. Alle genannten Personen hatten mein volles Vertrauen. Jeder hatte eine klare Aufgabe, und im Rahmen dieser Aufgabenstruktur tat jeder seine Arbeit.

Die Funktionsabläufe werden Ihnen erklärt worden sein. Dienstags war der Nachrichtentag im Kanzleramt, unter anderem mit der ND-Lage. Wenn Dinge besprochen werden mussten, hatten die vorgenannten Herren stets die Möglichkeit, mit mir darüber persönlich oder telefonisch zu sprechen. Dasselbe galt auch für die zuständigen

Nur zur dienstlichen Verwendung

beamteten Staatssekretäre des Innenministeriums, des Justizministeriums, des Verteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amtes, die auch mit Sicherheitsfragen befasst waren. Davon wurde aber nur in ganz seltenen Fällen Gebrauch gemacht, da dafür unsere wöchentlichen Besprechungen in der Regel ausreichten. Diese Abläufe änderten sich im Sommer des Jahres 2013 mit den Veröffentlichungen von Edward Snowden und den medialen Berichten hierzu. Zwar fanden die öffentlichen Runden immer weiter statt, in den Monaten Juni, Juli, August und September wurde dieser Bereich für mich jedoch das mit Abstand - ich betone das - zeitlich aufwendigste Arbeitsfeld, da es galt, viele öffentliche Vorwürfe zu klären.

Beispielhaft ist hierzu vielleicht mein allererster Besuch im PKGr. Dieser fand übrigens erst am 03.07.2013 statt, also nach Ende der letzten regulären Sitzungswoche der gesamten letzten Wahlperiode. Zuvor wurde meine Anwesenheit im PKGr durch das PKGr und auch durch das Kanzleramt nicht für notwendig erachtet. Die normale Sitzungsbegleitung durch die Chefs der Dienste, die beamteten Staatssekretäre und den Abteilungsleiter 6 wurde bis dahin von allen Seiten als ausreichend erachtet. In der Folgezeit war ich dann von Juli bis November 2013 nach meiner Erinnerung insgesamt siebenmal im PKGr, und das zum Teil über viele Stunden. Diese Sitzungen wurden in vielen Wochen durch zum Teil mehrere Besprechungen in der Woche der Chefs der Dienste, der beamteten Staatssekretäre und des Abteilungsleiters 6 und seiner Mitarbeiter bei mir vorbereitet.

Interessant war damals für mich eines: Immer wenn Vorwürfe geklärt waren und dem PKGr mitgeteilt wurden, gab es dazu keine oder kaum mehr Berichterstattung. Ebenso wenig hat eine Korrektur der zuvor teils falschen Berichterstattung stattgefunden. Hierdurch wurde in der Öffentlichkeit ein Bild gezeichnet, das oftmals nicht der tatsächlichen Situation entsprach. Wurde im PKGr hingegen etwas angeblich Neues mitgeteilt, landete dies innerhalb kürzester Zeit in der Öffentlichkeit.

Deshalb bin ich relativ schnell dazu übergegangen, dem PKGr zu berichten und dann auch im Rahmen des mir Möglichen nach den jeweiligen PKGr-Sitzungen der Öffentlichkeit die Ergebnisse in vertretbarem Umfang mitzuteilen. Meine Berichte im PKGr waren um ein Vielfaches ausführlicher. Warum spreche ich das an? Schon damals war es so, dass fast alles, was im PKGr berichtet wurde, innerhalb kürzester Zeit öffentlich wurde. Meine damaligen Beamten hatten mir mehrmals empfohlen, entsprechende Ermittlungsverfahren gegen unbekannt in Gang zu setzen.

Ich habe das im Sommer 2013 abgelehnt, da sonst auch noch der öffentliche Eindruck hätte entstehen können, dass das Kanzleramt aufklärungswillige Abgeordnete mit Ermittlungsverfahren belege. Ich erinnere mich sogar, dass ich das einmal in einer PKGr-Sitzung genau so gesagt habe auf eine Frage des damaligen Vorsitzenden des PKGr, warum ich denn dann keine Anzeige erstatte, wenn nach den PKGr-Sitzungen immer alles öffentlich würde. Meine Antwort, die ich eben Ihnen gegeben habe, habe ich dann im Ausschuss vorgetragen, und nach meiner Erinnerung leuchtete die Antwort dem Vorsitzenden des PKGr auch ein.

Merkt eigentlich niemand, was seit einigen Jahren in Deutschland an dieser Stelle falsch läuft? Das geheim tagende PKGr tagt längst nicht mehr geheim, vor und nach jeder Sitzung werden bereitwillig Interviews gegeben. Wie soll da Vertraulichkeit gewahrt werden?

Ich habe im Sommer 2013 darauf reagiert, indem ich nach den Sitzungen jeweils vorbereitete Texte verlesen habe, um diese Kette von Unterrichtung des PKGr und anschließend unterlassener und/oder einseitiger Berichterstattung zu durchbrechen. Jetzt wurde wenigstens teilweise wieder über gewonnene Erkenntnisse berichtet, und manche Fehler in der Berichterstattung wurden korrigiert. Ich habe diese Texte deshalb verlesen, um auch nur die kleinste sprachliche Abweichung zu verhindern. Mir war zu dem Zeitpunkt bereits klar, dass man auf den kleinsten Fehler von mir wartete. Abgelesen habe ich die Texte aber auch und vor allem, weil wir stunden-

lang abgewogen haben, was ich aus Sicherheitsgründen der Öffentlichkeit mitteilen kann. Ich wollte damit auch nur die kleinste individuelle und/oder sprachliche Abweichung vermeiden. In Zweifelsfällen haben wir uns für den Bericht im PKGr und gegen die öffentliche Mitteilung entschieden, insbesondere wenn diese Mitteilung unserer Sicherheit oder der Sicherheit einzelner Personen hätte schaden können.

Diese von mir verlesenen Texte wurden über viele Stunden und Tage vorbereitet, da die einlaufenden Erkenntnisse bei mir zusammenliefen. Die Textsammlung ist mit den Chefs der Dienste, den beamteten Staatssekretären und dem zuständigen Abteilungsleiter 6 des Kanzleramtes meist am Vortag in Besprechungen bei mir persönlich erfolgt. Ich wollte von jedem Einzelnen die persönliche Zustimmung zu den gewonnenen Erkenntnissen. Wenn es Änderungswünsche gab, sind diese nach meiner Erinnerung jeweils berücksichtigt worden. Somit konnte ich sichergehen, dass ich jeweils den aktuellen Erkenntnisstand der gesamten Bundesregierung wiedergab, dem alle zugestimmt haben.

Das, was ich im Sommer 2013 öffentlich mitgeteilt habe, entsprach nach meiner Überzeugung der damaligen Kenntnis und dem Wissensstand der gesamten Bundesregierung und unserer Dienste. Ich habe der Öffentlichkeit mitgeteilt, was der einvernehmlichen Auffassung aller entsprach, die mit den damaligen Vorwürfen und deren Aufklärung beschäftigt waren. Unser Filter in der Öffentlichkeit waren schutzwürdige Interessen Dritter und unsere Sicherheit. Im PKGr habe ich damals unseren jeweiligen Erkenntnisstand ausführlich zu den Dingen mitgeteilt, die damals öffentlich diskutiert wurden. Die Chefs der Dienste, die Staatssekretäre und der Abteilungsleiter 6 des Kanzleramtes standen im PKGr stets zur Auskunft zur Verfügung. Von dieser Auskunftsmöglichkeit wurde im PKGr ausführlich Gebrauch gemacht.

Ich will jetzt zu den drei aus meiner Sicht zentralen Vorwürfen gegen mich kommen.

Erstens der Vorwurf der vermeintlichen Totalausspähung: Etwas in der Berichterstattung des Sommers 2013 hat den öffentlichen Diskurs zu den Snowden-Veröffentlichungen in Deutschland entscheidend geprägt und bis heute bestimmt, obwohl die Berichterstattung auf einem eklatanten Interpretationsfehler beruht.

Die diesbezügliche öffentliche Berichterstattung begann mit dem Titel des Magazins *Der Spiegel* vom 22.07.2013. Es gebe, so der Titel des *Spiegels,* einen vermeintlichen geheimen Pakt zwischen den deutschen Nachrichtendiensten auf der einen Seite und der NSA auf der anderen Seite. Beleg dafür sei vor allem, dass der BND jeden Monat - so war die Behauptung - Hunderte Millionen Daten vermeintlich deutscher Bürger an diese Dienste, also an die NSA, weitergeleitet hätte. Es stand unter anderem der Vorwurf im Raum, der BND würde Monat für Monat Hunderte Millionen Daten deutscher Bürger an die Amerikaner weiterleiten, quasi zur Überwachung der Deutschen.

Zusätzlich wurde spekuliert, dass ausländische Nachrichtendienste - vor allem die USA, also die NSA, und Großbritannien - flächendeckend die Kommunikation deutscher Bürger ausspähen würden. Es gebe - so war damals die Auseinandersetzung - eine millionenfache Grundrechtsverletzung in Deutschland. Unglaubliche Vorwürfe. Wäre das richtig gewesen, dann wäre dies ein Skandal gewesen.

Welche Bedeutung ich diesen Vorwürfen beigemessen habe, können Sie dem Umstand entnehmen, dass ich daraufhin sofort umfangreiche Überprüfungen eingeleitet habe und meinen Sommerurlaub abgebrochen habe, um nach Berlin zurückzukehren.

Richtig war vielmehr, dass die Daten, über die im Sommer 2013 immer wieder spekuliert worden ist, offensichtlich aus der Auslandsaufklärung des BND in Bad Aibling und aus Afghanistan stammten. Ich möchte das hier noch einmal betonen: Die Daten stammten nicht aus Deutschland, sondern aus der Auslandsaufklärung des BND. Das ist mir damals nach meiner Erinnerung durch ein NSA-Papier bestätigt worden, das der deutschen Seite anlässlich ihres Besuches vom 5. August 2013 zu diesen Gesprächen übergeben

worden ist. Staatssekretär Fritsche, BND-Präsident Schindler, Verfassungsschutzpräsident Maaßen, Abteilungsleiter 6 aus dem Kanzleramt, Heiß, waren beim damaligen NSA-Chef Alexander und dem US-Geheimdienstkoordinator Clapper.

Nach meiner Erinnerung ist mir darin bestätigt worden, dass die beiden im *Spiegel* verwandten Codes US-987LA und US-987LB Bad Aibling und Afghanistan waren. Diese beiden Codes US-987LA und US-987LB - das können Sie alles nachlesen - waren aber nach *Spiegel* die Codes, aus denen die millionenfache Überweisung von Daten Deutscher an die NSA abgeleitet worden sind.

Darauf haben wir, nachdem ich dieses Schreiben der Amerikaner hatte, uns aber alleine nicht verlassen und - ich füge hinzu - auch nicht verlassen wollen. Dieses Ergebnis hat dann aber auch die eigene Überprüfung des BND bestätigt. Auch noch im Oktober übrigens und um November 2013 erfolgten erneut Überprüfungen und Zählungen des BND, die dies immer wieder ergeben haben. Damit war bewiesen, dass der *Spiegel* einen zentralen Interpretationsfehler der Snowden-Unterlagen vorgenommen hat. Der damalige Vorwurf der Totalüberwachung deutscher Bürger über diese beiden Codes war falsch.

In der PKGr-Sitzung am 12. August habe ich das nach meiner Erinnerung sehr detailliert in Form von Zitaten aus den US-Texten, aber auch durch die eigene BND-Überprüfung belegt. Herr Schindler hat seinerzeit dazu in der Sitzung aufgrund der Überprüfungen und Zählungen des BND vorgetragen. In der öffentlichen Stellungnahme von mir vom 12.08.2013 ist dann der folgende Text von mir verlesen worden, den ich im Anschluss an die PKGr-Sitzung vorgetragen habe - Zitat -:

> Die Daten, über die in den letzten Wochen teilweise hitzig diskutiert worden ist, stammen also nicht aus der Aufklärung der NSA oder des britischen Nachrichtendienstes. Sie stammen aus der Auslandsaufklärung des BND. Diese Daten erhebt der BND im Rahmen seiner Gesetze und leitet sie auch auf der Grundlage des Abkommens vom 28. April 2002 an die NSA weiter. Deutsche Daten, um es noch einmal klar zu sagen, werden dabei vorher in einem mehrstufigen Verfahren herausgefiltert. Zudem werden die gewonnenen Daten des BND durch einen eigenen G-10-Beauftragten, der die Befähigung zum Richteramt hat, kontrolliert. Der Vorwurf der vermeintlichen Totalausspähung in Deutschland ist nach den Angaben der NSA, des britischen Dienstes und unserer Nachrichtendienste vom Tisch. Es gibt in Deutschland keine millionenfache Grundrechtsverletzung, wie immer wieder fälschlich behauptet wird.

Zitat Ende. - Es wurde behauptet, mit dieser Erklärung hätte ich den NSA-Skandal für beendet erklärt. Das ist nicht richtig. Meine Aussage bezog sich klar und deutlich auf diesen gerade geschilderten Vorwurf, der aufgrund eines zentralen Interpretationsfehlers falsch war. Es wurde mir etwas vorgeworfen, was ich nicht begangen habe.

Jetzt will ich Ihnen etwas nicht vorenthalten. Ich will Ihnen nämlich nicht vorenthalten, wie der *Spiegel* damit umgegangen ist. Der Vollständigkeit halber will ich deshalb darauf hinweisen, dass der *Spiegel* fast ein Jahr später seinen Fehler verklausuliert und konditioniert eingestanden hat und in seiner Ausgabe vom 16.06.2014 auf Seite 28 Folgendes zusammenfassend feststellt - Zitat -:

> Sollten die Angaben zutreffen,

- Klammer auf: gemeint ist die Angabe des BND, dass es sich bei den beiden Codes um Bad Aibling und Afghanistan handelt; Klammer zu -,

> dann wäre die Formulierung von „Boundless Informant“ - und … die Interpretation des *Spiegel* - falsch gewesen.

Zitat Ende. - Schade ist, dass der *Spiegel* das Eingeständnis seines Fehlers nicht mit demselben Paukenschlag verkündet hat wie seinen damaligen Vorwurf im Sommer des Jahres 2013.

Zurückgerudert wurde nicht nur nicht auf dem Titel, sondern in einem kleinen Abschnitt eines Artikels mit der Überschrift - pikanterweise - „Eifer und Gier“. Löblich ist jedoch - und das will ich durchaus hier auch erwähnen -, dass die Redaktion immerhin ihren Fehler überhaupt eingestanden hat. Nur, mitbekommen hat es keiner.

Warum gehe ich da so ausführlich drauf ein? Seit dem Sommer 2013 ist klar, dass *diese* Vorwürfe falsch waren. Warum hat in der Politik und in der Publizistik kaum einer die Stärke, das einzugestehen? Stattdessen wurde mir vorgeworfen, etwas für beendet erklärt zu haben, was ich nicht beendet habe und damals wie heute nicht hätte beenden können.

Für das Zitieren und anschließend falsche Interpretieren gibt es aber noch weitere Beispiele. Ich komme deshalb zu einem anderen Thema.

Zweitens das No-Spy-Abkommen: Mir wird im Zusammenhang mit dem No-Spy-Abkommen vorgeworfen, ich hätte beschönigt, ich hätte nur die halbe Wahrheit gesagt, ich hätte getäuscht, ja, ich hätte sogar gelogen. Schauen wir uns doch zunächst an, was ich am 12. August 2013 öffentlich nach der PKGr-Sitzung dazu gesagt habe. Zitiert wird übrigens stets nur der folgende Satz und ausschließlich dieser Satz. Sie werden gleich sehen, warum. Zitat:

> Die US-Seite hat uns den Abschluss eines No-Spy-Abkommens angeboten.

Zitat Ende. - Diesen Satz habe ich gesagt. In diesen Satz wird hineininterpretiert, ich hätte damit gesagt, die US-Regierung habe uns ein solches Abkommen angeboten. Das wiederum habe ich nicht gesagt, was sich übrigens aus dem nächsten Satz meiner Erklärung, der immer weggelassen wird, eindeutig ergibt.

Ich habe als nächsten Satz, der unmittelbar danach an den gerade zitierten Satz von mir geäußert worden ist - - Also, der Ausgangssatz: „Die US-Seite hat uns den Abschluss eines No-Spy-Abkommens angeboten.“ Anschließend habe ich folgenden Satz gesagt - Zitat -:

> Ich habe deshalb den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes gebeten, dieses Angebot aufzugreifen und noch in diesem Monat mit den Verhandlungen zwischen … BND und der NSA zu beginnen.

Zitat Ende. - Es war also klar, dass es um Verhandlungen zwischen dem BND und der NSA ging. Ich habe intern wie öffentlich nicht von einem Angebot der US-Regierung gesprochen. Im PKGr habe ich nach meiner Erinnerung unmissverständlich formuliert, dass es sich um ein Angebot der NSA gehandelt hat, und auch in meinen öffentlichen Statements habe ich gesagt, dass es um Verhandlungen zwischen den Nachrichtendiensten geht.

Dass dem so ist, können Sie übrigens den Dokumenten des Deutschen Bundestages entnehmen. Sie können nämlich sich den Unterrichtungsbericht des PKGr vom 19.12.2013 ansehen, Drucksache 18/217, in dem das PKGr den Deutschen Bundestag über seine Arbeit informiert, und dieser Bericht bezieht sich auf den Berichtszeitraum zwischen November 2011 bis Oktober 2013. Da heißt es auf Seite 11 dieses Berichts des PKGr wörtlich - Zitat -:

> BND und NSA streb(t)en ein Abkommen mit einer Vereinbarung an, dass von Seiten der Nachrichtendienste nichts unternommen werde, was nach den in beiden Staaten geltenden nationalen Regelungen unzulässig sei.

Zitat Ende. - Im PKGr am 12.08.2013 habe ich auch von dem Angebot der NSA an den BND berichtet. Es ging doch auch darum, Deutsche in Deutschland vor möglichen Abhörangriffen der NSA zu schützen. Da in dem Ausgangsabkommen vom 28. April 2002, dem Memorandum of Agreement, die Zusammenarbeit von BND und

NSA geregelt worden ist, war es doch nur logisch, dieses Abkommen zwischen diesen beiden Nachrichtendiensten zu schließen. In diesem Memorandum of Agreement zwischen BND und NSA ist detailliert festgelegt, dass zwischen dem BND und der NSA Daten ausgetauscht sowie Programme und Methoden zur Erfassung entwickelt werden sollen.

Wie war es jetzt zu dem Angebot für ein No-Spy-Abkommen gekommen? Am 5./6. August besuchte eine deutsche Delegation, bestehend aus Staatssekretär Fritsche - damals BMI -, BND-Präsident Schindler, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Maaßen und Abteilungsleiter 6 des Kanzleramtes, Heiß, den Director of National Intelligence, DNI, Weißes Haus, General Clapper und den damaligen Chef der NSA, General Alexander.

Zur Erklärung des Herrn Clapper nur Folgendes: Der Director of National Intelligence, DNI, ist im Weißen Haus angesiedelt und das Pendant zu ND-Koordinator im Bundeskanzleramt, also zum Abteilungsleiter 6 im Kanzleramt.

Nach meiner Erinnerung haben mich die Teilnehmer auf deutscher Seite unmittelbar nach ihrer Landung in Berlin persönlich informiert und mir unter anderem mitgeteilt, dass die amerikanische Seite uns ein No-Spy-Abkommen angeboten hat. Ich habe dann darum gebeten, mir das in einer Vorlage zusammenzufassen. Durch Vorlage vom 7. August 2013 an mich ist mir dann auch schriftlich das Ergebnis der Gespräche in den USA mitgeteilt worden, dass der Direktor der NSA und der DNI die Forderung, auf deutschem Boden müsse deutsches Recht gelten, akzeptiert haben, eine flächendeckende Überwachung deutscher Bürger finde nicht statt, der NSA-Direktor sei bereit, eine entsprechende Zusicherung in Form eines Agreements der Dienste abzugeben.

Dass der Chef der NSA im Beisein des Directors of National Intelligence aus dem Weißen Haus am 05. und 06.08.2013 ein solches Angebot abgab, hat mich damals zuversichtlich gestimmt. Man stelle sich mal umgekehrt vor, der BND-Präsident gibt im Beisein des Abteilungsleiters 6 des Bundeskanzleramts ein solches Angebot ab. Dann würde doch davon ausgegangen werden, dass das abgestimmt ist zwischen dem BND und dem Kanzleramt. Zwar muss dann noch konkret verhandelt werden, aber es wird doch verhandelt, um abzuschließen.

Dass die Forderung, auf deutschem Boden müsse deutsches Recht gelten, akzeptiert wurde und der NSA-Direktor bereit war, eine entsprechende Zusicherung in Form eines Agreements der Dienste abzugeben, war nichts anderes als das Angebot auf Abschluss eines No-Spy-Abkommens. Das Votum der Vorlage lautete folglich auch: Zusicherung, dass keine flächendeckende Überwachung deutscher Bürger stattfinde, als entscheidende Aussage zur Klärung der Snowden-Vorwürfe. Der Vorschlag der NSA, ein Agreement zwischen den Diensten abzugeben, wird begrüßt.

Daraufhin hat BND-Präsident Schindler den Chef der NSA, General Alexander, auf meine Bitte mit Datum vom 09.08.2013 angeschrieben und dieses Angebot aufgegriffen und damit die Verhandlungen eingeleitet. In der Sitzung des PKGr vom 12.08.2013 hat nach meiner Erinnerung BND-Präsident Schindler über die Gespräche vom 5. und 6. August 2013 und von dem Angebot der NSA auf Abschluss dieses Abkommens berichtet. Das alles wird ja den Protokollen des PKGr zu entnehmen sein.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu gibt es leider keine!)

In der folgenden Zeit bin ich immer wieder über den Verhandlungsstand informiert worden, und ich habe mich auch immer wieder mit dem Abkommen befasst.

Im Folgenden werde ich einige exemplarische Stationen beschreiben, aus denen sich ergibt, dass es über das Angebot hinaus sogar textliche Verhandlungen zu dem No-Spy-Abkommen gegeben hat. Wie hätte man denn in Verhandlungen eintreten können, wenn es nicht mal ein Angebot auf Abschluss eines No-Spy-Abkommens gegeben haben soll?

Ich will hier nicht allzu juristisch werden - darum geht es ohnehin nicht -, aber ein Angebot ist eine einseitige Willenserklärung. Konkrete Verhandlungen sind doch mehr als eine einseitige Willenserklärung. Verhandlungen sind wechselseitige Willenserklärungen mit dem Ziel einer Einigung. Dass es Verhandlungen gegeben hat, werde ich nachfolgend aufzeigen.

Am 06.09.2013 gab es erneut eine US-Reise des BND-Präsidenten, um Gespräche mit den vorgenannten Generälen Alexander und Clapper zu führen. Mir ist damals mitgeteilt worden, dass die US-Seite bereit sei, über ein Kooperationsabkommen zu verhandeln, das auch das gegenseitige Ausspähen untersagt.

Am 02.10.2013 kam es zu einem Gespräch zwischen mir und dem damaligen neuen US-Botschafter Emerson. In diesem Gespräch habe ich deutlich gemacht, dass der Schlüssel die amerikanische Zusage der Vereinbarung eines No-Spy-Abkommens für die Zukunft gewesen sei. Nach meiner Erinnerung empfahl Botschafter Emerson in den Gesprächen, statt von einem No-Spy-Abkommen lieber von einer Vereinbarung der Dienste zu sprechen. Den Kern, dass es zu einem Abschluss einer Vereinbarung unserer Nachrichtendienste kommen sollte, hat er nach meiner Erinnerung aber nicht infrage gestellt.

Am 30.10.2013 fanden in Washington Gespräche der Abteilungsleiter 2 und 6 des Kanzleramtes, der Herren Heusgen und Heiß, unter anderem mit Lisa Monaco, also der Anti-Terror-Beraterin, dann Frau Rice, der stellvertretenden Sicherheitsberaterin von Präsident Obama, und General Clapper statt.

Mir ist dann in einem gemeinsam gezeichneten Vermerk meiner beiden damaligen Abteilungsleiter vom 31.10.2013 die Erarbeitung einer vertraulichen Vereinbarung durch die Dienste, begleitet von politischer Seite, mitgeteilt worden. Damit würde die konkrete Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage gestellt. Auf politischer Ebene wurde eine gemeinsame öffentliche Erklärung vorbereitet, die die Grundlagen in abstrakter Form umschrieb. Frau Rice lehnte nach meiner Erinnerung lediglich ein völkerrechtliches Dokument, also einen Vertrag oder einen Notenaustausch, ab. Diesem Vermerk war angehängt ein erster Arbeitsentwurf - Stand 22.10.2013 - einer Vereinbarung zwischen BND und NSA.

Am 04.11.2013 reiste der BND-Präsident dann erneut zu General Alexander, mit dem Ergebnis, dass der BND-Entwurf NSA-seitig geprüft wird. General Alexander wies aber auch auf den Genehmigungsvorbehalt - nach meiner Erinnerung durch den DNI - hin. Nach meiner Erinnerung gab es Ende November 2013 einen US-Gegenentwurf für eine Kooperationsvereinbarung. Wie soll es einen US-Gegenentwurf für eine Kooperationsvereinbarung geben, wenn es nicht mal das Angebot auf Abschluss eines No-Spy-Abkommens gegeben haben soll?

In einer Videokonferenz am 27.11.2013 zwischen Bundeskanzleramt, Abteilungsleiter 2 und 6, und dem Weißen Haus, also Rice und dem DNI, gab das Weiße Haus zu erkennen, dass Bedenken gegen den deutschen Entwurf bestünden, weil damit ein internationaler Präzedenzfall geschaffen werden könne.

Am 05.12.2013 gab es dann eine gemeinsame Vorlage an mich von den Abteilungen 2 und 6 zum Stand der Verhandlungen zu einer Vereinbarung BND und NSA sowie zu einer politischen Erklärung, also zwischen Bundeskanzleramt und dem Weißen Haus, und zum Memorandum of Understanding, MoU, zwischen BND und NSA.

Durch diesen Vermerk wurde ich darin bestätigt, dass der Text einem No-Spy-Abkommen entsprach. Auf diesem Vermerk habe ich sogar handschriftlich mit Datum vom 08.12.2013 Folgendes vermerkt. Ich weise deshalb darauf hin: Ich habe nach meiner Erinnerung ganz selten von handschriftlichen Zusätzen auf Vermerken Gebrauch gemacht. Auf diesen Vermerk habe ich aber am 08.12.2013 Folgendes vermerkt - Zitat -: „Richtig ist, dass wir beide (!)“ - Klammer auf: Ausrufungszeichen; Klammer zu - „Abkommen bekommen“. - Zitat Ende.

Dieser Zusatz macht doch nur deutlich, dass ich am 08.12.2013 nicht nur den Willen hatte, zum

Nur zur dienstlichen Verwendung

Abschluss dieses Abkommens und der politischen Erklärung zu kommen, und dass die Abteilungen weiterverhandeln sollten, sondern es macht auch deutlich, dass noch im Dezember 2013 der Abschluss eines Abkommens in greifbarer Reichweite schien.

Diesem Vermerk angehängt war sowohl der Entwurf einer politischen Erklärung als auch der Entwurf einer Vereinbarung zwischen BND und NSA, den die US-Seite nach einem deutschen Erstentwurf übermittelt hat, sowie ein modifizierter Entwurf unsererseits, den wir der US-Seite am 29.11.2013 rückübermittelt haben.

Durch diese Texte ist absolut klar, dass sowohl die deutsche als auch die amerikanische Seite an gemeinsamen Texten gearbeitet haben. Dies beweist, dass es nicht nur das Angebot auf Abschluss eines No-Spy-Abkommens gegeben hat, sondern auch von amerikanischer Seite konkret verhandelt worden ist und uns - ich wiederhole es - ein US-Gegenentwurf übermittelt worden war.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht für ein No-Spy-Abkommen!)

Noch im Dezember 2013, kurz vor meinem Ausscheiden, ist mir in dem Vermerk vom 05.12.2013 vorgeschlagen worden, den Abschluss der Verhandlungen für nun beide Vereinbarungen im Januar 2014 anzustreben.

Folglich weise ich den erhobenen Vorwurf, es habe kein Angebot der US-Seite und keine Verhandlungen mit der US-Seite gegeben, entschieden zurück. Ich weise auch den Vorwurf der Beschönigung, der Täuschung oder gar der Lüge zurück. Es hat bis zu meinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt am 17.12.2013 diese Verhandlungen gegeben, und bei allen Meinungsverschiedenheiten der deutschen und der amerikanischen Seite war der Abschluss einer solchen Vereinbarung auch möglich, da die Amerikaner mit uns konkret an Texten verhandelt haben.

Die Reaktionen der US-Seite auf den durch uns entsprechend überarbeiteten Entwurf des Memorandums zwischen BND und NSA galt es Anfang Dezember und damit zum Zeitpunkt auch meines Ausscheidens am 17. Dezember 2013 abzuwarten. Das war übrigens der letzte Vermerk und auch Hinweis in dieser Sache vor meinem Ausscheiden aus der Regierung am 17.12.2013.

Nun noch ein letzter Punkt meinerseits. Drittens Selektoren der NSA: Schließlich will ich noch etwas sagen zu einem anderen gegen mich erhobenen Vorwurf. Es ist behauptet worden, ich hätte Kenntnis von den Selektoren gehabt, diese geduldet und der Öffentlichkeit das entsprechend verschwiegen. Meine Antwort ist einfach und klar: Ich habe bis zur Berichterstattung vor einigen Wochen nach meiner Erinnerung und auch nach Akteneinsicht der Akten des Kanzleramtes, die ich selber genau deshalb eingesehen habe, keine Kenntnis bezüglich möglicher Selektoren der NSA gehabt. Ich konnte hier also gar nicht einschreiten, und noch viel weniger hätte ich darüber Auskunft geben können. Kein einziger Vermerk in dieser Sache im Kanzleramt ist jemals an mich gerichtet gewesen. Auch dieser Vorwurf ist somit falsch und haltlos.

Ich bin jetzt nur auf drei Punkte eingegangen, weil die im Vorfeld meiner heutigen Vernehmung als Zeuge, aber auch aufgrund der Diskussionen der letzten Monate immer wieder geführt worden sind. Ich will Ihnen ehrlich sagen: Im Sommer des Jahres 2013, in den wenigen Monaten, war ich es, unter dem viele der Vorwürfe, die den Sommer des Jahres 2013 bestimmt haben - - der die meisten Punkte in der Zuarbeit natürlich der Ressorts und der Dienste klären konnte. Ich bin bewusst auf all diese Dinge gar nicht eingegangen. Sie waren Gegenstand im PKGr.

Aber ob es Vorwürfe - damals konkret beschrieben; ich will darauf nicht eingehen -, datenschutzrechtliche Verletzungen des BND, fälschliche Überweisungen von Daten einzelner Personen durch den BND, mögliche Beeinflussungen und Behauptungen des BND-Präsidenten auf Einflussnahme auf die deutsche Regierung im Blick auf die laxere Auslegung von datenschutzrechtlichen Bestimmungen und, und, und, und - - All

diese Fragen sind im Sommer des Jahres 2013 zumindest für mich bis heute zweifelsfrei geklärt, bis hin zu dieser fälschlichen Interpretation, die aber bis heute die ganze öffentliche Debatte zu diesem Thema bestimmt. Die Behauptung, dass bis zu 500 Millionen Daten pro Monat vom BND von Deutschen überwiesen worden sind, können Sie doch nachlesen. Und ich habe die ganzen Veröffentlichungen dazu hier; ich habe die Texte und die Analysen dazu hier. Die waren allesamt falsch.

Und trotzdem bestimmt bis heute dieser Punkt die öffentliche Debatte weiter, weil diese fälschliche Interpretation einen Teppich für Behauptungen gelegt hat, auf denen bis heute alles, was behauptet wird, immer sofort als richtig unterstellt wird. Und ich kann Ihnen nachher in nichtöffentlicher Sitzung Beispiele nehmen und auch geben, wo wir ja Gott sei Dank, weil bestimmte Medienvertreter uns im Sommer des Jahres 2013 vorher gefragt haben zu bestimmten Vorgängen, weil sie bestimmte Behauptungen hatten - - konnten wir klären, dass die beabsichtigten Behauptungen falsch gewesen wären, und dann hat es entsprechende Veröffentlichungen nicht gegeben. Diese Beispiele habe ich auch.

Ich will das nur deshalb sagen, weil man verdammt vorsichtig sein muss, und das ist die Erfahrung, die ich gemacht habe im Sommer des Jahres 2013. Etwas scheinbar Plausibles oder etwas scheinbar Richtiges ist bei genauer Analyse und gehöriger Überprüfung oft anders und in manchen zentralen Fällen - und einen habe ich vorhin als erstes Beispiel genannt - eben zentral falsch.

Ich bleibe bei meiner Anmerkung, die ich zu Beginn gemacht habe: Ich mache mir große Sorgen um die Sicherheit. Ich weiß, wovon ich rede, und ich weiß, worüber ich in vier Jahren informiert worden bin: über die enorme Sicherheitsleistung, die unsere Dienste bei aller Kritik, wenn sie Fehler gemacht haben, die berechtigt sein mögen - - Aber ich bin bis heute froh darüber, dass, von einer Ausnahme eines kleinen Attentates in Frankfurt abgesehen, bis heute Deutschland von einem Terroranschlag verschont geblieben ist. Und ich sage Ihnen aus meiner Erfahrung: auch weil unsere Dienste eine solch gute Arbeit leisten; und ich sage Ihnen: auch weil unsere Dienste international zusammenarbeiten und weil der BND mit der NSA zusammenarbeitet.

Und ich sage das deshalb so entschieden, weil ich mir Sorgen mache, dass aufgrund der Berichterstattungen der vergangenen beiden Jahre wir einen sukzessiven stillen Rückzug erfahren der befreundeten Dienste und wir womöglich heute Gefahren ausgesetzt sind, die noch vor zwei Jahren so nicht der Fall gewesen wären. Ich bin jetzt seit zwei Jahren nicht mehr in der Informationskette der Dienste, weil ich seit anderthalb Jahren - entschuldigen Sie: seit anderthalb Jahren - ausgeschieden bin; aber ich sage Ihnen: Wäre ich heute deutscher Soldat im Ausland, würde ich mir um meine Sicherheit eine größere Sorge machen als im Sommer des Jahres 2013.

Und ich sage das deshalb, weil bei allen auch politischen Auseinandersetzungen - dafür war ich selber lange genug Politiker; dafür habe ich total Verständnis - - Aber am Ende mahne ich wirklich, auch bei Ihnen, aber auch bei anderen, auch bei den Medienvertretern an - ich mahne es wirklich an -: Wenn Fehler gemacht worden sind, aufdecken, Konsequenzen ziehen. Völlig in Ordnung. Aber geben Sie einen Konsens, den ich im PKGr - auch bei meiner Kritik am PKGr - immer erlebt habe, dass, wenn es um Sicherheitsfragen ging, am Ende schon immer auch ein Konsens hinsichtlich der Einschätzungen da war.

Deshalb wäre meine Bitte, dass Sie auch bei Ihren Beratungen - und Sie werden ja auch Empfehlungen machen, was geändert werden muss -, dass Sie bei Ihren Empfehlungen maßvoll bleiben. Man kann vieles auf neue rechtliche Grundlagen stellen. Dafür gibt es Gründe, dafür gibt es aber auch Gründe, die dagegen sprechen. Ich bin nicht mehr Politiker, ich muss das nicht abwägen, und ich werde das nicht abwägen; aber ich sage Ihnen ganz offen: Sie müssen einen Aspekt dabei immer im Auge behalten: Die befreundeten Dienste werden sehr genau darauf achten, wie diese rechtlichen Regelungen für die deutschen Dienste aussehen, und sie werden sich, ohne dass sie sich dazu äußern, blitzschnell darauf einstellen. Deshalb muss man immer nicht nur

den Blick auf die Transparenz und über die Kontrolle und über die Überprüfung haben, sondern man muss am Ende auch unsere nationalen Sicherheitsinteressen, die wir haben, im Auge behalten. Und ich kann aus meiner Erfahrung nur sagen: Natürlich habe ich auch Sachen erlebt bei den Diensten, die vielleicht hätten anders laufen können. Aber ich sage Ihnen, ich habe bei der Arbeit unserer Dienste dann, wenn es um die Frage unserer nationalen Sicherheit und der Sicherheit insbesondere von deutschen Soldaten im Ausland geht, einen guten Eindruck.

Und ich habe übrigens auch erst im Sommer des Jahres 2013 in aller Deutlichkeit verstanden - dazu kann ich gerne auch im nichtöffentlichen Teil etwas sagen -, wie dieser Informationsaustausch stattfindet und welche enorme Sicherheitsleistung dafür oder dazu auch für amerikanische Soldaten entstanden ist. Da müssen Sie den Zusammenhang sehen.

Die Amerikaner waren an dieser Zusammenarbeit deshalb so interessiert, weil es auch einen ganz zentralen Punkt ihrer Sicherheit und ihrer Soldaten im Ausland betroffen hat. Dieser Punkt hat heute nicht mehr die Bedeutung, weil wir nicht mehr 130 000 oder 140 000 US-Soldaten in Afghanistan haben, sondern eine viel, viel kleinere Gruppe.

Und wir erlauben uns eine öffentliche Debatte. Und ich wiederhole das: Wenn es professionelle Analytiker nur über die Berichterstattung in Deutschland gibt, können heute professionelle Analytiker Sicherheitslücken in Deutschland analysieren und Sicherheitslücken der Amerikaner analysieren. Das muss uns bewegen, und es muss uns bewegen, darüber nachzudenken, wie wir Wege finden, bei aller Aufklärung nicht am Ende etwas einzureißen, nur um Transparenz herzustellen, dafür aber am Ende Sicherheitsrisiken eingegangen zu sein, die ich zumindest für nicht vertretbar halte.

Deshalb habe ich übrigens - ich wiederhole mich - viele Stunden alleine darauf verwandt, im Sommer des Jahres 2013 nur die Frage zu klären, was ich und wie ich etwas der Öffentlichkeit sage. Das ist ja ein bisschen belächelt worden, dass ich das abgelesen habe. Das hatte die Gründe, die ich Ihnen gesagt habe. Wenn Sie ein viel größeres Wissen haben, sind Sie schnell bereit, auch den einen oder anderen Satz mehr zu sagen, der aber, wenn ein professioneller Analytiker an die Texte geht, Ihnen anschließend sicherheitsmäßig auf den Kopf fällt. Und wir hatten ja im Sommer des Jahres 2013 einen Entführungsfall, über den ich ja auch berichtet habe, der Gott sei Dank später gut ausgegangen ist, aber der uns im Sommer des Jahres 2013 wirklich beschäftigt hat und auch im PKGr beschäftigt hat. Und ich sage das deshalb, weil ich bei diesen abstrakten Berichten, die ich immer lese, die wunderbare Flughöhe sehe. Aber Sie müssen die Sicherheit für die Menschen, für unsere Soldaten in Afghanistan sehen.

Deshalb wäre meine Bitte, dass Sie bei allen Überlegungen, die Sie haben auch für die Zukunft, bei der Ausgestaltung diese Güterabwägung vornehmen. Man kann neue rechtliche Regelungen machen - dafür spricht einiges -, man muss sie aber so ausgestalten, dass daraus nicht eine Isolation der deutschen Dienste im internationalen System wird, weil sie dann zwar Transparenz in Deutschland haben, wir aber aus existenziellen Informationen, die wir benötigen, abgekoppelt sind.

Und ich kann heute, weil ich nicht mehr Kanzleramtsminister bin und weil ich nicht mehr der Bundesregierung angehöre, darüber sehr frei sprechen. Aber die Berichte, die ich lese über das, was bei uns stattfindet - und die Berichte sind zugänglich; die stehen in allen Zeitungen -, über das, was sozusagen an Heimkehrern bei uns stattfindet, das muss uns alarmieren über die Sicherheitslage, die wir haben. Und wer glaubt, dass wir das nur mit deutschen Diensten bewältigen können und den Erkenntnisse, die die haben, der irrt. Das wollte ich einmal auch anlässlich meiner Vernehmung heute hier sagen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe Ihren Fragen selbstverständlich zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. - Und ich

Nur zur dienstlichen Verwendung

würde gerne mit Fragen beginnen, und zwar: Einen großen Teil Ihrer Ausführungen hat das sogenannte No-Spy-Abkommen eingenommen, und ich würde ganz gerne noch einmal zu der Ausgangssituation zurückgehen. Wie ist denn Ihre Erinnerung - Sie haben es ja sehr intensiv auch ausgeführt -, wie es zu dem Vorschlag einer entsprechenden Vereinbarung gekommen ist? Können Sie da noch genau den Auslöser erinnern?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, Herr Vorsitzender; ich habe ja auf den Punkt hingewiesen. Ausgangspunkt war diese Reise, auf die ich Bezug genommen habe, quasi der vier Personen, die ich ja auch benannt habe - ich muss die jetzt ja nicht immer wiederholen -, um mit der US-amerikanischen Seite darüber zu sprechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Grund der Reise war also, das Gespräch über ein Abkommen zu suchen?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay.

Zeuge Ronald Pofalla: Der Grund der Reise war ein ganz anderer. Der Grund der Reise war, dass durch die Terminierungen, die wir im PKGr vereinbart hatten - - Ursprünglich - später ist es anders gekommen - war eine PKGr-Sitzung für den 18. August geplant, nach meiner Erinnerung, und diese Reise hatte die Absicht, die erheblichen Vorwürfe, die Vielzahl der Vorwürfe, die damals im Raum waren, mit der amerikanischen Seite zu besprechen, um zu Erkenntnissen zu kommen, die ich dann im PKGr hätte mitteilen können, um daraus dann gegebenenfalls die entsprechenden Konsequenzen ziehen zu können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat man denn da eine Agenda vorbereitet? Meistens wird bei solchen Treffen ja so eine Art Agenda gemacht für die Teilnehmer. Also, gab es da eine Art To-do-Liste, Tagesordnungspunktliste?

Zeuge Ronald Pofalla: Das kann ich Ihnen nicht sagen, aber ich kann Ihnen sagen, dass ich dem Kanzleramt, dem BND damals aufgrund der öffentlichen Berichte - so absurd sich das anhört - - aber ich aufgrund der öffentlichen Berichterstattung Dutzende von Fragen gehabt habe, die ich immer weitergeleitet habe. Weil immer dann, wenn ein Punkt öffentlich neu behauptet wurde, habe ich daraus eine entsprechende Fragestellung gemacht, die ich dann eingespeist habe in das Kanzleramt und bei den Diensten, und das hat dann ja auch dazu geführt, dass wir in den Hauptwochen des Sommers mehrere Male mit den Chefs der Dienste, dem Abteilungsleiter 6, manchmal mit den beamteten Staatssekretären - - sich bei uns, bei mir im Zimmer versammelt haben, weil wir diesen Fragen nachgegangen sind.

Und wir haben uns dann entschieden, Ende Juli, dass wir viele dieser Fragen über die üblichen Übermittlungskontakte, die es ja gibt - - nicht geklärt werden können. Und daraus ist die Idee entstanden, dass es eine entsprechende Reise geben soll, um diese Dinge sozusagen mit der amerikanischen Seite zu besprechen, und da sind ja all diese Fragen nach meiner Erinnerung auch aufgeworfen worden. Sie sind zum Teil völlig unbefriedigend beantwortet worden. Zum Teil hat es aber auch Antworten gegeben. Und darüber ist dann ja auch übrigens in der PKGr-Sitzung am 12.08. von mir ausführlich berichtet worden. Also, so gesehen war der Ausgangspunkt der Ausgangspunkt dieser Reise, die ich beschrieben habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt komme ich noch mal auf die Reise, nämlich im Konkreten. Das ist die um den 5. August. Richtig?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn es da diesen Fragenkatalog gab und der abgearbeitet worden ist: Stand da auch irgendwo von deutscher Seite der Wunsch drauf, ein Abkommen abzuschließen?

Zeuge Ronald Pofalla: Kann ich Ihnen nicht sagen. Aber ich will das nicht ausschließen. Aber ich will auch nicht ausschließen, dass es nicht so war.

Nach meiner Erinnerung war die Frage eines Abkommens nicht der zentrale Punkt der Reise. Ich

Nur zur dienstlichen Verwendung

bin mir nicht mal sicher, ob wir überhaupt darüber vor der Reise geredet haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil uns, wenn ich das richtig erinnere, der eine oder andere Zeuge gesagt hat, in den Gesprächen sei von amerikanischer Seite ein entsprechendes Abkommen vorgeschlagen worden und der Begriff „No-Spy“ wäre von amerikanischer Seite in diesen Gesprächen gefallen. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, da ich an den Gesprächen nicht teilgenommen habe, kann ich mich da ohnehin, also jetzt an die Gespräche, nicht erinnern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist klar.

Zeuge Ronald Pofalla: Aber die Frage zielt ja darauf ab, ob ich mich daran erinnere, dass mindestens dann nach der Heimreise zurück dieser Begriff verwandt worden ist. Ja, dann würde ich sagen: Ja, der ist nach meiner Erinnerung da verwandt worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ob zum Beispiel Herr Schindler nach der Reise Ihnen berichtet hat: -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - Mensch, die Amerikaner sind mit einer Sache um die Ecke gekommen, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - da haben wir gar nicht mit gerechnet.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder: Die haben das gemacht, was wir vorher gewollt haben. - Irgendwie muss er es ja Ihnen vorgetragen haben.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, so habe ich das auch in Erinnerung. Ich habe das sogar so in Erinnerung: Die sind direkt - - Weil Sie müssen schon auch den Sommer im Juli, August des Jahres 2013 im Auge behalten. Ich stand erheblich in einer öffentlichen Debatte. Die Dienste waren, würde ich mal sagen, in ungeahnter Art und Weise unter Druck, insbesondere der BND. Und von dieser Reise haben wir uns ja einen Teil Aufklärung erhofft, und ich war sehr daran interessiert, unmittelbar nach Ende der Reise auch zu erfahren, wie der Inhalt denn dann - - oder wie diese Reise inhaltlich gelaufen ist.

Und ich habe das so in Erinnerung: Die sind direkt vom Flughafen zu mir ins Kanzleramt gekommen und haben mich direkt informiert, und dann habe ich ja darum gebeten - und daraus habe ich ja auch zitiert -, mir daraus eine Vorlage zu machen, die dann ja auch mit Datum vom 7. August 2013 an mich ergangen ist. Ich habe das so in Erinnerung - und so habe ich es ja auch vorhin hier dargestellt -, dass der NSA-Direktor bereit war, eine entsprechende Zusicherung in Form eines Agreements zu machen, und ich bin darüber informiert worden, dass man das Angebot habe, ein solches No-Spy-Abkommen zu schließen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was kann denn die Motivation der Amerikaner gewesen sein, auf dieser Veranstaltung am 5. August so etwas anzubieten? Man gibt ja da im Grunde vielleicht nicht Rechte - ganz im Gegenteil, es sind ja keine Rechte -, aber man gibt was ab, was man vielleicht sonst vorher anders gesehen hat. Man kommt einem entgegen. Warum haben die Amerikaner das wohl angeboten?

Zeuge Ronald Pofalla: Weil die Amerikaner nach meiner Überzeugung durch zwei Sachen - oder: mindestens zwei Sachen - zentral geprägt waren: Sie waren geprägt - das habe ich erst noch mal im Sommer 2001 [sic!] in ganzer Breite begriffen -, dass ein ganzer Teil der Terroristen des 11. Septembers eben hier in Deutschland, sagen wir mal, Dinge vorbereitet hat - auf der einen Seite. Und auf der anderen Seite: Aufgrund des Abkommens des Jahres 2002 - ich kann das nachher auch weiter ausführen - ist ja die Zusammenarbeit zwischen der NSA und dem BND, ich würde mal sagen, für den BND sowieso von zentraler Bedeutung, aber für die NSA auch schon für vitale

Sicherheitsfragen, die die Amerikaner betreffen, von großer Bedeutung gewesen.

Jetzt ging es ja um die Frage - so habe ich das damals für mich auch analysiert -, dass die Amerikaner die Sorge hatten, dass wir aufgrund der Vorwürfe uns sozusagen aus dieser Sicherheitspartnerschaft, die auch für die Amerikaner wichtig war, womöglich als Deutsche zurückziehen. Und noch mal: Der Vorwurf, der da im Raum war - - Zwei Jahre später hört sich das alles immer anders an. Aber gehen Sie mal davon aus, der Vorwurf war, bis zu 500 Millionen Daten Deutscher würden sozusagen übermittelt werden in dieser Partnerschaft. Das war ein Vorwurf, der hatte eine Wirkung, die war riesig.

Und da die Amerikaner ja diesen Vorwurf selber ausräumen konnten aufgrund des Interpretationsfehlers, weil die beiden Codes „Bad Aibling“ und „Afghanistan“ waren und es deshalb um Auslandsaufklärung und schon gar nicht um Deutsche ging, waren sie, glaube ich, auch in der Situation, dass sie eben in dieser Phase auch froh waren, dass sie eine der ganz zentralen Vorwürfe so klären konnten, dass daraus für sie, sagen wir mal, auch eine Form der Entspannung eingetreten ist. Und dann, glaube ich, hat es aus dieser Situation heraus dieses Angebot gegeben.

Aber noch mal: Meine Erinnerung ist nicht die, dass wir mit der Absicht dahin gereist sind, sondern die Absicht war, Dutzende von Fragen mit den Amerikanern zu klären. Die Frage eines Abkommens - so habe ich es zumindest in Erinnerung - stand am Beginn der Reise auf unserer Seite nicht zur Diskussion.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt soll ja da DNI Clapper diesen Vorschlag gemacht haben, und den hat die Delegation mit nach Berlin genommen, dann in der Leitungsvorlage vom 7. August festgehalten. Und jetzt kann man ja unterscheiden: einmal das, was auf nachrichtendienstlicher Ebene passiert ist, und möglicherweise das, was auf politischer Ebene passiert ist. Möglicherweise bewertet ja die politische Ebene Dinge etwas anders, als die Nachrichtendienstler Dinge bewerten.

Jetzt haben wir schon - das ist meine Einschätzung zumindest - von vielen Zeugen gehört, dass auf der nachrichtendienstlichen Ebene verhandelt worden ist. Man hat sich getroffen, man hat verschiedene Schritte gemacht. War man da vielleicht zu motiviert oder zu blauäugig, weil man nicht rechtzeitig die politische Ebene eingebunden hat? Oder wie würden Sie das bewerten, diese beiden Ebenen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich habe das Argument ja vorhin benannt. Ich will es aber gerne etwas ausführlicher darstellen. - Bei diesem Termin, also da Anfang August, macht der General Alexander, der NSA-Direktor, dieses Angebot, und dabei sitzt Herr Clapper, also der Pendant zum Abteilungsleiter 6 des Kanzleramtes. Der hat mit der NSA genauso viel oder so wenig zu tun wie der Abteilungsleiter 6 des Kanzleramtes.

Also, jetzt muss man sich mal vorstellen - ich kann es mir nicht vorstellen -: Der BND-Präsident Schindler, zu wem auch immer, gibt in Anwesenheit des Abteilungsleiters 6 einem befreundeten Nachrichtendienst das Angebot, ein Abkommen zu schließen. - Ja, da wird doch jeder davon ausgehen, dass das mit dem Kanzleramt und mit dem Kanzleramtschef abstimmt ist. Ich kann mir einen anderen Fall überhaupt gar nicht vorstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatten Sie denn das Gefühl, das ist auch vom Willen der politischen Führung in Washington mitgetragen? Und wenn ja: Woran macht sich das fest?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, allein an der Tatsache der Gesprächspartner der beiden Personen. Das habe ich dargestellt.

Wir können es aber andersrum machen: Irgendwann ist natürlich der Punkt gekommen, wo klar wurde, dass es auch um die politische Seite geht. Ich will es mal so rum beantworten. Und ich gebe zu, ich habe viele Stunden darüber nachgedacht, wann dieser Punkt gekommen ist. Ich bin mir nicht ganz sicher, aber nach meiner Erinnerung ist dieser Punkt Ende Oktober gekommen. Ich

habe eine Zeit lang geglaubt, der wäre früher gekommen, habe den aber wieder verworfen, und ich will Ihnen auch sagen, warum.

Ich habe eine Zeit lang geglaubt, der wäre früher da. Dann habe ich mich aber daran erinnert und habe mir ja auch die öffentlichen Berichterstattungen angesehen. Dann ist ja - sagen wir mal, um Mitte Oktober rum - die Sache mit dem Kanzlerinhandy uns mitgeteilt worden und dann wenige Tage später ja auch der Öffentlichkeit. Ich habe ja dann an einem Abend den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des PKGr informiert, und wir haben am Folgetag dann eine Sondersitzung des PKGr gemacht.

Und ich komme zu dem Ergebnis, dass bis dahin über die Frage politischer Vorbehalte - zumindest mir nicht erinnerlich - - diese Frage für mich nicht wahrnehmbar war. Ich glaube, dass es ab Ende Oktober der Fall war, als ja dann noch mal der Abteilungsleiter 2 und 6 des Kanzleramtes dann am 30.10.2013 noch mal nach Washington gereist sind, weil - das habe ich auch so in Erinnerung - da zum ersten Mal Frau Rice offensichtlich sehr deutlich geäußert hat, dass sie sich ein völkerrechtliches Dokument nicht vorstellen könne.

Jetzt muss ich sagen: Ich habe mich an dieser Diskussion nie beteiligt. Als ich vom Angebot „No Spy“ im PKGr geredet habe, hat sich ja das PKGr sofort überschlagen. Sagen wir mal so: Da war ja schon, sagen wir mal - - Nach fünf Minuten war ja schon der völkerrechtliche Vertrag schon zu wenig, und am Ende sollte es sozusagen ein großes Abkommen beider Nationen werden. An der Diskussion habe ich mich nie beteiligt, weil meine feste Überzeugung war: Weil wir das Ausgangsabkommen von 2002 haben, wo ja alles geregelt ist zwischen BND und NSA, ging es doch nur um die Frage, ob man in einem Folgeabkommen regelt, dass man sich jeweils an die nationalen Gesetze hält etc. etc. Das hätte ja völlig ausgereicht, um sicherzustellen, dass ein vermeintliches Ausspähen der NSA von Deutschen damit ausgeschlossen worden wäre. So. Und darum ging es.

Und ich habe angefangen, darüber nachzudenken, ab Ende Oktober. Ich will hier aber auch sehr deutlich sagen: Ich habe dann immer in Erwägung gezogen - aber das wollte ich einer späteren Situation vorbehalten - - Ich habe dann immer in Erwägung gezogen, dass ich dann selber zum Weißen Haus und zu meinem Gegenüber im Weißen Haus auch nach Washington geflogen wäre. Wir haben das auch immer in den verschiedenen Stationen diskutiert und sind eigentlich immer zum Ergebnis gekommen: Nein, das ist jetzt nicht notwendig.

Und jetzt will ich nur noch einmal sagen: Selbst im Dezember, mit dieser Vorlage von Anfang Dezember an mich, war es ja so, dass mir quasi avisiert worden ist: „Also, wir werden das spätestens Anfang des nächsten Jahres schaffen, die entsprechenden Erklärungen unter Dach und Fach zu bringen“, sodass es zu einer Reise meinerseits nie gekommen ist. Aber die Erwägung, eine solche Reise zu machen, hat es nach meiner Einschätzung und Erinnerung ab Ende Oktober/Anfang November gegeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wenn ich jetzt so schaue, ist ein ganz relevanter Knackpunkt, glaube ich, das unterschiedliche Verständnis der Begrifflichkeiten und speziell der Namen - nicht der Inhalte, der Namen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dieser Begriff „No Spy“ weckt ja hohe Erwartungen. Jetzt könnte man ein Auseinanderfallen zwischen der Bezeichnung als „No-Spy-Abkommen“ und „MoA“, also Agreement, ja dahin interpretieren: Man hat hier mit Worten gespielt.

Wie ist denn dieser Begriff „No-Spy-Abkommen“ verwendet worden? Ist der eine Arbeitsgrundlage gewesen? Ist der nur von einer Seite eingebracht worden? Wie kommt denn so ein Begriff zustande? Ist ja jetzt kein - - Also, ich habe den vorher nicht so gekannt, den Begriff.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, das wiederholt ja die Ausgangsfrage. Also, für mich ist der Begriff zum

Nur zur dienstlichen Verwendung

ersten Mal aufgetaucht nach dieser Reise Anfang August, als die Delegation nach Deutschland zurückkam.

Jetzt gebe ich aber auch offen zu: Der Begriff war für mich überhaupt nicht von Bedeutung. Für mich war von Bedeutung, dass es ein solches Abkommen geben sollte. Darüber weiß ich - - Auch war ich total überrascht, weil das war nicht sozusagen Zielgegenstand der Reise gewesen nach meiner Erinnerung, und deshalb war ich darüber eigentlich ganz froh.

Und jetzt lassen Sie doch auch mal die Begriffe weg. Ob "MoU" oder "No Spy" oder "Memorandum of Agreement": Das ist ja alles völlig wurscht. In dem Abkommen hätte drinstehen sollen, dass die NSA es unterlässt, Deutsche auszuspähen, und da hätte drinstehen sollen, dass sie sich an deutsches Recht zu halten haben.

So, das ist jetzt mal simpel ausgesprochen das, was da eigentlich rein sollte. So. Und das können Sie jetzt nennen, wie Sie wollen. Das war das Ziel, und das war auch das erklärte Ziel nach außen. Ich habe ja vorhin zitiert, was ich öffentlich gesagt habe. Ich will das nicht wiederholen. Das war ja Gegenstand vorhin meines Einführungstextes. Also, das war die Absicht, und so gesehen ist es gut.

So. Und der Recherchegemeinschaft werfe ich das jetzt nicht vor. Aber jetzt muss ich mal sagen, um es mal so rum auszudrücken: Die haben eben nur einen Ausschnitt gehabt. Sie haben ganz offensichtlich ja nicht den Aktenzugriff gehabt der auf mich zulaufenden Akten. Wenn, würde ich mich wundern. Und sie haben eben nicht den Aktenzulauf gehabt, der im Zusammenhang mit dem BND da war.

Ich kann nur sagen: Ich habe einen Ausgangsentwurf gehabt, ich habe einen Gegenentwurf der Amerikaner gehabt, und ich habe wiederum einen weiteren Entwurf der deutschen Seite gehabt auf den Gegenentwurf der Amerikaner. Da ist sozusagen, wie man das bei Verträgen macht - ich bin selber Anwalt - - Übliches Verfahren: Das wird untereinander ausgetauscht, und man nähert sich immer weiter an.

So. Das habe ich ja alles erlebt. Also, ich meine, alles das ist ja viel mehr als ein Angebot auf No Spy. Es ist ja behauptet worden, es hätte dieses Angebot nie gegeben. Deshalb glaube ich einfach: Also, eine solche, sagen wir mal, Fehlanalyse habe ich selten gesehen. Aber es hat was damit zu tun, dass die Recherchegemeinschaft ganz offensichtlich ja nur einen bestimmten Teil der Akten hatte und nicht die andere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Letzte Frage zu dem Komplex: Woran, meinen Sie unterm Strich, ist dann der konkrete Abschluss eines MoA - nennen wir es mal so - gescheitert - tatsächlich?

Zeuge Ronald Pofalla: Ehrlicherweise kann ich Ihnen das nicht sagen. Ich bin am 17. Dezember ausgestiegen aus dem Amt des Kanzleramtsministers und aus der Bundesregierung, und ich habe danach keinerlei Erkenntnisse oder Zulauf gehabt. Ich gebe sogar zu, dass ich später darüber, als das anfing, darüber kritisch berichtet zu werden, wenn ich es verfolgt habe - ich habe es nicht sehr intensiv verfolgt, gebe ich zu - - aber war ich auch überrascht über die Entwicklung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie aus der Presseberichterstattung mitbekommen, dass noch im Februar 2014 Außenminister Steinmeier in Washington war und dann berichtet wurde, dass es darüber Gespräche gab, die aber nicht zielführend, sage ich mal - ich habe den Bericht jetzt nicht vorliegen; sonst müsste ich ihn mir raussuchen; wir haben schon öfters über ihn gesprochen - - oder nicht zum Ergebnis gekommen sind?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich gebe offen zu: damals nicht. Habe ich überlesen. Aber jetzt in der Vorbereitung auf diese Sitzung, weil darüber immer wieder berichtet wurde, habe ich das zur Kenntnis genommen - damals ehrlicherweise nach meiner Erinnerung nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber warum dann im Februar 2014 auch der Außenminister sagte: „Das kommt zu keinem Ergebnis mehr", ist Ihnen nicht bekannt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Weiß ich nicht. Habe ich auch nie mit ihm drüber gesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ob nicht mehr genug Druck auf dem Kessel war und die Amerikaner dann sagten: „Jetzt haben wir vielleicht nicht mehr so viel Notwendigkeit“, ist rein spekulativ?

Zeuge Ronald Pofalla: Müsste ich spekulieren; weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Komme zu einem zweiten Komplex, den ich etwas kürzer machen kann. Da geht es um die Presseberichterstattung, dass es im Kanzleramt regelmäßig zu Abflüssen von Informationen, zu Leaks gekommen ist und dementsprechend Informationen von amerikanischer Seite bezüglich dieser Leaks an das Kanzleramt herangedrungen sind. Wissen Sie, um welchen Vorfall - - Es geht um die sogenannte Causa Vorbeck, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ach so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wo gesagt wird, dass aufgrund von Informationen der amerikanischen Seite dementsprechend Erkenntnisse an das Kanzleramt herangetragen worden sind, dass hier dieses Leck bekannt ist. Ist Ihnen über diesen Sachverhalt etwas bekannt?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja klar. - Jetzt muss ich aber einfach fragen, weil - - Da will ich jetzt juristisch keinen Fehler machen. Also, meine Bereitschaft dazu, Auskunft zu geben, ist ausgeprägt, aber es muss juristisch möglich sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht mir gar nicht um die Person, sondern es geht mir nur um die Frage, ob Erkenntnisse von amerikanischer Seite dem Kanzleramt - Ihnen erinnerlich - zur Verfügung gestellt worden sind - ob die stimmen oder wie auch immer, ist mir jetzt erst mal einerlei -, ob vonseiten der NSA oder von Dritten, die Erkenntnisse da herhaben, zum Beispiel über die amerikanische Botschaft, jemand auf das Bundeskanzleramt zukam und sagte: Wir wissen da was - vielleicht aus SIGINT, vielleicht aus HUMINT -, wir können Ihnen da Infos geben.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, dann lassen Sie es mich mal so - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff meldet sich; das will ich nicht unterschlagen.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur darauf hinweisen - wir haben es schon vorher bei der Zeugeneinvernahme zuvor diskutiert -: Soweit es Informationen sind, die in das allgemeine Persönlichkeitsrecht der betroffenen Personen eingreifen können, kann das nur in nichtöffentlicher Sitzung geschildert werden. Darüber hinaus kann es sich auch um geheimhaltungsbedürftige Informationen handeln, und in Teilen ist der Sachverhalt sicher nicht untersuchungsgegenständlich.

Also, ich bitte darum, das entsprechend in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht mir auch gar nicht, wie gesagt, um Auskünfte, was die Personen im Konkreten betreffen, nur über die Tatsache, ob überhaupt Informationen an das Kanzleramt durch - konkret will ich es mal sagen - den Chief of Station, Michael H. Bekedam - - an das Kanzleramt herangetragen worden sind. Ob Ihnen da etwas Konkretes bekannt ist.

Zeuge Ronald Pofalla: Die Frage, ehrlicherweise, kann ich nur im Zusammenhang beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Ronald Pofalla: Weil wenn ich jetzt Ja oder Nein sagen würde - übrigens egal wie rum ich antworte -, wird daraus möglicherweise ein falscher Rückschluss gezogen, und den darf ich nicht zulassen. Deshalb sage ich mal - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie im Zusammenhang beantworten können, dann

Nur zur dienstlichen Verwendung

würde ich es auf die nichtöffentliche oder eingestufte Sitzung verschieben. Ich bitte dann aber natürlich um den Zusammenhang auch. - Okay.

Zeuge Ronald Pofalla: Ist klar. Also von meiner Seite gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann erübrigen sich die restlichen Fragen, die ich mir überlegt habe, weil die kann ich dann auch nur in nichtöffentlicher oder eingestufter Sitzung stellen.

Dann wäre ich insoweit mit der Befragung durch, und wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktionen. Diese richten sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen: für die Union 27 Minuten, für die SPD 17 Minuten, die Fraktion Die Linke hat 8 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen auch 8 Minuten. - Es beginnt die Fraktion Die Linke in der ersten Fragerunde. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Pofalla, ich würde mit einer Frage beginnen, die wir vielen Zeugen stellen zu Beginn der Vernehmung: Inwieweit konnten Sie sich mit Akten vorbereiten, und haben Sie von - gegebenenfalls - dem Angebot seitens der Bundesregierung, diese einzusehen, Gebrauch gemacht?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe Akten eingesehen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Welche Akten waren das?

Zeuge Ronald Pofalla: Die habe ich nicht aufgeschrieben.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus welchem Geschäftsbereich waren diese?

Zeuge Ronald Pofalla: Also, ich kann Ihnen die Sachverhalte, die ich versucht habe zu klären - - Und die sind in meinem Eingangsstatement deutlich geworden. Ich habe die Akten eingesehen, die mir die Antworten insbesondere zum No-Spy-Abkommen und die Antworten zu möglichen Selektoren ermöglicht haben, weil mir beide Fragen aus der Erinnerung nicht ausreichend erschienen, um darauf antworten zu können.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie die Akten im Bundeskanzleramt einsehen können?

Zeuge Ronald Pofalla: Im Kanzleramt, ja, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Im Kanzleramt. - Waren das Akten des Bundeskanzleramtes?

Zeuge Ronald Pofalla: Kann ich Ihnen auch nicht mehr sagen, ehrlicherweise, aber müssen sie wahrscheinlich gewesen sein; also, sage ich jetzt mal. Ich habe mir das nicht aufgeschrieben, sondern ich habe darum gebeten. Das Kanzleramt wusste, wozu ich mich hier vorbereiten will, und dann ist mir ein Raum zur Verfügung gestellt worden. Und dann habe ich in diese wenigen Akten - es waren nicht sehr viele - Einblick genommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten, da waren auch Akten zur Selektorenproblematik dabei. Um was ging es in diesen Akten?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, es ging für mich um die Frage - - Also, ich konnte mich mit der öffentlichen Berichterstattung nicht an Selektoren erinnern. Offen gestanden wusste ich nicht mal, was das war. So. Und dann habe ich gedacht: Jetzt musst du mal klären, ob du dich richtig erinnerst. - Weil bei der Vielzahl der Sachen, die Sie im Kanzleramt als Kanzleramtsminister zu tun haben, halte ich das nicht für ungewöhnlich, sich mal an einzelne Sachen nicht informieren oder - - nicht erinnern zu können.

Und deshalb habe ich mir das mal einmal selber ansehen wollen und bin dann eigentlich ganz beruhigt gewesen, weil das Wenige, was ich dann sehen konnte - war ja nicht sehr viel -, war nie an mich gerichtet und hat mich auch nie erreicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das Wenige, was Sie zur Selektorenproblematik gesehen haben: Waren das Unterlagen aus dem BND?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Habe ich mir auch, offen gestanden, jetzt nicht aufgeschrieben, sondern ich hatte eine einzige Frage, die hat mich interessiert, und die habe ich geklärt: Sind es Sachen gewesen, die auf mich zugelaufen sind? Habe ich die zur Kenntnis genommen? - Und da war ich relativ schnell in der Erkenntnisfindung, ob das so war oder nicht. Dann habe ich die zum Teil nicht mal mehr gelesen, weil mich das offen gestanden - - Mein Informationsinteresse bezog sich darauf, ob ich informiert worden bin.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer ist denn da informiert worden zu Selektoren, wenn Sie es nicht waren?

Zeuge Ronald Pofalla: Wenn ich das richtig jetzt in Erinnerung habe, war das der Abteilungsleiter 6 in einem Fall zur Vorbereitung irgendeines Gespräches, das ich jetzt auch nicht aufgeschrieben habe, und, ich glaube, verfasst war es von dem zuständigen Referatsleiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Akten waren aus welchem Jahr? Wissen Sie das noch?

Zeuge Ronald Pofalla: Kann ich Ihnen jetzt auch nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Muss ja sich auf Ihren - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, in der Zeit. Ich habe ja nur Akten gehabt zwischen 2009 und 2013. Deshalb kann ich auch die Fragen - weil da habe ich auch nichts gesehen - zum No-Spy-Abkommen des Vorsitzenden, warum das dann in 2014 nicht funktioniert hat - - Die Akten waren mir zu Recht nicht einsichtig. Ich hätte die auch gar nicht einsehen wollen. Also, es ist exakt der Zeitraum der Akteneinsicht gewesen - - in dem Zeitraum, wo ich Kanzleramtsminister war.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren da auch Erörterungen zu einzelnen Selektoren dabei - Stichwort: EADS, Eurocopter, französische Behörden, Politiker, vielleicht weitere Unternehmensnamen? Oder ging es nur ganz allgemein?

Zeuge Ronald Pofalla: Noch mal: Mein Interesse - da bin ich ganz schlicht - war relativ einfach. Ich könnte nachher im nichtöffentlichen Teil einen anderen Fall sagen, wo ich mich aufgrund einer öffentlichen Berichterstattung, wo ich für mein Verhalten in den Jahren 2009, 2013 ausnahmsweise sogar mal gelobt worden bin wegen einer Entscheidung - - An die Entscheidung kann ich mich auch nicht erinnern. So. Also, so gesehen, sage ich mal, ist das für mich nicht ungewöhnlich - - wäre es nicht ungewöhnlich gewesen bei der Vielzahl der Fälle, dass ich jetzt vielleicht so unachtsam war einerseits oder meine Erinnerung mich trügt.

Ich wollte nur wissen: Habe ich einen Zulauf in entsprechender Sache gehabt? Und die habe ich für mich geklärt: Habe ich nicht gehabt. - Mehr wollte ich nicht wissen.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren die Akten geschwärzt oder gebläut?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe - - Da ich immer nur auf die Köpfe also in dem Zusammenhang geguckt habe: Die habe ich so in Erinnerung, dass die an den Stellen - sonst hätte ich es ja auch nicht klären können - - an dieser Stelle nicht geschwärzt waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie waren auch berechtigt, die Akten heute noch einzusehen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet im Kanzleramt, die rechtlich sicherstellt, dass das in Ordnung ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Die würde ich auch gerne unterzeichnen, um in Zukunft nichtgeschwärzte Akten zu sehen. Herr von Notz stellt sich auch schon mal an bei Ihnen, Herr Wolff.

Zeuge Ronald Pofalla: Verstehe ich aus Ihrer Sicht, verstehe ich. Es gibt nur einen kleinen Unterschied zwischen uns.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nämlich?)

Nur zur dienstlichen Verwendung

- Ich war mal Minister und Sie nicht. Sie wollen es vielleicht noch werden. Aber das ist ein Unterschied.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir sind Abgeordnete und Sie nicht!)

- Ja, aber ich habe ja nun - - Es geht ja heute hier um meine Verantwortung als Kanzleramtsminister und nicht als Abgeordneter. Deshalb muss ich mich doch vernünftig vorbereiten können.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir auch, Herr Pofalla!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wir würden uns auch gerne vernünftig vorbereiten.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich würde sagen: Diesen Streit führen Sie bitte mit der Bundesregierung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Versprochen!)

Zeuge Ronald Pofalla: Den müssen Sie nicht mehr mit mir führen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich möchte nur ergänzen: Es gibt hier eine beamtenrechtliche Pflicht, sich mit Akten vorzubereiten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich weiß.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und als Kanzleramtsminister gilt das Beamtenrecht ja auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und deswegen muss auch einem Ruhestandsbeamten oder einem ausgeschiedenen Beamten natürlich die Akte wieder zugänglich gemacht werden, wenn er sich als Pflicht vorbereitet.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Aber es gibt auch natürlich in Fragen der Beweiserhebung Probleme, wenn die Zeugen umfänglicher sich im Vorfeld vorbereiten konnten als diejenigen, die die Vernehmung zu gestalten haben. Das ist auch die andere Seite - ja? - So.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da gab es noch eine Wortmeldung von Herrn Wolff.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

RD Philipp Wolff (BK): Nein, ich will das nur zurückweisen. Der Zeuge kann sich nicht mit umfänglicheren Akten vorbereiten. Der hat natürlich einen Aktenbestand, der auch dem Untersuchungsausschuss vorliegt. Er hat zur Einsicht eine Verpflichtungserklärung unterschrieben durch die Geheimschutzbeauftragte, und damit ist er seiner nachwirkenden Pflicht nachgekommen, sich entsprechend vorzubereiten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Wann ist Ihnen denn, Herr Pofalla, das erste Mal der Begriff Selektor, Selektoren untergekommen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ehrlicherweise, als ich jetzt die Berichterstattung gelesen habe. Da war natürlich relativ schnell klar, was mit Selektoren gemeint war. Aber ich konnte in der ersten Veröffentlichung mit dem Begriff nichts anfangen.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Begriff Kommunikationsmerkmale, Suchkriterien: So etwas hatten Sie vorher schon einmal gehört?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich würde sagen, der Begriff Suchkriterium ist schon mal aufgetaucht, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): In welchem Zusammenhang?

Zeuge Ronald Pofalla: In dem Zusammenhang, dass die Amerikaner, als sie im Sommer 2013 die Art und Weise ihrer Arbeit uns gegenüber beschrieben haben - da ging es ja unter anderem um den Vorwurf, ob sie flächendeckend, um nur das

Nur zur dienstlichen Verwendung

Beispiel zu nennen, bei uns tätig sind - - mitgeteilt worden ist, dass sie so nicht arbeiten. Das ist der eine Teil. Und dann haben sie andererseits beschrieben, dass sie beispielsweise unter dem Gesichtspunkt der Terrorismusbekämpfung durchaus, sagen wir mal, tätig sind.

Und da würde ich jetzt sagen: In dem Zusammenhang, ob der Begriff gefallen ist: Weiß ich nicht. Aber wie wollen Sie es sonst anders machen? So. Also, da würde ich sagen: Das war jetzt für mich nicht überraschend, dass sozusagen auf einer begrifflichen Basis irgendwo etwas eingestellt wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was war Ihr Kenntnisstand dazu, was mit diesen Selektoren hier passiert?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, diese Selektoren, über die Sie jetzt reden, davon war mir überhaupt nichts bekannt. Also, der Vorwurf, der ja jetzt da ist, ist, die Amerikaner hätten Begriffe eingestellt, die der BND hätte aussortieren müssen, weil sie sozusagen - ich mache es jetzt mit meinen Worten - ein widerrechtliches Zugreifen auf Daten bei uns bedeutet. Das ist ja der Vorwurf, der dahintersteckt.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau!)

In dem Zusammenhang habe ich keinen einzigen Fall gekannt. Bin auch nie darauf aufmerksam gemacht worden, dass es so was hätte geben können. Deshalb hat sich diese Frage für mich nicht gestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir müssen jetzt zur nächsten Fraktion kommen. Es kommt jetzt die Fraktion der SPD mit ihren Fragen. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Pofalla, ich war gerade ein bisschen irritiert, als Sie - ich weiß gar nicht; ich glaube, das war noch in Ihrem Eingangsstatement oder bei der ersten Befragung durch den Vorsitzenden - gesagt haben - das war so beiläufig -: Lassen Sie mal diese Begriffe. Es sei doch wichtig, dass irgendwie ein Abkommen zustande kommt. - Ich habe Sie ja da, glaube ich, jetzt richtig wiedergegeben.

Ich glaube, ich kann Sie nicht davor verschonen, dass wir das nicht mit diesen Begriffen einfach so beiseiteschieben können, weil - - Ich meine, Sie sind ja selber auch Jurist; das haben Sie auch in Ihrem Eingangsstatement mehrfach betont. Und ich denke mal, je nachdem, welche Begriffe man verbindet und verwendet, hat das ja ganz unterschiedlichste Wirkungen. Gewaltige Unterschiede können sich dazwischen verbergen.

(Der Zeuge nickt mit dem Kopf)

- Sie nicken. Das heißt, Sie stimmen zu.

Würden Sie mir mal den Unterschied aus Ihrer Sicht erklären: Was wäre die Wirkung eines völkerrechtlichen Vertrages oder Abkommens und dem, was wir hier so immer auch als Memorandum of Unterstanding haben?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, jetzt würde ich mal sagen: Mit Ihrer Tonalität widerspreche ich jetzt erst mal.

Christian Flisek (SPD): Nein, Sie sollen ja nicht widersprechen.

Zeuge Ronald Pofalla: Doch.

Christian Flisek (SPD): Sie sollen mir nur den Unterschied erklären.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich darf aber noch das sagen, was ich für richtig halte. Sie müssen es ja nicht teilen.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, gut.

Zeuge Ronald Pofalla: Damit können Sie leben, und ich kann damit auch leben.

Christian Flisek (SPD): Ich habe halt ein begrenztes Fragenkontingent, Herr Pofalla, und ich würde halt gerne einfach nur eine Antwort auf

Nur zur dienstlichen Verwendung

meine Frage hören, weil wir haben heute viel Zeit verbracht mit dem Eingangsstatement.

Zeuge Ronald Pofalla: Die werde ich beantworten, aber mit dem Zusatz, den ich mache. Da können Sie dazwischengehen, wie Sie wollen.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, ich teile schon Ihre Tonalität, die Sie mit der Fragestellung intonieren, nicht. Ich habe ja nur die Behauptung aufgestellt, dass es auf den Begriff nicht ankommt, weil - der Auffassung bin ich allerdings nach wie vor - es auf den Inhalt ankommt. Weil was nützt Ihnen ein völkerrechtlicher Vertrag, wenn da heiße Luft drinsteht? Wenn da nicht die Zusicherung drin ist, dass in Deutschland Deutsche nicht ausgespäht werden,

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau!)

können Sie sich das Ding irgendwohin hängen. Also - - Und Sie können ein Agreement bekommen, wo das drinsteht. Wenn es verbindlich ist, wirkt es auch.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja! Wann?)

Und der Unterschied ist folgender - und so habe ich damals auch den Hinweis von Frau Rice verstanden -: deshalb kein völkerrechtlicher Vertrag, weil dann der Kongress hätte zustimmen müssen und Frau Rice der Auffassung war, dass sie dafür im Kongress die entsprechende Zustimmung nicht bekommt.

Christian Flisek (SPD): Ich sage Ihnen auch, was ein Unterschied ist: Ich meine, wenn NSA und BND verhandeln, dann ist das ein Abkommen allenfalls zwischen zwei Geheimdiensten auf Geheimdienstebene. Wenn wir einen völkerrechtlichen Vertrag haben im Sinne eines umfassenden No-Spy-Abkommens, dann verhandeln hier zwei Völkerrechtssubjekte: die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Im Zweifel verhandeln sogar die Vereinigten Staaten von Amerika nämlich für alle ihre Geheimdienste - umfassend -, nicht nur die NSA.

Das heißt, wir unterhalten uns, wenn wir diese Begriffe verwenden - - Und Herr Pofalla, glauben Sie, das ist der Kern, die Frage: Welche Begriffe wurden wann in der Öffentlichkeit verwendet? Und es ist ja ein Thema völlig ausgeblendet worden; das hatten Sie ja überhaupt nicht erwähnt, mit keiner Silbe: Es war Wahlkampf in Deutschland. Das Ganze fand mitten im Wahlkampf in Deutschland statt.

Und deswegen ist es, glaube ich, ganz entscheidend, zu schauen: Welche Begriffe wurden wann verwendet? Und deswegen ist das, glaube ich, auch nicht irgendwelche Erbsenzählerei, sondern wenn Sie nach draußen gehen und sagen, die amerikanische Seite - - Sie haben ja selber betont, Sie haben Ihre Formulierungen sehr bewusst gewählt. Sie haben nicht gesprochen von amerikanischer Regierung, Sie haben auch nicht gesprochen nur von einem Geheimdienst, sondern: Die amerikanische Seite hat uns ein solches Angebot gemacht. - Dann kann man nicht einfach die Begriffe beiseiteschieben, sondern müssen wir ganz konkret werden.

Und deswegen möchte ich Sie jetzt noch mal fragen: Über was für ein Angebot haben wir geredet? Über ein Abkommen zwischen zwei Geheimdiensten? Oder haben wir über ein Abkommen geredet, das im Zweifel zwischen zwei Staaten geschlossen werden würde und das umfassend in Bezug auf bilaterale Geheimdiensttätigkeit Bürger, Unternehmen und Regierungsinstitutionen hätte schützen sollen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, den Zusammenhang zum Wahlkampf haben Sie jetzt hergestellt, obwohl er für Ihre Partei ja vom Ausgang her gesehen nicht so erfreulich war. Aber lassen wir es.

Ich will mal Folgendes sagen: Gucken Sie sich an - das habe ich ja vorhin auch zitiert -, was in dem Bericht des PKGr an den Deutschen Bundestag steht. Das ist das, was ich auch dem PKGr mitgeteilt habe. Das ist eine ganz klare Antwort.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich lese es noch mal vor. Da heißt es auf Seite 11 in diesem Bericht des PKGr, Drucksache 18/217 - ich zitiere noch mal -:

> BND und NSA streben ein Abkommen mit der Vereinbarung an, dass von Seiten der Nachrichtendienste nichts unternommen werde, was nach den in beiden Staaten geltenden nationalen Regelungen unzulässig sei.

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

So. Das ist ganz eindeutig; Zitat Ende. - Was anderes habe ich nie behauptet. Ich könnte Ihnen sogar die Namen sagen aus dem PKGr, die sofort, als ich von dem No-Spy-Abkommen gesprochen habe, sozusagen diesen völkerrechtlichen Höhenflug gemacht haben. Das war nicht ich. Daran habe ich mich auch nie beteiligt. Also, da kann ich nur sagen: Das ist dann vielleicht eine Überhöhung gewesen, die kam - wenn ich mich richtig erinnere - mehr aus den Reihen Ihrer Partei.

Christian Flisek (SPD): Nein.

Zeuge Ronald Pofalla: Doch.

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie, von wem die kam? Kann ich Ihnen genau sagen; ich kann Ihnen die sagen. Die kam vom Regierungssprecher Seibert. Der hat nämlich am 14. August 2013 gesagt in der Bundespressekonferenz - ich zitiere -:

> Diese Vereinbarung soll festhalten, dass sich die USA und Deutschland

- also zwei Völkerrechtssubjekte-

> gegenseitig weder ausspähen noch ausspionieren noch das jeweilige nationale Recht verletzen.

Das ist die Aussage des Regierungssprechers Seibert.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau!)

Und da - - Wissen Sie, wo wir jetzt, in welcher Phase wir sind? Wir sind nämlich in einer kompletten Vernebelung.

Hinzu kommt, dass - - Die Bundeskanzlerin spricht immer - - Sie ist wirklich clever, Sie ist wirklich smart. Sie spricht von einem „sogenannten No-Spy-Abkommen“ in ihren offiziellen Erklärungen. Also, sie ist schon wirklich schlau. Sie macht das ganz distanziert und relativiert das mit dem kleinen Wörtchen „sogenannt“, weil wohl wahrscheinlich irgendjemand sie darauf hingewiesen hat und gesagt hat: So was gibt es auf der ganzen Welt nicht, wenn man das so verstehen würde, wie es eigentlich jeder Bürger draußen auf der Straße versteht.

Weil wenn Sie draußen eine Umfrage machen: „Was ist ein No-Spy-Abkommen?“, wird Ihnen jeder sagen: Ja, das ist ein Abkommen zwischen zwei Staaten, die sich verpflichten, sich wechselseitig nicht mehr auszuspionieren. Und das war die Erwartungshaltung, die hinter der Verwendung dieses Begriffes stand. Und mit dieser Erwartungshaltung - - Und das ist der Vorwurf. Weil Sie haben ja sehr entschieden - und da arbeiten wir hier in diesem Ausschuss - - Sie haben ja sehr entschieden gesagt: Es gab keine Täuschung. - Diese Erwartungshaltung, die steht halt im Raum.

Zeuge Ronald Pofalla: Wo ist jetzt die Fragestellung?

Christian Flisek (SPD): Ja, und meine Frage ist noch mal: Wie erklären Sie denn den Widerspruch? Weil Sie gerade gesagt haben - - Sie haben ja so gesagt, das käme aus Richtung meiner Partei in dem Fall. Sie machen es ja jetzt sehr parteipolitisch schon.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, waren Sie.

Christian Flisek (SPD): Nein, Sie haben gesagt - - Ich will von Ihnen wissen: Wie bewerten Sie denn vom 14. August 2013 die Stellungnahme

Nur zur dienstlichen Verwendung

von Herrn Seibert, wo drinsteht: „Diese Vereinbarung soll festhalten, dass sich die USA und Deutschland gegenseitig verpflichten, sich nicht auszuspionieren, sich nicht auszuspähen“?

Das ist doch was völlig anderes als das, was Sie gerade gesagt haben. Sie haben zu Recht gesagt: Hier wird eine Vereinbarung getroffen zwischen zwei Geheimdiensten. - So. Das ist doch ein riesen Widerspruch; da sind Welten zwischen. Aber das sind Tage zwischen beiden Erklärungen. Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Ronald Pofalla: Also, erstens bin ich nicht Herr Seibert. Den sollten Sie dann auch befragen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gute Idee!)

Und zweitens sage ich Ihnen ehrlich: Ich habe ja in Vorbereitung der heutigen Sitzung - ist ja heute alles wunderbar im Internet alles eingestellt - mir genau diese auch Texte der Regierungspressekonferenzen angesehen. Also, ich habe die jetzt natürlich nicht dabei. Sie sind ja auch nicht jetzt sonderlich interessant, aber in Vorbereitung musste ich die mir ja noch mal angucken.

Also, es gibt genügend Stellen, wo Herr Seibert präzise formuliert hat. Und so, wie das hier auch ist - - Herr Seibert stellt häufig bestimmte Sachen dar, dann gibt es Fragen und Antworten, und dann wird auch schon mal, um die Sachen nicht immer permanent zu wiederholen, etwas, sagen wir mal, salopper geantwortet.

Sie kommen über folgendes Problem nicht weg: Sie wollten sich draufsetzen, auch Sie persönlich. Ich habe ja Ihre Zitate noch sehr gut im Auge. Ich kann die Ihnen übrigens vorlesen. Zum No-Spy-Abkommen haben Sie sich geirrt. Sie haben sich zu früh gefreut. Der Vorwurf gegen mich war der, es hätte nie ein solches Angebot auf ein solches No-Spy-Abkommen gegeben. Ich habe jetzt hier dezidiert nachgewiesen,

(Zuruf: Nein!)

dass es zehnmal mehr als ein Angebot gegeben hat, und da kann ich nur sagen: Da müssen Sie einfach für die Zukunft, würde ich mal sagen, als Lebenserfahrung mitnehmen: Nicht zu früh springen. Dann springt springt man daneben.

Christian Flisek (SPD): Ein bisschen mehr Bescheidenheit würde Ihnen auch gut zu Gesicht stehen, Herr Pofalla.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, wir müssen gucken, dass wir im Umgang miteinander ja auf die nüchterne Ebene des Untersuchungsausschusses kommen.

Christian Flisek (SPD): Herr Pofalla, Sie haben von einem Angebot geredet und haben gerade behauptet, Sie hätten hier einen dezidierten Nachweis gebracht. Was mir komisch erscheint, ist ein Punkt - sage ich Ihnen jetzt als Jurist, ja -: Was ist ein Angebot?

Zeuge Ronald Pofalla: Einseitige Willenserklärung.

Christian Flisek (SPD): Wir lernen im BGB: Angebot ist, das man entweder mit Ja oder Nein annehmen oder ablehnen kann. - Ein bisschen komisch ist, dass ein Angebot gemacht wird, und dann lässt man die Truppe zurückfahren von der Reise und sagt: Und ihr Deutschen sollt jetzt mal sozusagen ein Wording aufsetzen.

Ist das normal? Ist das das normale Verfahren? Oder sagt man da nicht: „Wir vereinbaren erst einmal, ich sage mal, so eine Art Letter of Intent gemeinsam, wo die gemeinsamem Grundlagen drinstehen“? Sondern man lässt die Deutschen fahren und sagt: Ihr sollt jetzt dann mal das erste Wording machen, und dann schauen wir uns das an. - Ist das normal?

Zeuge Ronald Pofalla: Im Gegensatz zu Ihnen habe ich anwaltliche Erfahrungen von über 20 Jahren.

(Zuruf: Also, das ist unfassbar!)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Und da sage ich jetzt mal: Ich habe als Anwalt bei Vertragsverhandlungen - -

(Zuruf: Das ist beleidigend, Herr Vorsitzender! Jetzt reicht es langsam! Mir reicht es jetzt langsam!)

- Ja, Sie haben mich doch gefragt, was meine Einschätzung ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Flisek - -

Christian Flisek (SPD): Sie können Ihren Ton ein bisschen mäßigen, Herr Pofalla. Sie können Ihren Ton ein bisschen mäßigen.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war eine sachliche Feststellung.

Zeuge Ronald Pofalla: Eben. Weil ich habe 20-jährige - im Gegensatz zu Ihnen - Anwaltserfahrung und kann daraus reich schöpfen. Und ich habe bei Vertragsverhandlungen Situationen erlebt,

(Zuruf: Wissen Sie, was das unterstellt?)

die weichen aber fundamental von der Einschätzung ab, die Sie zu Vertragsverhandlungen abgeben. Es ist schon über Verträge verhandelt worden, wo formell noch nicht mal ein Angebot gemacht worden ist, an denen ich beteiligt war im zivilrechtlichen Bereich. Am Ende sind die zustande gekommen, und andere sind nicht zustande gekommen, obwohl man sich eigentlich einig war, dass man es machen sollte. Und deshalb sage ich ganz offen: Nein, das entspricht nicht meiner Lebenserfahrung.

Christian Flisek (SPD): Ich bewerte das anders, aber Sie offensichtlich nicht. Den Rest kommentiere ich jetzt momentan nicht.

Sie haben ja damals am 12. August auch in Ihrem Statement vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium gesagt:

> Die NSA erklärt ihr Einverständnis, sich an die deutschen Gesetze und Bestimmungen zu halten und die Durchführung von Fernmelde- und elektronischer Aufklärung und Bearbeitung in Deutschland zu regeln.

Und:

> Am 23. Juli dieses Jahres hat uns die NSA schriftlich zugesagt: „Die NSA unternimmt nichts, um deutsche Interessen zu schädigen."

Wie war diese Erklärung zu verstehen? Nur für die Zukunft? Oder war sie auch sozusagen rückwirkend für die Vergangenheit?

Zeuge Ronald Pofalla: Also, so, wie ich die Erklärung in Erinnerung habe, war sie - sonst hätte ich sie nicht verwandt - auch für die Vergangenheit gemeint. Sonst hätte ich sie ja nicht verwandt, weil der Vorwurf war ja, der im Raum stand, der, dass es das - jetzt im Sommer 2013 - davor gegeben hat. Also, sozusagen die bloße Zusicherung, dass es das für die Zukunft nicht gibt, hätte uns ja nur aufmerksam gemacht.

So war es ja übrigens beim Kanzlerinhandy. Da haben wir ja nur die Erklärung gehört, also, jetzt und für die Zukunft sei es ausgeschlossen. Daraus haben wir ja dann damals den Rückschluss gezogen: also für die Vergangenheit nicht. - Und hier habe ich das so in Erinnerung. Sonst hätte ich das nicht verwandt, weil sonst hätten wir den Rückschluss ja auch so gezogen, dass es hier nicht so gemeint war.

Christian Flisek (SPD): Wie haben Sie denn dann unter dieser Interpretation, wenn ich das jetzt mal zugrunde lege, den Umstand einsortiert, dass am 23. Oktober dann plötzlich aufkam: „Frau Merkels Handy wird offensichtlich observiert"?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, jetzt muss man mal sagen - - Wie soll ich das ausdrücken? Es wird jetzt wieder Unmut geben.

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nur Mut!)

Aber es hilft nicht; ich muss das so sagen, wie ich das auch sehe.

(Martina Renner (DIE LINKE: Da müssen wir durch!)

Ich halte das bis heute nicht für bewiesen aufgrund des Vorganges im Oktober des Jahres 2013, dass das Kanzlerinhandy abgehört worden ist. Weil als - so habe ich es in Erinnerung - Herr Seibert vom *Spiegel* diese Maske bekam, habe ich die erhalten, und ich habe die an die Dienste weitergegeben mit der Bitte um Analyse. Das ist der normale Weg.

Und dann gab es Punkte, die waren plausibel, die sprachen dafür. Also - so habe ich es in Erinnerung -: Solche Masken sehen so aus. - Aber es gab Gründe, die passten überhaupt nicht dazu. Also - ich nenne als Beispiel -, dass der wirkliche Name der Kanzlerin auf der Maske stand, wurde von Experten als eher ungewöhnlich angesehen. Dass sogar die Handynummer draufstand, wurde ebenfalls als ungewöhnlich angesehen.

So. Und jetzt kann ich ja auch nur das vernehmen - da habe ich nur Zeitungsleserwissen -, dass Herr Generalbundesanwalt Range vor wenigen Wochen das Verfahren eingestellt hat - und die Begründung mache ich jetzt sinngemäß; die habe ich damals in der Zeitung gelesen -, weil nicht mal hinreichend klar sei, ob es tatsächlich so gewesen sei. - Mache ich jetzt mit meinen Worten; aber so in etwa war die Einstellung.

Und deshalb beantworte ich Ihre Frage wie folgt - weil die Frage war ja, ob ich denn dann nicht überrascht war -: Ja, klar, überrascht ja, aber nicht überrascht in dem Sinne, wie Sie jetzt unterstellen, sondern für mich war der Punkt der, dass es wahrscheinlich leicht überwiegend plausibel war, aber durchaus beachtliche Gründe gab, dass es hätte auch anders sein können.

Ich habe dann mich übrigens in der Folge mal unterrichten lassen, weil mich mal interessiert hat - hat aber mit dem Fall Kanzlerinhandy nichts zu tun -, weil mich mal interessiert hat: Woher - - Oder: Wie sehen solche Masken aus? Und wer hat Zugriff darauf, wie solche Masken aussehen? Und dann hat man mir eine Website gezeigt, die, sagen wir mal, allgemein zugänglich ist, wo das drinsteht. So. Ich weiß nicht mehr, wie die hieß; ist ja klar. Aber es ist ja nicht so, dass das jetzt ein solches Spezialwissen ist, an das Sie nicht kommen könnten. Also, wenn man da ein bisschen rumrecherchiert und will an der Stelle was finden, findet man was.

So. Meine Antwort war: Ja, ich war in dem Augenblick überrascht; aber ich war nicht überrascht im Sinne von jetzt totalem Entsetzen, sondern in diesem Zwiespalt: Begehen wir jetzt nicht möglicherweise einen Fehler, wenn wir diese Sache weiterverfolgen?

Ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen - aber das ist jetzt eine Interpretation von mir -: Die *Spiegel*-Leute haben das ja genauso gesehen. Sonst hätten sie es uns ja vorher nicht gegeben. Die waren sich auch unsicher. Sonst hätte es ja keinen Grund gegeben, das sozusagen dem Regierungssprecher zu geben. Die waren sich eben auch unsicher, ob das ein sozusagen, ja, guter Beweis, ein gutes Beweisstück ist, das sozusagen aus sich heraus die Behauptung des Abhörens trägt. Wenn sie der Auffassung gewesen wären, hätten die niemals die Regierung dazu gefragt.

So. Die Regierung hat dann ja geantwortet. Wir haben es für plausibel gehalten und haben dann am Ende gesagt: Ja, so kann es gewesen sein. - Und danach hat es ja dann auch ein entsprechendes Ermittlungsverfahren gegeben. Aber bis heute zu behaupten - das steht ja auch in allen Zeitungen -, es sei so gewesen, muss ich mal ganz ehrlich sagen: Dieser Einschätzung würde ich mich bis heute nicht anschließen.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber Vorsicht ist natürlich auch die Mutter der Porzellankiste, und wenn man auf die Sicherheit der Bundesregierung und ihrer Kommunikation bedacht ist, muss man natürlich von dem Worst-Case-Szenario zumindest mal ausgehen, dass dieser Beweis - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Haben wir dann ja auch.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber das wäre ja dann doch sicherlich auch ein Bruch all dieser Zusagen gewesen. Oder nicht?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, na klar, so habe ich es ja auch hinterher gesagt. Deshalb habe ich - - Wenn ich das noch eben, Herr Vorsitzender, sagen darf - auch unter Überschreitung der Zeit -: Ganz offen: Deshalb habe ich ja - und das können Sie ja auch der Veröffentlichung dann im Oktober, 24. war das, glaube ich; müsste ich nachgucken - - nach dem PKGr sehen - - in dem ich angeordnet habe, dass alles - alles, ausnahmslos -, was uns bis dahin mitgeteilt worden ist von den Amerikanern, erneut überprüft wird. Ja klar, den Zweifel hatte ich, weil, die Richtigkeit dieser Behauptung und dieses Beweises unterstellt, wären wir an anderer Stelle womöglich auch belogen worden. Und das wollte ich wissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir müssen jetzt wechseln und kommen zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und es fängt an der Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Pofalla! Erst mal möchte ich Ihnen ganz herzlich für Ihre Eingangsausführungen danken, auch in dem Umfang, weil ich wirklich glaube, dass das dem Ausschuss hilft, sozusagen Ihre Sichtweise zu verstehen für all das, was 2013 um die Snowden-Veröffentlichungen und danach passiert ist und was eben auch nicht passiert ist.

Ich würde Sie gern mal fragen - jetzt haben Sie sich ja hier vorbereitet -: In der Rückschau: Sehen Sie denn irgendwas auch kritisch im Nachhinein an Ihren eigenen Handlungen? Also, von Fehlern traue ich mich gar nicht zu sprechen. Aber was, glauben Sie, könnte vielleicht nicht so gut gelaufen sein damals, angesichts der Diskussionen, die wir heute noch führen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja klar, da muss man jetzt nicht drumherum reden. Ich nenne Ihnen gleich auch ein konkretes Beispiel. Ich würde heute - ich sage Ihnen gleich, an welcher Stelle - eine Sache anders formulieren. Aber jetzt muss man eben erklären, warum, wenn ich das darf.

Jetzt befinden wir uns im Sommer 2013. Danach hat es weitere Vorwürfe gegeben - Ende 2013, 2014, jetzt 2015. Sätze, die ich im Sommer des Jahres 2013 gesagt habe, werden heute immer zu Vorkommnissen ins Verhältnis gestellt zu 2014 oder 2015. Da sage ich Ihnen ganz ehrlich: Damit habe ich nicht gerechnet. - Gebe ich auch zu. Auf den Gedanken wäre ich auch gar nicht gekommen.

Aber mit dem Wissen von heute, dass das so ist, hätte ich beispielsweise diesen Satz, den ich ja vorhin auch zitiert habe, im Blick auf die vermeintliche Totalausspähung, den hätte ich etwas anders gesagt. Ich habe ja hier gesagt - um den nur einmal zu widerholen; dann wird der Unterschied deutlich -: Der Vorwurf der vermeintlichen Totalausspähung in Deutschland - jetzt lasse ich mal das, was dazwischen drin war, weg - ist vom Tisch.

Das würde ich heute anders sagen. Ich würde heute sagen mit den Erkenntnissen, dass danach ja noch Vorwürfe gekommen sind - - Ich würde heute sagen: Der Vorwurf der vermeintlichen Totalausspähung im Zusammenhang mit den beiden US-Codes USLA - - -987LA und -LB ist vom Tisch. - Weil darum ist es gegangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, ich will sagen, davon habe ich einige Beispiele. Weil durch die Zeitüberlappung werden Aussagen von mir in Zusammenhänge gestellt, wo ich nun wirklich zu dem Zeitpunkt nicht davon wusste und auch mich darauf nicht bezogen habe, und insofern hätte ich an der Stelle - aber ich habe auch andere - - würde ich heute noch präziser formulieren.

Da will ich Ihnen aber sagen - und Sie können das ja alles im Netz nachgucken -: Dadurch, dass ich die abgelesen habe, ist das ja auch - war ja auch so zum Teil - zum Teil, sagen wir mal, übel

Nur zur dienstlichen Verwendung

angegriffen und auch karikiert worden. Aber wenn Sie Abweichungen gemacht hätten - und ich hatte wirklich Sicherheitsfragen im Hintergrund - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich vorhin verstanden, Herr Pofalla.

Zeuge Ronald Pofalla: Deshalb habe ich die abgelesen, ja. Da werfe ich mir aber vor: Dann hätte ich an der einen oder anderen Stelle trotzdem noch präziser formulieren müssen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Ich bin so ungeduldig, weil ich immer nur acht Minuten Zeit habe und erst wieder in zweieinhalb Stunden drankomme.

Zeuge Ronald Pofalla: Okay, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen: Ich habe das verstanden mit der Problematik. - Ich will Ihnen aber sagen - und das mag ja manchmal ungerecht sein dann auch in den Vorwürfen -: Aber das Problem ist natürlich, dass unter Ihrer Verantwortung damals - Chef BK, Fach- und Rechtsaufsicht für den BND - eine ganze Reihe von Dingen nicht offenbar geworden sind, die hätten nach Snowden offenbar werden können. Und deswegen stellt sich eben schon auch die Frage, ob man damals eben die Sache aufgrund des Wahlkampfes zu schnell abmoderiert hat.

Ja, aber ich entnehme sozusagen - - Das, was Sie eben kritisch angemerkt haben, finde ich auch positiv, dass Sie das so sagen.

Ich möchte Ihnen eine Sache vorhalten aus den Akten, und zwar ein Schreiben von Michael Flügger an Karen Donfried vom 31. Juli 2013:

> Dear Karen ...

- und dann kommt so ein bisschen Allgemeines, und dann kommt ein Absatz, den ich gerne vorlesen würde -

> The aim of the group will be to receive written confirmation by the US-side that German law has not been compromised in the past and will not be in the future by US-services. (?)

Dann kommt ein Satz zu den Briten, und dann kommt - -

RD Philipp Wolff (BK): Kurz eine Frage - Entschuldigung, dass ich unterbreche -: Ist das eingestuft?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine VS-vertrauliche Akte. Aber Herr Pofalla hat eben aus geheimen Akten zitiert, während er vorgelesen hat - seine handschriftlichen Vermerke aus geheimen Akten. Und um das richtigzustellen, was er hier sozusagen - ich sage mal - zur Dehnung der Wirklichkeit aus geheimen Akten vorgehalten hat, werde ich jetzt ja wohl aus einer VS-vertraulichen Akte vorlesen dürfen.

RD Philipp Wolff (BK): Das bitte ich in eingestufter Sitzung zu tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das werde ich nicht tun.

RD Philipp Wolff (BK): Herr Pofalla hat eine handschriftliche Anmerkung von einem umfassenden fünfseitigen Vermerk isoliert zitiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also - -

RD Philipp Wolff (BK): Aus geheimen Akten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann beantrage ich jetzt Unterbrechung der Sitzung.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das werden wir jetzt austragen, weil - ich darf das begründen, Herr Vorsitzender -: Das geht so nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Stimmt, deswegen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pofalla zitiert hier aus geheimen Akten und stellt seine Wirklichkeit dar. Wir haben hier Aussagen, die das exakte Gegenteil belegen. Und aus denen soll ich jetzt nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit zitieren dürfen? Herr Wolff, das ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, und das geht so nicht.

Und deswegen: Entweder Sie lassen mich das jetzt vorlesen, oder wir unterbrechen die Sitzung, und dann werden wir genau verhandeln, was Herr Pofalla hier eben gemacht hat aus geheimen Akten. Aber so haben wir nicht gewettet. Das ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, die hier im Jahr 2015 fortgesetzt wird, und das ist für mich schlicht inakzeptabel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, also ich unterbreche jetzt die Sitzung, weil ich halte das für eine Irreführung, aus eingestuften Akten vorzulesen, Herr Kollege von Notz. Deswegen unterbrechen wir jetzt die Sitzung und machen eine Beratungssitzung.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit, den Sitzungssaal zu verlassen. Wir werden jetzt eine Beratungssitzung einlegen. - Sehr geehrter Zeuge, auch Sie müssen leider den Sitzungssaal an dieser Stelle verlassen. - Danke schön.

Zeuge Ronald Pofalla: Bis gleich.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 19.40 Uhr - Folgt Beratungssitzung)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses fort mit den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wir hatten dort unterbrochen nach 6 Minuten. Von daher hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiterhin die Möglichkeit, Fragen zu stellen. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pofalla, ich habe ja gerade angefangen, aus einem Brief zu zitieren. Das darf ich nicht weiter tun. Aber ich darf Ihnen das vorlegen. Und ich bitte Sie, da einmal reinzugucken.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Die Mail - das darf ich, glaube ich, sagen - geht von Herrn Flügger an Frau Donfried. Und unter anderem wird in diesen letzten zwei Absätzen darüber berichtet, dass für Ihren Auftritt - - Darf ich das jetzt sagen? Nein. Wahrscheinlich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Man muss es umschreiben.

RD Philipp Wolff (BK): Wenn man es abstrahiert, kann man es, glaube ich, schon sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für einen Auftritt, über den wir heute schon mehrere Male geredet haben, an einem Datum im August, da bestand offensichtlich schon Klarheit, dass Sie da, ich sage mal, mit einem bestimmten Sound antreten wollen. Und Herr Flügger bittet sozusagen um eine schriftliche Stellungnahme. Und da frage ich Sie jetzt erst mal: Geht es da um so was wie ein No-Spy-Abkommen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir geben mal kurz eine Zeit zum Lesen. Ich unterbreche auch die Zeit.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Ronald Pofalla: Wenn Sie die Frage noch mal eben wiederholen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das Wort No-Spy-Abkommen steht da ja nicht. Aber es geht da darum - wenn ich das jetzt ins Deutsche rückerinnere -, dass eben in der Vergangenheit und für die Zukunft keine Aktivitäten irgendwie von US-Seite gegen Deutsche gemacht werden. Also, geht es da um - - Und da braucht man irgendwie ein „written paper“ oder so - so steht das da - diesbezüglich.

Und da schließt sich jetzt meine Frage an: Hat es eine solche Zusage zwischen dieser Mail von Herrn Flügger und Ihrem Auftritt gegeben? Also, hat es eine „written confirmation“ diesbezüglich gegeben? Oder haben Sie sich entschlossen, am 12. dann das trotzdem so zu sagen, obwohl die US-Seite, die politische Schiene, das eben schriftlich nicht bestätigen wollte?

Zeuge Ronald Pofalla: Also, ich habe diese Mail nach meiner Erinnerung nie gesehen. Aber das ist auch nicht Aufgabe von mir, Mails von Mitarbeitern mir anzugucken, angesichts der Fülle der anderen Vermerke.

Ich verstehe das etwas anders. Sondern ich verstehe das so, dass wir - - Darüber habe ich ja berichtet. Das war ja der Auftrag dieser Reise, die dann wenige Tage danach stattgefunden hat. Die Mail ist ja vom 31. Juli. Da waren wir schon voll in dem Modus der PKGr-Sitzung, die damals allerdings eine Woche später sein sollte, am 18. Das war vereinbart. Dann ist die vorgezogen worden auf dieses andere Datum.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht da sogar drin.

Zeuge Ronald Pofalla: Genau. Auf diese Sitzung. So. Ich verstehe das so, dass es darum ging, diese Fragen von den Amerikanern nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich beantwortet zu bekommen. Und da habe ich auch immer höchsten Wert drauf gelegt.

Herr Ströbele war ja selber im PKGr. Da war ständig eine Diskussion darüber, wenn berichtet wurde - - Beispielsweise Herr Schnidler. Ich habe ja diese Gespräche nicht geführt. Dann war immer die Frage: Gibt es ein Schriftstück? - Und wir haben sogar in manchen Fällen, wo wir es nicht schriftlich hatten, zwischen den PKGr-Sitzungen dann sogar im Anschluss jeweils um die Bestätigung dessen gebeten, was wir zum Teil nur mündlich hatten. Und so verstehe ich das hier: dass man schriftliche Texte haben wollte, um in der entsprechenden Sitzung, die dann hier ja auch benannt ist zeitlich, Schriftstücke zu haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An der Stelle müssten wir gleich weiter fragen. Es sind jetzt schon 10 Minuten rum. Ich vermute mal, dass da noch Fragen kommen. Aber die anderen Fraktionen möchten ja auch noch fragen. - Es kommt jetzt die Fraktion der CDU/CSU an die Reihe. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Pofalla, ich bleibe auch beim Thema No-Spy-Abkommen. Sie hatten vorhin geschildert, dass Herr Schindler Ihnen ja berichtet habe, es gebe das Angebot der US-Seite, so ein No-Spy-Abkommen abzuschließen.

Jetzt würde mich mal interessieren: Hat Herr Schindler Ihnen da schon konkrete Punkte benannt, die vonseiten der Amerikaner dann in dem Abkommen stehen sollten? Beziehungsweise vielleicht können Sie auch mal schildern - - Sie hatten ja vorhin ein bisschen auch schon erläutert, dass es eine aufregende Zeit war nach den Snowden-Enthüllungen, dass man dann den ganzen Sachverhalt aufklären wollte. Welche Punkte waren Ihnen damals wichtig in so eine Vereinbarung reinzuschreiben? Beziehungsweise haben Sie Herrn Schindler da dann konkrete Dinge genannt?

Zeuge Ronald Pofalla: Darf ich mal fragen, zu welchem Zeitpunkt? Auf welchen Zeitpunkt bezieht sich die Frage?

Nina Warken (CDU/CSU): Als Herr Schindler Ihnen vom Angebot der Amerikaner erstmals berichtet hat nach seiner Reise.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Zu dem Zeitpunkt war ja für uns eher überraschend - - Also, ich war zumindest überrascht, dass die Amerikaner es uns angeboten hatten. Und dann habe ich ihn ja,

weil es ein Angebot war, gebeten - das hat er dann ja auch wenige Tage später gemacht -, dieses Angebot aufzugreifen, um in Verhandlungen einzutreten.

Und dann - so erinnere ich mich - war der Prozess eigentlich eher der, dass ich Herrn Schindler gebeten habe, doch mal einen, sagen wir mal, entsprechenden Entwurf oder wenigstens mal die Eckpunkte eines Entwurfes zu fertigen, in dem die wesentlichen Punkte drin sind. Das hat dann eine bestimmte Zeit gedauert. Und der ist dann auch irgendwann gekommen. Und dann haben wir darüber gesprochen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben jetzt in offenen Unterlagen Zwischenberichte des Bundesinnenministeriums. Das sind sozusagen Hintergrundinformationen über den Sachstand der Ermittlungen zu den Snowden-Enthüllungen. Da gibt es zum Beispiel eine Fassung vom 19. Dezember 2013. Und da wird berichtet, die NSA habe eine Vereinbarung vorgeschlagen, deren Zusicherung mündlich bereits mit der US-Seite vereinbart sei. Und wesentliche Punkte der Vereinbarung seien:

> Keine Verletzung der jeweiligen nationalen Interessen ...
>
> Keine gegenseitige Spionage ...
>
> Keine wirtschaftsbezogene Ausspähung ...
>
> Keine Verletzung des jeweils nationalen Rechts ...

Sind das die Punkte gewesen, die Sie sich dann vorgestellt haben, die Sie dann vielleicht dann auch im weiteren Fortgang dem Herrn Schindler mitgegeben haben für seine Verhandlungen? Beziehungsweise mich würde auch interessieren, inwieweit Sie dann in den weiteren Schritten mit eingebunden waren. Wurde dann konkret über diese Punkte gesprochen? Vielleicht können Sie das auch noch ein bisschen schildern.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, in den Erstellungsprozess nicht, weil ich einfach um eine Vorlage gebeten habe. Und dann kann ich mich daran erinnern - - Also, die Punkte waren da drin, die Sie gerade verlesen haben. Die kann ich bestätigten.

Dann war es ja so - und das habe ich ja vorhin in meiner Eingangseinführung deutlich gemacht -: Es gab sozusagen einen Ausgangsentwurf. Dann gab es irgendwann den Gegenentwurf der Amerikaner. Und dann haben wir auf der Basis des Gegenentwurfes der Amerikaner noch mal an zwei, drei Punkten andere Formulierungen vorgeschlagen, weil wir die für zielführender gehalten haben. Und ich bin sozusagen immer an der Wegstrecke dann, wenn ein Entwurf zurückkam oder der Gegenentwurf zurückgesandt wurde, jeweils darüber informiert worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Wir haben einen Vermerk von Herrn Heiß vom 07. August 2013, in dem er auch was zu den weiteren Chancen, die ein solches Abkommen eröffnen können, schreibt. Er schreibt konkret - ich zitiere -:

> Es könnte als Prototyp für die Klärung der Verhältnisse zwischen nachrichtendienstlichen Partnern dienen und gleichzeitig Staaten mit deutlich aggressiver vorgehenden Diensten (etwa China oder Russland) in Zugzwang bringen. (?)

Wie ist diese Aussage aus Ihrer Sicht zu verstehen gewesen? Und wie hätte ein solches Abkommen mit den USA auch China oder Russland in Zugzwang bringen können?

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, die Idee, die dahinter stand, war ja die: Wenn es zu einem solchen Abkommen mit den Amerikanern gekommen wäre, hätten wir - jetzt mal simpel - gegenüber anderen ausländischen Diensten ja argumentieren können, dass wir ein solches Abkommen haben, in dem im Grunde die Punkte, die Sie vorhin benannt haben, zweifelsfrei feststehen. Und man hätte dadurch Druck erhöhen können im Blick - - Damals in der Zeit war das natürlich anders. Ich glaube, heute - wenn ich jetzt mal an das deutsch-russische Verhältnis denke - würde das, glaube ich, nicht wirken.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber in einer Phase, wo man miteinander redet, wo man miteinander zu tun hat, hätte man durchaus den Versuch unternehmen können, auf der Basis dieser einen Vereinbarung mit anderen Diensten darüber zu reden, möglichst viel von diesen Zusicherungen auch von denen zu bekommen. Das war die Idee, die dahinter steckte. Aber das wäre ja der weiß ich nicht wievielte Schritt danach gewesen. Aber zumindest als Zielperspektive fand ich das ganz plausibel.

Nina Warken (CDU/CSU): Würden Sie die Einschätzung teilen, dass China und Russland weit aggressiver vorgehen als die Dienste der USA?

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja. Da halte ich mich deshalb zurück, weil das ja eine - - Sagen wir mal: Es wird ja in Relation gesetzt. Ich glaube, dass bis heute überhaupt gar nicht klar ist, was die Amerikaner wirklich im Detail machen. Wie soll ich dann das ins Verhältnis setzen zu den anderen Diensten?

Eines kann ich allerdings sagen: Wir haben ja nun einen Dienst, der soll zumindest hier im Inland dafür sorgen, dass Maßnahmen anderer Dienste nach Möglichkeit unterlassen bleiben oder, wenn sie aufgedeckt werden, eben zur Unterlassung führen. China und Russland, nach meiner Erinnerung auch der Iran, zählten zu den Diensten, die wir für Dienste halten, die bei uns vermutlich an verschiedenen Stellen auffällig unterwegs sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Zum Zeitpunkt Ihres Ausscheidens aus dem Kanzleramt, welchen Stand hatten da die Verhandlungen Ihres Erachtens?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, das ist ja das wirklich Interessante. Man muss das echt noch einmal in Erinnerung holen. Ich bin am 17. Dezember als Kanzleramtsminister ausgeschieden. Und der letzte Vermerk, den ich bekommen habe, war von Anfang Dezember. Und in diesem Vermerk, also vom 05.12.2013, ist im Grunde genommen das, was textlicherseits als US-Gegenentwurf uns übersandt worden ist, bewertet worden mit entsprechenden Änderungsanregungen bei den Formulierungen der Verträge. Die sind dann auch in dem Anhang enthalten gewesen.

Und um es mal so rum zu sagen: Dieser Vermerk endete nach meiner Erinnerung so, dass mir avisiert worden ist, dass man nunmehr anstrebt den Abschluss für Anfang nächsten Jahres, also für Januar 2014. Und für einen bestimmten Teil dieses Vertrages ist sogar ausdrücklich empfohlen worden, dass ich den der Öffentlichkeit präsentieren soll und sogar für die Bundesregierung an der Stelle handeln soll.

RD Philipp Wolff (BK): Ich glaube, auch hier handelt es sich um einen eingestuften Vermerk. Ich muss sagen, ich bin unsicher. Dann sollten wir das in eingestufter Sitzung behandeln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. Danke für den Hinweis, weil ich kenne ihn nicht.

Zeuge Ronald Pofalla: Um es andersherum - dann mache ich es abstrakt - zu sagen: Wir waren Anfang Dezember - das ist ja die letzte Information, die ich hatte - so weit, dass mir im Grunde Vorschläge gemacht worden sind, wie ich mich für den Fall der endgültigen Einigung verhalten soll.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, da gingen Sie dann auch noch davon aus, dass die Verhandlungen zum Erfolg führen würden. Und da war auch noch nicht absehbar, dass es dann sozusagen im Sande verläuft. Oder haben Sie jetzt irgendwelche Erklärungen dafür, warum es dann so gekommen ist?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Ich habe ja vorhin auf die Frage des Vorsitzenden, der die Frage gestellt hatte - ich mache es jetzt mal mit meinen Worten -, ab wann die politische Ebene sozusagen da reingekommen ist, geantwortet, dass das nach meiner Erinnerung Ende Oktober durch den Besuch der beiden Abteilungsleiter 2 und 6 des Kanzleramtes in Washington gewesen ist.

Und spätestens zu dem Zeitpunkt, sagen wir mal, waren wir auch immer in der Situation, dass wir das andere mit im Auge behalten haben. Da war

Nur zur dienstlichen Verwendung

ja vorhin meine Antwort - und daran kann ich mich sehr gut erinnern -: Für den Fall, dass es da gestockt hätte, hatte ich mir immer vorgenommen, selber nach Washington zu reisen, um das dann möglicherweise am Schluss selber zu verhandeln. Dazu ist es aber ja nicht gekommen.

Und wir haben trotzdem immer in den verschiedenen Stationen darüber geredet, weil es hat ja immer auch, sagen wir mal, inhaltlich Punkte gegeben, wo man vielleicht auch schon hätte fragen können: Muss man da jetzt schon auf Ministerebene tätig werden? Wir sind dann aber immer zu dem Ergebnis gekommen: Wir versuchen es jetzt noch mal auf der Arbeitsebene.

Und wie gesagt, noch mal: Anfang Dezember war mein letzter Stand. Deshalb habe ich ja auch diesen handschriftlichen Vermerk - ich habe das ja vorhin verlesen - auf den Vermerk gepackt. Bin ich davon ausgegangen, dass das jetzt eine Frage von Wochen ist, bis wir womöglich einen solchen Abschluss erreichen können.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt wird ja immer kritisiert - ich glaube, das ist heute auch noch mal deutlich geworden -, dass Sie den Begriff No-Spy-Abkommen, Abschluss eines No-Spy-Abkommens so verwendet haben. Ich würde jetzt einfach gern mal nach den Hintergründen und nach Ihren Beweggründen fragen. War es, weil der Herr Schindler Ihnen berichtet hatte: „Die Amerikaner haben ein No-Spy-Abkommen angeboten“? Oder gab es andere Gründe? Hätte man das auch anders nennen können der Öffentlichkeit gegenüber? Ist es nicht vielmehr auf die inhaltlichen Dinge angekommen, die geregelt werden sollen? Können Sie dazu was sagen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Also, die Reise der beteiligten Personen - muss ich nicht wiederholen - am 05./06. August 2013 - - Noch mal: Die sind direkt aus dem Flugzeug zu mir ins Kanzleramt gekommen, weil ich natürlich auf die Antworten der Amerikaner, die sich aber bei der Fragestellung bei uns, also vor der Reise, auf die Klärung von Sachverhalten bezogen hatte - - So. Da war ich jetzt mal gespannt, was wir sozusagen als Antworten bekommen, zumal ich ja zu dem Zeitpunkt wusste, dass ich am 12. August ins PKGr muss. Und von daher war ich ja an Antworten, die das jetzt so rum oder so rum klären, aber die den Sachverhalt jetzt erst mal klären, sehr interessiert, weil natürlich das PKGr damals - zu Recht ja auch - großen Druck gemacht hat, dass hier möglichst schnell geklärt wird.

Und in dieser Schilderung über den Besuch ist der Begriff verwandt worden, dass die Amerikaner uns das angeboten hätten. Und in dem Vermerk, um den ich dann ja im Nachgang zu diesem Gespräch gebeten hatte, vom 7. August, ist der Begriff nach meiner Erinnerung zwar nicht verwandt worden, aber es stand dann drin, dass es eine entsprechende Zusicherung auf Abschluss eines solches Agreements geben wird. So. Das war bezogen auf den Begriff der Sachverhalt. Wer den Begriff jetzt sozusagen in dem Gespräch in Amerika auf den Weg gebracht hat, kann ich nicht sagen, weil ich nicht dabei war.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Herr Schindler hat uns gesagt, ihm gegenüber wurde das so konkret angeboten, und er habe Ihnen dann davon berichtet.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Ja. Ob das jetzt der Schindler - - Einer der Teilnehmer. Das weiß ich nicht. Also, der Begriff ist in der Schilderung gefallen. Und ich weiß ja auch, dass ich dann da auch weiter nachgefragt habe, weil das war ja die eigentliche Überraschung dieses Besuches aus den Gründen, die ich gerade genannt habe. Und da ich Herrn Schindler - wenn er es war, habe ich da keinen Zweifel, wenn er das selber gesagt hat - - jemand ist, den ich übrigens immer auch deshalb geschätzt habe, weil seine Schilderungen über Abläufe oder Gespräche, wenn er mir berichtet hat - und dazu ist es ja häufig gekommen -, waren immer außerordentlich präzise und zuverlässig.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn man Ihnen jetzt vorwerfen würde - was, so wie ich es wahrnehme, auch durchaus passiert -, Sie haben den Begriff oder die In-Aussicht-Stellung des Abschlusses eines solchen Abkommens nur als Nebelkerze im Wahlkampf benutzt: Was würden Sie da entgegnen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Wenn man über Verträge verhandelt, wo das drinsteht, was man will, dann ist das keine Nebelkerze. Noch mal: Angebot - wir haben es ja vorhin juristisch gemacht - ist eine einseitige Willenserklärung. Hier sind Vertragstexte ausgetauscht worden. Also, da kann ich nur sagen: Die sollten mal einen Grundkurs im Zivilrecht machen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo ist denn der Vertrag, Herr Pofalla?)

- Das müssen Sie die Bundesregierung fragen. Ich gehöre der - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir fragen immer der Reihe nach. Noch ist die Union dran.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Ich beantworte aber gerne. - Der gehöre ich aber nicht mehr an.

(Zuruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da kommen wir auch sicherlich gleich wieder zu. - Hat die Union noch Fragen?

Nina Warken (CDU/CSU): Im Moment nicht. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im Moment nicht. - Dann kommen wir jetzt nämlich zur zweiten Fragerunde. Und richtige Fragen stellt jetzt die Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir machen jetzt hier auch mal ein paar Grundkurse. - Sie haben ja vorhin über Ihre handschriftlichen Notizen zu einer Vorlage berichtet aus BK-1/7c, Anlage 02. Ich möchte wissen, auf welcher Grundlage Sie dieses Zitat hier eingebracht haben. Sie werden es ja nicht im Kopf haben.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Ich weiß nicht, welcher Vermerk das ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Der handschriftliche Vermerk, den Sie vorhin zitiert haben.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Aber ich lasse mich jetzt nicht darauf ein, weil ich habe das Aktenstück nicht da. - Erstens. - Zweitens ist es der Vermerk, den ich beschrieben habe, von Anfang Dezember. Und ich habe das ja nur deshalb benannt, weil mir ja der Vorwurf gemacht worden ist, dass ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Darum geht es jetzt gerade nicht.

Zeuge Ronald Pofalla: Doch.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will wissen, auf welcher Grundlage Sie das jetzt hier zitiert haben.

Zeuge Ronald Pofalla: Es geht aber für mich darum.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Aber ich stelle die Fragen, nicht Sie. Und ich möchte wissen, auf Grundlage - -

Zeuge Ronald Pofalla: Aber ich gebe die Antworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben ein wörtliches Zitat aus dieser Unterlage hier vorgetragen. Und Sie haben das nicht aus dem Kopf repetiert, sondern Sie haben auf etwas geschaut. Was war das? Ihre Notizen aus dieser Akte? Eine Kopie dieser Akte? Diese Akte selbst? Können Sie mir sagen, was das war? Es gibt ja nur die drei Möglichkeiten.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe das präzise gesagt. Sie können das nachher dem wörtlichen Protokoll, das ja geschrieben wird, entnehmen. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ich möchte wissen, auf welcher Grundlage Sie das Zitat hier vorgetragen haben, ob das eine handschriftliche Mitschrift war von Ihrer Akteneinsicht, eine Kopie aus der Akte -

Nur zur dienstlichen Verwendung

(RD Philipp Wolff (BK) meldet sich zu Wort)

- nein, Herr Wolff; ich frage, und ich denke, das kann ich fragen - oder drittens die Akte selbst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Frage können wir stellen. Aber davor können wir noch Herrn Wolff hören, was er für eine Anmerkung hat.

RD Philipp Wolff (BK): Ich würde ganz kurz eine Beratungssitzung, eine Beratung beantragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Mit dem Zeugen?

RD Philipp Wolff (BK): Mit dem Zeugen.

Martina Renner (DIE LINKE): Damit er sich erinnert, was es war?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Aber es mag ja einen Grund geben, wenn es um eingestufte Sachverhalte geht. Beratungssitzung dementsprechend. Machen wir 5 Minuten. Müsste aber reichen, oder? Ich weiß nicht, was da besprochen werden muss. Aber 5 Minuten sollten auf jeden Fall reichen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso kann der Zeuge das nicht beantworten. Er wird doch wissen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe es übrigens auch so verstanden: nicht eine Beratungssitzung, nur eine Unterbrechung. Hatte ich so verstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Unterbrechung oder Beratungssitzung?

(Christian Flisek (SPD): Warum kann die Bundesregierung eine Beratungssitzung beantragen?)

RD Philipp Wolff (BK): Kurze Unterbrechung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Unterbrechung. So hatte ich es auch verstanden. Eine Unterbrechung, um mit dem Zeugen zu reden.

(Zuruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Nein. Das haben wir doch immer gesagt, dass, wenn hier ein Beratungsbedarf besteht, ein Diskussionsbedarf, dass wir das auch machen. Also, für fünf Minuten ist die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 22.14 bis 22.22 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So. Ich sehe, dass Bundesregierung und Zeuge wieder da sind. Dann geht die Sitzung jetzt weiter. Und mich würde dann interessieren, um es mal transparent zu machen, was denn der Grund der Unterbrechung war. - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Der Grund der Unterbrechung war eine rechtliche Erläuterung im Hinblick auf Geheimschutzbelange, ganz einfach, und auf das Herausgeberprinzip, das dem zugrunde liegt.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem Rechtsanwalt!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt machen wir mit den Fragen weiter. - Kollege Flisek hat einen Geschäftsordnungsantrag.

(Widerspruch des Abg. Christian Flisek (SPD))

- Ja, doch. Beide Hände ist Geschäftsordnung.

(Christian Flisek (SPD): Das ist nur eine Hand!)

- Eigentlich ist die Kollegin Renner dran. Aber wenn das okay ist, dass der Kollege Flisek zwischendrin eine Frage stellt. - Okay.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): In Bezug auf zukünftige Verfahren moniere ich ausdrücklich, dass ein Zeuge, der keinen Rechtsbeistand hat - was er ja machen konnte; das ist eine bewusste Entscheidung - und selber keine Fragen oder Beratungsbedarf hat - ich habe nichts dergleichen gesehen - - dass die Bundesregierung hergeht und von sich aus einen Beratungsbedarf mit dem Zeugen anmeldet und daraufhin eine Sitzung unterbrochen wird. Ich halte das für ein Verfahren, das absolut nicht vertretbar ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Frau Kollegin Renner.

(MR Torsten Akmann (BMI) meldet sich zu Wort)

- Das Rederecht hat Frau Kollegin Renner. Sie hat eine Frage gestellt - aber doch an den Zeugen. Habe ich so verstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aber Herr Akmann hat sich auch gemeldet.

MR Torsten Akmann (BMI): Ich würde ganz gerne noch zu Herrn Flisek sagen, dass das zu den Aufgaben hier der Beauftragten gehört. - Vielen Dank.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte eine Frage gestellt, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Genau. Und mich interessiert eigentlich die Antwort auf die Frage von Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): - und dann kommt jetzt sicherlich die Antwort auf meine Frage.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, diesen Zusatz, der von mir handschriftlich auf diesen Vermerk gemacht worden ist, habe ich mitgenommen aus einer Akteneinsicht, weil ich davon ausgegangen bin, weil dieser Zusatz ja von mir war, dass er nicht eingestuft war.

(Zuruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Martina Renner (DIE LINKE): Die Juristen müssen sich ja entscheiden, ob das jetzt ein Verbotsirrtum oder ein Erlaubnistatbestandsirrtum ist.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich glaube, weder noch. Aber darüber können wir gerne diskutieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Das kann man dann klären. Was ist es denn?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sollen wir diese schöne Frage - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, mal ganz - - Jetzt möchte ich nur noch mal wissen: Ich hatte ja gefragt: In welcher Form? Also, Sie haben es abgeschrieben und mitgenommen oder eine Kopie gemacht?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Kopien habe ich nicht. Ich habe von gar keinen Sachen Kopien gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie haben es abgeschrieben und mitgenommen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Es muss so sein. Ich habe jetzt den Text - - Also, da würde ich jetzt mal sagen: Anders kann ich es mir nicht vorstellen. Also muss so gewesen sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Nicht, wie es gewesen sein muss, sondern wie es war.

Zeuge Ronald Pofalla: Doch. Es muss so gewesen sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir fragen hier nach Wahrheit und nicht nach - - Genau, hatten wir vorhin schon. Hypothesen interessieren uns hier nicht.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich bin doch da sehr entspannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es meldet sich Herr Wolff. Ich weiß auch wieder nicht genau, warum.

Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Ich möchte auch noch mal ganz kurz darauf hinweisen, weil wir vorhin schon darüber diskutiert hatten über die Problematik und ich mich, glaube ich, da zu früh habe ins Bockshorn jagen lassen: Eingestuft ist der Vermerk durch das Referat. Und das ist der Vermerk. Die Person, die das liest, hätte unproblematisch auch auf einem gesonderten Blatt eine Anmerkung machen können. Der Vermerk ist sicher nicht durch das Referat aufgrund der Anmerkung von Herrn Pofalla eingestuft. Da muss ich schon mal darauf hinweisen.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Deswegen halte ich das auch für nicht nur vertretbar, sondern sogar für sehr naheliegend, dass das keinerlei Verstoß gegen eine VS ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Entschuldigung, Herr Wolff. Wir haben auch die Zeit angehalten. Ich möchte das heute wirklich nicht ausdiskutieren. Ich habe da wirklich eine andere Auffassung. Und das würde bedeuten, dass alle handschriftlichen Vermerke in eingestuften Dokumenten jetzt nicht mehr eingestuft sind.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist voll cool!)

Das müssen Sie sich noch mal überlegen. Das würde ich mir noch mal gut überlegen vonseiten der Bundesregierung.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein! Das übernehmen wir genau so!)

Diese Debatte möchte ich heute Abend eigentlich nicht führen, Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Das würde ich so nicht sehen. Nur der Herausgeber, der das selber - - Nein. Es gilt das Herausgeberprinzip. Und wenn die Person, die das selber angemerkt hat, davon ausgeht, dass das nicht eingestuft ist, dann ist das was völlig anderes, als wenn ein Dritter sagt: Auf diesem Dokument ist dieses und jenes nicht eingestuft. - Das geht nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde noch mal an der Stelle, wo wir heute schon vor einigen Stunden mal waren und die Klippe geschafft haben - - Sonst müssten wir doch eine vertiefte juristische Debatte führen. Und das wird, glaube ich, nicht der Tatsache gerecht, dass wir einen höchst interessanten Zeugen heute hier haben. Ich würde eher dazu raten, die Zeugenvernehmung jetzt inhaltlich weiterzuführen. Und diesen Punkt können wir ja mal wirklich im Rahmen einer Obleuterunde, wo wir uns etwas mehr Zeit nehmen, zeitnah vielleicht, oder auch vielleicht in einem wissenschaftlichen Gutachten mal klären. Das würde auf jeden Fall viel, viel bei uns in der Akteneinsicht an neuen Tatsachen aufwerfen. Nur: Heute Abend würde das, glaube ich, viel Zeit verschlingen, die wir lieber mit dem Zeugen verbringen möchten.

Jetzt gucke ich mal, ob Frau Kollegin Renner noch Zeit auf der Uhr hat. Die Uhr wandert hier gerade nämlich rum. Da ist sie.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte erst eine Frage gestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte erst eine Frage gestellt. Das hat jetzt alles so lange gedauert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen musste ich jetzt auf die Uhr gucken, die nicht in meinem Sichtfeld war. Aber es sind tatsächlich von 8 Minuten noch 7 übrig.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben noch mal in die Akte geguckt und was die Stempelung auf der Seite angeht: Geheim - Amtlich geheimgehalten. - Das wird eine interessante juristische Diskussion.

Ich würde dann weiter fragen. Und zwar: Sie sind ja als Geheimdienstkoordinator auch für die Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht zuständig. Und dazu würde ich gerne wissen: Die diversen der

Nur zur dienstlichen Verwendung

Kooperation zugrunde liegenden Vereinbarungen mit Five Eyes: -

Zeuge Ronald Pofalla: Mit wem?

Martina Renner (DIE LINKE): - Memoranden, Agreements, Letters, aber auch die im Dienst gefassten Vorschriften, waren die Ihnen bekannt als Text? Haben Sie diese in Augenschein genommen?

Zeuge Ronald Pofalla: Zu welchem Zeitpunkt?

Martina Renner (DIE LINKE): Zu dem Zeitpunkt ab Antritt dieser Funktion.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Wenn Sie das auf das Abkommen von 2002 beziehen -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: - so verstehe ich Sie -, habe ich das erst im Zuge der Aufklärung im Sommer des Jahres 2013 zur Kenntnis genommen und habe dann allerdings auch den ganzen Text gehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das haben Sie also im Sommer 2013 sich angesehen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da kennen Sie ja dann auch sicherlich die Annexe. Die haben Sie sich auch angesehen.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, wenn der Text vorlag, werde ich da sicher auch reingeguckt haben. Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und haben Sie sich denn zu einzelnen möglicherweise naheliegenden Fragen, also: „Fanden Verstöße gegen G-10-Grundrechtsträger statt?“, „Wurden Daten zu US-Amerikanern erfasst?“, und „Gab es Verstoß gegen deutsche bzw. europäische Interessen?“, berichten lassen, inwieweit das in den tatsächlichen Kooperationen ausgeschlossen ist? Das sind ja vier. Also - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Ja. Also, ich habe die Texte eigentlich damals mehr unter dem Gesichtspunkt gelesen: „Was ist vereinbart an Kooperationen zwischen BND und NSA?“, und: „Wo sind möglicherweise in den Formulierungen aus meiner Sicht - - Schwachpunkt?“ - Unter dem Gesichtspunkt habe ich das gelesen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Und haben Sie sich dann auch berichten lassen, zum Beispiel von dem BND-Präsidenten oder Abteilungsleiter in Ihrem Haus, wie in der konkreten Kooperation, in den Projekten die Einhaltung dieser Vorschriften tatsächlich umgesetzt wurde?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Es ist immer wieder darüber geredet worden, wenn es bestimmte Vorwürfe gab, also beispielsweise, dass Deutsche dann doch erfasst worden seien. Dann ist mir diese ganze Filtertechnik mit den verschiedenen Stufen geschildert worden.

Ich würde sagen, dass ist immer anhand von Vorwürfen, die da waren - - ist darüber gesprochen worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Nach Sommer 2013.

Zeuge Ronald Pofalla: Im Sommer -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Ronald Pofalla: - oder nach dem Sommer 2013.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wer hat Ihnen denn diese Filtertechnik vorgestellt?

Zeuge Ronald Pofalla: Die - da war Herr Ströbele dabei - hat Herr Pauland, der Abteilungs- -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich darf es ja nicht erzählen!)

- Ich gebe doch jetzt - - Ich beantworte doch die Frage.

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber im Zweifel dürfen Sie es auch nicht sagen, Herr Pofalla!)

Im PKGr hat Herr Pauland darüber ausführlich berichtet.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So läuft das nämlich!)

Und in Vorbereitung dieser - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich muss sagen, die Frage richtete sich aber nicht auf das PKGr.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber er redet davon!)

- Ist ja jetzt nicht mein Problem, was er erzählt.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe doch jetzt nicht - - Jeder hat Herrn Pauland - - Der ist gefilmt worden, als er da reingegangen ist. Das weiß jeder, in welcher Sitzung der war.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber Herr Pofalla, Sie haben vorhin - -)

Martina Renner (DIE LINKE): Ganz kurz. - Also, wissen Sie: Ihr Eingangsstatement war voll mit Anschuldigungen an das PKGr, an Durchstechereien, an die Medien, die das aufnehmen, bestimmte Spins aufsetzen, und niemand kann dem widersprechen, weil man sich ja so dolle an die Geheimschutzordnung halten muss. Und jetzt erzählen Sie mir, was Herr Pauland im PKGr erzählt hat.

Zeuge Ronald Pofalla: Er hat die Filtertechnik erklärt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aber es geht ja nicht - - Wenn ich Sie frage, an welcher Stelle Sie sich im Sommer 2013 die Filtertechnik erklärt haben, zielt das nicht darauf, dass Sie mir aus dem PKGr erzählen, sondern zum Beispiel sagen: Wir hatten dazu eine Runde im Bundeskanzleramt. Da waren eingeladen die und die und die - wegen mir die Fachmitarbeiter des BND -, und die haben uns darüber berichtet.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Wenn Sie meinem - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie machen genau das, was Sie dem PKGr vorgeworfen haben gerade.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, gar nicht. Sondern wenn Sie meinem Eingangsvortrag gefolgt wären, hätten Sie ja noch in Erinnerung, dass ich geschildert habe, wie ich die PKGr-Sitzungen vorbereitet habe, nämlich in den Runden der beamteten Staatssekretäre, des Abteilungsleiters 6, der Chefs der Dienste. Und wenn es Gegenstand der Beratungen der Sitzungen war, hat es eine entsprechende Vorbereitung bei mir gegeben. Ist doch ganz normal.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aber jetzt - - Ich sage mal: Die Dienst-, Rechts- und Fachaufsicht durch das Bundeskanzleramt erstreckt sich ja nicht alleine darin, dass man dann zufällig auch im PKGr sitzt und mitbekommt, was dort berichtet wird, sondern die wird doch eigenständig ausgeübt jenseits der parlamentarischen Kontrolle - oder?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Punkt. Deswegen brauchen wir jetzt von PKGr-Sitzung gar nicht mehr zu reden, weil das ist die parlamentarische Kontrolle. Ich rede über die Kontrolle durch das Bundeskanzleramt - ja? Wenn man dann auch noch was im PKGr lernt, dann freue ich mich darüber irgendwie. Aber das ist nicht meine Frage.

Zeuge Ronald Pofalla: Wenn Sie den Ton etwas verändern, kriegen Sie von mir auch vernünftige Antworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber so - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Doch. Diese Art und Weise der Befragung, muss ich schon sagen, ist ja sehr eigenwillig -,

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Genau.

Zeuge Ronald Pofalla: - sehr eigenwillig.

Martina Renner (DIE LINKE): Das kann sein. - So. Ich habe Sie nach Ihrer Funktion als Dienst-, Rechts- und Fachaufsicht im Bundeskanzleramt gefragt, und die, wie gesagt, wird nicht im PKGr ausgeübt. Und deswegen möchte ich wissen, inwieweit man sich in Ihrer Funktion im Bundeskanzleramt hat informieren lassen zum Beispiel zu der Filtertechnik, also dem Grundrechtsträger-, -trägerinnenschutz.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich bin als Kanzleramtsminister, als diese Frage aufkam, durch den Bundesnachrichtendienst über diese Filtertechnik ausführlich informiert worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Wer war das? Wer hat Sie darüber informiert?

Zeuge Ronald Pofalla: Nach meiner Erinnerung in dem Fall, weil ich immer auf der Ebene die Gespräche geführt habe, Herr Schindler.

Martina Renner (DIE LINKE): An diesen - - Waren das spezielle Runden, die man damals nach den Snowden-Veröffentlichungen hatte, um bestimmte Fragen zu klären? Oder waren das Gespräche unter zweien?

Zeuge Ronald Pofalla: Kann ich Ihnen nicht sagen bei der Vielzahl der Gespräche. Also, ich würde sagen: Unter-zwei-Gespräche hat es nie gegeben. Also, halte ich für relativ ausgeschlossen, weil galt immer Sechs- oder Achtaugenprinzip. Also waren immer irgendwelche Personen mit dabei. Meistens waren das dann zwei Mitarbeiter aus der Abteilung 6. Oder Herr Schindler hat auch schon mal jemanden mitgebracht. Das hat immer gewechselt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Welche anderen Personen aus dem BND haben bei diesen Runden teilgenommen?

Zeuge Ronald Pofalla: Bei welchen Runden?

Martina Renner (DIE LINKE): Bei diesen Runden, die sich mit einzelnen Problemen aus den Snowden-Dokumenten befasst haben.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Das war bei mir die Runde, die ich vorhin hier beschrieben habe. Das war die Runde der Chefs der Dienste, die dafür zuständigen beamteten Staatssekretäre, und das waren relativ große Runden.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Das waren relativ große Runden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir gleich nach dieser Frage dann wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, ich hätte noch eine zugelassen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Ich wäre dann darauf zu sprechen gekommen, ob einzelne Projekte dort auch Thema waren. Aber ich denke, das ist ein größerer Komplex. Den machen wir dann gleich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. Danke schön. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. - Herr Pofalla, im Kanzleramt in der Abteilung 6 wurden ja im Jahr 2011, Mitte des Jahres, einige Umstrukturierungen vorgenommen. Es liegt ein Organigramm vor mit Stand 31. März 2011. Da gibt es noch die Struktur mit zwei Gruppen: Gruppe 61, Gruppe 62. Leiter der Gruppe 62 war zu dem Zeitpunkt, also März 2011, noch Ministerialdirigent Vorbeck, den wir ja hier schon als Zeugen gehört haben. Dem nächsten Organigramm, das uns vorliegt, Stand 15. September 2011, lässt sich dann entnehmen, dass diese Unterabteilungsleiterebene aufgelöst wurde. Es gibt keine Gruppen mehr, nur noch Referate. Wann genau wurde denn entschieden, die Abteilung 6 neu zu strukturieren? Wer hat das entschieden? Und was war

Nur zur dienstlichen Verwendung

denn der Grund, so eine Umstrukturierung vorzunehmen? Was erhoffte man sich denn vom Wegfall der Gruppenleiterebene?

Zeuge Ronald Pofalla: Das war der Spardruck, unter dem wir aus der Haushaltsklausur des Kabinettes im Jahre 2010 standen. Auch das Kanzleramt musste entsprechende Leistungen erbringen. Und dann ist die Veränderung - ich habe sie ja auch jetzt hier - die gewesen, dass wir genau so verfahren sind, wie Sie es beschrieben haben, übrigens nicht nur in der Abteilung 6, sondern auch in der Abteilung 5.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. Dann habe ich im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wenn die Union keine weiteren Fragen mehr hat, kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Herr Kollege Ströbele stellt die nächsten Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Pofalla, ich erinnere mich ja auch noch an den Sommer 2013, weil wir da häufig zusammenkamen. Erinnern Sie sich noch daran, dass damals die Bundesregierung einen Fragenkatalog - vielleicht erinnern Sie sich auch noch daran, wie umfangreich der war - an die US-Behörden gegeben hat nach den Veröffentlichungen von Edward Snowden, um Fragen zu klären? Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Ronald Pofalla: Also, wir haben insgesamt sehr viele Fragen an die Amerikaner an ganz unterschiedliche Stellen gestellt. Ja, ganz klar. Darüber ist ja auch ausführlich im PKGr berichtet worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Was haben denn die Amerikaner gesagt, als sie die Kataloge bekommen haben?

Zeuge Ronald Pofalla: Jetzt reden wir über den Beginn? Reden wir jetzt über Juli?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine jetzt die Kataloge erst mal vom Juli, Juni 2013. Jetzt nicht - - Auf die Entwürfe und so kommen wir gleich noch.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Ja. Wir haben ja einzelne Fragen beantwortet bekommen, und andere sind nie beantwortet worden oder unzureichend beantwortet worden. Was anderes kann ich Ihnen jetzt nicht dazu sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich noch daran - das ist ja auch in der Öffentlichkeit so mitgeteilt worden -, dass die Amerikaner um Zeit gebeten haben - zwei Wochen oder so -, um eine Herabstufung von Dokumenten vorzunehmen, dass das eine Begründung gewesen ist, die jedenfalls die Bundesregierung mitgeteilt hat, warum die Fragen noch nicht gleich beantwortet werden?

Zeuge Ronald Pofalla: Offen gestanden, das weiß ich nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht mehr. - Und sind die dann während Ihrer Amtszeit, nun die Fragekataloge, mal abgearbeitet worden? Sie erinnern sich, das waren jetzt nicht einfach nur Fragen, sondern schriftliche Kataloge.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Aber ich habe das nicht so in Erinnerung - also zumindest habe ich den Eindruck -, als ob es einen oder zwei Kataloge gegeben hätte, sondern Woche für Woche gab es neue Vorwürfe, und Woche für Woche gab es neue Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Ronald Pofalla: Und die sind dann an die unterschiedlichen Stellen - - Da gibt es auch Verbindungsstellen. Da gibt es offizielle Stellen. Die sind dann jeweils - übrigens weniger von uns, sondern einerseits auf der Ebene der Dienste und andererseits auf der Ebene des Innenministeriums oder des Justizministeriums - weitergeleitet worden. Ja. Und die Antworten, die wir dann bekamen, haben wir dann ja auch im PKGr vorgetragen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn ich das richtig sehe, sind die Herabstufungen - - auf die warten wir heute noch. Und die Fragen, die damals gestellt worden sind - wir könnten sie ja mal einzeln durchgehen; wir können die Kataloge ja noch mal uns vornehmen -, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sind auch nicht beantwortet worden. Was haben Sie denn eigentlich - Sie jetzt persönlich oder Ihre Mitarbeiter in den USA - gemacht, um Antworten zu bekommen? Und was war die Begründung, warum Sie keine kriegen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Ich bleibe ja bei meiner Einschätzung aus dem Eingangsstatement. Es hat keine so verdichtete Zeit gegeben der Aufklärung auf der Regierungsebene wie zwischen Sommer und, sagen wir mal, Herbst oder Winter des Jahres 2013. Wenn Sie sich mal einen Augenblick noch vergegenwärtigen, welche anderen Vorwürfe, auf die ich hier gar nicht eingegangen bin, in dem Sommer eine Rolle gespielt haben, dann haben wir ja genau durch dieses Frage-Antwort-Spiel und durch die Konsultationen, die wir gesucht haben, eine Unzahl von Fragen klären können. Also, ich würde mal sagen: Das war sehr erfolgreich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sie ja für sich behalten. Ich weiß davon jedenfalls nichts.

Aber ich habe ja auch nur sehr wenig Zeit. Ich muss jetzt zum nächsten Punkt kommen. Sie haben bereits angesprochen das Handy der Kanzlerin. Diese Meldungen, die ja viele, auch mich, aufgescheucht haben, waren, glaube ich, Oktober 2013, und da haben Sie jetzt Bedenken geäußert, ob das authentisch ist und so. Damals ist berichtet worden, dass die Kanzlerin ja sehr ungehalten gewesen ist. Wir kennen ja auch einige Äußerungen von ihr dazu. Und insbesondere wissen wir aus Veröffentlichungen, dass sie mit Herrn Obama telefoniert hat, also dem US-Präsidenten, und dass der ihr also auch dazu Antworten gegeben hat. Haben Sie denn mal mit der Kanzlerin darüber gesprochen, was Herr Obama eigentlich zu diesem Vorwurf gesagt hat? Stimmt der, oder stimmt der nicht?

Zeuge Ronald Pofalla: Jetzt habe ich tatsächlich die Frage, ob ich das in öffentlicher Sitzung beantworten muss.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst mal die Frage: Haben Sie mit der Kanzlerin darüber geredet?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich frage ja gerade die Vertreter hier hinten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Das können Sie doch erst mal fragen, ob Sie mit der Kanzlerin darüber geredet haben.

RD Philipp Wolff (BK): Die Gespräche mit der Kanzlerin - wir haben es gerade vorhin auch gehabt - gehören zum Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung, und dafür hat der Zeuge keine Aussagegenehmigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dürfen Sie denn sagen, ob in diesen Gesprächen, die da geführt worden sind - sonst sagen Sie auch vieles über das, was die USA gesagt haben -, das in Abrede gestellt worden ist oder nicht? Oder war die Reaktion so, dass Sie gesagt haben: „Das ist doch alles Quatsch, was da in der Zeitung steht und was dieser Snowden da behauptet“?

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, gut, die öffentlichen Einlassungen der Amerikaner kennen Sie.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Die kenne ich.

Zeuge Ronald Pofalla: Und die waren so, wie ich sie übrigens vorhin auch geschildert habe: dass die Amerikaner in Bezug auf das Handy der Kanzlerin gesagt haben, dass das jetzt und in der Zukunft nicht mehr vorkommt. Daraus ist ja zu Recht der Rückschluss gezogen worden, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: - dass man dafür dann für die Vergangenheit nichts gesagt hat. Und das ist das, was ich als Antwort auf Ihre Frage sagen kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber Sie haben ja vorhin Zweifel geäußert, ob das authentisch ist, ob es tatsächlich ein Abhören des Kanzlerhandys gegeben hat.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gingen Sie denn dann davon aus, auch mit dieser Schlussfolgerung, wenn er sagt: „In Zukunft nicht und auch jetzt nicht“, dass es dann in der Vergangenheit der Fall gewesen ist? Was war denn Ihre Meinung damals dazu - oder jetzt noch?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Die habe ich Ihnen ja geschildert. Ich habe Ihnen ja geschildert - - Sonst hätte übrigens ja - ich wiederhole das - der *Spiegel* das ja nie zur Prüfung an die Bundesregierung - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich rede doch jetzt nicht vom *Spiegel* und von der Urkunde, -

Zeuge Ronald Pofalla: Doch. Ich rede aber von der Urkunde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern: Welche Rückschlüsse haben Sie aus dieser Information über das Gespräch der Kanzlerin mit Obama gezogen, Sie persönlich?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Ich habe auch nicht von dem Gespräch der Kanzlerin mit Obama geredet, sondern ich habe von den öffentlichen Einlassungen der Amerikaner geredet. Jetzt müssen wir es nur schön auseinanderhalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: So. Und meine Einschätzung dazu war, dass der Umstand, dass die Amerikaner es für die Vergangenheit nicht gesagt haben, dafür spricht, dass sie wahrscheinlich Gründe dafür haben, warum sie dazu nichts sagen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das heißt - davon ist wahrscheinlich auch ganz Deutschland ausgegangen; ich bin davon auch ausgegangen -, dass das ein ausdrückliches oder - wie wir Juristen sagen, auch nach 48 Jahren Rechtsanwaltspraxis - - inzidenter das bestätigt haben. Wenn man sich so ausdrückt - -

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja. Bestätigt inzident? Also, inzident ja, aber ob bestätigt, wäre ich mal vorsichtig, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: - weil dazu zählt noch mal eine Schraubendrehung - für mich zumindest - mehr. Noch mal: Ich habe ja vorhin auch gesagt, dass wir am Ende - so ist ja auch die Debatte geführt worden - das, was an dem Dokument uns vorgelegt worden ist, eine Plausibilität - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie schon gesagt; das brauchen Sie nicht noch mal wiederholen.

Zeuge Ronald Pofalla: Lassen Sie mich doch noch mal wiederholen. Ich gebe doch jetzt die Antworten. Das ist mein gutes Recht, und das sollten Sie mir nicht abschneiden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber dann habe ich keine Fragezeit, -

Zeuge Ronald Pofalla: Das verstehe ich, aber ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wenn Sie jetzt alles noch mal wiederholen.

Zeuge Ronald Pofalla: Wenn Sie mich jetzt aber so einschränken, kann ich Ihnen auch noch ein paar andere Sachen erzählen. Dann ist die Zeit ganz rum. - Also: Die Maske war eben plausibel.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das haben Sie alles schon ausgeführt.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, aber ich wiederhole es. - Die Maske war plausibel; aber es gab Elemente in der Maske, die eben üblicherweise zu einer solchen Maske nicht gehören.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr Pofalla, war Ihnen damals bekannt, dass außer Herrn Schindler und anderen vom Bundesnachrichtendienst und auch von Ihrer Abteilung 6 vom Kanzleramt - - Kontakte mit den Amerikanern gehabt haben, also zum Beispiel die Abteilung 2, und zwar mit der US-Regierung, also mit der Administration und möglicherweise mit Obama oder seiner Umgebung selbst, und zwar relativ intensive schriftliche Kontakte hatten über die Frage eines No-Spy-Abkommens oder überhaupt über eine Vereinbarung?

Zeuge Ronald Pofalla: Diese internen Mails, die Sie ansprechen, sind mir zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt gewesen. Das kann aber jetzt auch nicht überraschen. Mir sind nie interne Mails, die vonseiten welcher Mitarbeiter auch immer wohin gegeben wurden, vorgelegt worden. Also, so gesehen kannte ich die Mails nicht. Ich habe sie jetzt in der Veröffentlichung einer großen Tageszeitung vor einigen Wochen gelesen. Also, insofern sind sie mir heute bekannt. Um aber der Frage nicht auszuweichen: Herr Heusgen hat immer wieder mit mir darüber geredet, welche Gespräche er führt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herrn Heusgen kennen Sie noch?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege Ströbele, wir müssten jetzt wieder wechseln - rund zehn Minuten. Wir können da ja gleich wieder anknüpfen. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD mit den Fragen des Kollegen Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, Herr Schindler hatte bei seiner Vernehmung hier im Untersuchungsausschuss gesagt, dass er von Ihnen - das haben Sie ja auch dargestellt - beauftragt wurde mit den Verhandlungen über eine Vereinbarung zwischen den Diensten. Herr Schindler hat gesagt, das ist eigentlich prima gelaufen. Er hat auch gesagt, dass er ein ganz großer Fan von so einem Abkommen war, und das lief alles ganz gut bis November 2013, hat er gesagt. Dann ist was passiert. Dann gab es auf einmal eine Einflussnahme von höchster Ebene, vom Kanzleramt, und da hat er gesagt: Auf einmal sollte eben der Charakter ein ganz anderer sein, nämlich keine Vereinbarung mehr zwischen den Diensten, sondern das Ziel war anscheinend dann der Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrages.

Jetzt frage ich Sie: Was ist da im November 2013 im Kanzleramt passiert, dass auf einmal die von Herrn Schindler so erfolgreichen, aus seiner Sicht und nach seiner Aussage so erfolgreich geführten Verhandlungen ins Stocken geraten sind aufgrund einer entsprechenden politischen Einflussnahme des Kanzleramtes?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich glaube, dass die Einflussnahmen - so, wie ich die Vorgänge in Erinnerung habe - nicht vonseiten des Kanzleramtes stattgefunden haben, sondern - das habe ich vorhin schon auf die Frage des Vorsitzenden gesagt - durch den Besuch am 30.10.2013.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pofalla, tun Sie mir den Gefallen, ein bisschen lauter zu reden und ins Mikrofon?)

- Ja. - Durch den Besuch der beiden Abteilungsleiter 2 und 6 des Kanzleramtes am 30.10.2013 hat es nach meiner Erinnerung die entsprechende Veränderung gegeben, indem nämlich die amerikanische Seite darauf Wert gelegt hat - auch das habe ich vorhin bereits vorgetragen - - dass die amerikanische Seite in Person Frau Rice der Auffassung war, dass es sozusagen mit diesem völkerrechtlichen Dokument so wäre, wie ich es vorhin geschildert habe. So. Und daraus ist dann ja in der Folge - auch das habe ich geschildert - die Zweiteilung geworden, indem es eine Art politischen Text auf der einen Seite und einen engeren Vertragstext zwischen BND und NSA geben

Nur zur dienstlichen Verwendung

sollte. Das ist nach meiner Erinnerung die, sagen wir mal, Veränderung gewesen, die aber nicht von uns initiiert worden ist, sondern die aufgrund der Wünsche der Amerikaner dann der Weg war, von dem wir glaubten, dass man ihn gehen kann.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie sagen, das, was im November 2013 dann passiert ist, das waren Wünsche der Amerikaner? Im Endeffekt - ich interpretiere das jetzt so; korrigieren Sie mich, wenn Sie das anders sehen -: Die Messlatte ist höher geworden. Anstatt dass man sich vielleicht - ich bezeichne das jetzt mal so - mit dem Spatz in der Hand - sprich: einem Abkommen zwischen zwei Diensten - begnügt, wollte man dann auf einmal ein größeres völkerrechtliches Abkommen. Herr Schindler hat das hier so ausgesagt.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, nein. Die Einschätzung teile ich überhaupt nicht. Die teile ich deshalb nicht - die Sie vornehmen -, weil die entscheidende Frage war ja: Was kommt in die politische Erklärung rein? Da - sagen wir mal - hätte ich mir einen Text vorstellen können, der wäre so sinnlos gewesen. Dann würde Ihre Auffassung stimmen. Aber Sie hätten auch eine politische Erklärung bekommen können, indem sozusagen die politischen Erklärungen der beiden Regierungen so umfassend gewesen wären, dass ich gesagt hätte: Wunderbar. - Also, es hängt sehr vom Inhalt ab.

Christian Flisek (SPD): Ich verstehe immer noch nicht, worüber wir jetzt dann reden. Reden wir jetzt über einen völkerrechtlichen Vertrag oder irgendwelche unverbindlichen politischen Erklärungen?

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, mit den unverbindlichen - - Das ist ja Ihre Bewertung. Die will ich Ihnen nicht nehmen, aber ich habe eine andere.

Christian Flisek (SPD): Dann stellen Sie es doch mal so klar, dass ich es dann verstehe.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich habe mich gerade schon bemüht, aber ich versuche es noch mal.

Christian Flisek (SPD): Es sind mehrere, die das - - Stellen Sie es mal mit einfachen Worten klar: Um was ging es ab November?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, die amerikanische Seite hat durch den Besuch der beiden Abteilungsleiter 2 und 6 des Kanzleramtes am 30.10.2013 deutlich gemacht, dass sie auf ihrer Seite - und so habe ich das in Erinnerung, dass das Rice vertreten hätte - - lehne quasi das ab, und deshalb hat es da eine Veränderung gegeben. Also, Frau Rice lehnte nach meiner Erinnerung eben ein völkerrechtliches Dokument ab. So. Und daraus ist die Idee entstanden, im engeren Sinne ein Abkommen zwischen BND und NSA auf der einen Seite - aber das habe ich vorhin auch alles vorgetragen - und eine Art politischer Erklärung zwischen den beiden Regierungen zu bekommen.

Christian Flisek (SPD): Und was hat dann dazu geführt, dass Herr Schindler zu der Bewertung kommt: „Ab November gab es dann eine Zäsur“? Weil man hätte ja dann dieses - - Sie haben ja jetzt diese Zweiteilung angesprochen. Das sind ja zwei Dinge, die man auch eigentlich unabhängig voneinander machen kann. Wenn man sie zusammenbekommt, dann ist es schön, aber man kann sie auch unabhängig voneinander machen. Das heißt, ich verstehe bis heute nicht, warum dann diese erfolgreichen Verhandlungen zwischen einem Agreement auf Diensteebene nicht zustande gekommen sind. Dass dann vielleicht eine Vereinbarung scheitert, das - - Okay. Aber warum ist auf Diensteebene diese Vereinbarung nicht zustande gekommen?

Zeuge Ronald Pofalla: Die Frage habe ich vorhin schon beantwortet. Die kann ich Ihnen nicht beantworten, weil das nach meinem Ausscheiden aus meinem Amt war und ich keine inhaltlichen und Aktenkenntnisse über den Zeitraum nach dem 17. Dezember habe. Also, die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich auch da nicht mehr im Amt war. Diese Veränderung ist doch aber genau die, die ich beschreibe. Ich sehe da überhaupt jetzt gar keinen Unterschied. Also, durch den Besuch am 30.10. ist der Versuch gemacht worden, nach den Einwänden der Amerikaner eben zu dieser Vereinbarung zwischen

BND und NSA zu kommen und eine politische Erklärung der beiden Regierungen zu bekommen.

Christian Flisek (SPD): Und damals gab es die Aussage von amerikanischer Seite: „Eine völkerrechtliche Vereinbarung wird es mit uns nicht geben“?

Zeuge Ronald Pofalla: So habe ich das in Erinnerung, aufgrund dieses Besuchs.

Christian Flisek (SPD): Aber das heißt, man hat bis November auch über eine völkerrechtliche Vereinbarung verhandelt?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, sondern diese völkerrechtliche Vereinbarung - - Das können Sie der Presse übrigens aus der Zeit entnehmen. Vertreter Ihrer Partei haben öffentlich das verschiedentlich gefordert, übrigens schon ab Mitte August. Und darüber hat es ja in Deutschland sogar Diskussionen gegeben. Die Amerikaner haben natürlich die deutsche Presse verfolgt - - dass es diese Diskussion bei uns gibt, und haben deutlich gemacht: Diesen Punkt, den wird es mit ihnen nicht geben.

Christian Flisek (SPD): Und das heißt, man hat auch dann nie über eine völkerrechtliche Vereinbarung wirklich verhandelt?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe von völkerrechtlicher Vereinbarung nie gesprochen. Ich habe immer davon gesprochen - ich habe das vorhin zitiert -, von einer Vereinbarung.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, ich will das nur glattziehen.

Zeuge Ronald Pofalla: Lassen Sie mich bitte ausreden. - Ich habe davon gesprochen, von einer Vereinbarung zwischen BND und der NSA, und ich habe vorhin auch davon berichtet, wann dieses Angebot gemacht worden ist. Ich habe vorhin auch berichtet, dass - mit dem 12. August brach sofort die Debatte um die völkerrechtliche Frage aus - ich mich an dieser Diskussion - - Da werden Sie nichts finden, weder im Ausschuss des PKGr noch öffentlich. An dieser Diskussion habe ich mich nicht beteiligt.

Christian Flisek (SPD): Ja, das kann in der Tat so sein, und insofern werden wir dann sicherlich festzustellen und zu bewerten haben, wie vielstimmig und sehr unterschiedlich dort die verantwortlichen Stellen aufseiten der Bundesregierung in Ihrer Zeit waren - aber das werden wir dann auch mit diesen Personen erläutern -, und vor allen Dingen auch die Frage zu klären haben, inwieweit das eventuell auch Strategie war.

Ich habe eine andere Frage, und zwar: Was mich sehr irritiert, ist die Tatsache, dass, ich sage mal, wir hier bei unseren Untersuchungen, bei unserer Aufklärungsarbeit sehr oft den Einwand hören: Gewisse Dinge sind laufende Geschäfte der Regierung. Da dürfe sogar das Parlament nicht informiert werden. Das ist alles dann höchst eingestuft. - So. Und jetzt kommt es: ein Angebot, wie Sie sagen, der amerikanischen Seite auf Abschluss eines Abkommens zweier Dienste. Und das Erste, was man macht, ist: Man informiert darüber die Öffentlichkeit. Bei allem, was wir hier gerade erleben in der Abwägung - Staatswohl -: Wie reagieren die Amerikaner, wenn wir hier Dinge irgendwo aufklären, öffentlich machen, transparent machen, sie der Arbeit im Ausschuss zuführen? - Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass die Amerikaner da ruhig geblieben sind, dass Sie der deutschen Öffentlichkeit, noch bevor überhaupt irgendwelche Verhandlungen aufgenommen worden sind, erklärt haben: Die Amerikaner haben über ein hochsensibles Thema, nämlich die Kooperation zweier Dienste, ein Angebot unterbreitet. - So was macht man doch nicht, oder? Das widerspricht doch den gesamten bisherigen - - der gesamten Geheimhaltungspolitik der Bundesregierung.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich sehe Ihnen nach, weil Sie im Sommer 2013 nicht dabei gewesen sind, dass Sie so argumentieren. Das ist aber nicht richtig. Die erste Information darüber ist vonseiten der Bundesregierung in das PKGr gegangen, ganz eindeutig, und nicht an die Öffentlichkeit.

Jetzt müssen Sie noch mal einen Augenblick an den 12. August zurück- - Ihre Partei hatte mir vorgeworfen, vor dieser Sitzung am 12. August des Jahres 2013, dass ich eine Zusammenarbeit von BND und NSA zuließe; und da gab es zwei

Vorwürfe: entweder außerhalb einer Vereinbarung und damit in gewisser Weise mit dem Vorwurf „rechtswidrig“, und auf der anderen Seite war der Vorwurf, wenn es eine Vereinbarung gebe, was das denn gewesen sein soll.

Christian Flisek (SPD): Was hat - -

Zeuge Ronald Pofalla: Passen Sie auf: Dann musste ich - das habe ich im Ausschuss sehr deutlich auch erklärt - die Historie dieser Vereinbarung erklären. Ich will jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen, obwohl ich die ja dezidiert vortragen könnte. Diese Vereinbarung ist unter der Leitung von Frank-Walter Steinmeier geschlossen worden, und das Pikante an dieser Vereinbarung war, dass diese Vereinbarung, sozusagen das Plazet, diese Vereinbarung zu verhandeln, vor dem 11. September ergangen ist.

Christian Flisek (SPD): Ich weiß zwar nicht, warum Sie das jetzt sagen, weil das eigentlich keine Antwort auf meine Frage ist.

Zeuge Ronald Pofalla: Doch, das ist die Antwort auf Ihre Frage. - Weil ich dann nachher - -

Christian Flisek (SPD): Dann müssen Sie aber die Kurve jetzt mal kriegen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, aber die Antworten überlassen Sie bitte noch dem Zeugen. So sind, glaube ich, die strafprozessualen Regelungen. - Darauf habe ich deshalb in der Öffentlichkeit hingewiesen, weil ich für etwas angegriffen wurde, für das ich nicht verantwortlich war. Und dann habe ich deutlich gesagt - das wiederhole ich -, ich hätte diese Vereinbarung, wäre ich damals im Amt gewesen, genauso geschlossen. Aber was ich den Sozialdemokraten nicht habe durchgehen lassen, war, den Versuch zu unternehmen, mir eine Verantwortung für eine Zusammenarbeit zuzuschieben, deren Grundlagen ich nicht vereinbart hatte. Das war der erste Schritt.

Dann hatten uns in dem Zusammenhang - - Durch die Reise nach Amerika hatte uns der Chef der NSA dieses No-Spy-Abkommen angeboten. Dann habe ich in der PKGr-Sitzung darüber berichtet, und ich habe auf der Basis dieser Vereinbarung des Jahres 2002 - das können Sie alles den Unterlagen des PKGr entnehmen - gesagt: Es macht doch totalen Sinn. Wenn man schon so eine Vereinbarung aus dem Jahre 2002 hat - noch mal: die ein sozialdemokratischer Kanzleramtsminister dem damaligen BND-Chef genehmigt hat -, dann ist es doch richtig, auf der Ebene dieser beiden Dienste eine solche Vereinbarung zu verhandeln. - Das habe ich ausführlich - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das alles öffentlich, Herr Wolff? Ich frage nur mal kurz aus Interesse!)

Das habe ich - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich finde es gut! Aber dann rede ich auch so frei über die Dinge!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Zeiträume sind - -

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, warum? Das habe ich alles der Öffentlichkeit damals - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das können Sie bei Wikipedia nachlesen.

Zeuge Ronald Pofalla: Das können Sie den Erklärungen vom 12. August entnehmen.

RD Philipp Wolff (BK): Genau, das ist ja jetzt nicht aus dem PKGr zitiert.

Zeuge Ronald Pofalla: Das können Sie der Erklärung vom 12. August entnehmen. Ich sage deshalb: Die Frage, die Sie gestellt haben, ob ich erst die Öffentlichkeit informiert habe, ist falsch. Ich habe erst das PKGr informiert und habe dann anschließend die Öffentlichkeit unterrichtet.

Christian Flisek (SPD): Jetzt muss ich aber mal einhaken, Herr Vorsitzender, weil ich habe eine

Nur zur dienstlichen Verwendung

andere Frage gestellt. Hier wird jetzt sogar am Ende die Frage verdreht.

Zeuge Roland Pofalla: Ich bin immer noch in meiner Antwort.

Christian Flisek (SPD): Herr Pofalla, es wird am Ende jetzt von Ihnen sogar die Frage verdreht.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich bin aber noch immer bei meiner Antwort.

Christian Flisek (SPD): Ich habe Sie nicht gefragt, Herr Pofalla, -

Zeuge Ronald Pofalla: Herr Vorsitzender, ich bin noch nicht fertig.

Christian Flisek (SPD): - ob Sie zu Beginn die Öffentlichkeit informiert haben. Ich habe gesagt, ob es üblich war - - Das war meine Frage, und die wiederhole ich jetzt noch mal, und jetzt bitte ich Sie, eine Antwort darauf zu geben, weil die Frage ist nicht so schwer zu verstehen: Ist es üblich gewesen, dass auf der Grundlage des von Ihnen geschilderten Angebots der Amerikaner, ein Abkommen zwischen den Diensten abzuschließen, Sie im Nachgang dieser PKGr-Sitzung ein Pressestatement der deutschen Öffentlichkeit abgegeben haben, wo Sie genau über diesen Sachverhalt konkret informieren?

Ich habe das in den Kontext gestellt, dass wir hier laufende Verhandlungsangelegenheiten, die sich in genau diesen Bereich beziehen, noch nicht mal im Parlament erfahren, weil es heißt: Das sind laufende Regierungsgeschäfte, alles Streng Geheim. Und Sie gehen auf der Grundlage eines Angebots an die deutschen Öffentlichkeit und sagen anschließend: Wir haben dieses Angebot bekommen; wir werden jetzt verhandeln.

Ich sage Ihnen mal, warum ich das frage: Ich glaube schon, dass die amerikanische Seite, wenn sie denn ein solches Angebot abgegeben hat, ein höchstes Interesse daran haben müsste, dass das Streng Geheim bleibt, weil, wenn die deutsche Bundesregierung rausgeht und das behauptet, dann werden wahrscheinlich am Ende viele Länder so ein Interesse haben. Und wenn die US-amerikanische Regierung das Interesse gehabt hätte, vielleicht tatsächlich nur mit Deutschland so ein Abkommen abzuschließen, weil es ein Pilotprojekt war, wie Herr Schindler gesagt hat, dann stelle ich mir die Frage: Wie kann man denn einfach dann an die Öffentlichkeit gehen, so, wie Sie es getan haben im August, und darüber informieren?

Zeuge Ronald Pofalla: Ganz einfach: Ich war nach den PKGr-Sitzungen - und darauf habe ich bewusst Wert gelegt - immer der Letzte - der Letzte -, der vor die Kameras getreten ist. Ihre Parteifreunde sind nach der Sitzung an die Öffentlichkeit gegangen und haben darüber berichtet, dass es nunmehr Verhandlungen zwischen der Bundesregierung - - nein, zwischen der NSA und dem BND und umgekehrt über solche Vereinbarungen gibt. Dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe mir das ja durch meine Mitarbeiter, die draußen standen - die sind dann übrigens wieder reingekommen; Sie alle kennen ja die Räume des PKGr - - Ich hatte verschiedene Varianten meiner öffentlichen Mitteilung. Aber wenn aus der laufenden PKGr-Sitzung, wenn nach der PKGr-Sitzung andere darüber berichten, dann soll ich als zuständiger Kanzleramtsminister dazu nichts sagen sollen? Das haben wir juristisch geprüft. Wir haben auch geprüft, was ich gesagt habe. Deshalb habe ich ja auch die Texte abgelesen.

Aber der Vorwurf, den Sie gerade erhoben haben, den müssten Sie mit Herrn Oppermann und anderen diskutieren, die nämlich rausgegangen sind - vor mir - und über diese Dinge berichtet haben. Also, so gesehen würde ich mal sagen: Wenn Sie die Kritik äußern, gehen Sie zu Ihrem heutigen Fraktionsvorsitzenden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank.

Christian Flisek (SPD): Nein, eine letzte Frage bitte noch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Christian Flisek (SPD): Das ist hier durchaus immer üblich gewesen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, habe ich auch gar kein Problem mit.

Christian Flisek (SPD): Sehen Sie, Herr Pofalla, keinen qualitativen Unterschied bei der Darstellung, die Sie gerade gemacht haben, wenn - unterstellt - beispielsweise Mitglieder des PKGr aus Inhalten der Beratungssitzungen im PKGr informiert haben und wenn Sie anschließend als Regierungsvertreter und Chef des Bundeskanzleramtes eine solche Äußerung abgeben? Weil Sie ja gerade die Schlussfolgerung gezogen haben: Wenn die das machen, dann darf ich das auch, oder dann muss ich das sogar machen. Ich halte - - Sehen Sie da keinen qualitativen Unterschied?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich sehe folgenden Punkt: Das können Sie alles - - Die Kameraaufnahmen, die ganzen Aufzeichnungen gibt es ja. Es ist ja alles protokolliert. Das brauchen Sie sich ja nur angucken. Wenn Sie dann sehen, was zum Teil von Mitgliedern des PKGr nach den Sitzungen behauptet wurde, war es meine Pflicht, das, was Gegenstand der Beratungen in der Sitzung war, so darzustellen, wie es war, wenn es unter Sicherheitsgesichtspunkten mitgeteilt werden konnte. Und genau diese Abwägung haben wir vorgenommen.

Noch mal - ich wiederhole es -: Ich hatte verschiedene Varianten öffentlicher Erklärungen, weil ich gewappnet sein wollte - und ich habe den Zusammenhang vorhin erklärt -, was von den Mitgliedern des PKGr angesprochen wird. Und je nachdem, was angesprochen wurde, habe ich die entsprechende Passage genommen und sie dann auch entsprechend vorgetragen, wenn ich der Auffassung war, dass das der entsprechenden Darstellung bedurfte. Und die Texte waren vorher stundenlang von den gesamten Juristen der Bundesregierung geprüft worden auf den Umstand, ob das der Öffentlichkeit mitgeteilt werden kann oder nicht.

Ich habe den Zusammenhang vorhin dargestellt zwischen diesen Sitzungen, wo etwas geklärt wurde - aber nach außen wurde es nicht korrigiert -, und den Sitzungen, wenn es was angeblich Neues gab - dann war es die Sensation. Ich habe sogar ganze Wochenenden im Sommer des Jahres 2013 damit verbracht, dass alte Vorwürfe, die übrigens viel vor dem Sommer 2013 waren - - sogar wochenendweise genutzt wurden, um gegen den BND - - erneut zu nutzen. Und dann war es meine Aufgabe, in den PKGr-Sitzungen das richtigzustellen und anschließend in der Öffentlichkeit auch. Von dieser Möglichkeit habe ich - übrigens auch zum Schutz des BND und seiner Mitarbeiter - Gebrauch gemacht, weil - noch mal -: Wenn Verfehlungen auch beim BND passiert sind, müssen die geklärt und gegebenenfalls Leute dafür verantwortlich zur Rechenschaft gezogen werden. Aber wenn über Wochen und Monate im Sommer des Jahres 2013 und mittlerweile ja schon fast über zwei Jahre der BND permanent angegriffen wird in einer Weise, die bei den Sachverhalten, die ich bis Ende 2013 beurteilen kann - - vieles davon so nicht richtig ist - - dann war es auch meine Aufgabe, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend zu schützen und diese Dinge deutlich zu machen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schwer zu glauben, dass dabei eine Große Koalition danach herausgekommen ist!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Bevor aber die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen dran ist, ist erst die Fraktion Die Linke dran mit ihren Fragen. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und die Fraktion Die Linke gibt jetzt etwas Redezeit an Herrn Ströbele ab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so. Ja, okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nur eine kleine Halbfrage: Haben Sie am 12. August 2013 ein gleiches Papier, also den gleichen Wortlaut, draußen verlesen wie drinnen?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, habe ich ja vorhin auch erzählt. Ich habe ja vorhin erzählt - wenn

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie mir zugehört hätten -, dass ich in den Sitzungen viel ausführlicher berichtet habe als draußen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das, was - - Sie haben ja Wert darauf gelegt, dass Sie das immer im Wortlaut vorgelesen haben, damit keine Probleme auftauchen. Haben Sie dieses gleiche Papier drinnen und draußen verlesen?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Noch mal: Es gab - - Ich habe innen viel ausführlicher berichtet über die Sachverhalte, und wir haben - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zusätzlich?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. In der PKGr-Sitzung - das ist doch ganz klar - war deshalb der Bericht ausführlicher, weil vieles, was ich im PKGr gesagt habe, ich nach außen so nicht darstellen durfte. Das war das Ergebnis der Überprüfung. So. Und deshalb - - Herr Ströbele, das wissen Sie doch ganz genau, da Sie an allen Sitzungen dabei waren. - Sie wollten ja sogar damals meine handschriftlichen Texte, wenn Sie sich erinnern. Da haben Sie mich nach den Sitzungen sogar gefragt: Kann ich die haben? - Da hätten Sie Schwierigkeiten gehabt bei meiner Handschrift, die überhaupt zu lesen.

Also: Die waren viel umfänglicher als das, was ich nach außen gesagt habe. Und die nach außen waren unter dem Gesichtspunkt Personenschutz - also: werden Leute gefährdet durch das, was ich sage? - und Sicherheitsaspekte geprüft, und wir waren der Überzeugung, dass das, was ich gesagt habe, ich auch nach außen sagen kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Renner, Sie haben noch sechs Minuten.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Wir sind jetzt wieder bei der Dienst-, Fach- und Rechtsaufsicht durch das Bundeskanzleramt. Wann haben Sie denn das erste Mal davon erfahren, dass der Bundesnachrichtendienst einen Datenabgriff bei der Deutschen Telekom in Frankfurt am Main durchgeführt hat und die Daten dann an die NSA ausgeleitet hat?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich weiß nicht, auf welchen Sachverhalt Sie anspielen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah. Ich spreche von der Operation „Eikonal“.

Zeuge Ronald Pofalla: Die habe ich, kann ich Ihnen hier sagen, durch die Berichterstattung - ich glaube, wenn ich das richtig sehe, im vergangenen Jahr - öffentlich nach meiner Erinnerung zum ersten Mal zur Kenntnis genommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten ja vorhin, im Sommer 2013 hat man in einer Runde gesessen und die diversen Snowden-Veröffentlichungen analysiert und beraten. Hat man denn da, wenn der Name „Eikonal“ nicht gefallen ist, sich darüber berichten lassen, welche Kooperationsprojekte es mit der NSA vonseiten des BND gibt und was dort passiert? Und anderer Five Eyes natürlich auch.

Zeuge Ronald Pofalla: Ehrlicherweise war der Sommer und auch der Herbst des Jahres 2013 - - Ich würde mal sagen, addiert waren das ja über hundert Vorwürfe. Ich war heilfroh, dass wir diese hundert Vorwürfe so abarbeiten konnten, dass wir jeweils Klärungen herbeigeführt haben. Ich kann es aber so rum machen: Ich habe häufig die Frage gestellt, weil ich ja, sagen wir mal, die Wochenenden - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, jetzt sind wir aber wieder bei den Wochenenden, die so arbeitsam waren.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, gar nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wollte ich gar nicht wissen. - Dann machen wir es anders.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich möchte das aber trotzdem - - Ich gebe meine Antwort.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, wir machen es anders.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Ich sage es trotzdem gleich.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten ja vorhin, dass diese Abkürzung zu Bad Aibling in den Dokumenten aufgetaucht ist.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich so rum fragen: Haben Sie sich darüber informieren lassen, was in Bad Aibling geschieht?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich beantworte zunächst aber noch, weil Sie mich unterbrochen haben, die erste Frage und komme dann auf Bad Aibling.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das ist hier anders.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe - - An den Wochenenden habe ich häufig danach gefragt, ob es aus der Sicht des BND oder anderer weitere Vorwürfe gibt, die gegen den BND erhoben werden könnten, und dann, wenn ja, würde ich die gerne wissen. Und diese Frage - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber das war nicht die Frage.

Zeuge Ronald Pofalla: Doch, das war die vorherige Frage. Ich antworte noch.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe konkret zu „Eikonal“ gefragt. Herr Pofalla, ich stelle die Fragen - ja? Und ich habe Sie nach „Eikonal“ gefragt.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, aber ich gebe die Antworten. Ich gebe die Antworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ich habe Sie nach „Eikonal“ gefragt.

Zeuge Ronald Pofalla: Da sage ich gleich was.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben verneint, davon zu wissen. Deswegen versuche ich es jetzt anders. Sie haben vorhin die Abkürzung in den Snowden-Dokumenten zu Bad Aibling benannt. Deswegen meine Frage: Haben Sie sich im Sommer 2013 zu der Kooperation - JSA genannt - in Bad Aibling - möglicherweise ist aber der Name JSA nicht gefallen - informieren lassen, was dort gemeinsam stattfindet?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich bleibe dabei: Dieses Projekt - auch unter dem Namen - war mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): „Eikonal“?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt sind wir aber bei Bad Aibling.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, Sie springen ja zwischen den Fragen und lassen mir jeweils die Antwort der vorherigen nicht zu. Deshalb komme ich immer auf die vorherige noch einmal zurück. Da werden Sie, auch wenn Sie immer dazwischengehen, mich nicht von abhalten.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben aber gesagt, Sie kennen „Eikonal“ nicht.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, habe ich doch gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen will ich es jetzt anders versuchen. Deswegen frage ich Sie danach, was Sie zu der Zusammenarbeit in der JSA in Bad Aibling wissen, wenn Sie „Eikonal“ als Wort nicht kennen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe Bad Aibling im Wesentlichen zur Kenntnis genommen mit der Vereinbarung des Jahres 2002, weil ich mir die Frage gestellt habe: Warum ist es überhaupt zu der Vereinbarung gekommen? Weil ja der Ausgangspunkt vor dem 11. September lag. - Ja, das ist die Antwort auf Ihre Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich frage nach konkreten Projekten. Ich möchte jetzt wissen, ob Sie den Begriff „Granat“ kennen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich antworte trotzdem so, wie ich das möchte, selbst wenn Sie immer wieder dazwischengehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie das Projekt „Granat“?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe vor, meine Antwort auf die davor liegende Frage zu geben, und deshalb beantworte ich die so: Deshalb habe ich mich im Zusammenhang, weil Bad Aibling da ja eine große Rolle spielte, durch den BND informieren lassen, was denn vor der Vereinbarung in Bad Aibling die Grundlage der Zusammenarbeit war und warum diese Vereinbarung geschlossen werden sollte. Dann ist mir erklärt worden im Wesentlichen die Funktion von Bad Aibling, und die ist mir bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, aber ich habe jetzt nach Projekten gefragt, konkreten Kooperationsprojekten. Ich habe Sie nach „Eikonal“ gefragt. Kannten Sie nicht. Ich habe Sie zu JSA gefragt. Das Sie auch nicht beantwortet. Jetzt fragen wir es mal anders: Kennen Sie den Begriff „Granat“ als Operation?

Zeuge Ronald Pofalla: Was?

Martina Renner (DIE LINKE): „Granat“. Ja oder nein? „Granat“, eine Operation.

Zeuge Ronald Pofalla: Mit „Ja oder nein?“ kommen Sie bei mir nicht weiter. Dann rede ich trotzdem noch mal etwas länger. Ich bin schon derjenige - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, ich habe acht Minuten. Wenn man hier das Fragerecht der Opposition irgendwie ad absurdum führen will, dann macht man es wie Sie.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich würde mal sagen, meine zeugenschaftlichen Rechte sind etwas ausgeprägter als Ihr zeitliches Kontingent. Wir können ja auch gerne weitermachen. Aber ich lasse mich hier nicht auf „Ja oder nein?“ reduzieren, von keinem.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann: Ich habe eine einfache Frage gestellt: Kennen Sie die Operation „Granat“? Wollen Sie mir jetzt - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe mich über einzelne Operationen nach meiner Erinnerung, die im Zusammenhang mit Bad Aibling stehen, nicht informieren lassen, sondern mehr über die grundsätzliche Arbeit, die auf der Basis der Vereinbarung des Jahres 2002 im Zusammenhang mit Bad Aibling stand.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie davon, dass mit der Telekom ein privatrechtlicher Vertrag unter dem Namen „Transit“ vonseiten des BND geschlossen wurde?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich kann bei meiner Antwort nur bleiben: Über einzelne Projekte - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe jetzt aber nicht zu einem Projekt gefragt. Ich habe jetzt zu einem Vertrag gefragt.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, aber es ist ja offensichtlich ein Projekt. Sonst hätte man ja keinen Vertrag schließen - - Also, über diesen Vertrag - auch nach meiner Erinnerung - bin ich nicht informiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Bis heute?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Ich habe den Vertrag, den Sie jetzt ansprechen - - wüsste ich nicht, wo ich den zur Kenntnis genommen haben sollte. Also, nach meiner Erinnerung kenne ich den nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie überhaupt, dass es einen Kabelabgriff bei der Deutschen Telekom gegeben hat seitens des BND? War Ihnen das bekannt?

Zeuge Ronald Pofalla: An welchem Zeitpunkt? Wann? Wo?

Martina Renner (DIE LINKE): Mitte der 2000er-Jahre.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, ich habe übrigens damals mit dem Chef der Telekom häufiger gesprochen, weil es gab ja bestimmte Vorwürfe; aber die bezogen sich nicht auf den Zeitraum, sondern die bezogen sich auf den Sommer des Jahres 2013 und ein, zwei Jahre davor liegend. Und da haben wir uns sehr ausführlich ausgetauscht, weil ich der Fragestellung nachgegangen bin, ob es damals ja behauptete Datenabgriffe bei

Nur zur dienstlichen Verwendung

der Telekom gegeben hat. Darüber habe ich mit ihm gesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe jetzt aber gefragt, ob Sie davon Kenntnis hatten, dass es einen Kabelabgriff bei der Deutschen Telekom Mitte der 2002er-Jahre gegeben hat.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich kann mich jetzt auch daran nicht erinnern; also ist mir nicht erinnerlich. Hätte mich, offen gestanden, aber auch überrascht, weil das war nicht Gegenstand der ganzen Fragen, die im Jahre 2013 nach meiner Erinnerung eine Rolle gespielt haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat das die Telekom denn in dem Gespräch mal erzählt mit Ihnen, dass es das gegeben hat?

Zeuge Ronald Pofalla: Das war ja genau das, was ich damit sagen wollte: Herr Obermann hat mich nie darauf angesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie die Operation „Glotaic“?

Zeuge Ronald Pofalla: Welche?

Martina Renner (DIE LINKE): „Glotaic“ - G-l-o-t-a-i-c. - Nie gehört? - Haben Sie mal von Kooperationsprojekten des BND mit der CIA Kenntnis nehmen können als Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht im Bundeskanzleramt?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, nein. Über die CIA ist logischerweise im Jahre 2013 auch geredet worden. Da ging es aber mehr um die Frage der Übermittlung bestimmter Daten - nach meiner Erinnerung - zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz, weil da bestimmte Wege verändert wurden, die damals öffentlich als kritisch angesehen wurden.

Martina Renner (DIE LINKE): Von Datenweitergabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz an die CIA?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, sondern überhaupt der Austausch der Daten zwischen verschiedenen Diensten und nicht im engeren Sinne zwischen BND und NSA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir an der Stelle - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wir haben ja noch ein paar dann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, genau. - Wechseln müssten wir jetzt zur Fraktion der Union. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): In der öffentlichen Sitzung haben wir keine Fragen im Moment.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann komme ich zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Einer von beiden. Beide Mikros sind an.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das mache ich gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie, Herr Pofalla, von einer Kooperation des BND mit dem GCHQ um das Jahr 2012 und 2013 etwas gewusst?

Zeuge Ronald Pofalla: Der britische Dienst hat bei mir in meiner Wahrnehmung bis zu dem Sommer 2013 überhaupt gar keine Rolle gespielt - gar keine.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann im Sommer 2013?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, dann kamen ja die Vorwürfe hinsichtlich verschiedener Programme. Wenn ich das jetzt noch richtig zuordne - das mache ich ja alles aus der Erinnerung; Tempora als Beispiel -, kam diese Frage auf, und dann sind ja auch entsprechend Vertreter der deutschen Seite nach London gereist und haben sich mit dem Dienst über diese Fragen ausgetauscht. In dem Zusammenhang - gebe ich ganz offen zu - habe

Nur zur dienstlichen Verwendung

ich überhaupt erst den britischen Dienst in der Frage der Zusammenarbeit der Dienste mit unseren - - überhaupt zum ersten Mal von denen gehört. Die spielten vorher in den Berichten und in den Übermittlungen, die ich bekommen habe, namentlich nie eine Rolle.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da sind Sie offenbar nicht umfangreich informiert worden. Aber sozusagen noch zu Ihrer Amtszeit ist ein relevantes Kooperationsprojekt beendet worden. Ich habe ja genau aufgepasst bei Ihrem Eingangsstatement. Sie haben ja angesprochen, wie wichtig internationale Kooperationen der Geheimdienste sind, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und wenn die nicht stattfinden, dass Menschenleben bedroht sind. Jetzt frage ich mich, ob Sie als Fach- und Rechtsaufsicht von der Beendigung eines so wichtigen Kooperationsprojekts nicht erfahren haben. Kann das sein?

Zeuge Ronald Pofalla: Eigentlich nicht; aber ich kann mich jetzt zumindest nicht daran erinnern, dass mit mir darüber geredet worden ist. Ich habe mich eigentlich durch die Dienste dann, wenn Veränderungen anstanden, und auch durch das Kanzleramt selber eigentlich, glaube ich, in dem Umfang, wie ein Kanzleramtsminister darüber unterrichtet sein muss, auch unterrichtet gefühlt. Jetzt spielen auch Sie immer auf die Rechts-, Fach- und welche Aufsicht auch immer an. Die wird ja nicht durch den Kanzleramtsminister wahrgenommen. Das ist nun wirklich nicht sein Job.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie würden sagen, das ist ein Versagen des Abteilungsleiters 6, wenn Sie davon nicht erfahren?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, beide Abteilungsleiter 6, die ich übrigens beide geschätzt habe, also Herr Fritsche wie Herr Heiß, haben schon ein gutes Maß gefunden, mich über die Dinge zu informieren, die notwendig sind, weil sie schon auch um die, sagen wir mal, Zulaufproblematik beim Kanzleramtsminister wussten, und die sind eben auch nicht mit jedem Fitzelchen gekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht haben Sie im *Spiegel* - auf den berufe ich mich jetzt - gelesen: Es gibt diese Operation „Monkeyshoulder“. Würden Sie die als „Fitzelchen“ bezeichnen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, die habe ich - - kenne ich nicht. Tut mir wirklich leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kennen Sie nicht?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Chef BK haben Sie davon nichts gehört?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch mal eine andere Frage, und dafür würde ich Ihnen gerne ein Dokument noch mal vorlegen, aus dem Sie vorhin schon zitiert haben und das Geheim ist. Trotzdem würde ich es Ihnen gern noch mal vorlegen, weil es meiner Ansicht nach interessant ist insofern, als es den Verhandlungsstand wiedergibt, als Sie das Haus verlassen haben. Das ist vom 5. Dezember. Ich habe jetzt noch mal Ihren Vermerk angeguckt. Ist der erste Buchstabe Ihres handschriftlichen, in Rot angemerkten Vermerks ein R oder ein W?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Ronald Pofalla: Wenn Sie mein Zitat von vorhin richtig verstanden haben, wissen Sie die Antwort selber.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich frage jetzt noch mal nach, weil - -

Zeuge Ronald Pofalla: Es ist ein R.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein R, nicht?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie sozusagen den Stand, den Sie da ja zusammengefasst haben, kurz bevor Sie das Haus verlassen, bezüglich des Verhandlungsstands - - Würden Sie sagen, die Dinge waren auf einem guten Weg oder auf keinem guten Weg?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte lediglich darauf hinweisen, dass in abstrakter Form, nicht konkret der Inhalt wiedergegeben werden darf.

Zeuge Ronald Pofalla: Gut, da verweise ich auf vorhin. Ich habe dazu Ihnen ja in meinem Eingangsstatement was gesagt. Das können Sie ja nachlesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau, lese ich noch mal nach. Aber ich sage Ihnen jetzt mal, was Herr Altmaier dazu gesagt hat. Der hat nämlich am 20. Dezember das identische Papier beurteilt, das Sie 14 Tage vorher hatten, und erstaunlicherweise ist sein Kommentar vom Chef BK auf Seite 167 a nicht eingestuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo ist das jetzt raus?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo ist das jetzt - - Welches Dokument?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus derselben Akte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tagebuchnummer 43/14, und da ist es der Ordner 157, und auf Seite 167 a merkt Herr Altmaier praktisch als erste Amtshandlung unter Punkt 2 an:

> Der derzeitige Inhalt beider Texte erscheint mir problematisch und bedarf einer gründlichen Diskussion. (?)

Und dahinter, auch nicht eingestuft, sind die Draft Elements of Public Statement, Seite 168. Das hat auch Peter Altmaier am 23.12, einen Tag vor Weihnachten, abgezeichnet und schreibt bei der entscheidenden Stelle, drittletzter Absatz:

> Das ist mehrdeutig, weil es eine Abwägung zulässt.

Darunter, mit Sternchen versehen, auf „Respective“, fünfter Kugelpunkt, schreibt er:

> „Respective“ bedeutet, dass nur die politischen Rechte und „Privacy“ der jeweils eigenen Bürger zu schützen sind. (?)

Herr Pofalla, würden Sie meine Einschätzung teilen, dass Ihr Nachfolger, wenige Tage nachdem er den Verhandlungsstand von Ihnen einschätzt, da eine sehr kritische Einschätzung abgibt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir dem Zeugen das Dokument zur Verfügung stellen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selbstverständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sonst halte ich das für relativ schwierig, dass er dazu Stellung nimmt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es zwar vorgelesen, aber ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich halte mal kurz die Uhr an.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge liest in diesen Unterlagen)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Was war jetzt die Frage? Ob er das kritisch einschätzt? Er hat kritische Anmerkungen gemacht, ja; aber da sehe ich, offen gestanden, keinen Widerspruch zu dem, wie ich in den Prozess eingebunden war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das ähnlich kritisch gesehen?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, sondern wir hatten einen Gegenentwurf quasi wieder erstellt. Der war auf dem Weg nach Amerika, war längst da dann jetzt zu dem Zeitpunkt, als die Anmerkungen von Peter Altmaier gemacht worden sind, und wir warteten wieder auf die Gegenreaktion. Also ich würde mal sagen, wenn Sie es etwas salopp ausdrücken wollten, für mich war das eine Form eines vertraglichen Ausschreibens. Das wäre jetzt vielleicht noch zwei-, dreimal hin- und hergegangen, und dann hätte man Lösungen gefunden, und wenn man sie nicht gefunden hätte - das hatte ich ja vorhin gesagt -, wäre ich rübergeflogen. Dass wir zu dem Zeitpunkt keine abschlussreifen Verträge hatten, habe ich auch nicht behauptet [sic!]. So gesehen sehe ich da jetzt keinen großen Unterschied.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine vielleicht erst mal letzte Frage eines Grundwiderspruchs, den ich wirklich noch nicht verstanden habe: Ich habe Sie so verstanden, dass im Hinblick auf die Kooperation mit den Amerikanern Sie von einem grundsätzlich vertrauensvollen Verhältnis ausgegangen sind, und deswegen frage ich mich, wenn man eben sagt, es gibt ganz andere Gefahren - die Russen und die Chinesen und Nordkorea, und die ganze Welt ist schwierig, und die Kooperation mit den Amerikanern ist ganz wichtig und eigentlich unterm Strich läuft die auch gut -, warum war es eigentlich so wichtig, ein No-Spy-Abkommen abzuschließen? Hat man vielleicht doch im Kern, in der Tiefe des eigenen Herzens gespürt, dass vielleicht doch das eigene Recht dem Partner nicht so wichtig war? Wenn Sie jetzt in die Zeitung heute Morgen geguckt haben und *Süddeutsche* lesen und diese Selektoren - - Ihre Telefonnummer ist da jetzt noch nicht aufgetaucht, aber - -

Zeuge Ronald Pofalla: Kommt noch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kommt noch. Das glaube ich auch, Herr Pofalla; die kommt noch. - Realisiert sich da nicht sozusagen eine Gefahr, die man eigentlich damals, 2013, schon voll gesehen hat und warum man eben versucht hat, wirklich dieses No-Spy-Abkommen abzuschließen, aber nicht erfolgreich war, weil man eben diese Gefahr abwenden wollte?

Zeuge Ronald Pofalla: Zunächst sehe ich die Zusammenarbeit gar nicht so unkritisch, wie Sie mir durch die Frage jetzt gerade von Ihnen - jetzt gar nicht böse; aber so haben Sie es mir unterstellt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen wäre es gut, wenn Sie es richtigstellen.

Zeuge Ronald Pofalla: Das tue ich gar nicht, weil meine Einschätzung zu der Zusammenarbeit der Dienste war immer die, dass die dann am engsten zusammenarbeiten - bleiben wir mal bei der Frage der Terrorismusbekämpfung -, wenn es um gemeinsame Ziele geht. Dass aber Dienste durchaus unterschiedliche Ziele haben können, da wäre ich ja naiv gewesen, wenn ich etwas anderes vermutet hätte. Also so gesehen teile ich diese Annahme nicht, aus der Sie ja dann den Widerspruch zu den Verhandlungen für ein No-Spy-Abkommen ein bisschen abgeleitet haben. Deshalb noch mal: Für mich war, nachdem ich im Sommer - ich habe es ja vorher nicht gekannt, dieses Abkommen aus 2002 -, als ich im Sommer des Jahres 2013 dieses Abkommen gesehen habe und dann unsere Delegation aus Washington zurückkam und von dem No-Spy-Angebot berichtete, es total logisch, dass, wenn man zu einem solchen Abkommen kommt, dieses Abkommen zwischen den beiden Diensten verhandelt wird. Also da sehe ich überhaupt gar keinen Bruch, sondern für mich wäre das eine Form der - sagen wir mal - noch engeren Zusammenarbeit gewesen, die dann sogar dazu geführt hätte, dass bestimmte Dinge - eben sich nicht auszuforschen und auszuspähen - dann auch hätten umgesetzt werden können. Das fand ich eigentlich jetzt eher logisch.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da muss ich noch mal nachhaken - ich glaube, die Zeit habe ich auch noch -: Also Sie sehen einen Zusammenhang zwischen dem 2002-Abkommen und der Notwendigkeit, ein No-Spy-Abkommens zu verhandeln?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Darüber würde ich gerne - ich deute das deshalb nur an - in nichtöffentlicher Sitzung reden, weil dieses Abkommen an mehreren Stellen ja hochinteressant ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu müssen wir - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ich will darauf nicht näher eingehen jetzt; aber ich will nur sagen: Daraus hätte ich für mich abgeleitet, dass es klug gewesen wäre, an der einen oder anderen Stelle zu Weiterentwicklungen zu kommen. Ich glaube, so allgemein kann ich das sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir doch zur Fraktion der SPD kommen, weil ich auch der Fraktion der SPD noch ermöglichen will, die volle Fragezeit bis 24 Uhr auszuüben. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke schön. - Herr Zeuge, Sie hatten gesagt, dass ausgehend von den Snowden-Veröffentlichungen im Sommer 2013 dann sozusagen ein Halbjahr umfassende Aufklärungsarbeit war. - Das waren jetzt nicht Ihre Worte; aber ich formuliere das jetzt mal mit eigenen Worten. - Ich vermute mal, das wird sich ja im Wesentlichen, weil Snowden ein NSA-Whistleblower war, vor allen Dingen auch auf Projekte bezogen haben und auf Themen bezogen haben, die irgendwie das Verhältnis BND und NSA berühren. Richtig?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich - - Wenn Sie die Frage bitte im Zusammenhang stellen. Ich weiß ja nicht, wo Sie hinwollen.

Christian Flisek (SPD): Ja, mich wundert halt - - Die Frage, worauf ich hinauswill, ist, dass Sie heute ja auch hier gesagt haben, von „Eikonal“ haben Sie erst aus der Presse erfahren, von wesentlichen Projekten haben Sie erst aus der Presse erfahren. Sie haben sogar nicht gewusst, was Selektoren sind. So. Und ich sage jetzt mal so: Wenn ich - - Wie muss ich mir denn das vorstellen, diese umfassende Aufklärungsarbeit, die da initiiert wurde, wenn das Ergebnis nicht war, dass man über solche Projekte informiert wurde?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, knallharte Arbeit, kann ich Ihnen nur sagen. Ich nenne mal die Stichworte der Vorwürfe des Sommers 2013 - jeweils dazu haben wir Klärungen herbeigeführt -: Engere Kooperation zwischen Deutschland und den USA, also dieser berühmte Pakt; Auslegung des G-10-Gesetzes sollte geändert worden sein zulasten bestimmter Gruppen; BND wollte Bundesregierung beeinflussen, um den Datenschutz laxer auszulegen; dann die ganzen Programme, XKeyscore bis hin zu Tempora und anderen. Das sind doch alles Fragen gewesen, denen wir nachgegangen sind und die, wie ich finde, jeweils, also in den meisten Fällen, auch geklärt worden sind. Fragen, die dann später aufgekommen sind in der öffentlichen Diskussion, wäre ich noch im Amt gewesen, hätte ich genau mit der Akribie und mit der Deutlichkeit versucht zu klären.

Interessant an dem Sommer des Jahres 2013 ist ja eines: dass keiner - also für mich jetzt nach meiner Erinnerung -, kein beachtlicher Vorwurf, der in dem Sommer erhoben worden ist, heute sozusagen als bewiesen gilt, dass es so gewesen ist. Die Mehrzahl der Fälle war so, dass es zu Fehleinschätzungen gekommen ist, dass es vernünftige Erklärungen für bestimmte Vorgänge gegeben hat. Aber dass sozusagen jetzt im Sommer des Jahres 2013 bis Ende 2013 - über den Zeitraum danach kann ich nicht reden - es tatsächlich zu Vorwürfen gekommen ist, die dann anschließend auch bewiesen worden sind - - dann wäre mir was entgangen.

Christian Flisek (SPD): Gut. Aber Sie halten das für absolut aus Ihrer Sicht vertretbar, dass man sagt: Wir machen umfassende Aufklärungsarbeit. Da vergehen dann mehrere Monate. Man ist in

einer Zeit, die eine hohe politische Brisanz diesem Thema beimisst. Es zeichnet sich am Horizont ab, dass vermutlich ein Untersuchungsausschuss kommen wird zu diesem Thema. Und der Chef des Bundeskanzleramtes ist nach dieser umfassenden Aufklärungsarbeit, auch wenn er dann das Amt verlässt Ende Dezember, bis dahin nicht informiert darüber, was die grundlegenden Projekte sind, die der BND mit der NSA macht. Er hat keine Ahnung davon, was in Bad Aibling stattfindet, weil, wenn Sie das sich angeguckt hätten, dann müssten Sie ja irgendwann auf den Begriff des Selektors gestoßen sein.

Zeuge Ronald Pofalla: Wo ist jetzt die Frage?

Christian Flisek (SPD): Bitte?

Zeuge Ronald Pofalla: Wo ist jetzt die Frage?

Christian Flisek (SPD): Entschuldigen Sie, lassen Sie mich auch reden.

Zeuge Ronald Pofalla: Tue ich ja.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie legen ja großen Wert hier auf - - Ja, ja, ja, bleiben Sie mal ganz entspannt!

Zeuge Ronald Pofalla: Ich bin entspannt - total.

Christian Flisek (SPD): Die Frage ist ganz einfach: Halten Sie das für ein befriedigendes Ergebnis der von Ihnen so bezeichneten umfassenden Aufklärungsarbeit, dass Sie im Dezember das Amt verlassen und scheinbar davon, wie Sie selber sagen, keine Ahnung haben?

Zeuge Ronald Pofalla: Wir werden in nichtöffentlicher Sitzung klären können, was ich von Bad Aibling wusste, und da werden Sie sich wundern, wie umfassend ich über die Details auch der Zusammenarbeit der Dienste informiert war.

Ich muss mal sagen: Mit diesen ganzen Eigennamen bestimmter Sachen: Ich weiß nicht, wie Ihnen das geht, aber das ist mir immer tierisch auf den Zeiger gegangen, wenn irgendein Projekt irgendeinen Namen bekam, weil ich anschließend, offen gestanden, damit, wenn dann mal Namen gefallen sind, relativ wenig anfangen konnte.

Herr Flisek, Sie müssten sich daran erinnern, dass es Ende September eine Bundestagswahl gegeben hat, die dazu führte, dass erst Sondierungsgespräche geführt wurden, an denen ich beteiligt war von Anfang bis Ende, und dass es anschließend Koalitionsverhandlungen gegeben hat, die ich in der Leitungsgruppe geleitet habe. Ich würde mal sagen, die Monate Oktober, November, Dezember waren in einer Weise von Vergnügen über diese wunderbare Koalition und deren Koalitionsverhandlungen geprägt, dass sozusagen das, was vorher die zeitliche Beanspruchung der Aufklärung im Zusammenhang mit der NSA und den Snowden-Veröffentlichungen war, sozusagen hinsichtlich meines Empfindens noch gesteigert worden ist durch die vielen Wochen Verhandlungen, an denen ich, glaube ich, ganz entscheidend beteiligt war.

Christian Flisek (SPD): Das streite ich ja gar nicht ab.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich will damit nur sagen: Auch die Mitarbeiter des Kanzleramtes, die einen dann informieren wollen, konzentrieren sich jeweils in den Phasen - und das ist ja auch gut so - darauf, was ansteht. Ich würde mal sagen, im Oktober und November standen Koalitionsverhandlungen an, und dann hat sich das Kanzleramt - das ist aber auch ganz normal - darauf konzentriert und ich mich auch.

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist alles gut zu hören, und ich meine, das ist auch verständlich. Der Chef BK hat nicht nur Geheimdienstkontrolle in seinem Portfolio, sondern andere Themen. Das ist uns allen klar, Herr Zeuge. Nur Sie haben selber von einer umfassenden Aufklärungsarbeit gesprochen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Christian Flisek (SPD): So. Und noch mal: Mir leuchtet es nicht ein, wenn es sozusagen im Rah-

Nur zur dienstlichen Verwendung

men einer solchen umfassenden Aufklärungsarbeit nicht spätestens dann, spätestens dann, Ihnen - - Sie müssen sich den Namen ja nicht merken, aber dass Sie wissen: Worum geht es bei „Eikonal“? Sie sagen jetzt, Sie würden in eingestufter Sitzung uns erklären, was Sie alles über Bad Aibling wissen. Aber offensichtlich - das haben Sie ja gesagt- wissen Sie nicht, was ein Selektor ist. Das haben Sie jetzt erst erfahren. So. Und das sind halt eigentlich Dinge, ich meine, die schlagen ja mit voller Wucht hier jetzt gerade auf den Tisch. Wir streiten hier seit - -

(Lachen des Zeugen)

Zeuge Ronald Pofalla: Entschuldigung.

Christian Flisek (SPD): Finden Sie das witzig?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich finde das witzig.

Christian Flisek (SPD): Ja?

Zeuge Ronald Pofalla: Weil ich stelle mir jetzt mal die Frage: Diese einseitige Auslegung können Sie ja vornehmen. Da habe ich auch gar nichts gegen. Ich bin kein Politiker mehr. Sie können ja machen, was Sie wollen. Aber jetzt muss ich mal sagen: Ich habe zwar gesagt, den Begriff Selektor kannte ich nicht. Aber ich habe gesagt, mir war natürlich völlig klar: Dass man unter bestimmten Gesichtspunkten - ich glaube, ich habe vorhin Terrorismus als Beispiel genannt; ich hatte andere Beispiele genannt -, dass man unter bestimmten Begriffen möglicherweise nach etwas sucht, ist doch jetzt auch nicht sonderlich überraschend. Nur der Begriff Selektoren, der - gebe ich zu - ist in meinem Zusammenhang nicht gefallen.

Christian Flisek (SPD): Also die Funktionsweise von Suchbegriffen, die war Ihnen völlig klar?

Zeuge Ronald Pofalla: Bitte?

Christian Flisek (SPD): Die Funktionsweise von amerikanischen Suchbegriffen und ihre Bedeutung für die Aufklärungsarbeit waren Ihnen völlig klar?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, nicht in dem Zusammenhang, in dem jetzt, soweit ich das ja aus der Presse entnehmen kann - ich bin ja nun auch nicht mehr eingebunden in die Informationen der Bundesregierung - - aber in dem Zusammenhang, wie Sie es jetzt fragen: Nein, auf die Idee wäre ich nie gekommen.

Christian Flisek (SPD): Auf die Idee? Auf welche Idee wären Sie nicht gekommen?

Zeuge Ronald Pofalla: Auf die Idee, dass so was hätte - ich bin ja vorsichtig - - Ob das passiert ist, werden wir ja alles noch sehen. Also, ich würde die Richtigkeit dessen, was gerade öffentlich im Zusammenhang mit Selektoren diskutiert wird - - Das habe ich mir, wenn es richtig wäre, nicht vorstellen können; gebe ich offen zu.

Christian Flisek (SPD): Und wie bewerten Sie jetzt in der Nachbetrachtung, dass in dieser Zeit dann ja auch Listen erstellt worden sind, Selektorenlisten erstellt worden sind aufgrund von Stichproben? Sie kennen ja die Geschichte - das haben Sie auch in der Presse erfahren -, was mit denen passiert ist: dass die dann sozusagen unter den Teppich von Unterabteilungen beim BND gekehrt worden sind. Ich will Sie da nicht in die Verantwortung nehmen - nicht dass Sie da jetzt wieder meinen, das sei ein Angriff. Sondern wie bewerten Sie das einfach, dass offensichtlich solche Dinge, die ja jetzt hier aufgrund der Arbeit des Untersuchungsausschusses - ich wiederhole mich noch mal; da haben Sie ja ein bisschen geschmunzelt - mit voller Wucht auf den Tisch knallen und zu erheblichen Irritationen führen auf allen Seiten? Ich meine, Sie sind selber jetzt ein Mann der Wirtschaft. Herr Grillo spricht von schwerem Vertrauensverlust. Wie bewerten Sie das, dass so was in Ihrer Zeit passiert ist beim BND und offensichtlich weder die eine Seite von unten die Sensibilität hatte, dass man das dann nach oben melden muss, und offensichtlich auch die umfassende Aufklärungsarbeit, die quasi von der Spitze kam, nicht dazu geführt hat, dass man sich mal irgendwo in der Mitte trifft und sagt: „Hoppla, so was gibt’s“?

Zeuge Ronald Pofalla: Ehrlicherweise würde ich, bevor ich eine solche Frage beantworte - ich gebe

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen gleich, wenn Sie wollen, Beispiele, warum ich das tue -, ja mindestens mal - die Möglichkeit habe ich jetzt nicht mehr; ich habe sie auch nicht gesucht; es ist auch nicht mehr mein Ding - - Aber wäre ich im Amt, hätte ich selbstverständlich mit Herrn Schindler und übrigens auch mit den Abteilungsleitern oder Unterabteilungsleitern, wer immer das dann da war, geredet, um zu erfahren, warum sie wann wieso gehandelt haben. Meine Lebenserfahrung aus dem Sommer des Jahres 2013 ist die gewesen, dass diese Gespräche immer zu einer veränderten Beurteilung bei mir geführt haben. Herr Schindler stand im Sommer des Jahres 2013 unter dem erheblichen Vorwurf, er würde - ich mache es jetzt sinngemäß - die Bundesregierung - - oder er würde in Amerika darüber spekulieren, dass er die Bundesregierung dazu hinbringen würde, datenschutzrechtliche Regelungen in Deutschland anders auszulegen, laxer auszulegen. Als ich das geklärt habe, hat sich der Sachverhalt ganz anders dargestellt, und trotzdem blieb am Ende etwas übrig, was man nicht klären konnte, weil keiner der Handelnden - also ich zumindest nicht - war dabei. Dann habe ich das einzig Richtige gemacht: Ich habe dienstliche Erklärungen erbeten. Die habe ich bekommen, und mehr kann ich dann in einer solchen Situation nicht machen.

Ich will das nur deshalb sagen: Ich wäre hier genauso vorgegangen, und deshalb maße ich mir gar nicht an, aufgrund der öffentlichen Berichterstattung - und eine andere kenne ich nicht - eine Beurteilung aus der Ferndiagnose vorzunehmen. Ich würde vorher erst mit den Mitarbeitern darüber reden, bevor ich mir überhaupt zutrauen würde, dazu ein Urteil abzugeben.

Christian Flisek (SPD): Ich habe jetzt noch eine letzte Frage an Sie in öffentlicher Sitzung. Aus Ihrer Sicht, aus Ihrer Lebenserfahrung, wie Sie es formulieren, als Chef BK: Sind Sie der Überzeugung, dass die Aufsicht des Kanzleramtes über den BND funktioniert?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe mir durch die Vorgänge des Jahres 2013 im Jahre 2013 übrigens darüber sehr viele Gedanken gemacht, und eine der Konsequenzen sehen Sie in der Neuorganisation des Kanzleramtes, die nach der Bundestagswahl von der neuen Bundesregierung genau an dieser Stelle vorgenommen worden ist. Ich sage das frank und frei: Wenn diese Vorwürfe im Sommer des Jahres 2012 gekommen wären oder im Sommer des Jahres 2011, wäre ich aufgrund der üblichen zeitlichen Belastungen als Kanzleramtsminister nicht imstande gewesen, diese Klärungen so voranzutreiben, wie ich es im Jahre 2013 konnte. Ich konnte es deshalb, weil wesentliche Teile der Arbeit eines Kanzleramtsministers, also beispielsweise die Frage, welches Gesetz zu welchem Zeitpunkt im Kabinett, zu welchem Zeitpunkt im Bundestag, zu welchem Zeitpunkt im Bundesrat - - Die war im Wesentlichen ausgelaufen; das war abgeschlossen. Den Teil gab es nicht mehr und andere Teile, weil wir am Ende der Legislaturperiode waren, auch. Deshalb - das gebe ich offen zu - habe ich sowohl mit der Bundeskanzlerin wie mit dem heutigen Vizekanzler über diese Frage damals sehr ausgiebig diskutiert, als die Regierung gebildet wurde. Ich habe ausdrücklich angeregt, an der Stelle eine Veränderung vorzunehmen, weil ich der festen Überzeugung bin, dass Sie selbst in Normalzeit - ich rede jetzt gar nicht von Zeiten, wie ich sie im Sommer 2013 erlebt habe; ich will mich mal so ausdrücken - jemand in exponierter Position brauchen unterhalb des Kanzleramtsministers, der diese Aufgabe, die der Abteilung 6 mit seinen Aufgaben zugewiesen worden ist, über den Abteilungsleiter hinaus verantwortlich leitet und kontrolliert. Meine feste Überzeugung. Dafür habe ich übrigens am Beginn dieser Großen Koalition geworben, und man hat sich ja am Ende auch darauf verständigt. Das habe ich aus meinem eigenen Erleben für dringend notwendig gehalten, weil in einer normalen Zeit eines Kanzleramtsministers wäre entweder die Kontrolle und Aufsicht nicht in dem Maße wahrgenommen worden, wie sie hätte wahrgenommen werden müssen - insbesondere dann, wenn man konkrete Vorwürfe überprüft -, oder die übliche andere Arbeit, die ja auch sehr verantwortungsvoll ist, wenn ich an die Gesetzgebung denke, hätte so nicht bearbeitet werden können. Also, da war mein Rat an die neue Koalition, hier Veränderungen vorzunehmen, weil ich der festen Überzeugung war, dass das geändert werden musste. Ich persönlich hatte jetzt in gewisser Weise - sagen

Nur zur dienstlichen Verwendung

wir mal - das Glück oder den Zufall, dass ich durch die zeitliche Entlastung des Endes der Legislaturperiode Zeitkontingente hatte, die ich sonst üblicherweise niemals gehabt hätte - niemals.

Christian Flisek (SPD): Letzte Nachfrage dazu, weil ich das eben auch Herrn de Maizière letzte Sitzung gefragt habe. Der Umstand, dass vielleicht - das ist jetzt meine Hypothese - sozusagen das Bundeskanzleramt ja so ein wenig das Zentrum wirklich der bundesdeutschen Politik ist, dass man vielleicht beim BND den Eindruck hat, die wollen vielleicht gar nicht alles wissen, insbesondere die Dinge, die vielleicht Probleme machen, wollen die gar nicht wissen, und deswegen so eine Art Grundtendenz da ist auf jeder Ebene, ein Abschirmfilter nach oben - - Man überlegt sich ganz genau: Was soll die nächste Ebene erreichen? Und die überlegt wieder: Müssen wir von der Unterabteilung, Abteilung hin zum Präsidenten oder Vizepräsidenten bis hin - - Das haben wir auch gelernt in der Arbeit, dass es Dinge gibt, wo auch auf Präsidialebene wohl entschieden wird: Bloß nichts dem Bundeskanzleramt sagen. - Ich frage Sie aus Ihrer Erfahrung heraus: Ist das nur eine Hypothese von mir, oder ist da vielleicht sogar was dran, und welche Konsequenzen müsste man, wenn da was dran ist, denn dann daraus ziehen?

Zeuge Ronald Pofalla: Das ist eine spannende Frage. Über die habe ich auch im Sommer 2013 viel nachgedacht, zwar unter einem etwas anderen Gesichtspunkt, aber am Ende, glaube ich, sehr ähnlich, weil ich mir noch viel härter als Sie die Frage gestellt habe oder als es durch Ihre Fragestellung deutlich geworden ist, weil ich mir viel härter die Frage gestellt habe: Wo wäre eigentlich die optimalste Stelle, um die Nachrichtendienste aus der Regierung - wir reden ja über Regierung und Kontrolle -, wo wäre die optimalste Stelle, um diese Kontrolle auszuüben? Jetzt wird Sie meine Antwort möglicherweise verwundern, und ich sage das mal gleich dabei: Als ich Kanzleramtsminister wurde - - Ich habe mir die Sache nicht ausgesucht, dass die Abteilung 6 da war. Ich bin nicht jemand, der dann deshalb, weil die Abteilung 6 da war, irgendwie glaubte, jetzt sei das aber schön und man hätte da einen Bedeutungszugewinn. Ich habe das angetroffen, habe das gemacht und habe das am Ende auch gerne gemacht; aber für mich ist es nicht von meiner Vorstellung zwingend im Kanzleramt angesiedelt.

Dann bin ich für mich zu einer interessanten Antwort gekommen: Es geht nur im Kanzleramt. Und ich will Ihnen sagen, warum. Wenn ich im Sommer des Jahres 2013 die wesentlichen Untersuchungen nicht selber gesteuert hätte, sondern irgendein Fachressort - man könnte ja darüber nachdenken; das Innenministerium wäre eine solche geeignete Stelle, vielleicht auch das Justizministerium, wenn man bestimmte Elemente, auf die ich jetzt nicht eingehen will, im Justizministerium verändert - - Ich bin für mich zum Ergebnis gekommen, das hätte nicht geklappt, weil das funktioniert nur über das Kanzleramt, weil das ist der Job des Kanzleramtsministers. Der muss ja nicht nur jetzt in solchen Fragen, sondern auch wenn es unterschiedliche Meinungen gibt bei Gesetzgebungsvorhaben, auch die operative Möglichkeit haben, sagen wir mal, Ressorts so zusammenzubringen, dass am Ende daraus auch qualitativ gute Ergebnisse entstehen.

Sie haben völlig recht mit einer Frage, nämlich der Frage: Ressorts mauern ja auch, die halten zurück, die spielen Informationen etc. Jetzt stellen Sie sich das mal einen Augenblick vor im Zusammenhang mit der Aufklärung von Diensten, wie ich das ja sonst auch in anderen Zusammenhängen erlebt habe. Ich bin der festen Überzeugung, dann wäre der Sommer 2013 anders gelaufen, wenn es nicht im Kanzleramt gewesen wäre. Sie hätten die Dinge gar nicht so vorantreiben können; Sie hätten die Dinge nicht so koordinieren können; Sie hätten die nicht so zusammenführen können, sodass ich auch der Auffassung bin, eine andere, bessere Stelle der Aufsicht und Kontrolle innerhalb einer Regierung kann ich mir nicht vorstellen. Noch mal: Ich habe das wirklich grundsätzlich überlegt. Wenn ich zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre, würde ich es Ihnen hier offen sagen. Ich habe das wirklich sehr grundsätzlich für mich in den Wochen überlegt, weil natürlich diese Frage evident war. Weil die Frage habe ich mir auch gestellt: Warum habe ich eigentlich erst im Sommer des Jahres 2013

Nur zur dienstlichen Verwendung

von der Vereinbarung zwischen NSA und BND aus dem Jahre 2002 erfahren? Ich halte die für fundamental, diese Vereinbarung. Die habe ich erst durch die Vorwürfe - weil mit der Behauptung des Paktes - erfahren, sodass ich auch im Kanzleramt die eine oder andere - die jetzt aber hier nicht hingehört - Empfehlung hinterlassen habe, wie man insbesondere bei Amtswechseln damit umgeht, um bestimmte Dinge, sagen wir mal, als Eingangsvoraussetzung des Wissens zu schaffen.

Also ich bin der festen Überzeugung, dass das Kanzleramt die richtige Stelle ist. Ich glaube, dass das, was jetzt organisatorisch verändert worden ist, eine Verbesserung ist. Ob es ausreichend ist - das gebe ich offen zu -, vermag ich nicht einzuschätzen. Ich habe annähernd eine Vorstellung, was in den beiden letzten Jahren in der Abteilung 6 und auch bei Staatssekretär Fritsche los war, sodass man wahrscheinlich insgesamt auch noch mal über eine Personenverstärkung nachdenken muss. Ich meine, 6 000 Mitarbeiter, die beim BND, für den BND und für unsere Sicherheit unterwegs sind - von den anderen Diensten will ich mal gar nicht reden -, mit einer, sagen wir mal, sehr überschaubaren Abteilung zu kontrollieren, darüber kann man ausführlich diskutieren. Nun glaube ich, dass die Kopfzahl der Kontrolleure alleine nicht ausschlaggebend ist; aber ich bin der festen Überzeugung, dass der BND am Ende überhaupt deshalb auch manchmal bestimmte Dinge nur berichtet, weil das Kanzleramt die Aufsicht hat, also nicht wie Sie. Ich habe die Frage mir aber selber gestellt: Halten die möglicherweise was zurück, weil es das Kanzleramt ist? Nein, ich komme zum Ergebnis: Sie kriegen eher schnellere Antworten und dezidiertere Antworten, weil es beim Kanzleramt residiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich will jetzt folgenden Vorschlag machen, weil wir gleich 24 Uhr haben: Wir sind genau am Ende einer Runde mit den Fragen der SPD. Wenn wir jetzt noch eine neue Runde anfangen würden, würde nur eine Fraktion noch Fragen stellen können, und dann müssten wir ohnehin um 24 Uhr abbrechen. Von daher würde ich vorschlagen, an dieser Stelle die Zeugenvernehmung zu beenden. Ich gehe davon aus, dass - zumindest bei zwei Fraktionen habe ich den Eindruck - noch Fragebedarf besteht, grundsätzlicher Fragebedarf.

Dann sind wir an der Stelle mit der Zeugenvernehmung erst mal am Ende.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Pofalla, für die ausgiebige Bereitschaft, uns Rede und Antwort zu stehen. Wir werden von dieser Sitzung wahrscheinlich schon ein Protokoll fertigen und Ihnen zusenden. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Richtigstellungen und Änderungen, wenn Sie sich nicht richtig wiedergegeben fühlen, am Protokoll vorzunehmen. Ich gehe aber davon aus, dass wir, wenn noch Fragen der Fraktionen bestehen, Sie gegebenenfalls noch einmal laden werden. Danke schön für Ihre Bereitschaft, bei uns zu sein.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich bedanke mich bei Ihnen und wünsche eine gute Sommerpause.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir gehen aber jetzt alle noch nicht.

Der Öffentlichkeit darf ich auch danken für die Teilnahme an dieser Sitzung, wünsche Ihnen einen schönen Abend. Wir haben noch einen kurzen Beratungsteil im Anschluss, wo wir noch einen Beschluss fassen müssen. Deswegen würde ich die Öffentlichkeit jetzt auch entlassen aus der Teilnahme an dieser Sitzung.

(Schluss: 23.54 Uhr)